

**Geopolitisches Denken in den bundesdeutschen Pipelinedebatten  
von den Erdgas-Röhren-Geschäften bis zu Nord Stream 2**

Dissertation

zur Erlangung des  
Doktorgrades der Philosophie (Dr. phil.)

vorgelegt

der Philosophischen Fakultät I  
Sozialwissenschaften und historische Kulturwissenschaften

der Martin-Luther-Universität  
Halle-Wittenberg

von Herrn Fabian Schlüter

Gutachter:

Prof. Dr. Johannes Varwick

PD Dr. Jana Windwehr

Datum der Verteidigung:

22. Oktober 2024



## **Inhalt**

Abkürzungsverzeichnis .....	iv
1 Geopolitik und Pipelinedebatten – eine Einführung .....	1
1.1 Problemstellung und Forschungsinteresse .....	3
1.2 Struktur der Untersuchung .....	8
1.3 Der russische Überfall auf die Ukraine und die Untersuchung.....	10
2 Forschungsstand und Literatur .....	12
3 Geopolitik.....	21
3.1 Die klassische Geopolitik.....	21
3.1.1 Geodeterminismus .....	21
3.1.2 Imperialismus.....	28
3.1.3 Lebensraum.....	30
3.2 Kalte Krieger – die US-Geostrategen.....	32
3.2.1 Geringe Berührungspunkte: Anknüpfen an deutsche Traditionen .....	33
3.2.2 Containment und der ewige Dualismus von See- vs. Landmacht .....	34
3.3 Kritische Geopolitik .....	37
3.4 Neue Weltordnung – neue Theorien?.....	41
3.5 Exkurs: der Verkehr als Raumbewältiger .....	43
3.6 Begriffliche Abgrenzungen .....	45
4 Methodik .....	48
4.1 Operationalisierung – der geopolitische Dreiklang.....	48
4.2 Vorgehen und Fallauswahl.....	52
4.3 Zeiträume, Materialauswahl und Erhebungsmethoden .....	55
4.4 Auswertung .....	59
4.5 Vorüberlegungen zu Codierung und Kategorienbildung .....	61
5 Historie .....	65

5.1 Energie und Außenpolitik .....	66
5.2 Die Erdgas-Röhren-Geschäfte.....	69
5.2.1 Kompensationsgeschäfte mit Konfliktpotenzial.....	70
5.2.2 Transatlantisches Zerwürfnis – das letzte Erdgas-Röhren-Geschäft ..	74
5.3 Kontinuität deutsch-russischer Erdgasbeziehungen.....	79
5.3.1 Nord Stream 1 .....	79
5.3.2 Nord Stream 2 .....	82
5.4 Der Energiebinnenmarkt und die russisch-ukrainischen Gaskrisen.....	93
5.4.1 Entwicklung bis 2009 – europäischer Nachzügler .....	94
5.4.2 Verankerung der Energiepolitik im Primärrecht .....	96
5.4.3 Entwicklungen ab dem dritten Energiebinnenmarktpaket.....	98
5.5 Internationale Organisationen und internationales Recht .....	100
6 Geographie .....	102
6.1 Erdgasvorkommen .....	103
6.2 Verbrauch und Prognosen .....	105
6.3 Erdgasinfrastruktur.....	109
7 Strategie.....	114
7.1 Konzepte der Energiesicherheit .....	115
7.1.1 Genese.....	116
7.1.2 Definitionen und Indices.....	117
7.2 Kategorien deutscher Energiesicherheit.....	122
8 Geopolitische Attribute der Pipelinedebatten .....	126
8.1 Verteilung der Positionen.....	127
8.1 Das Narrativ vom Privatgeschäft .....	131
8.2 Das Prinzip der Vertragstreue .....	136
8.3 Wandel durch Handel? .....	140
8.4 Nationale Interessen .....	147

8.5	Energiesicherheit .....	150
8.5.1	Reflexion und Strategie.....	150
8.5.2	Verfügbarkeit .....	153
8.5.3	Importabhängigkeit .....	155
8.5.4	Diversifizierung .....	158
8.5.5	Markt und administrativer Rahmen .....	161
8.5.6	Umwelt.....	163
8.6	Europa in der Verantwortung .....	166
8.7	Zwischenstaatliche Relationen .....	170
8.7.1	Russland: Schuld und Sühne.....	172
8.7.2	USA: Streit in der transatlantischen Familie .....	177
8.7.3	Polen: eskalative Rhetorik .....	179
8.7.4	Ukraine: zwischen Objekt und Akteur.....	182
8.8	Exkurs: Protokolle vergessen nicht .....	184
9	Schlussbetrachtungen .....	191
9.1	Zusammenfassung: die Analyseergebnisse .....	191
9.2	Synthese: Gegenwart klassischer geopolitischer Theorie .....	198
9.3	Fazit: geopolitisches Denken eigener Art .....	201
9.4	Ausblick: Anknüpfungspunkte.....	207
10	Quellenverzeichnis .....	213
11	Literaturverzeichnis.....	218
12	Abbildungs- und Tabellenverzeichnis.....	234
13	Anhang .....	235
13.1	Hinweise zum veröffentlichten Anhang.....	235
13.2	Inhalt des veröffentlichten Anhangs.....	235

## Abkürzungsverzeichnis

ACER	Agency for the Cooperation of Energy Regulators
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
ANT	Akteurs-Netzwerk-Theorie
AP	Ausschussprotokoll
APEREC	Asia Pacific Energy Research Centre
BDEW	Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft e.V.
BDI	Bundesverband der Deutschen Industrie e.V.
BMWi	Bundesministerium für Wirtschaft und Energie
BT	Bundestag
CAATSA	Countering America's Adversaries Through Sanctions Act
CCS	Carbon Dioxide Capture and Storage
CoCom	Coordinating Committee on Multilateral Export Controls
EE	Erneuerbare Energien
EG	Europäische Gemeinschaft
EGKS	Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl
EI	Experteninterview
EnWG	Energiewirtschaftsgesetz
ERG	Erdgas-Röhren-Geschäft(e)
EU	Europäische Union
EuG	Gerichtshof der Europäischen Union
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EURATOM	Europäische Atomgemeinschaft
FE	Fossile Energieträger
GATS	General Agreement on Trade in Services
GATT	General Agreement on Tariffs and Trade
GECF	Gas Exporting Countries Forum
GTM	Grounded Theory Method
IB	Internationale Beziehungen
IEA	International Energy Agency
LNG	Liquified Natural Gas

NATO	North Atlantic Treaty Organization
NDAA	National Defense Authorization Act
NS	Nord Stream
OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development
OPEC	Organization of the Petroleum Exporting Countries
PEESA	Protecting Europe's Energy Security Act
PEESCA	Protecting Europe's Energy Security Clarification Act
PP	Plenarprotokoll
TANAP	Trans-Anatolian Natural Gas Pipeline
TAP	Trans Adriatic Pipeline
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
UGTS	Ukrainian Gas Transmission System
UNDP	United Nations Development Programme
WP	Wahlperiode(n)





# 1 Geopolitik und Pipelinedebatten – eine Einführung

Erdgas – Geopolitik – Deutschland – Russland, eine beinahe schicksalhafte Verbindung. Die lange gemeinsame Geschichte beider Länder wurde zentral auch von Fragen der Energieversorgung geprägt. Die innen- und außenpolitischen Auseinandersetzungen um die Pipeline Nord Stream 2 waren hier nur die jüngsten Schlüsselereignisse einer langen Geschichte deutsch-russischer Erdgasbeziehungen und globaler geopolitischer Spannungen. Das Deutschland des 19. Jahrhunderts war der Ausgangspunkt der klassischen geopolitischen Theorie, die bis heute weltweit äußerst einflussreich ist. Zur gleichen Zeit wurde durch die Lieferung von Pipelines der Firma Mannesmann an das russische Zarenreich die Epoche des landgebundenen Transports von Erdöl und später Erdgas über große Strecken eröffnet. Wenig präsent im öffentlichen und akademischen Bewusstsein ist, dass es bereits vor den Ostseepipelines, zur Zeit des Kalten Krieges, eine Gruppe von ganz ähnlichen bundesdeutsch-sowjetischen Erdgasinfrastrukturprojekten gab. Die Erdgas-Röhren-Geschäfte ab 1970 legten als Vorläufer von Nord Stream 1 und 2 den Grundstein für immer engere Beziehungen im Erdgasbereich. Damals wie heute führten die Vorhaben zu erheblichen Verwerfungen im europäischen und transatlantischen Bündnis und zu kontroversen parlamentarischen Debatten. Dreh- und Angelpunkt war die Frage, ob sich die Bundesrepublik zu sehr von einem Energielieferanten, der teilweise als feindselig wahrgenommen wurde, abhängig machen und in der Folge (geo-)politisch erpressbar sein würde.

Der Fakt der Abhängigkeit Deutschlands von Erdgasimporten aufgrund von unzureichenden eigenen Vorkommen und der Notwendigkeit des Imports aus anderen Weltgegenden entspricht dem Betrachtungsfeld geopolitischer Analyse geradezu idealtypisch – geographische Gegebenheiten und daraus folgendes politisches Handeln. Die Überwindung geographischer Zwänge durch technologischen Fortschritt ist eines der zentralen Elemente der Geopolitik seit der Begründung der Disziplin durch ihre berühmten wie umstrittenen Väter Friedrich Ratzel, Rudolf Kjellén, Halford Mackinder und Co. Die Furcht Mackinders vor einer Beherrschung Eurasiens durch einen auf den technischen Neuerungen der Eisenbahn- und Telegrafienlinien begründeten Verbund Deutschlands und Russlands scheint in den Ostseepipelines Nord Stream 1 und 2 eine späte Verwirklichung gefunden zu haben, jedenfalls in den Augen ihrer Gegner. Geopolitik und Technologie müssen

zusammengedacht werden und so liegt es nahe, dass Pipelineprojekte, die russisches Gas über tausende Kilometer nach Deutschland liefern, ein absolut entsprechendes Objekt geopolitischer Analyse sind. Die Bilder der klassischen Geopolitik wirken bis heute fort und bestimmen die außenpolitische Debatte, auch in der Bundesrepublik, wo die Disziplin nach dem Zweiten Weltkrieg lange Zeit geächtet wurde.

Die Auseinandersetzungen insbesondere um die zweite deutsch-russische Ostseepipeline Nord Stream 2 führten zu erheblichen Verwerfungen innerhalb der Europäischen Union und mit den USA. Zu ganz ähnlichen Debatten führten die bundesdeutsch-sowjetischen Erdgas-Röhren-Geschäfte, wobei vor allem das letzte, 1982 fertiggestellte Projekt, zum offenen Konflikt führte. Die massive Kritik aus dem eigenen westlichen Lager, die sich jeweils nicht nur auf die sprachliche Ebene beschränkte, sondern sich in konkreten Sanktionen gegen Firmen, die an den Projekten beteiligt waren, äußerte, bezog sich auf geopolitische Befürchtungen. Besonders die USA äußerten die Befürchtung, dass Russland durch die Pipelines und das Abhängigmachen Deutschlands einen zu großen Einfluss auf dem europäischen Kontinent erlangen könnte. Der Vorwurf an die UdSSR und später an Russland war, dass der langfristige Plan sei, Europa zu destabilisieren, um die eigene Machtsphäre auszubauen. Energielieferungen seien hier das Mittel zum Zweck und nicht, wie in Deutschland wahrgenommen, Teil einer gleichberechtigten Energiepartnerschaft. Zur Zeit der Ostseepipelines sahen einige der mittlerweile wieder unabhängigen ostmitteleuropäischen Staaten eine direkte Bedrohung der eigenen Sicherheit durch die deutsch-russischen Energiebeziehungen.

Die Kritik und die Auseinandersetzungen in Europa und mit den USA drehten sich fast ausschließlich um geopolitische Fragestellungen. Auch in der Bundespolitik wurden sowohl die Erdgas-Röhren-Geschäfte als auch die Ostseepipelines intensiv diskutiert. Geopolitische Überlegungen wie bspw. das Formulieren eigener nationaler Interessen spielten jedoch erstaunlicherweise auf den ersten Blick eine untergeordnete Rolle. Stattdessen war eine der prägendsten Positionen der Bundesregierungen, es handle sich bei den Pipelines um Projekte der Privatwirtschaft, auf die man keinen Einfluss hätte. Offene geopolitische Überlegungen schienen zunächst vermieden worden zu sein. Bei genauerer Betrachtung wird jedoch eine wichtige Rolle der Politik beim Zustandekommen der jeweiligen Projekte offensichtlich. Weiterhin ist die sichere Versorgung mit Energie eine der grundlegenden

Aufgaben eines Staates und es erscheint unwahrscheinlich, dass Maßnahmen zu deren Sicherung allein privaten Akteuren überlassen wurden, zumal weitere Staaten in die Projekte involviert waren.

Es stellt sich nun die Frage, wie es um die geopolitische Debatte in der Bundesrepublik bestellt ist. Waren in den Debatten um die Erdgas-Röhren-Geschäfte und um die Nord Stream-Pipelines geopolitische Überlegungen präsent? Gab und gibt es so etwas wie geopolitisches Denken in der deutschen Bundespolitik und wenn ja, wie lässt sich dieses am Beispiel der deutsch-russischen Erdgasbeziehungen charakterisieren? Folgende Forschungsfrage soll daher dieser Arbeit zugrunde liegen:

**Wie hat sich geopolitisches Denken in den bundesdeutschen Pipeline-  
debatten von den Erdgas-Röhren-Geschäften bis zu Nord Stream 2 ver-  
ändert?**

### **1.1 Problemstellung und Forschungsinteresse**

Deutschland befindet sich in einer besonderen Lage, was die Versorgung mit Energie angeht. Die Bundesrepublik ist zu großen Teilen vom Import abhängig, da sie mit Ausnahme von Kohle über wenig eigene Energierohstoffvorkommen verfügt und den Bedarf bisher nicht aus erneuerbaren Energiequellen decken kann. Insbesondere der Rohstoff Erdgas wird beinahe vollständig aus anderen Staaten eingeführt. Die Relevanz von Erdgas für den Energie- und Wärmemarkt nahm in der Bundesrepublik in den vergangenen Jahrzehnten massiv zu und damit auch die Importabhängigkeit. Gleichzeitig stieg der sowjetische und später russische Anteil des importierten Erdgases immer weiter an und betrug 2021 über 50 Prozent. Möglich machte dies ein intensiver Ausbau der Erdgasinfrastruktur seit den 1970er-Jahren, angefangen mit den Erdgas-Röhren-Geschäften bis hin zu den Ostseepipelines. Wirtschaft und Gesellschaft der Bundesrepublik sind auf die sichere Versorgung mit Energie angewiesen. Fraglich ist jedoch, ob sich dies auf bundespolitischer Ebene auch in einem entsprechenden Bewusstsein für die damit einhergehenden geopolitischen Implikationen und Herausforderungen widerspiegelte.

Diese Frage ist nicht so leicht zu beantworten. Auf den ersten Blick sieht es so aus, als hätten geopolitische Fragestellungen kaum eine Rolle in der bundesdeutschen Erdgaspolitik gespielt. Laut Nils Hoffmann (2012) ignorierte die deutsche

Politik bis 2005 jegliche geopolitischen Aspekte der Energieversorgung. Schwerpunkte waren Energieeffizienz, Technologien und Erneuerbare Energien. Eine sichere Energieversorgung wurde als Aufgabe der Wirtschaft bzw. wenn überhaupt als Aufgabe der Wirtschaftspolitik gesehen, außen- und sicherheitspolitischen Fragen wurde tunlichst ausgewichen. Andere Staaten dagegen, wie die USA, machten die sichere Versorgung mit Energierohstoffen offen als nationales Interesse publik.<sup>1</sup> Auch europäische Partnerländer, wie die ehemaligen Ostblockstaaten, messen Fragen der Energiesicherheit aufgrund ihrer jahrzehntelangen enormen Abhängigkeit von russischen Energielieferungen, höchste Relevanz bei. Zumindest auf EU-Ebene mündeten v.a. auch die Sicherheitsbefürchtungen osteuropäischer Mitgliedstaaten in eine Diversifizierungsstrategie der Energiebezüge aus dem Ausland.<sup>2</sup> Ab 2006 ließ sich ein Wahrnehmungswandel beobachten. Die russisch-ukrainischen Gaskrisen führten dazu, dass in Politik und Öffentlichkeit Energiebeziehungen als Element geopolitischer Konflikte wahrgenommen wurden.<sup>3</sup> Dazu der damalige deutsche Außenminister Steinmeier: „Globale Sicherheit im 21. Jahrhundert wird untrennbar auch mit Energiesicherheit verbunden sein.“<sup>4</sup> Fraglich bleibt allerdings weiterhin, ob sich dieses neue Problembewusstsein auch auf das eigene energiepolitische Agieren übertrug. Zunehmend wurde von offizieller Seite zumindest abstrakt anerkannt, welche geopolitische Relevanz das Thema Energiepolitik für Deutschland hat, z.B. im Weissbuch der Bundeswehr von 2016.<sup>5</sup> Insbesondere Erdgas könnte zum zentralen Dreh- und Angelpunkt der Energiesicherheit des 21. Jahrhunderts werden:

„While the nineteenth century belonged to ‘King Coal’ and the twentieth century was dominated by oil, gas may or may not turn out to be the most important commodity of the twenty-first century.”<sup>6</sup>

---

<sup>1</sup> Vgl. Hoffmann, Nils: Renaissance der Geopolitik? Die deutsche Sicherheitspolitik nach dem Kalten Krieg, Wiesbaden 2012, S. 230 f.

<sup>2</sup> Vgl. ebd., S. 235 f.

<sup>3</sup> Vgl. ebd., S. 236 f.

<sup>4</sup> Steinmeier, Frank-Walter: Russland, Europa und die Welt – Perspektiven der Zusammenarbeit in globalen Sicherheitsfragen. Rede des Bundesministers des Auswärtigen auf der 42. Münchener Konferenz für Sicherheitspolitik 2006, S. 10.

<sup>5</sup> Vgl. O.V.: Weissbuch 2016 zur Sicherheitspolitik und Zukunft der Bundeswehr, Berlin 2016, S. 41.

<sup>6</sup> Grigas, Agnia: The New Geopolitics of Natural Gas, Cambridge & London 2017, S. 27.

Dennoch ist die Beschäftigung mit den geopolitischen Implikationen der Energieversorgung auch in der Politikwissenschaft und der Geographie ein relativ junges Feld, insbesondere mit einem Fokus auf Erdgas.<sup>7</sup> Dabei berührt die Energiesicherheit das Kernthema klassischer Geopolitik – die physische Geographie und ihre Auswirkungen auf die Politik eines Staates. Die ungleiche Verteilung von Energieressourcen ist ein bestimmender Faktor geopolitischer Überlegungen. Die Disparitäten im Vorhandensein von Rohstoffvorkommen zwischen Staaten lassen, insbesondere jene ohne eigene Ressourcen, in ein Konkurrenzverhältnis zueinander treten. Seit den Weltkriegen war die sichere Versorgung der Streitkräfte mit Treibstoff ein Schlüsselfaktor strategischer Planungen. In klassisch-geopolitisch gedachten Kategorien ist Deutschland denkbar schlecht aufgestellt, was Energierohstoffvorkommen angeht, zumindest in Hinsicht auf Gas und Öl. Deutschland verfügt nur über einen einzigen Rohstoff in Hülle und Fülle, nämlich Kohle. Die deutschen Kohlevorkommen könnten den nationalen Energiebedarf für weitere Jahrhunderte decken.<sup>8</sup> Erdgas kommt kaum im Gebiet der Bundesrepublik vor. Um den Bedarf damit zu decken, ist Deutschland auf den Zugang zu den Vorkommen anderer Länder angewiesen und der strategischen Sicherung der Versorgung aus diesen.

Zwei Gruppen von Erdgasinfrastrukturprojekten stechen in den deutsch-russischen bzw. bundesdeutsch-sowjetischen Beziehungen im Erdgasbereich deutlich heraus: Zum einen die Erdgas-Röhren-Geschäfte und zum anderen die Nord Stream-Pipelines. Die Projekte ähneln sich in Umfang, Zustandekommen, den begleitenden Debatten und in der umgebenden weltpolitischen Situation so stark, dass sich ein Vergleich geradezu aufdrängt. Die Erdgas-Röhren-Geschäfte waren eine Reihe von insgesamt sechs Geschäftskonstellationen zum Bau von Pipelineinfrastruktur und zur Lieferung von sowjetischem Erdgas an die Bundesrepublik Deutschland von 1970 bis 1982. Das letzte Erdgas-Röhren-Geschäft führte zu einer der tiefsten transatlantischen Krisen, nachdem die USA versuchten, das Projekt durch erheblichen politischen Druck und die Verhängung extraterritorialer Sanktionen zu stoppen. Angeführt wurden Befürchtungen, dass sich Deutschland und Westeuropa zu sehr von sowjetischem Gas abhängig und damit erpressbar machen würden. Weiterhin sollte sichergestellt werden, dass die UdSSR durch Einnahmen aus dem Gasgeschäft nicht in der Lage wäre, ihre militärischen Fähigkeiten zu

---

<sup>7</sup> Vgl. Grigas: *The New Geopolitics of Natural Gas*, S. 10 f.

<sup>8</sup> Lingenhöhl, Daniel: *Wie lang reicht die Kohle?* (online) 2010.

steigern. Die Bundesrepublik und andere beteiligte westeuropäische Staaten wiesen diese Befürchtungen zurück und verfolgten unbeirrt einen weiteren Ausbau der Gasbeziehungen.

Als die UdSSR 1979 in Afghanistan einmarschierte, verschärften die USA ihre Verhinderungspolitik und erließen umfangreiche Sanktionen, die sich direkt gegen am Erdgas-Röhren-Geschäft beteiligte, westeuropäische Firmen richtete. Nach der Verhängung des Kriegsrechts in Polen kam es zu weiteren Verschärfungen. Auf westeuropäischer Seite erreichte die US-Politik jedoch das Gegenteil des gewünschten Ergebnisses. Die Bundesrepublik und andere Staaten gingen über in eine Jetzt-erst-recht-Haltung und vollendeten mit vereinten Kräften das letzte Erdgas-Röhren-Geschäft. 1982 wurde das Projekt fertiggestellt und besiegelte die deutsche Wahrnehmung der UdSSR als verlässliche Vertragspartnerin.

Nach dem Ende des Kalten Kriegs kam es erneut zu Initiativen zur Ausweitung der Erdgasbeziehungen zwischen Russland und der Bundesrepublik. Mit den Ostseepipelines Nord Stream 1 und 2 wurden ab 2005 zwei im Umfang zu den Erdgas-Röhren-Geschäften vergleichbare Erdgasinfrastrukturprojekte umgesetzt. Erneut kam es zu schweren Verwerfungen im transatlantischen Bündnis. Insbesondere Nord Stream 2, das wie Nord Stream 1 eine direkte Belieferung Deutschlands mit russischem Gas ermöglichen sollte und ab 2015 umgesetzt wurde, führte zu Streit auch mit den nun eigenständigen Mittelosteuropäern. Erneut gingen die USA mit einer rigorosen Sanktionspolitik gegen den Pipelinebau vor. Nach der russischen Annexion der Krim und später der Vergiftung Nawalnys fürchtete man um die Sicherheit Europas, insbesondere, weil sich Deutschland in einem nichtakzeptablen Maße von russischen Gaslieferungen abhängig machen würde. Erneut führte die Sanktionspolitik nicht zum gewünschten Ergebnis, sondern wurde über alle Parteigrenzen hinweg abgelehnt. Jedoch war das Projekt innereuropäisch stärker umstritten als die Erdgas-Röhren-Geschäfte, v.a. bei Staaten wie Polen. Es kam zu erheblichen Verzögerungen im Bauprozess und auf europäischer Ebene zu einem Regelungsschub in der Energiepolitik. Die Erweiterung der EU-Regulungskompetenz durch die überarbeitete Erdgasrichtlinie, die 2019 in Kraft trat, versuchte Deutschland zu verhindern, scheiterte jedoch. Den immer stärker werdenden Warnungen aus dem Osten Europas, nicht zuletzt aus der Ukraine, entgegnete die deutsche Bundesregierung lange, es handle sich lediglich um ein privatwirtschaftliches Projekt und es hätte keinerlei (geo-)politischen Implikationen. Immer noch war das

Bild von Russland als vertrauenswürdigen Geschäftspartner präsent, der selbst zu den Hochphasen des Kalten Kriegs immer zuverlässig Gas geliefert hätte.

Die Geschichte wiederholt sich? Ganz so einfach ist es vermutlich nicht, auch wenn es auf den ersten Blick so aussehen mag. Dennoch liegt hier eine Vergleichbarkeit vor, die es ermöglicht, bundespolitische Debatten in geopolitischer Hinsicht zu charakterisieren. Hier scheint auf den ersten Blick das vermeintliche Fehlen geopolitischen Denkens charakteristisch zu sein. Deutschland ist als hoch industrialisierter Staat mit wenigen Rohstoffvorkommen in besonderem Maße vom Import von Energierohstoffen abhängig

Das gilt umso mehr, seitdem der Ausstieg aus der Kohleverstromung beschlossene Sache ist, dem einzigen Rohstoff, über den Deutschland ausreichend verfügt. Zwar stieg der Anteil der Erneuerbaren Energien (EE) an der Stromerzeugung stark an, dennoch kann bisher nicht auf Energieträger wie Erdgas und Erdöl verzichtet werden. Auch der Privatsektor ist auf den Import von Fossilen Energieträgern (FE) zur Wärmeherzeugung angewiesen. Die sichere Versorgung mit Erdgas müsste für Deutschland also ein zentrales Interesse sein. Umso erstaunlicher, dass es auf politischer Ebene kaum eine Formulierung nationaler Interessen zu geben scheint. Die fast vollständige Abhängigkeit von Energierohstoffimporten würde das Formulieren einer strategischen Politik, die auf die Sicherstellung dieser Importe abzielt, plausibel erscheinen lassen. Noch schwieriger scheint der Umgang mit dem Begriff Geopolitik zu sein oder gar die Verbindung des Begriffs mit energiepolitischen Zielstellungen.

Das mag womöglich Ausdruck einer tiefergehenden und lange anhaltenden Krise der Geopolitik in Deutschland insgesamt sein. Diese beginnt bei Schwierigkeiten mit der Definition und dem Gebrauch des Begriffes, der in Deutschland durch die Zeit des Nationalsozialismus belastet ist und endet in einer Erschütterung der akademischen geopolitischen Theorieschule an sich. Diese Krise führte dazu, dass es nach dem Zweiten Weltkrieg kaum noch zu explizit geopolitischen Analysen kam. In den vergangenen Jahren ist jedoch eine Renaissance des Begriffes und der Disziplin auch in Deutschland zu beobachten. Insbesondere der vornehmliche Gründungsvater Friedrich Ratzel wird in der Academia wiederentdeckt und sein Werk zunehmend neu rezipiert. In einer ideengeschichtlichen Reise zurück zu den Ursprüngen der geopolitischen Theorie wird deutlich, wie stark er und die anderen Väter der Disziplin die nachfolgenden geopolitischen Werke und die

Politikwissenschaft insgesamt geprägt haben. In dieser Arbeit soll aufgezeigt werden, dass sich die klassische geopolitische Theorie weiterhin dazu eignet, auch aktuelle Sachverhalte zu analysieren. Mehr noch – dass die aus der klassischen Geopolitik stammenden Fragestellungen und Ansätze grundlegender Teil der meisten Analysen in den Internationalen Beziehungen und insbesondere im Rahmen realistischer Ansätze sind. Anhand der vergleichenden Analyse bundespolitischer Debatten um die Erdgas-Röhren-Geschäfte und die Nord Stream-Pipelines in Kombination mit Experteninterviews, soll das Vorhandensein geopolitischer Reflexionen, Sprachmuster und Motive identifiziert werden sowie deren Veränderung über einen Zeitraum von mehreren Jahrzehnten.

## **1.2 Struktur der Untersuchung**

Als Leitlinien der Untersuchung dienen weitere Unterfragen, u.a.: Kommen geopolitische Motive in den Debatten vor? Wenn ja, wie lassen sich diese kategorisieren? Wie haben sie sich von den Erdgas-Röhren-Geschäften bis zu den Ostseepipelines verändert und gibt es nachvollziehbare Traditionslinien? Lässt sich überhaupt von einem geopolitischen Bewusstsein bzw. Denken in den Debatten um deutsch-russische Pipelineprojekte sprechen? Der erste Schritt zur Beantwortung der Forschungsfrage wird eine intensive Befassung mit geopolitischer Theorie sein. Das Verständnis der Genese und der thematischen Vielfalt dieser Disziplin stellt die Grundlage der weiteren geopolitischen Analyse und des Vergleichs der Erdgas-Röhren-Geschäfte mit den Ostseepipelines dar. Um die Theorie zu einem Werkzeug zu machen, mit welchem eine konkrete Analyse durchgeführt werden kann, erfolgt eine umfangreiche Operationalisierung und das Formulieren einer Methodik, die darauf beruht. Die Annäherung an das Forschungsinteresse erfolgt durch die Analyse der Protokolle von Bundestagsdebatten, Sitzungen der Wirtschaftsausschüsse aus den relevanten Zeiträumen der Pipelinedebatten und Experteninterviews, die mit zentralen Akteuren geführt wurden. Mittels einer qualitativen Inhaltsanalyse sollen geopolitische Sprachmuster und Motive in den Wortbeiträgen identifiziert werden. Diese sollen systematisch erfasst und in Kategorien sortiert werden, um ein möglichst ganzheitliches Bild der Debatten und häufigsten Argumente zeichnen zu können. Geleitet durch Hypothesen soll am Ende der computergestützten Analyse



ein umfangreiches Codesystem stehen, das den Vergleich der Debatten um das letzte Erdgas-Röhren-Geschäft mit jenen um Nord Stream 2 ermöglicht.

Zum Aufbau der Arbeit: Zunächst wird in Kapitel 2 die bereits angesprochene Forschungslücke genauer ausgebreitet. Daneben nimmt die Darstellung des Forschungsstandes und die Reflektion der verwendeten Literatur und Quellen einen relativ großen Raum ein. Kapitel 3 schließt daran an, da hier die Ideengeschichte der geopolitischen Theorie und die Entwicklung der Disziplin ausgeführt werden. Der etwas ungewöhnliche Aufbau, der das Theorie-Kapitel vor das Methodik-Kapitel setzt, ist der Tatsache geschuldet, dass die Methodik erst aus der Theorie entwickelt wird und sich aus dieser heraus ergibt. Diese Nutzbarmachung der Theorie durch eine Operationalisierung erfolgt in Kapitel 4. Die Operationalisierung orientiert sich an einer Analysemethode des britischen Geographen Geoffrey Sloan, der einen geopolitischen Dreiklang aus den Analyseebenen Historie, Geographie und Strategie formuliert. Aus dieser Herangehensweise ergibt sich der weitere Aufbau der Arbeit. Hier wird außerdem das genaue Vorgehen dargelegt, was Fallauswahl, Auswahl der Untersuchungszeiträume, Material sowie Erhebungs- und Auswertungsmethoden angeht.

Kapitel 5 gibt einen breiten Überblick über die deutsch-russischen Erdgasbeziehungen und deren Bedeutung für die deutsche Außenpolitik. Schwerpunkte sind naturgemäß die beiden Vergleichsgruppen der Erdgas-Röhren-Geschäfte und der Nord Stream-Pipelines. Weil die EU-Ebene eine immer größere Rolle im Energiesektor spielt, kommt diese Arbeit nicht ohne eine grundlegende Darstellung der Genese des Energiebinnenmarktes und richtungsweisender Geschehnisse im europäischen Energiesektor aus. Kapitel 6 widmet sich den naturwissenschaftlichen Grundlagen des Erdgassektors und gibt einen Überblick über den Zustand des deutschen und europäischen Erdgassektors des Untersuchungszeitraums, mit einem Schwerpunkt auf Verbrauch, Import und Infrastruktur. Kapitel 7 stellt das letzte Element des Dreiklangs dar und zielt auf die strategische Ebene der Energiesicherheit ab. Schließlich folgt in Kapitel 8 der Hauptteil der Analyse, in der die zuvor erarbeiteten Grundlagen der Operationalisierung mittels des geopolitischen Dreiklangs ihre praktische Anwendung finden. In der konkreten Textarbeit werden die vorliegenden Quellentexte strukturiert. Durch die Vergabe von Codes in der Inhaltsanalyse im Programm MAXQDA werden die charakteristischen geopolitischen Elemente in den Pipelinedebatten herausgearbeitet und im Kapitel

zusammengefasst. Zum Schluss, in Kapitel 9, werden diese Ergebnisse diskutiert, es wird ein Bogen zurück zur klassischen Geopolitik gespannt und die Forschungsfrage beantwortet.

### **1.3 Der russische Überfall auf die Ukraine und die Untersuchung**

„Dieser Einfluß des Unabwägbaren weist auf einen weiteren wesentlichen Grund für die Schwierigkeiten der Politischen Geographie hin.“<sup>9</sup>

Die Gefahr, die Josef Matznetter hier anmahnte, die jede geopolitische Analyse ereilen kann, ist, dass während einer Untersuchung ein unvorhergesehenes Ereignis auftreten kann, das vieles grundlegend verändert. Als eine solche unvorhergesehene Herausforderung stellte sich die Zerstörung der Ostseepipelines im September 2022 mitten im Forschungsprozess dar. Plötzlich existierte eines von zwei wesentlichen Fallbeispielen größtenteils nicht mehr. Eine Zäsur für die Debatten im Bundestag, die sich grundlegend veränderten, war bereits zuvor der russische Überfall im Februar 2022 auf die Ukraine. Für die Analyse der Bundestags- und Ausschussdebatten, die sich sowieso nur bis Ende der 19. Wahlperiode erstrecken sollte, stellte dies ein geringeres Problem dar als für die ab Frühjahr 2023 geführten Experteninterviews. Die öffentliche Wahrnehmung und politische Debatte hatten sich in einer Weise verändert, die es unmöglich machten, diese Entwicklungen zu ignorieren. Dennoch soll im Folgenden begründet werden, warum der Fokus auf dem ursprünglichen Untersuchungszeitraum der Wahlperioden 08, 09, 18 und 19 liegen soll, die als typisch für bundesdeutsche Debatten über Pipelineprojekte gelten können.

Ab Mitte 2022 begann Gazprom die Lieferungen durch die Pipeline Nord Stream 1 immer weiter zu drosseln, als Grund wurden technische Probleme angegeben. Im Juli kam es zu einem kurzzeitigen Lieferstopp, da eine Turbine gewartet werden musste. Nach einer weiter gedrosselten Wiederaufnahme der Gaslieferungen, wurde der Transport Ende August aufgrund weiterer Wartungsarbeiten und technischer Probleme erneut vollständig gestoppt.<sup>10</sup> Am 26. September 2022 kam es zu einem Anschlag auf die Ostseepipelines, bei dem beide Stränge von Nord Stream 1 und einer der beiden Stränge der noch nicht in Betrieb genommenen

---

<sup>9</sup> Matznetter, Josef (Hrsg.): Politische Geographie, Darmstadt 1977, S. 1.

<sup>10</sup> Vgl. o.V.: Gazprom kündigt längeren Lieferstopp über Nord Stream an, (online) 2022.

Pipeline Nord Stream 2 zerstört wurden. Zum Zeitpunkt der Abgabe dieser Arbeit, war die Urheberschaft des Anschlags weiter unbekannt.<sup>11</sup>

Der russische Angriffskrieg hat nicht nur in Europa viele Gewissheiten auf einen Schlag zur Seite gefegt, sondern auch in der deutschen Bundespolitik für eine Zäsur gesorgt. Dies gilt insbesondere für die Erdgasbeziehungen zwischen Deutschland und Russland. Eine Zäsur, nicht nur bezogen auf die Wahrnehmung Russlands, sondern v.a. auch in Bezug auf die Tatsache, dass spätestens seit September 2022 keinerlei russisches Gas mehr durch die Ostsee kommt. Damit ist ein Fall eingetreten, den kaum jemand für möglich und, viel wichtiger, kaum jemand für beherrschbar hielt. Heute zeigt sich, dass es auch ohne russisches Gas geht, wenn auch verbunden mit deutlich höheren Kosten.

Die bundesdeutschen Debatten über Erdgasinfrastrukturprojekte sind nach dem russischen Überfall auf die Ukraine jedoch alles andere als typisch im Vergleich zu jenen der vergangenen Jahrzehnte. Möglicherweise sind viele der Traditionslinien, die später in der Analyse aufgezeigt werden, zu einem abrupten Ende gekommen. Noch ist es aber zu früh, das festzulegen, dafür sind die Ereignisse zu jung. Diese Arbeit hat das Ziel, die bundesdeutschen Pipelinedebatten der vergangenen Jahrzehnte repräsentativ zu charakterisieren, deshalb endet der Analysezeitraum mit der 19. Wahlperiode. D.h. Protokolle werden bis zum Ende der Wahlperiode einbezogen.

Die Interviews nahmen fortan eine andere Funktion ein. Statt die Ergebnisse der Analyse der untersuchten Debatten zu erweitern und zu bestätigen, sollten sie diese nun aus der Retrospektive kontrastieren und einordnen. Die Rückbetrachtung macht es außerdem leichter, Verhaltensweisen der Akteure zu kategorisieren und in einen Gesamtzusammenhang zu setzen. So kann die Herausforderung, die aus dem Anschlag entstand, auch als Chance betrachtet werden – als natürlicher Endpunkt, der die Untersuchung davor bewahrt, Aussagen zu laufenden Geschehnissen zu treffen, die womöglich durch ein unvorhergesehenes Ereignis wieder über den Haufen geworfen werden.

---

<sup>11</sup> Vgl. Bewarder, Manuel et. al.: Nord-Stream-Anschläge: Was wir wissen - und was nicht, (online) 2023.

## 2 Forschungsstand und Literatur

Es erstaunt, dass neben der vorliegenden Arbeit keine weiteren wissenschaftlichen Abhandlungen existieren, die einen expliziten Vergleich von Erdgas-Röhren-Geschäften und Nord Stream-Pipelines zum Inhalt haben. Dies ist vor allem deshalb erstaunlich, da sich die Projekte erheblich ähneln, was Relevanz, Umfang, Akteurskonstellationen und geopolitische Großwetterlage angeht. Ein (politik-)wissenschaftlicher Vergleich dieser Projekte liegt nahe. Beide Projektgruppen sind in unterschiedlicher Tiefe erforscht und auch deren Vergleichbarkeit ist im Grunde bekannt. Das zeigen journalistische Beiträge wie es bspw. Gregor Schöllgen in seinem detailliert recherchierten Artikel „Brandts Röhren, Putins Gas“ (2017) darlegt, der die Erdgas-Röhren-Geschäfte in eine Reihe mit den Ostseepipelines stellt und die Kontinuitäten in den deutsch-russischen Erdgasbeziehungen herausarbeitet.<sup>12</sup> Dennoch fehlt der systematische Vergleich beider Projekte unter einem politikwissenschaftlichen oder anderen Forschungsansatz. Das gilt umso mehr für die Bearbeitung durch eine geopolitische Analysebrille. Diese Arbeit ist daher in der Lage, einen ersten Beitrag zur Schließung dieser Lücke zu leisten.

### Die Erdgas-Röhren-Geschäfte und der Osthandel

Zu den Erdgas-Röhren-Geschäften existiert nur eine Handvoll von Veröffentlichungen. Meist werden diese nur im Rahmen genereller Wirtschaftsbeziehungen zur UdSSR abgehandelt. Einige sollen stellvertretend vorgestellt werden. Eines der frühesten Werke, das sich zumindest in einem Kapitel mit den Erdgas-Röhren-Geschäften beschäftigt, ist der Sammelband „Handelspartner Osteuropa“ (1974), herausgegeben von Gert Leptin. Hans-Peter Linss beschäftigt sich in diesem Band mit der wirtschaftlich-technischen Kooperation am Beispiel der ersten beiden Erdgas-Röhren-Geschäfte, wobei das Zustandekommen und die Rahmendaten der Pipelines kaum zur Sprache kommen.<sup>13</sup> Und damit ist bereits eines der grundlegenden Probleme der Literatur zu den Erdgas-Röhren-Geschäften beschrieben: Es existieren kaum Abhandlungen, die die grundlegenden Informationen zu den Projekten bereitstellen würden. Lediglich zwei Werke, die als Standard bezeichnet werden können, bieten grundlegende und fundierte Einblicke in das Zustandekommen der

---

<sup>12</sup> Siehe z.B.: Schöllgen, Gregor: Brandts Röhren, Putins Gas, (online) 2017.

<sup>13</sup> Linss, Hans-Peter: Wirtschaftlich-technische Kooperation am Beispiel des Röhren-Erdgas-Geschäftes. In: Leptin, Gerd (Hrsg.): Handelspartner Osteuropa, Berlin 1974, S. 97-105.

Erdgas-Röhren-Geschäfte. Sie behandeln nicht nur die Vertragsverhandlungen, sondern bieten auch detaillierte Informationen zu den technischen und finanziellen Rahmendaten. An erster Stelle zu nennen ist „Geschäft und Politik“ von Manfred Pohl.<sup>14</sup> Die 1988 erschienene Abhandlung bietet einen umfassenden Abriss der deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen, die bereits zur Zeit des Zarenreichs begannen. Auch hier sind die Erdgas-Röhren-Geschäfte nur ein Teil einer Gesamtdarstellung der deutsch-sowjetischen Wirtschaftsbeziehungen, doch wird in der Durchsicht der verwendeten Quellen deutlich, wie umfassend hier recherchiert wurde. So stützt sich Pohl umfassend auf das Historische Archiv der Deutschen Bank und damit auf eine wesentliche Seite der Dreiecksgeschäfte, nämlich die der Kreditvergabe.

Die zweite als Standardwerk zu bezeichnende Publikation ist Claudia Wörmanns „Osthandel als Problem der Atlantischen Allianz“ (1986), sie beschäftigt sich überwiegend mit den Erdgas-Röhren-Geschäften und legt den Fokus auf die Auseinandersetzungen mit den USA und deren Embargopolitik.<sup>15</sup> Auch Wörmann arbeitet alle begleitenden Informationen detailliert heraus, stützt sich dabei allerdings verstärkt auf Veröffentlichungen der US-Administration und der Europäischen Gemeinschaft (EG). Dass Wörmanns Werk weitestgehend als Standard betrachtet werden kann, zeigt bspw. eine der jüngeren Publikationen zum Thema. Christian Th. Müller stützt seinen Beitrag „Der Erdgas-Röhren-Konflikt 1981/82“, der sich auf das letzte Erdgas-Röhren-Geschäft bezieht, im Jahr 2010 u.a. von ihm herausgegebenen Sammelband „Ökonomie im Kalten Krieg“ im Wesentlichen auf Wörmanns Werk.<sup>16</sup> Darüber hinaus wird Wörmann immer wieder in zahlreichen weiteren Veröffentlichungen zitiert, wenn es um die Erdgas-Röhren-Geschäfte geht.<sup>17</sup>

Verwirrend ist die Zählweise, bzw. was unter dem Sammelbegriff „Erdgas-Röhren-Geschäfte“ gefasst wird, denn während Wörmann insgesamt fünf Projekte zählt, kommt Pohl auf sechs. Grund hierfür ist, dass Erstere ein gescheitertes

---

<sup>14</sup> Pohl, Manfred: Geschäft und Politik. Deutsch-russisch/sowjetische Wirtschaftsbeziehungen 1850-1988, Mainz 1988.

<sup>15</sup> Wörmann, Claudia: Osthandel als Problem der Atlantischen Allianz. Erfahrungen aus dem Erdgas-Röhren-Geschäft mit der UdSSR, Bonn 1986.

<sup>16</sup> Müller, Christian Th.: Der Erdgas-Röhren-Konflikt 1981/1982. In: Greiner, Bernd/ Müller, Christian Th. /Werber, Claudia (Hrsg.): Ökonomie im Kalten Krieg. Hamburg 2010, S. 501-520.

<sup>17</sup> Z.B. bei Bellers, Jürgen/Porsche-Ludwig, Markus: Außenwirtschaftspolitik der Bundesrepublik Deutschland 1950-2011, Münster 2011.

Projekt unter Beteiligung des Irans nicht einbezieht. Pohl nutzt aufgrund des verwendeten Quellenmaterials, das sich im Wesentlichen auf den Kreditaspekt der Erdgas-Röhren-Geschäfte stützt, eine Zählweise, die sich an der Zahl der gewährten Kredite orientiert. Also handelt es sich hier nicht um fachliche Fehler, sondern um verschiedene Zählweisen, die jeweils gut begründet werden können. Im Rahmen dieser Arbeit wird der Zählweise Pohls gefolgt.<sup>18</sup>

Nach den 1980er-Jahren erschienen kaum noch Publikationen, die sich explizit und als eigenständige Forschungsvorhaben inkl. eigener Rechercheleistung, z.B. durch Archivarbeit, mit den Erdgas-Röhren-Geschäften beschäftigten. Dies mag ein Hinweis darauf sein, dass die damaligen Projekte zwar zu transatlantischen Verwerfungen führten, diese aber zeitlich und qualitativ deutlich stärker begrenzt in ihren Auswirkungen waren, als das bei den Ostseepipelines der Fall war. Außerdem könnte die innerdeutsche gesellschaftliche und wissenschaftliche Debatte deutlich schwächer ausgefallen sein, als das mit den Nord Stream-Pipelines der Fall gewesen war. Möglicherweise nahm das Interesse nach der Fertigstellung des letzten Erdgas-Röhren-Geschäfts auch deshalb schnell ab, weil der Streit mit den USA schließlich beigelegt wurde. Auch der anschließende Zerfall der Sowjetunion könnte zur Erklärung beitragen, warum die Erdgas-Röhren-Geschäfte kaum einen Abdruck in der deutschen Academia hinterlassen haben.

Einen grundlegenden Überblick über den Osthandel und der ihn begleitenden Zielsetzungen, Strategien und auch Hoffnungen, bietet Angela Stents Monographie „Wandel durch Handel?“ (1983). Hier werden die Erdgas-Röhren-Geschäfte nur gestreift, doch bietet das Werk eine hervorragende Einordnung in den Gesamtzusammenhang des Osthandels.<sup>19</sup> Die Arbeit kommt nicht ohne einen kurzen Abriss der deutschen Außenpolitik aus, jedoch mit einem Fokus auf den Osthandel, einige der weiteren verwendeten Werke beziehen sich ebenfalls auf eines oder mehrere der Erdgas-Röhren-Geschäfte.<sup>20</sup> Eine große Rolle für die Analyse des erhobenen Materials spielt außerdem Egon Bahrs Rede „Wandel durch Annäherung“, die er 1972 hielt, sowie seinen weiteren Veröffentlichungen zur Normalisierung der

---

<sup>18</sup> Weiter siehe Kapitel 5.2.

<sup>19</sup> Stent, Angela: Wandel durch Handel? Die politisch-wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion, Köln 1983.

<sup>20</sup> Siehe z.B.: Hacke, Christian: Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Von Konrad Adenauer bis Gerhard Schröder, 2. Auflage, Berlin 2004; Pohl, Manfred: Geschäft und Politik. Deutsch-russisch/sowjetische Wirtschaftsbeziehungen 1850-1988, Mainz 1988; Rode, Reinhard: Sanktion und Geschäft. Die Ostwirtschaftspolitik der USA unter Reagan, Frankfurt am Main 1986.

bundesdeutschen Außenpolitik und das Konzept Wandel durch Handel, wenn es denn eines ist.<sup>21</sup>

Generell ist ab 2006 ein starker Zuwachs an Veröffentlichungen zu Fragen der Energiepolitik, Energieversorgung und Energiesicherheit zu beobachten, was sicherlich auch mit den russisch-ukrainischen Gaskrisen und der Transformation hin zu EE zusammenhängt. Insbesondere die wissenschaftliche Beschäftigung mit den Konzepten der Energiesicherheit erfuhr einen großen Schub. War dies früher v.a. in der Politikwissenschaft eher ein Nischenthema, ist es heute allgegenwärtig. Immer noch das Standardwerk, welches die relevanten Definitionen, Indices und Dimensionen der Energiesicherheit vereint, ist „The Routledge Handbook of Energy Security“ (2011).<sup>22</sup>

### **Die Nord Stream-Pipelines**

Umfassend in der Literatur beleuchtet werden im Gegensatz zu den Erdgas-Röhren-Geschäften die Nord Stream-Pipelines und die jüngeren deutsch-russischen Beziehungen im Erdgassektor. Es existieren zahlreiche Abhandlungen, die sich mit der Thematik aus den verschiedensten Blickwinkeln und mit unterschiedlichsten Methodiken befassen. Als eines der umfassendsten und für diese Arbeit grundlegenden Werke sei an dieser Stelle die 2012 erschienene Monographie „Deutsch-russische Beziehungen im Gassektor“ genannt. Durch eine detaillierte Analyse der Akteursnetzwerke wird das Zustandekommen der ersten Ostseepipeline dargelegt.<sup>23</sup> Im deutschsprachigen Raum sind die beiden renommiertesten Experten für Energiepolitik und Energiesicherheit, insbesondere mit Fokus auf Russland, sicherlich Kirsten Westphal und Frank Umbach. Von ihnen stammt ein Großteil der Veröffentlichungen in den vergangenen Jahren, die elementarer Bestandteil auch dieser Arbeit sind.<sup>24</sup> Kirsten Westphal war außerdem häufig zu Expertenanhörungen in den

---

<sup>21</sup> Siehe: Vgl. Bahr, Egon: Wandel durch Annäherung. Rede in der Evangelischen Akademie Tutzing am 15. Juli 1963; Bahr, Egon: Der deutsche Weg: selbstverständlich und normal, München 2003; Bahr, Egon: Deutsche Interessen. Streitschrift zu Macht, Sicherheit und Außenpolitik, München 1998.

<sup>22</sup> Sovacool, Benjamin K. (Hrsg.): The Routledge Handbook of Energy Security, Milton Park 2011.

<sup>23</sup> Sander, Michael: Deutsch-russische Beziehungen im Gassektor, Wirtschaftliche Rahmenbedingungen, Interorganisationsnetzwerke und die Verhandlungen zur Nord Stream Pipeline, Baden-Baden 2012.

<sup>24</sup> Siehe z.B. Umbach, Frank: Globale Energiesicherheit. Strategische Herausforderungen für die europäische und deutsche Außenpolitik, München 2003; Umbach, Frank: Europäische Energiesicherheit im Wandel. Globale Energiemegatrends und ihre Auswirkungen, München 2017; Westphal, Kirsten: Zwischen Green Deal und Nord Stream. Europäische Energiepolitik 2020. In: Aus Politik

untersuchten Ausschusssitzungen eingeladen. Wichtig und zahlreich vorhanden sind allgemeinere Abhandlungen zur deutschen und europäischen Energiepolitik, die die grundlegenden Entwicklungen der Energielandschaft aufzeigen. Stellvertretend für viele ist hier z.B. Frank Illings „Energiepolitik in Deutschland“ (2012) zu nennen, das sich u.a. auch auf Nord Stream 1 bezieht.<sup>25</sup> Ein wichtiges Buch zu den russisch-ukrainischen Gaskrisen, die letztlich die Ostseepipelines begünstigten, ist bereits im Jahr der letzten solchen Krise 2009 von Kristina Kurze erschienen.<sup>26</sup> Aufgrund der Aktualität der zweiten Nord Stream-Pipeline, sind Monographien explizit zu diesem Projekt etwas rarer gesät. Hier musste sich vor allem auf Paper, Artikel und Webauftritte z.B. beteiligter Firmen gestützt werden. Die Recherchen hierzu fanden zu einem Zeitpunkt vor dem Krieg in der Ukraine und dem Anschlag auf die Pipelines statt, sodass nicht auf Webarchive zurückgegriffen werden musste.

Gleichzeitig wird auch anhand der Veröffentlichungen deutlich, dass sich die Ostseepipelines kaum noch ohne politischen oder rechtlichen Bezug zur EU-Ebene betrachten lassen.<sup>27</sup> Dadurch, dass viele Weichenstellungen vermehrt auf europäischer Ebene stattfinden, ist ein zunehmender wissenschaftlicher Fokus auf diese Ebene zu beobachten.

## **Geopolitik**

Die Geopolitik stellt das theoretische Fundament dieser Arbeit dar. Genauer gesagt, wird auf Grundlage der Beschäftigung mit der Ideengeschichte der geopolitischen Theorie, insbesondere mit den Klassikern, eine eigene Operationalisierung entwickelt, um das vorliegende Thema zu untersuchen. Es sind also in erster Linie die Originalwerke des 19. Jhd., die im Rahmen dieser Arbeit intensiv untersucht wurden. Das hebt diese Arbeit ein Stück weit von manch anderen ab, die sich oft nicht auf die Originale beziehen, sondern auf Abhandlungen über diese. Wie bereits angemerkt, fristete die klassische Geopolitik v.a. im deutschsprachigen Raum nach

---

und Zeitgeschichte, Ausgabe 23-25/ 2020, S. 18-24; Westphal, Kirsten: Nord Stream 2 im Kontext der EU-Binnenmarktregeln, (online) 2017.

<sup>25</sup> Illing, Frank: Energiepolitik in Deutschland. Die energiepolitischen Maßnahmen der Bundesregierung 1949-2013, Baden-Baden 2012.

<sup>26</sup> Kurze, Kristina: Europas fragile Energiesicherheit. Versorgungskrisen und ihre Bedeutung für die europäische Energiepolitik, Berlin & Münster 2009.

<sup>27</sup> Bspw.: Fischer, Severin: Die Energiewende und Europa – Europäisierungsprozesse in der deutschen Energie- und Klimapolitik, Wiesbaden 2017; Fischer, Severin: Auf dem Weg zur gemeinsamen Energiepolitik; Pollak, Johannes/Schubert, Samuel/Slominski, Peter (Hrsg.): Die Energiepolitik der EU, Wien 2010. Himmelreich, Jörg: Nord Stream 2: Ein politischer Wirtschaftskrimi und seine EU-rechtlichen Folgen. In: sui generis, Ausgabe 2020, S. 317-328.



dem Zweiten Weltkrieg ein Nischendasein und war regelrecht geächtet. In den vergangenen Jahren ist jedoch eine Renaissance der Klassiker der geopolitischen Theorie zu beobachten und insbesondere eine Wiederbefassung mit den deutschen Gründungsvätern der Disziplin.

Besonders das Studium ebenjener Klassiker war in besonderem Maße erkenntnisreich. Auf die Werke der Gründungsväter der Geopolitik und deren Inhalte wird in Kapitel 3 genauer eingegangen, weshalb es an dieser Stelle bei allgemeineren Reflexionen bleiben soll. Im Laufe einer tieferen Beschäftigung mit den geopolitischen Klassikern wird deutlich, wie wirkmächtig und teilweise nach wie vor aktuell die Ideen der Geopolitik noch heute sind. Gleichzeitig wird deutlich, dass die Entstehung der Geopolitik gleichzeitig auch den Beginn der Staats- bzw. Politikwissenschaft als akademische Disziplin markiert. Es ist erstaunlich, dass sowohl die Staatswissenschaft als auch die Geopolitik zeitlich parallel entstanden sind, aber ein völlig diametrales Staatsverständnis vertraten. Zunächst schien es so, als setzten sich die liberal-bürgerlichen Vorstellungen eines rechtspositivistischen Staatsverständnisses à la Jellinek durch. Die „Ismen“ des 20. Jahrhunderts, insbesondere der Nationalsozialismus in Deutschland, bevorzugten die tribalistischen Definitionen von Volk und Staat der frühen Geopolitiker. Diese Ideologien des 20. Jahrhunderts begünstigt zu haben, ist der große Vorwurf, der der klassischen Geopolitik gemacht wird. Warum dieser so nicht zu halten ist, ist in Kapitel 3 nachzulesen. Wie bereits erwähnt, könnte bei jüngeren Werken, die Geopolitik z.B. als Analysegrundlage nutzen, der Verdacht entstehen, dass sich diese v.a. auf Sekundärliteratur stützen und die Originale nicht in Gänze einbezogen haben. Oft werden die immergleichen grundlegenden Aussagen wiederholt und in Zusammenhänge gesetzt, die man bei weiterführender Recherche auch anders auffassen könnte.

Dennoch führte diese Tabuisierung lange dazu, dass die deutschen Gründungsväter der Geopolitik ungern rezipiert wurden. In letzter Zeit ist hier jedoch eine Neuentdeckung zu betrachten. Stellvertretend zu nennen ist hier das multinationale Werk „Denken im Raum“, herausgegeben von Ulrike Jureit und Patricia Chiantera-Stutte (2021), das sich mit einigen der Ratzelschen Ideen in der Tiefe befasst. Dennoch bleibt im deutschsprachigen Raum bisher eine breitflächige Wiedereinbeziehung der Klassiker aus, während das im angloamerikanischen Raum,

wo es ein kleineres Tabu war, immer stärker der Fall ist.<sup>28</sup> Diese Arbeit soll daher, trotz der teilweise berechtigten Kritik an den Werken Ratzels und Co., auch ein Plädoyer für eine Wiederbefassung unter kritischer Reflexion sein. Die insbesondere von Ratzel entwickelten sprachlichen Bilder wirken auch in späteren Werken fort und es lassen sich klare Traditionslinien bis heute ziehen. Weiterhin bietet die klassische Geopolitiktheorie zahlreiche Werkzeuge, um auch aktuelle Sachverhalte zu analysieren. Doch auch jüngere und alternative Zugänge, wie die der kritischen Geopolitik sollen nicht ausgeblendet werden. An dieser Stelle sollen lediglich zwei wegweisende deutschsprachige Standardwerke genannt werden. Zum einen Josef Matznetters Sammlung klassischer geopolitischer Theorie „Politische Geographie“, mit der er es quasi im Alleingang schaffte, eine Wiederbefassung mit der Disziplin in Deutschland möglich zu machen.<sup>29</sup> Zum anderen Niels Werbers Buch „Geopolitik zur Einführung“, der neben einer umfassenden Darstellung der geopolitischen Ideengeschichte einen Fokus auf die alternativen Ansätze und v.a. die Entwicklungen in den USA legt.<sup>30</sup>

Die amerikanischen Autoren kannten die Berührungspunkte mit der Geopolitik nicht im selben Maße wie ihre deutschen Kollegen und konnten selbstbewusst geopolitische Analysen mit dem Thema Erdgas verbinden. So z.B. Agnia Grigas „The New Geopolitics of Natural Gas“ (2017).<sup>31</sup> Die geopolitische Analyse auch explizit von Gaspipelines ist nichts Neues, so z.B. zur Gaspolitik Aserbaidschans von Sevinj Amirova-Mammadova (2017).<sup>32</sup> Eine geopolitische Herangehensweise an die Erdgas-Röhren-Geschäfte findet sich jedoch nicht. Auch das könnte Ausdruck einer jahrelangen Tabuisierung des geopolitischen Diskurses im deutschsprachigen Raum sein.

## **Geographie**

Immanenter Bestandteil geopolitischer Analyse sind geographische Grundlagen. Da sind zum einen die physisch-naturwissenschaftlichen Grundlagen zum Rohstoff Erdgas, wie u.a. Vorkommen, Verbrauch oder Verwendungsmöglichkeiten.

---

<sup>28</sup> Jureit, Ulrike/Chiantera-Stutte, Patricia (Hrsg.): Denken im Raum. Friedrich Ratzel als Schlüsselfigur geopolitischer Theoriebildung, Baden Baden 2021.

<sup>29</sup> Matznetter (Hrsg.): Politische Geographie.

<sup>30</sup> Werber, Niels: Geopolitik zur Einführung, 2. Auflage, Hamburg 2022.

<sup>31</sup> Grigas: The New Geopolitics of Natural Gas.

<sup>32</sup> Amirova-Mammadova, Sevinj: Pipeline Politics and Natural Gas Supply from Azerbaijan to Europe. Challenges and Perspectives, Berlin 2017.

Stellvertretend zu nennen sind an dieser Stelle „Die Welt der Rohstoffe“ (2016) von Florian Neukirchen und Gunnar Ries oder „Was sind die Energien des 21. Jahrhunderts?“ (2007) von Hermann-Josef Wagner.<sup>33</sup> Daneben ist ein Verständnis der europäischen Gasinfrastruktur und insbesondere der Pipelinenetze grundlegend. Hier kommt kartographischen Veröffentlichungen eine wichtige Rolle zu. Allerdings wird deutlich, dass viele ungenau, veraltet und teilweise unvollständig sind. Hilfreich war deshalb die Erstellung eigener Karten zur Darstellung der Gesamtzusammenhänge inkl. korrekter Pipelinebezeichnungen, Kapazitäten und schematischer Verläufe.

## **Methoden**

Die wesentliche empirische Grundlage und Methodik zur Bearbeitung des Forschungsinteresses stellt die Analyse von Textmaterial aus Bundestags-, Ausschussdebatten und Experteninterviews dar. Zum erprobten und bewährten Standardrepertoire politikwissenschaftlicher Methodik in der Auswertung gehört die Qualitative Inhaltsanalyse, z.B. nach dem Standardwerk Philipp Mayrings (2010).<sup>34</sup> Diese eignet sich, um durch Kategorienbildung große Textmengen beherrschbar zu machen. Weiterhin ist die Analyse von Protokollen aus Bundestagsdebatten und Ausschusssitzungen ebenfalls eine häufige Vorgehensweise zur Beantwortung politikwissenschaftlicher Fragestellungen. Darüber hinaus wurde als weitere Standardmethode das Experteninterview zur Akquise von Analysematerial genutzt. Als wesentliche Grundlage diente hier der Abschnitt von Wiebke Loosen im „Handbuch nicht standardisierte Methoden in der Kommunikationswissenschaft“ (2016) von Stefanie Averbek-Lietz und Michael Meyen.<sup>35</sup>

Untersuchungen von Debatten explizit um die Erdgas-Röhren-Geschäfte oder die Nord Stream-Pipelines sind rar. Eine Ausnahme stellt ein Beitrag in einer Konferenzschrift zu den Alliierten Vorbehaltsrechten von Markus Engels und Petra Schwartz dar, der die Debatte um das letzte Erdgas-Röhren-Geschäft zwar nur streift, aber diejenige um das erste Röhrenembargo gegen das Geschäft, das

---

<sup>33</sup> Z.B. Neukirchen, Florian/Ries, Gunnar: Die Welt der Rohstoffe. Lagerstätten, Förderungen und wirtschaftliche Aspekte, 2. Auflage, Berlin & Heidelberg 2016; Wagner, Hermann-Josef: Was sind die Energien des 21. Jahrhunderts? Der Wettlauf um die Lagerstätten, 2. Auflage, Frankfurt am Main 2007.

<sup>34</sup> Mayring, Philipp: Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken, 12. Auflage, Weinheim & Basel 2010.

<sup>35</sup> Averbek-Lietz, Stefanie/Meyen, Michael (Hrsg.): Handbuch nicht standardisierte Methoden in der Kommunikationswissenschaft, Wiesbaden 2014.

untersagt wurde, untersucht.<sup>36</sup> Weiterhin existieren kaum Veröffentlichungen, die sich mit dem Vorhandensein klassischer geopolitischer Theorie in den politischen Debatten in der Bundesrepublik auseinandersetzen. Als eine der wenigen ist hier beispielsweise eine Studie aus dem Jahre 2021 von Christoph Creutziger und Paul Reuber zu nennen, die das Vorhandensein geopolitischer Diskurse und Begrifflichkeiten in der politischen Debatte untersucht. Diese Studie fokussiert sich auf Diskurse in der medialen Debatte und setzt neben der Begriffsanalyse vorwiegend auf quantitative Elemente wie Worthäufigkeiten.<sup>37</sup> Ein spannendes Projekt ist auch das Werk Christian C. Spangs (2013), das sich explizit mit der Rezeption der geopolitischen Theorie Karl Haushofers und seinem schwierigen Erbe in der deutschen und japanischen Politik beschäftigt.<sup>38</sup>

---

<sup>36</sup> Engels, Markus/Schwartz, Petra: Alliierte Restriktionen für die Außenwirtschaftspolitik der Bundesrepublik Deutschland. Das Röhrenembargo von 1962/63 und das Erdgas-Röhrengeschäft von 1982. In: Haftendorn, Helga/Riecke, Henning (Hrsg.): „... die volle Macht eines souveränen Staates ...“ Die Alliierten Vorbehaltsrechte als Rahmenbedingung westdeutscher Außenpolitik 1949-1990, Baden-Baden 1996, S. 227-242.

<sup>37</sup> Creutziger, Christoph/Reuber, Paul: Diskurse von Geopolitik und ‚Neuem Kaltem Krieg‘ – Zur Veränderung medialer Repräsentationen von Russland und ‚dem Osten‘, (online) 2021.

<sup>38</sup> Spang, Christian W.: Karl Haushofer und Japan. Die Rezeption seiner geopolitischen Theorie in der deutschen und japanischen Politik, München 2013.

### 3 Geopolitik

Die Geopolitik ist ein recht junges Wissenschaftsgebiet, doch das, was der Begriff beinhaltet, ist alt. Wenn man will, kann man die Traditionslinien der Beschäftigung mit der Erdoberfläche und ihrer Bedeutung für die Politik sowie für die Geschicke der Menschen bis in die Antike zurückverfolgen. Bis weit in die europäische Neuzeit hinein war die Geographie als Disziplin noch überwiegend dem Adel vorbehalten und sollte die Herrschaft über den eigenen Machtbereich sicherstellen.<sup>39</sup> Machiavelli bspw. sah in der Kenntnis und Beherrschung der Geographie einen Schlüssel zur Festigung der Position des „Prinzen“.<sup>40</sup> Während die Herrscherhäuser das, was heute teilweise unter Geopolitik verstanden wird, über Jahrhunderte praktizierten, aber noch nicht so bezeichneten, wurden die Geographie und die Beschäftigung mit ihren Implikationen erst mit der Einführung der Schulbildung für die breite Masse im 19. Jh., uneingeschränkt zugänglich. Zum Ende des 19. Jh. bildete sich schließlich eine breit rezipierte dezidiert-akademische Disziplin der Geopolitik heraus. Von Deutschland ausgehend, kam es zu einer globalen Welle geopolitischer Theoriebildung, die so einflussreich wurde, dass sie die Weltpolitik während der Weltkriege und danach maßgeblich bis heute prägt.

#### 3.1 Die klassische Geopolitik

Die Ideengeschichte geopolitischer Theorie lohnt sich zu ergründen, denn auch heute kommt kaum eine geopolitische Analyse ohne bewusste oder unbewusste Rückgriffe auf die klassischen Werke aus, seien es nun direkte Bezüge auf Theorien oder das Nutzen klassischer Sprachbilder.

##### 3.1.1 Geodeterminismus

1860 erschien Charles Darwins „Die Entstehung der Arten“ und legte das theoretische Fundament der Evolutionsbiologie.<sup>41</sup> Es ist kein Zufall, dass sich die Väter der Geopolitik stark an Erkenntnissen aus den Naturwissenschaften orientierten. Deutschland wird zum Ende des 19. Jh. zur Keimzelle einer bald schon sehr

---

<sup>39</sup> Vgl. Ó Tuathail, Gearóid: *Critical Geopolitics. The Writing of Global Space*, London 1996, S. 1 ff.

<sup>40</sup> Nach Sloan, Geoffrey: *Geopolitics, Geography and Strategic History*, Milton Park 2017, S. 1 f.

<sup>41</sup> Vgl. Darwin, Charles: *Die Entstehung der Arten durch natürliche Zuchtwahl oder Die Erhaltung der bevorzugten Rassen im Kampfe ums Dasein*, Leipzig (o.J.), S. 1 ff.

populären akademischen Disziplin, die versucht, durch die Verbindung von geographischen Gegebenheiten mit Beobachtungen aus der Tier- und Pflanzenwelt die großen räumlich-politischen Formationen zu erklären. In dieser Zeit wird eine wirkmächtige Wissenschaftstradition geschaffen, die sich erst nach England und dann in die USA verbreitet und bis heute fortwirkt.

Die frühen Vertreter der geopolitischen Theorie teilten einige Grundannahmen, die für die damalige Zeit, auch in anderen (Wissenschafts-)Bereichen typisch waren. Es herrschte eine pessimistische Grundstimmung vor, was die Zukunft der europäischen Gesellschaften anging. Geprägt vom Malthusianismus, sind viele der frühen geopolitischen Theorien von der Befürchtung eines zu großen Bevölkerungswachstums und Ressourcenverbrauchs geprägt.<sup>42</sup> Würde die Bevölkerung zu groß für einen Staat, würden die natürlichen Ressourcen nicht mehr ausreichen, um diese zu tragen, so die Befürchtung. Aus dieser Annahme heraus, in Kombination mit der analogen Anwendung von Beobachtungen aus der Zoologie, entstand die Schlussfolgerung, dass ein Staat, um überleben zu können, wachsen müsse. Die Staaten stünden untereinander in einem darwinistischen Überlebenskampf und nur die stärksten würden überleben. Die natürlichen geographischen Gegebenheiten wurden als das bedingende Element für das Verhalten eines Staates betrachtet. Die Geographie determiniert das Verhalten des Staates. Wie genau, ein Anwachsen von Macht oder Territorium letztlich definiert wurde, unterschied sich teils deutlich voneinander. Als grundlegendes Charakteristikum ist den frühen Geopolitikern jedoch die Annahme dieses Staatendarwinismus gemein, der von den geographischen Faktoren vorherbestimmt ist. Man spricht deshalb vom Geodeterminismus, unter welchem sich der Großteil der frühen geopolitischen Theorienggeber einordnen lässt.<sup>43</sup>

### **Friedrich Ratzel**

Friedrich Ratzel, der seine Wissenschaftskarriere als Zoologe begann, gilt heute als Begründer der geopolitischen Theorie. Er zieht Beobachtungen aus der Natur heran, um das Verhalten und das Wesen der Staaten zu analysieren und zu erklären. Er ist

---

<sup>42</sup> Vgl. Schultz, Hans-Dietrich: "Friedrich Ratzel tot?! Du lügst, grausames Gerücht." Zum Fortleben Ratzel'scher Ideen in der Schulgeographie vor dem Ersten Weltkrieg. In: Jureit, Ulrike/Chiantera-Stutte, Patricia (Hrsg.): Denken im Raum. Friedrich Ratzel als Schlüsselfigur geopolitischer Theoriebildung, Baden-Baden 2021, S. 248.

<sup>43</sup> Vgl. Consolati, Isabella: Der Boden als soziales Band. Friedrich Ratzels Politische Geographie soziologisch betrachtet. In: Ebd., S. 190.

von einem immanenten Überlebenskampf der Staaten überzeugt, der sich aus dem Druck einer wachsenden Bevölkerung auf die Ressourcen ergibt. Seine Schlussfolgerung ist, dass der Staat, um zu überleben, wie ein Organismus wachsen müsse.<sup>44</sup> Auf die Begriffsabgrenzungen wird später eingegangen, doch sei an dieser Stelle angemerkt, dass Ratzel das Wort „Geopolitik“ nicht verwendete. Das, was heute darunter verstanden werden kann, bezeichneten Ratzel und andere in dieser Zeit als „politische Geographie“. In Abgrenzung zur Staatswissenschaft, so Ratzel, würde die politische Geographie in ihrem Untersuchungsgegenstand über das Staatsgebiet hinaus gehen und die Projektion staatlicher Macht über die Grenzen hinaus untersuchen.<sup>45</sup>

In Ratzels einflussreichstem Werk „Die Gesetze des räumlichen Wachstums der Staaten“ (1896), einem Aufsatz, fasst er seine bisherigen Erkenntnisse zu insgesamt sieben Gesetzmäßigkeiten zusammen, nach denen sich die kulturelle und territoriale Entwicklung von Staaten charakterisieren lässt. Die zugrunde liegende Annahme ist, wie schon erwähnt, die Übertragung zoologischer Beobachtungen auf den Staat:

„[...] daß wir es im Staate mit einem organischen Wesen zu tun haben. Der Natur des Organischen widerspricht aber nichts mehr als die starre Umgrenzung.“<sup>46</sup>

Die Form von Staaten sei schon immer veränderbar gewesen und letztlich abhängig von ihren Bewohnern – Völker seien schon immer in Bewegung gewesen und nur schwer voneinander abzugrenzen.<sup>47</sup> Sicherlich hatte Ratzel hier die multiethnischen Staaten des Europas vor dem Ersten Weltkrieg vor Augen. Da diese Bewegungen nicht in einem unbewohnten Raum stattfänden, komme es zu Verdrängung, Durchdringung oder Vereinigung. Staaten vergrößern sich, zerfallen oder entstehen neu.<sup>48</sup> Dem Wachstum eines Staates geht zunächst die Ausbreitung der Kultur eines Volkes voraus. Je höher entwickelt die Kultur, desto größer der Expansionsdrang. Erst die Moderne hat wahre Weltreiche hervorgebracht (Empire, USA, Russland).<sup>49</sup> Die

---

<sup>44</sup> Vgl. Klinke, Ian/Bassin, Mark: Ratzel in Nordamerika: Umwelt, Raum und Rasse. In: Jureit/Chiantera-Stutte (Hrsg.): Denken im Raum, S. 47.

<sup>45</sup> Vgl. Ratzel, Friedrich: Die Gesetze des räumlichen Wachstums der Staaten. In: Dr. A Petermanns Mitteilungen 42 Heft V, 1896, S. 97.

<sup>46</sup> Ebd.

<sup>47</sup> Vgl. ebd., S. 97 f.

<sup>48</sup> Vgl. ebd., S. 98.

<sup>49</sup> Vgl. ebd., S. 98 ff.

Ausbreitung der Kultur erfolgt nicht in erster Linie durch Eroberung, sondern v.a. durch den Austausch zwischen Völkern, die die Grundlage einer späteren Vereinigung bildet. Ratzel summiert hierunter Handelsbeziehungen, Missionierung und Migration:<sup>50</sup>

„Handel und Verkehr eilen der Politik weit voraus, die ihnen auf gemeinsamen Wegen folgt und nie scharf von ihnen zu trennen ist. Der friedliche Verkehr ist die Vorbedingung des Wachstums der Staaten.“<sup>51</sup>

Als Beispiel nennt er das Deutsche Reich, dem der Zollverein vorausging.<sup>52</sup> Im Zuge des Wachstums eines Staates absorbiert dieser kleinere Staaten. Zugleich wird die Verbindung von Volk und Boden immer enger, bis sie zu einer Symbiose wird. Auch hier gilt für Ratzel wieder, je höher die Kultur, desto enger die Bindung mit dem Boden. Hochentwickelte Völker schaffen Kulturlandschaften, während Naturvölker passiv mit ihrer Umgebung zusammenleben.<sup>53</sup> Auch wenn Ratzel starre Grenzziehungen ablehnt, haben Grenzen doch eine wichtige Funktion als „peripherisches Organ“, das das eigene Gebiet gegen die Peripherie abgrenzt und befestigt, wie die Haut eines Lebewesens.<sup>54</sup> Im Wachstum versucht der Staat die geographisch wertvollen Stellen zu besetzen, um Vorteile im Überlebenskampf zu erlangen. Unterlegene Völker müssen sich in weniger vorteilhafte Gebiete zurückziehen. Als Beispiel dienen ihm wiederum die Kolonialmächte, die zunächst Küsten und Flussläufe besetzten, während sich die „älteren politischen Gebilde“ (ergo: Indigene) ins Hinterland zurückziehen mussten. Ratzel merkt jedoch an, dass das, was als vorteilhaft betrachtet wird, von der Sichtweise des jeweiligen Volkes abhängt.<sup>55</sup> Dieser Einschub wird später noch wichtig bei den unterschiedlichen Bewertungen der Vorzüge einer See- gegenüber einer Landmacht späterer geopolitischer Denker.

Eine Gemeinsamkeit, die Ratzel z.B. mit seinem berühmten Nachfolger Mackinder teilt, ist die Überzeugung, dass der ausschlaggebende Impuls zum Wachstum eines Staates und zur Bildung von Großreichen von außen hineingetragen wird. Dies kann durch Immigration, Handel oder exogene Schocks, wie

---

<sup>50</sup> Vgl. Ratzel: Die Gesetze des räumlichen Wachstums der Staaten, S. 100 ff.

<sup>51</sup> Ebd., S. 101.

<sup>52</sup> Vgl. ebd.

<sup>53</sup> Vgl. ebd., ff.

<sup>54</sup> Vgl. ebd., S. 102 f.

<sup>55</sup> Vgl. ebd., S. 103 f.



Eroberungen, geschehen.<sup>56</sup> Als finalen Aggregatzustand prognostiziert er die Ausbildung einiger weniger Großstaaten weltweit. Er sieht in Europa bereits ein weitgehendes Gleichgewicht ähnlich mächtiger Reiche erreicht und hält weitere Grenzveränderungen für unwahrscheinlich.<sup>57</sup> Der Erste Weltkrieg sollte diese These widerlegen. Hoch interessant ist jedoch, dass er in Europa den Zusammenschluss „[...] wenigstens wirtschaftlich gegen die Giganten Russland, Nordamerika und das britische Weltreich zu einem größeren Raum [...]“<sup>58</sup> fordert. Ein Narrativ, dass sich auch bei vielen anderen frühen Geopolitikern findet. Entgegen der überwiegend geäußerten Kritik, die Erkenntnisse Ratzels und Co. ließen nur den Krieg als einzig logische Schlussfolgerung zu, kommt diesem Aspekt zu wenig Aufmerksamkeit zu. Der (friedliche) Zusammenschluss von Staaten zu größeren Gebilden ist eine der Wachstums- und Überlebensmöglichkeiten eines Staatsorganismus. Freilich bleibt unklar, welchen politischen Charakter ein solcher Zusammenschluss haben würde, doch das sprachliche Bild ist erkennbar.

Da die Grenzen des europäischen Kontinents bereits festgelegt seien und ohne Krieg nicht zu verändern wären, sieht Ratzel als Lösung den Kolonialismus. Neue, aus damaliger Sicht, unerschlossene Gebiete könnten genutzt werden, um den Bevölkerungsüberschuss loszuwerden und Zugang zu Ressourcen zu erhalten.<sup>59</sup> Aus zeitgenössischer Sicht ein valider Gegenentwurf zur Expansion durch Krieg. Letztlich rechtfertigt Ratzel dies mit einer niedrigstehenden Entwicklungsstufe der dortigen Völker, die aus der Logik des Staatendarwinismus heraus eben verdrängt werden müssten.<sup>60</sup> Jedoch hält sich Ratzel in seiner Sprache weitaus stärker zurück als andere Zeitgenossen und vertritt einen relativ inklusiven Volksbegriff: „Eine politisch verbundene Gruppe von Gruppen und Einzelmenschen, die weder stamm- noch sprachverwandt sein müssen.“<sup>61</sup>

Die junge Disziplin der Geopolitik bzw. Politischen Geographie wird schnell populär und von einer breiten Leserschaft, über die Academia hinaus, rezipiert.

---

<sup>56</sup> Vgl. Ratzel: Die Gesetze des räumlichen Wachstums der Staaten, S. 104 f.

<sup>57</sup> Vgl. ebd., S. 106 f.

<sup>58</sup> Ebd., S. 106.

<sup>59</sup> Klinke/Bassin: Ratzel in Nordamerika. In: Jureit/Chiantera-Stutte (Hrsg.): Denken im Raum, S. 48.

<sup>60</sup> Vgl. Jureit, Ulrike: „Genealogische Träumereien“. Zur Unterscheidung biologischer, politischer und kultureller Gemeinschaften im Werk Friedrich Ratzels. In: Jureit/Chiantera-Stutte (Hrsg.): Denken im Raum, S.86.

<sup>61</sup> Ratzel, Friedrich: Politische Geographie: oder die Geographie der Staaten, des Verkehrs und des Krieges, 2. Auflage, München 1903, S. 4.

Dies bringt ihr die harsche Kritik benachbarter Disziplinen ein, sie sei unwissenschaftlich, insbesondere aus der Staatswissenschaft.<sup>62</sup> Ratzel reagiert darauf in seinem späteren grundlegenden theoretischen Werk „Politische Geographie“ (1897) indem er die politische Geographie auf die Ebene der Staatslehre erhebt:

„Für manche Staatswissenschaftler und Soziologen steht der Staat geradeso in der Luft wie für viele Historiker, und der Boden des Staates ist ihnen nur wie eine größere Art von Grundbesitz. Die politische Geographie kann aber ihre Lehre vom Staat nur auf dem gegebenen Boden der Erde aufbauen.“<sup>63</sup>

Es ist u.a. dieser umfassende Erklärungsanspruch der geopolitischen Theorie, der sie so populär werden lässt und letztlich, in den Augen einiger, zu einer der großen Theorien der Internationalen Beziehungen aufsteigen lässt.<sup>64</sup> Das tribalistische Staatsverständnis Ratzels unterscheidet sich fundamental von dem damals vorherrschenden der rechtspositivistischen Staatswissenschaft, die das Jus Territoriale bereits anerkannte. Seine Theorien wurden nichtsdestotrotz auch in der Welt der Wissenschaft sehr einflussreich und von Generationen späterer geopolitischer Theoretiker aufgegriffen.

### **Rudolf Kjellén**

Einer davon, Rudolf Kjellén, obwohl Schwede, wird ebenfalls zu den deutschen Geodeterministen gezählt.<sup>65</sup> Zum einen deshalb, weil sein Rezeptionskreis weitgehend deutschsprachig war, und zum anderen, weil er eine deutsche Hegemonialstellung in Europa unter Einbeziehung Skandinaviens befürwortete. Herausgestellt werden muss an dieser Stelle, dass es Kjellén war, der in seiner Rezeption des Ratzelschen Werks den Begriff „Geopolitik“ prägte und dessen Karriere begründete.<sup>66</sup> In seinem Hauptwerk „Der Staat als Lebensform“ (Erstausgabe 1916), in dem er seine bisherigen Erkenntnisse zusammenfasst und ordnet, formuliert er den Anspruch, ein „System der Politik auf Grundlage rein empirischer Auffassung des Staates“ geschaffen zu haben.<sup>67</sup> Also die Geopolitik als Staatswissenschaft. Diesen

---

<sup>62</sup> Vgl. Werber, Niels: Politische Zoologie. Die Unterscheidung von Freund und Feind in Ratzels politischer Geographie. In: Jureit/Chiantera-Stutte (Hrsg.): Denken im Raum, S. 276 f.

<sup>63</sup> Ratzel: Politische Geographie, S. IV.

<sup>64</sup> Siehe zu dieser Diskussion Kapitel 4.1.

<sup>65</sup> Vgl. van Alst, Niklas: Geostrategische Kulturen und die Konstruktion des Cyberraumes, Berlin 2022, S. 73.

<sup>66</sup> Vgl. Matznetter (Hrsg.): Politische Geographie, S. 8 f.

<sup>67</sup> Kjellén, Rudolf: Der Staat als Lebensform, Leipzig 1917, S. V.

Anspruch teilt er mit Ratzel und anderen frühen geopolitischen Theoretikern und auch er sieht die damals vorherrschende positivistische „juristische Staatsanschauung“ z.B. Jellineks als überholt an.<sup>68</sup> Generell seien die etablierten Wissenschaften in einer Phase der Stagnation angelangt und bedürften neuer Ansätze.<sup>69</sup> In Kjelléns Ausführungen zum Wesen des Staates wird zunächst eine Betrachtungsweise deutlich, die man heute möglicherweise als realistische Perspektive bezeichnen würde: Der Staat müsse empirisch definiert werden und nicht durch theoretische Konstruktionen gebildet werden.<sup>70</sup>

Messen müsse sich die Staatswissenschaft an den realen Ereignissen in der Welt.<sup>71</sup> Die bisherigen Staatsbegriffe seien unnatürlich, weil sie das Recht über die Natur stellten. Das funktioniere jedoch nur in Friedenszeiten. Wenn der Staat ums Überleben kämpfen müsse, würde das Recht schnell zur Seite geschoben. Letztlich läge allen Elementen von Staatlichkeit ein organischer Trieb zugrunde.<sup>72</sup> „[...] daß die Staaten, wie wir sie in der Geschichte verfolgen [...] sinnlich-vernünftige Wesen sind – genau wie die Menschen.“<sup>73</sup> Auch die Rechtsordnung sei nicht des Staates Wesen. Näher komme man ihm mit „Wille und Macht“.<sup>74</sup> Macht als Motiv findet sich bei zahlreichen geopolitischen Abhandlungen, insbesondere in der späteren kritischen Geopolitik. Staat und Gesellschaft seien nicht als Gegensätze zu verstehen, sondern als Einheit – als Volk.<sup>75</sup> Kjellén plädiert, den Gegensatz von Staatslehre als These und (politischer) Geographie als Antithese aufzugeben.<sup>76</sup> Der Ansatz, der umfassend genug ist, alle Elemente der Staatslehre, Erdkunde und weiterer Wissenschaftsgebiete zu vereinen, sei die Geopolitik<sup>77</sup>:

„Die Geopolitik ist die Lehre über den Staat als geographischem Organismus oder Erscheinung im Raum: also der Staat als Land, Territorium, Gebiet oder, am ausgeprägtesten, als Reich. Als politische Wissenschaft hat sie beständig

---

<sup>68</sup> Vgl. Kjellén: Der Staat als Lebensform, S. 2.

<sup>69</sup> Vgl. ebd., S. 1.

<sup>70</sup> Vgl. ebd., S. 7.

<sup>71</sup> Vgl. ebd., S. 18 ff.

<sup>72</sup> Vgl. ebd., S. 27 f.

<sup>73</sup> Vgl. ebd., S. 30.

<sup>74</sup> Vgl. ebd., S. 8.

<sup>75</sup> Vgl. ebd., S. 12 ff.

<sup>76</sup> Vgl. ebd., S. 32.

<sup>77</sup> Vgl. ebd., S. 43.

die staatliche Einheit im Auge und will zum Verständnis des Wesens des Staats beitragen [...].<sup>78</sup>

### 3.1.2 Imperialismus

Nicht nur der deutschsprachige Raum, sondern auch die angelsächsische Welt kann als Wiege der geopolitischen Theorie gelten. Ein Hauptunterschied liegt in einer weniger biologisch geprägten Sprache und einem stärker politikberatenden Ansatz.

#### **Halford Mackinder**

Auch der Brite Halford Mackinder gilt als einer der Begründer der geopolitischen Theorie und kann als einer der weltweit einflussreichsten geopolitischen Ideestifter bezeichnet werden. Gleichzeitig war er ein wichtiger außenpolitischer Berater des britischen Empires und beeinflusste die Politik Großbritanniens im Ersten und Zweiten Weltkrieg maßgeblich. Auch er bedient sich teilweise biologistischer Sprache, so spricht er z.B. vom „world organism“<sup>79</sup> als bestimmender Kraft, gesteht dem Menschen jedoch die Initiativkraft zu. Die Vergleiche mit dem Tierreich sind jedoch nicht so zentral wie bei seinen Vordenkern, weshalb er meist nicht zu den Geodeterministen gezählt wird. Letztlich könnte man alle frühen Vertreter der Geopolitik auch als Vertreter eines jeweils unterschiedlich ausgeprägten Imperialismus charakterisieren, besonders deutlich wird dies jedoch bei Mackinder.

Diejenige geopolitische Theorie, die die weltweit einflussreichste werden sollte, verfasste Mackinder 1904 als Vortrag unter dem Titel „The Geographical Pivot Of History“ vor der britischen Royal Geographical Society. Seine Heartland-Theorie sollte die populärste geopolitische Theorie überhaupt werden. Er stellt zunächst fest, dass das Zeitalter der Entdeckungen vorbei sei. Die Erdmasse ist in Besitz genommen und aufgeteilt worden. Er prognostiziert eine Globalisierung, die möglicherweise auch staatliche Elemente enthalten würde, als den finalen Aggregatzustand. Ökonomische Beweggründe würden staatliche Expansion irrelevant machen. Die durch den Handel geschaffenen Werte seien viel zu wertvoll und die Beziehungen zu eng, um zu riskieren, sie durch Krieg zu zerstören.<sup>80</sup> Wie bei Ratzel kommt es nie zu diesem (gewünschten) Zustand. Ähnlich wie Ratzel leitet er seine

---

<sup>78</sup> Kjellén: Der Staat als Lebensform, S. 46.

<sup>79</sup> Mackinder, Halford J.: The Geographical Pivot of History. In: The Geographical Journal, No. 4 Vol. XXIII. 1904, S. 421.

<sup>80</sup> Vgl. ebd., S. 421 f.

Erkenntnisse durch eine Geschichte der Staatenwerdung und Besiedelung Europas ein. Auch er sieht die Entstehung von Großreichen v.a. durch exogene Einflüsse begünstigt. In seinem Fall sind es besonders Verteidigungskriege gegen äußere Feinde. Die Geschichte Europas ist für ihn ein Abwehrkampf gegen asiatische Invasionen. Für ihn sind geographische Faktoren wie Topographie und Vegetationszonen maßgeblich für die Entwicklung der Besiedelung eines Landes. Gleichzeitig kann durch z.B. Urbarmachung ein geographischer Nachteil abgeschwächt werden. So war es Russland bspw. möglich, zur Großmacht aufzusteigen, trotz weitgehend nicht besiedelter Gebiete und ungünstiger Vegetationszonen.<sup>81</sup>

Mackinder prägt das Konzept „Eurasien“ maßgeblich – eine gigantische Landmasse, fast ohne nutzbare Wasserwege zu den Ozeanen. Zu seiner Zeit sieht Mackinder eine Vormachtstellung von Inselmächten wie Großbritannien, Japan oder den USA, die seit dem kolumbischen Zeitalter durch technologische Innovationen in der Hochseefahrt die Weltmeere nutzbar machen konnten. Durch die Beherrschung der Seewege und des Seehandels würden sie ihre Macht ausüben. In Zukunft befürchtet er jedoch eine Umkehrung dieses Vorteils. Denn Russland habe weitgehend unbemerkt seine Macht über den Landweg Richtung Osten ausgebaut.<sup>82</sup> Eine Macht, die Eurasien beherrschen würde, wäre unbesiegtbar.

„Who rules East Europe commands the Heartland; who rules the Heartland commands the World-Island; who rules the World-Island commands the world.“<sup>83</sup>

In diesem berühmten Merksatz fasst er dies später zusammen. Der eurasische Kontinent wäre vom Meer aus unangreifbar und damit für Seemächte wie das britische Empire uneinnehmbar. Richtig sieht Mackinder voraus, dass auch eine mögliche Revolution nichts an der geopolitischen Lage Russlands ändern würde. Besonders gefährlich wäre aus britischer Sicht, sollte sich Russland mit dem Deutschen Reich verbünden oder Russland von China und Japan erobert werden. Dann drohe ein kaum zu besiegendes Weltreich, das zwangsläufig versuchen würde, seine Macht weltweit auszudehnen.<sup>84</sup> Zwei Weltkriege sollten dies schließlich

---

<sup>81</sup> Vgl. Mackinder: *The Geographical Pivot of History*, S. 424 f.

<sup>82</sup> Vgl. ebd., S. 432 f.

<sup>83</sup> Mackinder, Halford J.: *Democratic Ideals and Reality. A Study in the Politics of Reconstruction*, London 1919, S. 194.

<sup>84</sup> Vgl. Mackinder: *The Geographical Pivot of History*, S. 436 ff.

verhindern. Mackinders Arbeit war von Anfang an stark als praktische Handlungsanweisung für das Empire konzipiert, um die weltweite Vormachtstellung behaupten zu können. Hier wird ein stark politikberatender Charakter der geopolitischen Theorie deutlich, der der Disziplin von Beginn an innewohnte und den spätere deutsche Geopolitiker aufnahmen, der jedoch insbesondere für die amerikanischen Geopolitiker charakteristisch sein würde.

### **Alfred Mahan**

Kurz zu erwähnen bleibt noch Alfred Mahan. Ihn könnte man als Ratzels US-Gegenpart bezeichnen. Der Admiral der US-Navy geht von ähnlich sozialdarwinistischen Grundannahmen wie Ratzel aus und teilt seine Bewertung, dass die Beherrschung der Weltmeere den Schlüssel zur globalen Hegemonialstellung beinhalte. Auch er stellt Gesetze auf, wie dies erreicht werden könne und setzt dafür eine systematische geographische Analyse ein. Seine Arbeit wurde in Deutschland aufmerksam rezipiert und hatte großen Einfluss auf die Flottenpolitik des Kaiserreichs.<sup>85</sup>

### **3.1.3 Lebensraum**

Es war vor allem die nun folgende Phase der deutschen Geopolitik, welche die Disziplin nachhaltig in Misskredit bringen sollte und gemeinhin als akademische Unterfütterung der nationalsozialistischen Blut-und-Boden-Ideologie betrachtet wurde. Der Sündenfall der Geopolitik wurde im Wesentlichen dem Autor Karl Haushofer zugeschrieben. Heute wird seine Rolle jedoch etwas differenzierter betrachtet.

### **Karl Haushofer**

Wie stark sich die geopolitischen Theorien gegenseitig beeinflussten und aufeinander bezogen, wird bei Karl Haushofer deutlich. Er reagierte auf die angelsächsischen und US-amerikanischen Ansätze, die sich wiederum auf die frühen deutschen Werke beziehen. Die Biologismen letzterer eskaliert Haushofer zu seinem berühmtesten „Lebensraum“-Konzept, das im Ruf stand und teilweise immer noch

---

<sup>85</sup> Vgl. Ó Tuathail: Critical Geopolitics, S. 30 f.

steht, der nationalsozialistischen Blut- und Bodenideologie die theoretische-akademische Grundlage geliefert zu haben.<sup>86</sup>

Die Arbeit Haushofers ist geprägt durch die Niederlage des Deutschen Reiches im Ersten Weltkrieg. Er macht u.a. die Nichtbeachtung geographischer Fakten für die Niederlage verantwortlich und möchte die Geopolitik und politische Geographie in Zukunft zum Nutzen des Volkes einsetzen.<sup>87</sup> Haushofer führt die Biologisierungen Ratzels fort. Er rezipiert die Erkenntnisse Kjelléns, setzt seine Theorien jedoch in einen globalen Zusammenhang mit dem Ziel deutscher Vormachtstellung.<sup>88</sup> Zu diesem Zweck fordert er auch die Erziehung der Deutschen in geopolitischen Fragen. Er kritisiert das enge Denken des deutschen Staatsbürgers, der „[...] durch Mißbrauch seines Wahlrechts die eigene Lebensform gefährden kann.“<sup>89</sup> und fordert das Denken in globalen Zusammenhängen.<sup>90</sup> Der mangelnden geopolitischen Bildung der deutschen politischen Führung gibt er eine Mitschuld am verlorenen Ersten Weltkrieg. Alles, was sie hätten tun müssen, wäre auf die Erkenntnisse z.B. Mackinders zu blicken. Dieser hätte die großen Konfliktlinien bereits vorhergesagt.<sup>91</sup> Im Aufgreifen von Mackinders Heartland-Konzept befürwortet er ein Bündnis Deutschlands mit Russland (und ggf. Japan), um den eurasischen Kontinent zu beherrschen.<sup>92</sup>

Er schließt sich Ratzels Ausführungen, dass neuer Lebensraum geschaffen werden müsse, an, sieht den Raum dafür jedoch nicht in den Kolonien, sondern in Osteuropa. So legte er möglicherweise den akademischen Grundstein für die Lebensraumideologie der Nationalsozialisten.<sup>93</sup> Auch Haushofers Denken ist geprägt von der malthusianischen Angst vor einer Überbevölkerung. Er spricht von einem „Mißverhältnis zwischen Ernährungsgrundlage und Volksdichte“<sup>94</sup>, das Deutschland vor erhebliche Herausforderungen stelle. Aufgabe der Geopolitik sei es, die Politik auf Grundlage wissenschaftlicher Erkenntnisse zu beraten:

---

<sup>86</sup> Sieh z.B. Herwig, Holger H.: *The Demon of Geopolitics. How Karl Haushofer “Educated“ Hitler and Hess*, Lanham 2016.

<sup>87</sup> Vgl. Haushofer, Karl: *Politische Erdkunde und Geopolitik*. In: *Freie Wege vergleichender Erdkunde. Erich von Drygalski zum 60. Geburtstag am 9. Februar 1925 gewidmet von seinen Schülern*, München 1925, S. 87 ff.

<sup>88</sup> Vgl. Ó Tuathail: *Critical Geopolitics*, S. 35.

<sup>89</sup> Haushofer: *Politische Erdkunde und Geopolitik*, S. 88.

<sup>90</sup> Ó Tuathail: *Critical Geopolitics*, S. 37.

<sup>91</sup> Vgl. Haushofer: *Politische Erdkunde und Geopolitik*, S. 92.

<sup>92</sup> Vgl. Ó Tuathail: *Critical Geopolitics*, S. 38.

<sup>93</sup> Vgl. ebd., S. 37 f.

<sup>94</sup> Haushofer: *Politische Erdkunde und Geopolitik*, S. 93 f.

„So will denn Geopolitik zunächst nichts anderes als Dienerin jener politisch führenden Kräfte sein, sie will aber wenigstens den Anspruch anmelden, mit greifbaren Tatsachen und erweisbaren Gesetzen vor sie treten zu dürfen und von ihnen gehört und berücksichtigt werden.“<sup>95</sup>

Haushofer geriet in der öffentlichen Wahrnehmung der Alliierten während und nach dem Zweiten Weltkrieg zum Chefideologen des Nationalsozialismus. Heute wird seine Rolle etwas differenzierter betrachtet und ein Großteil seiner Darstellung als Produkt alliierter Propaganda gesehen. So existierte das von den Alliierten vermutete geopolitische Institut, das die NS-Kriegszüge ideologisch vorbereitete, nie.<sup>96</sup> Tatsächlich fiel Haushofer mehr und mehr in Ungnade bei der NS-Führung. Seine Frau war „Halb-Jüdin“, sein Sohn war in die Flucht Heß‘ verwickelt und wurde schließlich von der SS ermordet und Haushofer einige Zeit im KZ-Dachau interniert. Nach dem Krieg kam es zu einer kurzen Untersuchung Haushofers während der Nürnberger Prozesse. Nach einem schnellen Freispruch begingen er und seine Frau Selbstmord.<sup>97</sup>

Auch wenn aus heutiger Sicht die Bewertung Haushofers etwas differenzierter sein mag, kam es nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs zu einem völligen Abbruch der deutschen geopolitischen Tradition. Selbst in der europäischen und Teilen der amerikanischen Academia wurde das Thema Geopolitik für einige Zeit gemieden und man flüchtete sich in die vermeintlich unpolitische Geographie. In den USA jedoch wurden die deutschen Klassiker zunächst in kleinem Kreise, dann immer breiter weiterrezipiert. In Deutschland sollte es noch bis in die 1970er Jahre dauern, bis es zu einer Neurezeption kam.

### **3.2 Kalte Krieger – die US-Geostrategen**

Der Zweite Weltkrieg endet mit der totalen Niederlage des Deutschen Reiches und führte zumindest im deutschsprachigen Raum zu einem völligen Abbruch der geopolitischen Tradition. In Deutschland kommt es beim Versuch, die geographische Zunft reinzuwaschen, zu einer strikten Trennung von (unwissenschaftlicher) Geopolitik und (wissenschaftlicher) Geographie. Die geopolitische Theorie und ihre

---

<sup>95</sup> Haushofer: Politische Erdkunde und Geopolitik, S. 93.

<sup>96</sup> Vgl. Ó Tuathail: Critical Geopolitics, S. 35.

<sup>97</sup> Vgl. ebd., S. 37.



Vertreter werden aufgrund ihrer Verstrickung in den Nationalsozialismus weitgehend ignoriert.<sup>98</sup> In den USA dagegen führt der aufziehende Ost-West-Konflikt zu einer erneuten intensiven Befassung mit geopolitischer Theorie. Wenn auch unter vollständig anderen Vorzeichen – denn die Blockkonfrontation lässt sich nicht mehr durch sich ausbreitende Staatsorganismen erklären, sondern setzt ein Gleichgewichtsdenken voraus. Viele bisherige Annahmen erwiesen sich als unbrauchbar. Dennoch werden zentrale geopolitische Motive und Bilder, wie das eurasische Kernland, zu den bestimmenden Elementen der US-Containment-Politik.

### **3.2.1 Geringe Berührungsängste: Anknüpfen an deutsche Traditionen**

Anders als in Deutschland setzte man in den USA nach dem Zweiten Weltkrieg, in begrenztem Maße, die Traditionslinien deutscher geopolitischer Theorie fort. Ausschlaggebend dafür und letztlich auch für die spätere Rehabilitation der geopolitischen Disziplin in Europa war Edmund A. Walsh.

#### **Edmund A. Walsh**

Der Jesuit begründete die außenpolitische Tradition der USA an der Georgetown University und wird zum Ende des Zweiten Weltkriegs nach Deutschland entsandt, um die Ausmaße des Einflusses der geopolitischen Theorie auf die NS-Politik zu untersuchen. Während der Nürnberger Prozesse hat er die Gelegenheit, mit Haushofer zu sprechen. Haushofer versucht sich ihm gegenüber zu rechtfertigen und seine Disziplin in Schutz zu nehmen, was Walsh zwar ablehnt, da seine „Irrlehren“ zu einem Angriffskrieg geführt hätten, aber gleichzeitig zu verstehen gibt, dass die amerikanische und deutsche geopolitische Denkschule nicht so weit voneinander entfernt lägen.<sup>99</sup>

Das Ergebnis seiner Untersuchungen ist eine Abhandlung zu legitimer und illegitimer deutscher Geopolitik, in der er die deutschen geopolitischen Theoretiker teilweise in Schutz nimmt.<sup>100</sup> Dies wird die Grundlage für die weitere Befassung mit Geopolitik in den USA unter Einbeziehung deutscher Theorien. Er gründet eine geopolitische Denkschule in Georgetown und wird einer der einflussreichsten Ideengeber der US-Regierung in außenpolitischen Fragen.<sup>101</sup> Charakteristisch für die

---

<sup>98</sup> Vgl. Werber: Geopolitik zur Einführung, S.138 f.

<sup>99</sup> Ó Tuathail: Critical Geopolitics, S. 37.

<sup>100</sup> Siehe: Walsh, Edmund A.: Wahre anstatt falsche Geopolitik für Deutschland, Frankfurt am Main 1946.

<sup>101</sup> Ó Tuathail: Critical Geopolitics, S. 38.

amerikanische geopolitische Schule wird, dass sie von Anfang an einen überwiegend politikberatenden Ansatz vertritt. Ziel ist es, direkten Einfluss auf die US-Außenpolitik zu nehmen. Es wird, in Abgrenzung zu den deutschen Geopolitikern, versucht, Ansätze so ideologiefrei bzw. frei von deterministischen Elementen zu halten wie möglich.<sup>102</sup>

### **Nicholas J. Spykman**

Daneben geht diese praktische Schule der Geopolitik v.a. auf Nicholas J. Spykman zurück, der an Mackinders Heartland-Theorie ansetzte, sie auf die Sowjetunion anpasste und der US-Regierung riet, einen deutlich stärker interventionistischen Kurs gegen die UdSSR zu fahren, um deren drohende Beherrschung Eurasiens zu verhindern. Mit Walsh legt er den Grundstein für die Containment-Politik Trumans.<sup>103</sup> Er gilt außerdem als Begründer des Realismus in den Internationalen Beziehungen, was an seiner Begründung für die Wichtigkeit von geographischer Analyse deutlich wird:

„Geography is the most fundamental conditioning factor in the formulation of national policy because it is the most permanent. Ministers come and ministers go, even dictators die, but mountain ranges stand unperturbed.“<sup>104</sup>

„Geography does not argue; it just is.“<sup>105</sup>

### **3.2.2 Containment und der ewige Dualismus von See- vs. Landmacht**

Es ist der Dreh- und Angelpunkt eines Großteils der klassischen geopolitischen Theorie – der Dualismus von Landmacht vs. Seemacht. Mackinder hielt die Landmasse Eurasiens für den Schlüssel zur Weltmacht. Für Ratzel war dagegen Großbritannien das Musterbeispiel eines Staatsorganismus, der es geschafft hat, seine geographische Insellage zu nutzen und seine Macht mittels einer beispiellosen Seemacht global zu projizieren. Ratzel sah die Seemacht Großbritannien einer Landmacht wie dem Deutschen Reich gegenüber als natürlich überlegen an, da dessen Verteidigung ungleich aufwändiger sei.<sup>106</sup> Spykman sah durch den Panama-Kanal

---

<sup>102</sup> Vgl. auch: van Alst: Geostrategische Kulturen und die Konstruktion des Cyberraumes, S. 107 f.

<sup>103</sup> Vgl. Ó Tuathail: Critical Geopolitics, S. 39 f.

<sup>104</sup> Spykman, Nicholas: Geography and Foreign Policy I: In: American Political Science Review, Vol. 32 Nr. 1, Februar 1938, S. 29.

<sup>105</sup> Spykman, Nicholas: Geography and Foreign Policy II. In: American Political Science Review, Vol. 32 Nr. 2, April 1938, S. 236.

<sup>106</sup> Vgl. Werber: Geopolitik zur Einführung, S. 126.

die Verwandlung der USA von einer Landmacht zu einer Seemacht vollzogen und damit zur beherrschenden Weltmacht.<sup>107</sup> Gleichzeitig kamen jedoch viele der alten Erklärungsmuster an ihre Grenzen. Die Gesetze vom Wachstum der Staaten in unterschiedlicher Couleur wurden abgelöst von einem Gleichgewichtsdenken zwischen den Blöcken. Geopolitik hatte nun eine Balance der Mächte im Blick.<sup>108</sup>

Eine große Befürchtung der USA im Kalten Krieg war, dass die Landmacht Sowjetunion, die bereits einen großen Teil Eurasiens beherrschte, durch die Türkei, Griechenland und/oder Pakistan auch noch zu einer Seemacht werden würde und damit das Gleichgewicht zu ihren Gunsten verschieben würde.<sup>109</sup> Die Bewertungen, was letztlich die Vormachtstellung bedingen würde, gingen auseinander, die zentrale Bewertungskategorie blieb aber der Dualismus von Land- und Seemacht. Dieser war ausschlaggebend für die Eingrenzungspolitik der USA gegen die Sowjetunion. Die US-amerikanische geopolitische Schule war im Kalten Krieg vor allem durch Pragmatiker geprägt, die sich weniger als Theoretiker, sondern als direkte Berater der US-Politik verstanden.

### **Henry Kissinger**

Einer dieser pragmatischen Geostrategen und bis heute einer der populärsten Geopolitiker US-amerikanischer Prägung ist Henry Kissinger. Als Nationaler Sicherheitsberater prägte er den geopolitischen Diskurs und spätestens als US-Außenminister setzte er seine Ansätze in die Realität um. Zumindest in den USA wurde spätestens durch die Arbeit Kissingers die Geopolitik vom Nazi-Stigma reingewaschen.<sup>110</sup> Verantwortlich ist er auch für eine Renaissance des Begriffs Geopolitik. Die Popularisierung des Begriffs vollendete einen Bedeutungswandel weg von einer theoretisch-akademischen Disziplin hin zu einer Politpraxis von Staaten.<sup>111</sup>

Er war einer der großen Strategen der Blockkonfrontation und verstand Geopolitik später als Politik des Gleichgewichts: „By ‚geopolitical‘ I mean an approach that pays attention to the requirements of equilibrium.“<sup>112</sup> Dieses Verständnis wiederum basierte auf dem Wunsch Kissingers und Nixons (laut Kissinger), eine Außenpolitik zu betreiben, die auf nüchternen Wahrnehmung beruht, statt auf

---

<sup>107</sup> Vgl. Ó Tuathail: *Critical Geopolitics*, S. 7 & 127.

<sup>108</sup> Vgl. Werber: *Geopolitik zur Einführung*, S. 141.

<sup>109</sup> Vgl. van Alst: *Geostrategische Kulturen und die Konstruktion des Cyberraumes*, S. 110 f.

<sup>110</sup> Vgl. Ó Tuathail: *Critical Geopolitics*, S. 44 f.

<sup>111</sup> Vgl. ebd., S. 12.

<sup>112</sup> Kissinger, Henry: *White House Years*, Boston und Toronto 1979, S. 914.

Emotionen, die in der Vergangenheit sowohl zu exzessiven Interventionen wie auch zu großer Zurückhaltung geführt habe.<sup>113</sup> Wesentlichen Einfluss hatte auch das amerikanische Scheitern in Vietnam auf Kissingers Strategieformulierungen. Er forderte eine planvolle Realpolitik, die die bisherigen Ad-hoc-Entscheidungen ersetzen sollte – ein Grand Design amerikanischer Außenpolitik.<sup>114</sup> Dieser realistische Blick ließ bei ihm auch keine Illusionen über das transatlantische Verhältnis aufkommen. Die Europäer wären „[...] quite compatible with a hard sense of national interests“<sup>115</sup>, während die US-Amerikaner einer Nostalgie anhängten. Für Kissinger war Außenpolitik unter Nixon Geopolitik. Eine klare Einteilung in Freunde und Gegner war ihr immanent. Was zählte, waren die Interessen der USA, diese galt es zu verfolgen.<sup>116</sup> Das allem übergeordnete Ziel war, den Kalten Krieg nicht zum Atomkrieg eskalieren zu lassen: „The survival of mankind ultimately depended on the relationship of the two superpowers [...]“<sup>117</sup> Damit war auch die Hauptherausforderung definiert – die Sowjetunion. In einem Rückgriff auf Mackinder, stellte Kissinger später fest:

„[...] Russia regardless of who governs it, sits astride the territory that Halford Mackinder called the geopolitical heartland and is heir to one of the most potent imperial traditions.“<sup>118</sup>

Die Strategie der Eindämmung der Sowjetunion sollte die US-Außenpolitik bis zum Kollaps der UdSSR bestimmen. Auch wenn sich Kissinger nicht als Begründer dieser Strategie sah (sondern Dean Acheson und John Foster Dulles)<sup>119</sup>, gilt er doch heute als einer deren wesentlichen Schöpfer.

### **Zbigniew Brzezinski**

Ähnlich einflussreich war Zbigniew Brzezinski, der neben Kissinger als der US-Geopolitiker schlechthin gilt. Brzezinskis Studie „Game Plan“, die seinen Ruf begründen sollte, greift einige der Denkmuster Mackinders auf und betont die zentrale Rolle „Eurasiens“ im Kampf um die globale Vorherrschaft. Die Studie kann als konkrete Handlungsempfehlung aus amerikanischer Perspektive verstanden

---

<sup>113</sup> Vgl. Kissinger: White House Years, S. 914.

<sup>114</sup> Vgl. van Alst: Geostrategische Kulturen und die Konstruktion des Cyberraumes, S. 107 f.

<sup>115</sup> Kissinger: White House Years, S. 380.

<sup>116</sup> Vgl. Kissinger, Henry: Diplomacy, New York 1994, S. 703 ff.

<sup>117</sup> Ebd., S. 707.

<sup>118</sup> Ebd., S. 814.

<sup>119</sup> Ebd., S. 709.

werden. Die Landmasse Eurasiens sah er als Spielfeld, auf dem die USA als aktiver Spieler ein Gleichgewicht zur Behauptung ihrer globalen Position aufrechterhalten müsste.<sup>120</sup> Von herausragender Bedeutung war für ihn der Seeraum. Zentral war für ihn daher, zu verhindern, dass die Sowjetunion Zugang zum Pazifik über Afghanistan und Pakistan erhalten würde.<sup>121</sup>

In „The Grand Chessboard“, einer weiteren wegweisenden Geostrategieformulierung, adressiert an die US-Regierung nach dem Fall der UdSSR, wiederholt er bereits in der Einleitung seine grundlegende Überzeugung von Eurasien als Spielfeld: „Ever since the continents started interacting politically, [...] Eurasia has been the center of world power.“<sup>122</sup> Danach jedoch sei mit den USA zum ersten Mal eine nicht-europäische Macht zur ersten wirklich globalen Supermacht aufgestiegen. Eurasien habe dennoch nichts von seiner geopolitischen Relevanz verloren.<sup>123</sup> Allerdings habe der Dualismus See- vs. Landmacht an Bedeutung verloren. Geopolitik sei von der regionalen auf die globale Ebene verschoben worden. Der gesamte eurasische Kontinent sei die Basis für die weltweite Vorherrschaft, die nach dem Ende der UdSSR von den USA ausgeübt werde. Dennoch könnte genau auf diesem, dem wichtigsten geopolitischen Spielfeld, ein potenzieller Rivale entstehen. Jegliche amerikanische Geostrategie müsse sich langfristig mit dieser Gefahr befassen.<sup>124</sup>

### 3.3 Kritische Geopolitik

Parallel zu den US-amerikanischen geopolitischen Strategien und den immer praxisorientierteren Ansätzen, entwickelten sich ab den 1960er-Jahren zahlreiche alternative Ansätze, die heute unter dem Sammelbegriff „Kritische Geopolitik“ zusammengefasst werden können. Gewissermaßen sind sie, auch wenn sie viele Schlussfolgerungen der klassischen geopolitischen Theorie ablehnen, die Fortsetzung des wissenschaftlich-theoretischen Ansatzes von Geopolitik, in Abgrenzung zum dem eher politikberatenden der US-Geostrategen.

---

<sup>120</sup> Vgl. Hoffmann, Nils: Renaissance der Geopolitik? Die deutsche Sicherheitspolitik nach dem Kalten Krieg, Wiesbaden 2012, S. 37.

<sup>121</sup> Vgl. van Alst: Geostrategische Kulturen und die Konstruktion des Cyberraumes, S. 107 f.

<sup>122</sup> Brzezinski, Zbigniew: The Grand Chessboard. American Primacy and Its Geostrategic Imperatives, New York 1997, S. xiii.

<sup>123</sup> Vgl. ebd.

<sup>124</sup> Vgl. ebd., S. 39.

Die Kritische Geopolitik zeichnet sich, wie andere „kritische“ Ansätze benachbarter Wissenschaftsgebiete, durch eine fundamentale Kritik an den Erkenntnissen und Methoden vermeintlich klassischer Forschungs- und Theorieansätze aus. Marxismus und Konstruktivismus sind die wesentlichen Denkschulen, aus welchen sich die kritischen Ansätze speisen. Geboren im Postkolonialismus zielen sie v.a. auf Herrschaftsdiskurse ab, die vermeintlich objektiven wissenschaftlichen Theorien zugrunde lägen, letztlich jedoch nur die Macht desjenigen Herrschaftsbereichs sichern sollen, der diese Theorie hervorgebracht hat. Nicht nur die Geopolitik ist damit gemeint, sondern auch die als gemeinhin objektiv angesehene Geografie.

„Geography is about power. Although often assumed to be innocent, the geography of the world is not a product of nature but a product of histories of struggle between competing authorities over the power to organize, occupy, and administer space.“<sup>125</sup>

### **Karl Wittfogel**

Aber auch diese Ansätze sind nicht im luftleeren Raum entstanden. Sie beziehen sich auf die klassischen geopolitischen Theorien und haben Vordenker, die ihre Ansätze bereits vor dem Zweiten Weltkrieg entwickelten. Ein Beispiel ist Karl Wittfogel. Der deutsche Kommunist griff vieles vorweg, was später charakteristisch werden sollte für die kritischen Geopolitik-Ansätze. Aus marxistischer Sicht kritisiert er die damals populären geopolitisch-geographischen Theorien, insbesondere die Ratzels als bourgeois-ideologisch, verkürzt und in Teilen schlicht falsch.<sup>126</sup> Ein Hauptkritikpunkt ist der deterministische Zusammenhang zwischen Natur und (Geo-)Politik. Die Geographie würde die politische Sphäre nur mittelbar beeinflussen. Viel wichtiger seien ökonomische Faktoren. Die Theorien der Geopolitik (Pol. Geographie) seien daher unwissenschaftlich und dienten dem Bürgertum lediglich zur Machtsicherung. Eine wirklich umfassende Analyse der Wechselwirkung von Mensch, Natur und Erdoberfläche könne nur der Marxismus bieten.<sup>127</sup>

### **Gearóid Ó Tuathail**

Gearóid Ó Tuathail (auch: Gerard Toal), einer der profilierteste Vertreter der kritischen Geopolitik, versteht die klassische Geopolitik als Instrument zum

---

<sup>125</sup> Vgl. Ó Tuathail: *Critical Geopolitics*, S. 1.

<sup>126</sup> Vgl. ebd., S. 114 f.

<sup>127</sup> Vgl. ebd., S. 116.

Machterhalt. Grundlage der Geopolitik ist die Wissenschaft der Geographie und bereits hier liegt laut Tuathail der Machtdiskurs begründet. Imperien hätten von Beginn an den Raum geordnet und mit Bedeutung versehen, um ihre Macht auszuweiten und Herrschaft über Räume auszuüben. Die vermeintlich deskriptive Wissensform der Geographie stand von Anfang an im Dienste des Souveräns und könne damit kaum objektiv sein.<sup>128</sup> Heute sei die Weltkarte zwar theoretisch weitgehend aufgeteilt, doch wirkten diese Machtmechanismen immer noch fort, was sich in umkämpften Gebieten wie Tschetschenien, Kurdistan oder Ost-Timor zeige. Karten seien Werkzeuge, um Politik auszuüben, durch geographische Bezeichnungen, Linienziehungen oder euro- bzw. west-zentristische Kartographie.<sup>129</sup>

Der Imperialismus im 18. und 19. Jh. perfektionierte schließlich die Nutzbarmachung des geographischen Wissens und entwickelte es weiter, um den Expansionismus voranzutreiben.<sup>130</sup> Die Geopolitik in ihrer klassischen Form, wie wir sie heute weitgehend verstehen, sei erst im 19. Jh. angekommen. Die aufstrebenden Großmächte benötigten andere Erklärungsansätze, um in der neuen Weltordnung Macht auszuüben.<sup>131</sup> Die Begründer der Geopolitik als Disziplin seien daher größtenteils Imperialisten, die die eigene Überlegenheit über die anderen Rassen annehmen und die Macht ihrer Imperien sichern wollten:

„To promote this imperialist agenda more effectively, a number of these theorists entered the political process or sought out positions of influence as public intellectuals and governmental advisers within their states.“<sup>132</sup>

Bis heute funktioniere die geopolitische Analyse nur durch eine Unterdrückung von Geographie und Politik. Also eine bewusste Verkürzung wichtiger Aspekte:

„In its spatializations, biologization, linnaeanization, strategization, and naturalization of the historical, it works to degeographicalize and depoliticize the study of international politics“<sup>133</sup>

Eine heterogene Welt würde durch eine westzentrierte Sichtweise eingeebnet und in Zonen eingeteilt (Bsp.: Dritte Welt, Eurasien, Heartland, Rimland, See- vs.

---

<sup>128</sup> Vgl. Ó Tuathail: Critical Geopolitics, S. 1.

<sup>129</sup> Vgl. ebd., S. 2.

<sup>130</sup> Vgl. ebd., S. 8.

<sup>131</sup> Vgl. ebd., S. 12.

<sup>132</sup> Vgl. ebd., S. 16.

<sup>133</sup> Ebd., S. 41

Landmacht usw.). Diese westliche Form des Wissens hätte zwangsläufig zu staatlicher Gewalt geführt. Insbesondere die organistische Sichtweise auf Staaten, die sich auch nach dem Zweiten Weltkrieg in den Diktaturen Südamerikas zeigte, führte zu Expansionismus und innerer Unterdrückung „ungesunder“ Elemente. Politische Prozesse seien so „entpolitisiert“ worden, um Kriege als natürliche Kämpfe ums Überleben zu stilisieren und nicht als Ergebnisse politischer Entscheidungen.<sup>134</sup> Es sei nach dem Zweiten Weltkrieg kaum zu einer kritischen Reflexion in der klassischen Geopolitik gekommen und die US-Geostrategen hätten die alten Fehler schließlich wiederholt.<sup>135</sup>

### **Edward Said und der Linguistic Turn**

Edward Said gilt nicht unbedingt als einer der dezidiert geopolitischen Autoren. Sein Wirken ist jedoch von großer Bedeutung für die kritische Geographie und damit unmittelbar für die Geopolitik. Seine thematischen Schwerpunkte liegen auf den Folgen des Kolonialismus und dem Imperialismus, den er als immer noch wirkmächtig betrachtet. Er ist bedeutend für die geopolitische Theorie, weil er einer der bekanntesten Vertreter des s.g. „linguistic turns“ war, durch den konstruktivistische Ansichten in viele Wissenschaftsbereiche, auch in die Geographie, Einzug hielten. Ähnlich wie bei Tuathail lag sein Augenmerk in Analysen auf der Offenlegung von Herrschaftsdiskursen. Besondere Bedeutung kam bspw. dem „Raum“ zu, dessen angenommene Konstruiertheit zum Dreh- und Angelpunkt der kritischen Ansätze wird. Das Analysefeld der Anthropogeographie und der Geopolitik wird massiv erweitert. Fortan wird nicht nur das „Spiel“ der Staaten auf einem „Schachbrett“ betrachtet, sondern Themen wie ökologische Konflikte oder Sozialgefüge in den Fokus gerückt.<sup>136</sup> Akteure sind nicht mehr nur Staaten, sondern zahlreiche inner- und außerstaatliche Gruppen, Institutionen usw. werden in geopolitische Analysen aufgenommen. Viele Elemente stehen miteinander in Verbindung – eine Spielart in diesem Zusammenhang ist z.B. die Akteurs-Netzwerk-Theorie (ANT). Der Staat wird nicht als Blackbox betrachtet, sondern analysiert werden auch innerstaatliche und grenzübergreifende Akteursnetzwerke.<sup>137</sup> Die Auffassung davon, welche

---

<sup>134</sup> Vgl. Ó Tuathail: *Critical Geopolitics*, S. 41 f.

<sup>135</sup> Vgl. ebd., S. 44 f.

<sup>136</sup> Vgl. Helmig, Jan: *Metaphern in geopolitischen Diskursen. Raumrepräsentationen in der Debatte um die amerikanische Raketenabwehr*, Wiesbaden 2008, S. 56.

<sup>137</sup> Vgl. Werber: *Geopolitik zur Einführung*, S. 145 f.



Gebiete der Geopolitik oder Politischen Geographie angehören, hat sich fortan erweitert. Die Folgen sind bis heute präsent, existieren doch Sozialgeographie, Wirtschaftsgeographie und Umweltgeographie, um nur einige Unterdisziplinen zu nennen, die sich auch mit geopolitischen Fragestellungen auseinandersetzen.<sup>138</sup> Geopolitik lässt sich so auf fast beliebig vielen Ebenen betrachten.<sup>139</sup>

Zurück zu Said. In seinem sicherlich populärsten Werk „Orientalism“ setzte er sich erstmals 1978 mit dem westlichen Blick auf den Orient auseinander. Genauer mit einem konstruierten westlich-eurozentristischen Bild eines Orients, das von der Vorstellung der eigenen Überlegenheit und der Verfolgung von Interessen geprägt ist. Auch die geographische Betrachtung des Orients ist konstruiert, und zwar von den betrachtenden Wissenschaftlern aus einer Machtposition heraus. Ein Wissenschaftsfeld setzt immer eine bewusste Auswahl und auch ein Weglassen von Betrachtungsobjekten voraus. Im Falle des Orientalismus sei die Vereinfachung besonders extrem gewesen, denn niemand käme im Umkehrschluss darauf, ein Studiengebiet „Okzidentalismus“ zu schaffen.<sup>140</sup>

Letztlich führte die Öffnung der Geopolitik bzw. politischen Geographie hin zu zahlreichen mal mehr mal weniger angrenzenden Wissenschaftsgebieten zu einer Vielzahl von neuen Betrachtungswinkeln. Die Auffächerung ging schließlich vielen geopolitischen Theoretikern zu weit und selbst Vertreter der kritischen Ansätze bemängelten den zunehmenden Wildwuchs und die abnehmende Aussagekraft der neuen Theorien<sup>141</sup>:

„If the term “geopolitics” is a convenient fiction, it is also an inconvenient one, for it is a sign overloaded with many different meanings even in the critical discourse of academia. [...] Among critical geographers, geopolitics has been inflated to describe the most general dimensions of modernity.“<sup>142</sup>

### **3.4 Neue Weltordnung – neue Theorien?**

Der Kalte Krieg endete mit dem Zusammenbruch der UdSSR und wieder einmal stand die geopolitische Theorie vor einer völlig veränderten Ausgangslage. Das

---

<sup>138</sup> Siehe z.B. Gebhardt, Hans et al.: Geographie, 3. Auflage, Berlin & Heidelberg 2020.

<sup>139</sup> Vgl. Helmig: Metaphern in geopolitischen Diskursen, S. 57.

<sup>140</sup> Vgl. Said, Edward: Orientalism, Auflage 2003, London 2019, S. 50.

<sup>141</sup> Vgl. Hoffmann: Renaissance der Geopolitik?, S. 35.

<sup>142</sup> Ó Tuathail: Critical Geopolitics, S. 12.

Gleichgewichtsdenken der Blockkonfrontation enthielt kaum noch die Kraft, die veränderte Weltlage zu deuten, und die meisten Kolonien waren schon seit einiger Zeit unabhängig geworden. Sowohl die US-Geostrategen als auch die kritischen Geopolitiker passten ihre Überlegungen der veränderten Wirklichkeit an. Im Grunde könnte man auch von einer goldenen Phase der Geopolitik sprechen – zahlreiche neu-selbstständige Staaten kehrten auf die Bühne der Weltpolitik zurück. Auf einmal erschienen die geopolitischen Klassiker wieder aktuell zu sein. Mancher sprach von einer Renaissance der Geopolitik und auch in Deutschland schwächte sich das Stigma der Geopolitik ab.<sup>143</sup> Beobachten lässt sich einerseits eine Wiederbeschäftigung mit den klassischen geopolitischen Theoretikern, andererseits wurden kritische Ansätze weiterentwickelt. Heute werden Werk und Wirken umstrittener geopolitischer Theoretiker wie Ratzel und Co. deutlich differenzierter eingeordnet. Besonders die monokausalen Zuweisungen von Verantwortung für Kriege, Imperialismus und Nationalsozialismus, wie teilweise in der Kritischen Geopolitik, werden zurückgewiesen.<sup>144</sup>

Wie sich die Staatenordnung entwickeln würde, wusste nach dem Fall des Eisernen Vorhangs niemand. Es kam zu einer Welle verschiedenster Theorien und Prognosen. Beispielhaft ist hier Samuel Huntingtons „Clash of Civilizations“ (1996) zu nennen. Er prognostizierte eine globale Auseinandersetzung anhand kultureller Grenzen, die er recht willkürlich zieht. Auch „Das Ende der Geschichte“ (1992) von Francis Fukuyama ist ein Beispiel. Brzezinski vertrat die Ansicht (und den Wunsch), dass es künftig nur noch eine globale Macht geben würde – die USA. Auf der anderen Seite gewann bspw. der Institutionalismus immer weiter an Bedeutung. Viele der Prognosen erwiesen sich als ungenau oder falsch. Dennoch war die Geopolitik zurück – in der akademischen Diskussion und in der Öffentlichkeit.

### **Der Spatial Turn**

Die Wiederauferstehung der klassischen geopolitischen Theorie ging weit über die klassische geopolitische und geographische Academia hinaus. Mit dem „spatial turn“ nahm eine Gegen- bzw. Parallelbewegung zum angesprochenen „linguistic turn“ an Fahrt auf.<sup>145</sup> Die Beschäftigung mit dem „Raum“ und seinen Konstruktionen wurde immer mehr Teil angrenzender Wissenschaftsgebiete wie z.B. in der

---

<sup>143</sup> Siehe u.a. Hoffmann: Renaissance der Geopolitik?

<sup>144</sup> Aktuelles Beispiel: Jureit/Chiantera-Stutte (Hrsg.): Denken im Raum.

<sup>145</sup> Siehe z.B. Guldi, Jo: What is the Spatial Turn? (online) o.J.

Soziologie. Die aktuellen Entwicklungen in der geopolitischen Theorie sind weniger durch vollständige Neukonzeptionen geprägt als vielmehr durch Erweiterungen in der Beschäftigung mit zeitgenössischen Themen wie Demographie, Terrorismus, Klimawandel und Technologie, z.B. Cybersicherheit. In der Zwischenzeit, bis neue Klassiker entstehen, ist man sicher gut beraten, auf etablierte (und rehabilitierte) theoretische Ansätze zurückzugreifen.

### **3.5 Exkurs: der Verkehr als Raumbewältiger**

Ein Motiv, das bei beinahe allen klassischen Geopolitikern einen Ausweg aus den Zwängen physisch-geographischer Gegebenheiten bietet, ist der technologische Fortschritt. Dieser kurze Exkurs soll gleichermaßen thematische Überleitung in die Operationalisierung von Geopolitik wie auch in die Begründung für die Anwendbarkeit klassischer geopolitischer Theorie auf aktuelle Fragestellungen sein. Insbesondere bei Friedrich Ratzel spielt die Technologie eine zentrale Rolle. Er fasst sie, neben anderen Elementen, unter dem Begriff „Verkehr“ zusammen. Er spricht vom „Verkehr als Raumbewältiger“, der die Nachteile der Geographie ausgleichen oder sogar in einen Vorteil verwandeln kann.<sup>146</sup>

„Verkehr ist die räumliche Bewegung von Menschen und Gütern auf bestimmte Ziele zum Zweck des Ausgleiches der natürlichen Ausstattung der Erde und der Menschen; Briefpost, Telegraph und Telephon [...] sind von diesem Verkehr nicht zu trennen [...].“<sup>147</sup>

Die Geographie bleibt unverändert, aber die Technologie kann ihre Bedingungen abschwächen. Ob durch Eisenbahnlinien, neue Straßen oder Telegrafie, die Geschwindigkeit erhöht sich, auch wenn der Weg gleich lang bleibt.<sup>148</sup> In der Theorie kann ein Staat also die Fesseln seiner geographischen Nachteile ohne Krieg abschütteln. Der Organismus Staat, im Ratzelschen Sinne, muss also nicht mehr größer werden, um seinen Lebensraum zu verteidigen, er kann, um zu überleben, auf weit entfernte „Nahrungsquellen“ wie Rohstoffvorkommen zugreifen ohne sie selbst zu besitzen. Auf der anderen Seite dient der Verkehr auch der Vorbereitung

---

<sup>146</sup> Vgl. Ratzel: Politische Geographie, S. 447 ff.

<sup>147</sup> Ebd., S. 447.

<sup>148</sup> Vgl. ebd., S. 448 f.

einer Übernahme und der Festigung einer erreichten Herrschaft über einen geographischen Raum.<sup>149</sup>

Auch bei Mackinder spielt die Technologie eine zentrale Rolle. Durch den Einsatz von Eisenbahnen, könnten bisherige geographische Nachteile einer Landmacht ausgeglichen werden:

„But trans-continental railways are now transmuting the conditions of land-power, and nowhere can they have such effect as in the closed heart-land of Euro-Asia, in vast areas of which neither timber nor accessible stone was available for road-making.“<sup>150</sup>

Mackinder befürchtet: „[...] the century will not be old before all Asia is covered with railways.“<sup>151</sup> Dazu kam es, abgesehen von wenigen Routen, kaum, dennoch ist zumindest denkbar, dass der chinesischen neuen Seidenstraße Überlegungen in dieser Richtung zugrunde liegen.

Den zu den jeweiligen Zeiten jeweils aufkommenden neuen Massentechnologien wird zentrale Bedeutung zugemessen, sei es die Telegrafie oder das Aufkommen der Eisenbahnen als Massenverkehrsmittel, das es schafft, sogar entlegene Gegenden zu erschließen. Geht man in der Geschichte voran, kommt man in Bezug auf Energie irgendwann zu den Pipelinenetzwerken oder Flüssiggastankern, die Erdöl- und Gasvorkommen über tausende Kilometer hinweg mit den Abnehmern verbinden. Der geographische Nachteil von fehlenden Energierohstoffvorkommen kann so überwunden werden, ohne zu versuchen, das Staatsgebiet auf diese Vorkommen auszuweiten. Der früher nur mühsam überwindbare Raum kann durch Technologie bewältigt werden. Die klassische geopolitische Theorie kann also bei heutigen Fragestellungen angewendet werden. Diese Anschlussfähigkeit macht sie so attraktiv für die Analyse z.B. des vorliegenden Forschungsinteresses. Sie kann ebenso angewendet werden, um Themengebiete wie Einflussnahme durch Soziale Netzwerke oder Cyber-Kriegsführung zu untersuchen. Auch wirtschaftliche Beziehungen fasst Ratzel unter „Verkehr“ zusammen und so wird auch z.B. die Belt and Road-Initiative Chinas unter geopolitischen Gesichtspunkten analysiert.

---

<sup>149</sup> Ratzel: Politische Geographie, S. 507 f.

<sup>150</sup> Mackinder: The Geographical Pivot of History, S. 434.

<sup>151</sup> Ebd.

### 3.6 Begriffliche Abgrenzungen

Geographie, Politische Geographie, Geopolitik, Geoökonomie, Geostrategie, Anthropogeographie, Humangeographie, Erdkunde usw. Bis hier hin sind zahlreiche Begriffe gefallen, die in ihrer Semantik nur schwer zu unterscheiden und teilweise deckungsgleich sind. Dennoch soll die Auseinandersetzung mit den diversen Begrifflichkeiten erst an dieser Stelle erfolgen. Denn die Ideengeschichte der Geopolitik ist auch eine Begriffsgeschichte.

Wie in den vorangegangenen Kapiteln bereits dargelegt, nannte Ratzel die Geopolitik „Politische Geographie“ aber verstand darunter das, was wir heute unter „Geopolitik“ fassen. Erst Kjellén prägte den Begriff Geopolitik in seiner Rezeption des Ratzelschen Werks, grenzte ihn ab und bezeichnete ihn als Teil der politischen Wissenschaft, deren Hauptbezugspunkt der Staat ist, während die „Politische Geographie“ die Menschen und ihre Beziehungen zu den übrigen Eigenschaften der Erde studiert.<sup>152</sup> Also das, was heute die Anthropogeographie oder Humangeographie abdeckt. Auch Haushofer beschäftigt sich mit der notwendigen Abgrenzung der Begrifflichkeiten:

„Der Dualismus der Erdkunde, der Gegensatz zwischen ihrer natur- und geisteswissenschaftlichen Seite, ihrer allgemeinen und speziellen angewandten Betriebsweise übertrug sich natürlich auch auf ihren politischen Zweig und vermehrt die Schwierigkeit der Zusammenfassung der Fülle von Ergebnissen, die in gleichem Maß von Natur- und Geisteswelt zuströmen.“<sup>153</sup>

Matznetter bspw., der einen großen Beitrag leistete, die Beschäftigung mit Geopolitik in der Bundesrepublik Deutschland wieder salonfähig zu machen, griff wiederum beim Titel seines wegweisenden Kompendiums auf „Politische Geographie“ zurück. Möglicherweise, um eine Abgrenzung deutlich zu machen, zwischen der Staatenpraxis (Geopolitik) und der wissenschaftlichen Beobachtung dessen (Politische Geographie). Diese Auffassung zweier zu unterscheidender Semantiken von Geopolitik findet sich vielfach auch heute wieder. Zum einen kann unter dem Begriff die akademische Disziplin der Geopolitik verstanden werden – die

---

<sup>152</sup> Siehe Matznetter: Politische Geographie, S. 8 f.

<sup>153</sup> Haushofer: Politische Erdkunde und Geopolitik, S. 88.

geopolitische Theorie.<sup>154</sup> Zum anderen versteht man landläufig unter Geopolitik die politische Praxis von Staaten im geographischen Raum, also das Betreiben von Geopolitik. „Geopolitik ist darüber hinaus eine sicherheitspolitische Methode und damit ein Ausdruck des praktischen Regierungshandelns.“<sup>155</sup> Wie zielführend diese Unterscheidung ist sei dahingestellt, beide Perspektiven können nicht vollständig getrennt voneinander betrachtet werden. Gegenstand der akademischen Disziplin ist das Verhalten von Staaten und aus der theoretischen Analyse werden wiederum Handlungsempfehlungen und Strategien für politische Entscheidungsträger formuliert.

Selbst heute ist uneindeutig, was unter dem Begriff verstanden wird, sowohl in der Wissenschaft als auch im Journalismus. Besonders schwierig ist dies deshalb, weil auf den ersten Blick verschiedene Begriffe vermeintlich dasselbe bedeuten, bei genauerer Beschäftigung mit den Intentionen des Autors jedoch einen gänzlich anderen Ansatz verfolgen. Es muss deshalb bei der Nutzung geopolitischer Konzepte, wie in dieser Arbeit, zunächst eine klare Begriffsdefinition stattfinden. Denn anders als bei anderen Großtheorien der Internationalen Beziehungen, existiert kaum ein gemeinsamer Zeichenvorrat. Zwar hat jeder eine gewisse Vorstellung, was unter Geopolitik zu verstehen ist, und manchmal haben diese Vorstellungen durchaus große Schnittmengen, doch eine allgemein gültige Definition existiert nicht. Das ist sicherlich ein häufiges Phänomen in den Politikwissenschaften und angrenzender Gebiete, doch trifft es auf Geopolitik in besonderem Maße zu.

Verstärkend kommt hinzu, dass v.a. durch die kritische Geopolitik eine Vielzahl von Ansätzen hinzugekommen sind, die immer weniger mit dem ursprünglichen Untersuchungsgegenstand zu tun hatten. Dies trifft sowohl auf Geopolitik wie auch auf die Anthropogeographie zu. Inwieweit dies nun Bereicherung oder Zerfaserung ist, bleibt Ansichtssache. Sloan nennt dieses Problem der Definition eines der grundlegenden Probleme der Geopolitik im 21. Jh.<sup>156</sup> Das zweite Problem ist das der Begriffspopularisierung. Während die Academia (teilweise auch in den USA) nach dem Zweiten Weltkrieg eine Beschäftigung mit dem Begriff und den Konzepten vermied, wurde der Begriff Geopolitik in der Öffentlichkeit sehr beliebt,

---

<sup>154</sup> Vgl. Hoffmann: Renaissance der Geopolitik?, S. 45 ff.; Vgl. Helmig, Metaphern in geopolitischen Diskursen, S. 58.

<sup>155</sup> Hoffmann: Renaissance der Geopolitik?, S. 45.

<sup>156</sup> Vgl. Sloan: Geopolitics, Geography and Strategic History, S. 1 ff.

ohne theoretische Untermauerung. Die Begriffsbedeutung wurde beliebig, je nach Auffassung. Daraus resultierte ein weiteres Phänomen: Geopolitik wurde mit der realistischen Schule gleichgesetzt. Was für einige kein Problem war, sehen sie die Geopolitik doch als dem Realismus gleichrangige IB-Großtheorie an.<sup>157</sup> Ob nun Großtheorie oder Analysewerkzeug – im nächsten Teil findet die auf das Forschungsinteresse angepasste Operationalisierung der geopolitischen Theorie statt.

---

<sup>157</sup> Vgl. Sloan: Geopolitics, Geography and Strategic History, S. 1 ff.

## 4 Methodik

Wie kann geopolitische Theorie nun zu einem Analysewerkzeug geformt werden, das es ermöglicht, das Forschungsvorhaben durchzuführen und die zugrundeliegende Fragestellung zu beantworten? Dazu soll zu Beginn eine Operationalisierung geopolitischer Theorie erfolgen. Hier werden die Analyseebenen definiert, die zur Ergründung der Thematik geeignet sind und es wird der Rahmen der Analyse geopolitischer Elemente in den Pipelinedebatten festgelegt. Nachfolgend wird dieser Rahmen mit konkreten Analyseergebnissen gefüllt werden, diese Inhalte werden durch eine Methodenkombination gewonnen. Nach der Operationalisierung folgt daher die Festlegung des Vorgehens, der Erhebungs- und Auswertungsmethoden und weiterer die Untersuchung strukturierender Elemente.

### 4.1 Operationalisierung – der geopolitische Dreiklang

Wie in den vorigen Kapiteln dargelegt, existieren eine reiche Geschichte geopolitischer Theorie und unzählige Definitionen. Die Herausforderung, die sich nun stellt, ist, aus den zahlreichen Theorien und Ansätzen ein Werkzeug zu schaffen, mit dem sich die geopolitischen Anklänge in den Debatten um die deutsch-russischen Erdgasbeziehungen konkret analysieren lassen. Einen Zugang bietet der britische Professor für geopolitische Theorie, Geoffrey Sloan. Er sieht zwei große Errungenschaften der klassischen Geopolitiktheorien. Zum einen seien die Theorien offen dahingehend, dass sie erkannten, dass sich die Relevanz der geographischen Lage eines Staates durch Innovationen im Transportwesen und in der Waffentechnologie ändern könnte. Er teilt somit die Argumentation im Exkurs „Der Verkehr als Raumbewältiger“. Sloan stellt fest, dass die geopolitische Theorie des 20. Jh. in gleichem Maße Erklärungskraft wie Kontroverse bietet, jedoch von großer Durchschlagskraft sei. Sie funktioniere auch in einem ständig wechselnden Umfeld. Die Geographie sei ständig im Wandel, durch neue Technologien, der Entdeckung von Rohstoffvorkommen oder der Verschiebung von Wirtschaftszentren. Die Väter der klassischen Geopolitik führten ein geschlossenes politisches System in die Analyse internationaler Beziehungen ein und legten damit gewissermaßen auch die Grundlage für das Fach der Internationalen Beziehungen (IB), sowie darüber hinaus für die Politikwissenschaft an sich. Sloan: „Geopolitics is one of the grand theories of



International Relations.“<sup>158</sup> Geopolitische Fragestellungen seien von Anfang an Bestandteil aller politischen Fragestellungen gewesen.<sup>159</sup>

Manche ordnen die klassischen geopolitischen Theorien eher dem Realismus zu, wobei man auch argumentieren könnte, dass der Realismus der Geopolitik entsprungen ist. Wie dem auch sei, diese Diskussion soll an der Stelle nicht weiter vertieft werden. Ob Großtheorie oder nicht, bildet die Systematisierung der geopolitischen Theorie durch Sloan eine solide Basis für die weitere Bearbeitung des Forschungsinteresses. Warum eignen sich kritische Ansätze nicht gleichermaßen? Sloan aber auch andere sehen nur beschränkte analytische Kraft in diesen Ansätzen, denn sie wüchsen nicht über ständige Kritik und das immer gleiche Denken in Machterhaltungsstrukturen hinaus. Entgegen der Kritik aus der kritischen Geopolitik könne die klassische Geopolitik eben nicht nur ausschließlich zur Herrschaftssicherung genutzt werden, sondern vor allem als Ad-hoc-Methode, um die, der Theorie nach, logischen Handlung (eines Staates) mit jener gegenüberzustellen, die tatsächlich stattfand.<sup>160</sup>

„Classical geopolitics is empirical in spirit; it recognizes the fact-based nature of geographic configurations, some of which may be overcome typically at great cost, economically or politically [...]“<sup>161</sup>

Sloan definiert Geopolitik als Dreiklang aus Geographie, Strategie und Historie. Dies tut er aus einer realistischen Perspektive heraus, insbesondere in Abgrenzung zur allumfassenderen Geographie:

„Geography is fundamental to human existence. We all live in it, and are dependent on it for our very survival. Geopolitics, by contrast, represents a confluence of what can be described as a tripartite construct of geography, strategy and history.“<sup>162</sup>

Diese Elemente lassen sich so oder so ähnlich beinahe in jeder klassischen geopolitischen Theorie wiederfinden. Ratzel, Kjellén und Cos Abhandlungen sind ohne Rückgriffe auf die geographische Lage, die geschichtliche Entwicklung der

---

<sup>158</sup> Sloan: Geopolitics, Geography and Strategic History, S. 1.

<sup>159</sup> Vgl. ebd.

<sup>160</sup> Ebd., S. xv.

<sup>161</sup> Ebd., S. 6.

<sup>162</sup> Ebd., S. xiii.

betrachteten Region und einer strategischen Lage- und Zieldefinition nicht denkbar. Sloan erfindet hier also nichts Neues, aber er arbeitet diese Systematik deutlich heraus. Diese Herausarbeitung eignet sich als theoretisch-konzeptioneller Rahmen dieser Arbeit.

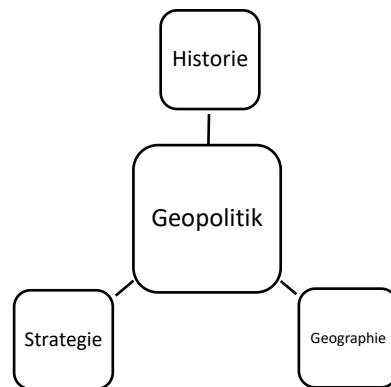


Abbildung 1: Der geopolitische Dreiklang. In Anlehnung an Sloan: Geopolitics, Geography and Strategic History, S. 8

Die einzelnen Elemente des Dreiklangs nach Sloan werden im Folgenden kurz zur Übersicht vorgestellt und werden dann in Anlehnung die Grundlage zentraler Kapitel und der Analyse zur Beantwortung der Forschungsfrage.

### **Historie**

Die Historie ist zentral für die geopolitische Analyse und bildet die Grundlage für die weiteren Elemente des Dreiklangs. „Historical study is not the study of the past but the study of present traces of the past.“<sup>163</sup> Ereignisse in der Vergangenheit werden also auch in Hinblick auf ihre Auswirkungen auf die Gegenwart untersucht. Kein geopolitischer Konflikt bspw. kann ohne Kenntnis der Vorgeschichte und der historischen Linien, die zu ihm führten, analysiert werden. Die Beziehungen im Energiebereich zwischen Deutschland und Russland, genauer gesagt beim Bau von Pipelines, reichen von der Zeit des russischen Zarenreichs bis in die Gegenwart. Der geopolitische Dreiklang lässt sowohl die Untersuchung der Erdgas-Röhren-Geschäfte als auch der Nord Stream-Pipelines mit demselben Werkzeug zu. Das ist insbesondere für die Erdgas-Röhren-Geschäfte wichtig, da diese im öffentlichen und akademischen Bewusstsein nicht so präsent wie die Ostseepipelines sind bzw.

---

<sup>163</sup> Sloan: Geopolitics, Geography and Strategic History, S. 10.

es nie waren. Der Vergleich von historischen Erdgas-Röhren-Geschäften und Nord Stream-Pipelines soll in erster Linie Erkenntnisse über mögliche kontinuierliche geopolitische Positionen in der bundesdeutschen parlamentarischen Debatte und der Bundesregierung liefern und weniger eine lückenlose historische Rekonstruktion werden.

### **Geographie**

Geographie ist für Sloan „[...] the study of the manifold features, physical and human, which diversify the earth’s surface.“<sup>164</sup> Dieser Ansatz trägt sowohl dem Verständnis von Geographie der Väter der Geopolitik Rechnung wie auch der Offenheit zu benachbarten Wissenschaftsbereichen modernerer Ansätze. Er vereint die Bestandteile der physischen Geographie mit jenen der Anthropogeographie. Die Erdoberfläche in ihrer physischen Beschaffenheit bleibt die Bühne, auf der die Politik spielt. Die Politik wird von der Beschaffenheit der Erdoberfläche geprägt und kann diese doch durch Technologie überwinden.<sup>165</sup> Im Rahmen dieser Arbeit wird in erster Linie die Geographie der europäischen Erdgaslandschaft behandelt werden und welche Rolle Technologie, u.a. in Form von Pipelines, bei der Überwindung geographischer Disparitäten spielt.

### **Strategie**

Den letzten Bestandteil von Geopolitik, die Strategie, versteht Sloan im militärischen Sinne. Dessen Logik lässt sich jedoch auch auf geopolitisch-ökonomische Sachverhalte anwenden. „The field of strategic studies, in the modern context, examines the interactions between or among adversaries, engaged in conflict, potential or realized.“<sup>166</sup> All diese Elemente sind im Zusammenhang mit Energieinfrastrukturprojekten sichtbar. Im Rahmen dieser Arbeit wird v.a. auf die Zielsetzungen der Energiesicherheit abgezielt. Strategie definiert Sloan praxisnah:

„A strategy is not merely a static plan of action, rather it is a dynamic awareness of one’s goals, an evaluation of the efficacy of means, and an appreciation of consequences [...]“<sup>167</sup>

---

<sup>164</sup> Sloan: Geopolitics, Geography and Strategic History, S. 8.

<sup>165</sup> Vgl. ebd.

<sup>166</sup> Vgl. ebd., S. 9.

<sup>167</sup> Ebd., S. 9.

## 4.2 Vorgehen und Fallauswahl

Zwei Projektgruppen deutscher Erdgasinfrastruktur scheinen hier exemplarisch für die bundesdeutsche Erdgaspolitik zu stehen. Zum einen die Erdgas-Röhren-Geschäfte zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion und zum anderen die deutsch-russischen Nord Stream-Pipelines. Die Auseinandersetzungen um die Erdgas-Röhren-Geschäfte scheinen heute weitgehend aus der öffentlichen Wahrnehmung verschwunden zu sein, doch standen sie in ihrer Heftigkeit und ihren Auswirkungen jenen um die Ostseepipelines in nichts nach. Examiniert man diese Projekte und die Begleitdebatten genauer, werden zahlreiche Parallelen deutlich. Dies fängt bei der Bedeutung der Pipelines für die nationale und europäische Gasversorgung an, führt über beteiligte europäische Unternehmensstrukturen bis hin zu weltpolitischen Konstellationen, die so offensichtliche Parallelen aufweisen, dass es erstaunt, dass noch keine umfangreiche wissenschaftliche Aufarbeitung erfolgt ist. Selbstverständlich sind dies nicht die einzigen Erdgasinfrastrukturprojekte der bundesdeutschen Geschichte, aber sie könnten exemplarisch für eine Tradition deutschen geopolitischen Denkens im Erdgasbereich stehen – das ist eine der Grundannahmen dieser Arbeit. Ein Anhaltspunkt für die Relevanz ausgerechnet dieser Projekte liegt auch in der Heftigkeit der Begleitdebatten begründet, die bei anderen Projekten schlichtweg nicht vorhanden war.

Sie liegen außerdem so weit auseinander, dass eine mögliche Entwicklung über einen wesentlichen Teil der bundesdeutschen Geschichte analysiert werden kann und eventuelle Kontinuitäten identifiziert werden können. Eine weitere, zu überprüfende, Annahme ist, dass die Erdgaspolitik eines der wenigen außenpolitischen Felder ist, in dem die Bundesrepublik aktiv eigene geopolitische Positionen verfolgte und rigoros nationale Interessen auch gegen Widerstände formulierte. Dies begründet gleichzeitig die Eingrenzung des Forschungsansatzes auf die deutsche Politik, weitgehend ohne Einbeziehung der europäischen Energiepolitik. Die Energiepolitik nahm bisher die Rolle eines Nachzüglers bei der Vollendung des Binnenmarktes ein. D.h., dass EU-Vorgaben bis vor einiger Zeit nicht die entscheidende Rolle gespielt haben. Rückgriffe erfolgen jedoch, auch weil EU-Vorgaben das Politikfeld der Energiepolitik immer stärker bestimmen und vor allem die Nord Stream-Pipelines bereits signifikant unter Binnenmarktregeln reguliert wurden.

Bewertet werden soll dies anhand einer vergleichenden Analyse. Zum einen wurden, wie schon erwähnt, zwei repräsentative Projekte verglichen, die weit genug auseinanderliegen, dass eine Aussage über einen längeren Zeitraum getroffen werden kann. Im Mittelpunkt standen Debatten im Plenum und in den Wirtschaftsausschüssen des Deutschen Bundestages. Dies sind wesentliche Zentren politischer Entscheidungsbildung und Kommunikation der Bundesrepublik Deutschland. Die Debatten sind protokolliert und einsehbar, anhand ihrer lässt sich nachvollziehen, welche Argumente und Zielsetzungen formuliert wurden. Sie sind ein direktes Abbild der jeweiligen Politik während der Untersuchungszeiträume. Die Form der Protokolle hat sich in den vergangenen Jahrzehnten nicht grundlegend verändert, weshalb ihre Vergleichbarkeit gegeben ist. Ein weiteres elementares Standbein dieser Arbeit bilden Experteninterviews. Hier wurden beteiligte Entscheidungsträger aus Politik und Wirtschaft nach weiteren Hintergrundinformationen befragt, die so nicht öffentlich zu finden wären. Noch wichtiger ist jedoch die Ex-post-Perspektive auf die damalige Politik und insbesondere die kritische Reflexion der eigenen Positionen. Dies war jedoch nur in Bezug auf die Nord Stream-Pipelines möglich, diejenigen Personen, die während der Erdgas-Röhren-Geschäfte Entscheidungen trafen, lebten größtenteils nicht mehr. Hier musste verstärkt auf historische Quellen zurückgegriffen werden.

Aus der kritischen Geopolitik stammt die verstärkte Reflexion sprachlicher Muster, bzw. die Konstruktion geopolitischer Denkmuster durch Sprache. Sprache soll im Rahmen dieser Arbeit jedoch nicht im konstruktivistischen Sinne dekonstruiert werden, sondern im realistischen Sinne als Abbild tatsächlicher geopolitischer Handlungen und Positionen der jeweiligen Bundesregierungen und der Bundestagsabgeordneten. Nicht die Sprache erschafft die Wirklichkeit, sondern die Realität spiegelt sich in der Sprache wider. Vollständig trennscharf kann dies dennoch nicht betrachtet werden, es soll nicht ausgeschlossen werden, dass in Debatten verwendete Sprachmuster auch Einfluss auf das Regierungshandeln haben können.<sup>168</sup> An dieser Stelle soll auch die Trennlinie zur Diskursanalyse im kommunikationswissenschaftlichen Sinne festgelegt werden, die explizit nicht verfolgt wird. Einzelne Formulierungen sollen nicht im Detail auf bspw. versteckte Semantiken,

---

<sup>168</sup> Vgl. Helmig: Metaphern in geopolitischen Diskursen, S. 61.

soziale Normen oder Implikationen usw. untersucht werden. Es gilt das niedergeschriebene Wort.

Untersucht werden Protokolle von Bundestagsdebatten und Ausschusssitzungen aus besonders relevanten Phasen der Diskussionen um einerseits das letzte Erdgas-Röhren-Geschäft und andererseits Nord Stream 2. Auch wenn hier zwei Fälle verglichen werden, handelt es sich auch nicht um ein Vorgehen im Sinne vergleichender Politikwissenschaft. Es findet keine Theorieprüfung anhand existierender Konzepte (X/Y-zentriertes Design, Most Similar Systems Design usw.) statt. Vielmehr handelt es sich bei dem in dieser Arbeit verfolgten analytisch-deskriptiven Ansatz um einen theoriegenerierenden bzw. -vorbereitenden. Dies liegt insbesondere in der Tatsache begründet, dass es sich bei dieser Arbeit gewissermaßen um eine Pionierleistung handelt, die zunächst eine Wissensgrundlage für die weitere Beschäftigung schafft. Am Ende der Arbeit sollen Erkenntnisse stehen, die Anknüpfungspunkte für eine weitere theoriebildende Beschäftigung mit der Thematik darstellen können. Im Grunde könnte das Vorgehen auch unter dem weitgefassten Ansatz der Grounded Theory Method (GTM) gefasst werden, jedoch unterscheidet sich die gewählte Art der Codierung (siehe unten) wesentlich. Die GTM ist außerdem so weit gefasst, dass sie je nach Auslegung einem intuitiven Forschungsprozess entspricht und recht beliebig sein kann.<sup>169</sup> U.a. deshalb soll auf die Anlehnung verzichtet werden und diese eigene Art des Vorgehens gewählt werden, das sich lediglich in der Auswertung auf die Qualitative Inhaltsanalyse stützt.

Ausgewertet wird das Textmaterial mittels Qualitativer Inhaltsanalyse, in deren Mittelpunkt die Vergabe von Codes steht, die die Motive und Argumente identifizierbar und kategorisierbar machen. Sind die Grundaussagen des Materials offengelegt, können diese wiederum genutzt werden, um, neben ersten Erkenntnissen der Literaturrecherche, die Elemente des geopolitischen Dreiklangs mit Empirie zu befüllen. Der gesamte Prozess erfolgt hermeneutisch. Denn zwar können und werden vorab thematische Kategorien festgelegt werden, in die der Text einsortiert werden soll, doch müssen diese anhand der Funde im Text überarbeitet oder revidiert werden.

---

<sup>169</sup> Vgl. u.a. Wenzler-Cremer, Hildegard/Niermann, Debora: Grounded-Theory Methodologie, (online) 2007 & 2013.

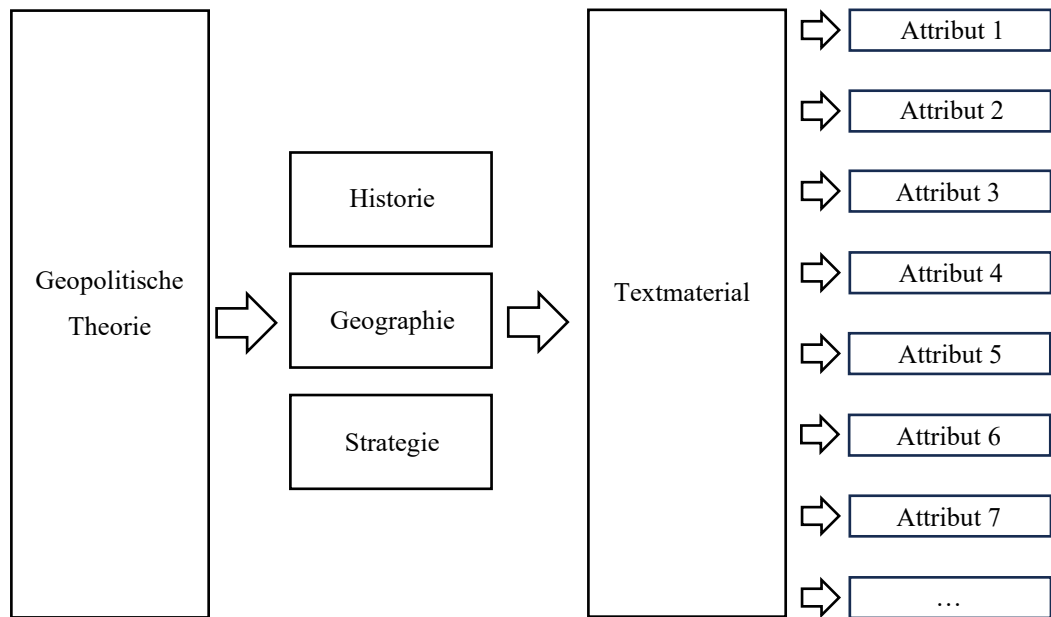


Abbildung 2: Schematische Darstellung des Vorgehens

#### 4.3 Zeiträume, Materialauswahl und Erhebungsmethoden

Seit Februar 2022 ist die Welt eine andere. Der russische Einmarsch in die Ukraine stellte eine Zäsur dar, auch in den energiepolitischen Debatten in Deutschland. Eine Zäsur, die das Verhältnis zu Russland zumindest zur Zeit der Anfertigung dieser Arbeit grundlegend veränderte. Zunächst liefen Erdgaslieferungen weitestgehend wie gewohnt weiter, auch wenn die Genehmigung für die zweite Nord Stream-Pipeline nicht erteilt wurde. Nach einem Lieferstopp aufgrund technischer Probleme sorgten dann der Anschlag und die Zerstörung von Nord Stream 1 für vollendete Tatsachen. Das Kapitel deutsch-russischer Erdgasbeziehungen schien vorerst beendet worden zu sein. Die politische Debatte um die Pipelines änderte sich nach dem russischen Einmarsch grundsätzlich und viele der profiliertesten Unterstützer von Nord Stream 2 wechselten ihre Position. Da die politische Debatte über einen langen Zeitraum untersucht werden soll und die jüngsten Entwicklungen noch zu jung sind, um abschätzen zu können, ob die Zäsur wirklich nachhaltiger Natur war, soll ein Zeitraum gewählt werden, der charakteristisch ist. Nachdem die Vergleichsprojekte identifiziert wurden, war der nächste Schritt, herauszufinden, in welchen Zeiträumen diese überhaupt in der politischen Debatte vorkamen.

Zu diesem Zweck wurden besonders prägnante Schlüsselereignisse und Zeiträume herausgearbeitet. Fraglich war zu Beginn, wie solche Schlüsselereignisse definiert werden können. Erste Hinweise auf relevante Zeiträume ergaben sich durch

eine grundlegende Literaturrecherche und die Verwendung von einschlägigen Suchbegriffen in den Katalogen bzw. Suchmitteln des Bundestagsarchives. Im Wesentlichen bildeten sich die Jahre 1979 bis 1982 für das letzte Erdgas-Röhren-Geschäft und 2015 bis 2021 für Nord Stream 2 heraus, also Jahre, die in die Zeiträume der Wahlperioden 08, 09, 18 und 19 fallen. Endpunkt der Analyse ist demnach der Ablauf der 19. Wahlperiode am 26. Oktober 2021. Eine Grundannahme war, dass sich die relevanten Phasen der Projekte auch in der Intensität bzw. Häufigkeit der Debatten widerspiegeln würden. Alle Plenardebatten des deutschen Bundestages seit 1949 liegen in digitalisierter Form online vor und sind als PDF herunterzuladen.<sup>170</sup> Protokolle der Wirtschaftsausschüsse (unter wechselnden Bezeichnungen) sind nur im Bundestagsarchiv vor Ort einzusehen. Hier werden für ältere Sitzungen Suchmittel bereitgestellt, die eine grobe Eingrenzung nach Themengebieten zulassen und das Auffinden entsprechender Tagesordnungen ermöglichen. Für neuere Sitzungen, z.B. der Wahlperiode 18, liegen Tagesordnungen zum freien Download bereit und machen eine Eingrenzung per Wortsuche einfacher möglich. So konnten infrage kommende Protokolle eingegrenzt werden. Auch hier zeigte sich eine deutliche Häufung von Fundstellen dieser Begriffe in den Wahlperioden 08, 09, 18 und 19. Ausschussprotokolle einer Wahlperiode werden dem Bundestagsarchiv erst nach dem Ablauf der darauffolgenden Wahlperiode zur Verfügung gestellt. D.h. zum Zeitpunkt der Erstellung dieser Arbeit waren, außer jenen der öffentlichen Sitzungen, keine Protokolle der 19. Wahlperiode verfügbar. Auch eine entsprechende Anfrage an das Sekretariat des Ausschusses wurde nach Prüfung negativ beschieden. Untersucht wurden nur nach einschlägigen Begrifflichkeiten infrage kommende Tagesordnungspunkte der entsprechenden Protokolle. Die Erhebungs- und Analyseeinheiten im engeren Sinne waren also nur die Passagen, die sich explizit mit dem letzten Erdgas-Röhren-Geschäft oder Nord Stream 2 auseinandersetzen.

Da nicht aus allen Zeiträumen das gleiche Analysematerial zur Verfügung stand, musste dies mit einer anderen Methode ausgeglichen werden – dem Experteninterview. Man könnte dieses Vorgehen auch Methodentriangulation nennen.<sup>171</sup> Aber nicht nur deshalb ist die Methode des Experteninterviews eine maßgebliche

---

<sup>170</sup> Abrufbar online über die Parlamentsdokumentation des Deutschen Bundestages unter: <https://pdok.bundestag.de/index.php>.

<sup>171</sup> Siehe auch Loosen, Wiebke: Das Leitfadeninterview – eine unterschätzte Methode. In: Averbek-Lietz, Stefanie/Meyen, Michael (Hrsg.): Handbuch nicht standardisierte Methoden in der Kommunikationswissenschaft, Wiesbaden 2014, S. 146.



Säule dieser Arbeit, sondern v.a., um eine Ex-post-Perspektive der bereits in den Protokollanalysen identifizierten Akteure und weiterer einzubeziehen. Die Befragung oder auch das Interview ist die am weitesten verbreitete Erhebungsmethode in der Sozialforschung und hat einen großen Stellenwert in politikwissenschaftlicher Forschung.<sup>172</sup> Über diese Erhebungsmethode existieren zahlreiche Veröffentlichungen und sie wird kontinuierlich weiterentwickelt. Im Folgenden soll dennoch versucht werden, in aller Kürze den Rahmen der konkret verwendeten Erhebungsmethode darzulegen. Für diese Arbeit wurde eine qualitative Variante der Befragung gewählt – das leitfadengestützte Experteninterview. Das Experteninterview hat grundsätzlich das Ziel, in einem persönlichen Gespräch an Hintergrundinformationen, persönlich Eindrücke und Einschätzungen zu kommen, die nicht frei verfügbar sind. Dabei sind ein planvolles Vorgehen und eine umfangreiche Vorbereitung nötig. Die Methode geht über das einfache Fragenstellen, um Informationen zu erhalten, hinaus.<sup>173</sup> Die größte Herausforderung ist, dass das qualitative Interview einer natürlichen Gesprächssituation möglichst nahekommen soll, ohne das empirische Ziel aus dem Auge zu verlieren.<sup>174</sup> Das Leitfadeninterview nimmt eine Mittelstellung zwischen standardisierten und nicht standardisierten Formen der Befragung ein.<sup>175</sup>

Die Richtung der Untersuchung ist durch das Forschungsinteresse vorgegeben, was einen gewissen Grad der Standardisierung und Gesprächsführung nach sich zieht. Im halbstandardisierten Interview werden vorab Fragen formuliert, an welchen sich der Ablauf orientiert. Es können sich aus dem Gespräch weitere Fragen ergeben oder die Reihenfolge angepasst werden.<sup>176</sup> Auch wenn die Leitfäden halb standardisiert sind, müssen die konkreten Fragen auf den jeweiligen Interviewpartner angepasst werden. So können zwar Abgeordneten relativ ähnliche Fragen gestellt werden, gleichwohl mit Bezügen zu früher getätigten konkreten Aussagen und Einstellungen, diese können so jedoch nicht auf Vertreter der Industrie oder politikfremde Interviewpartner angewandt werden. Die Methodenkombination und hermeneutische Arbeitsweise wird hier insbesondere bei der

---

<sup>172</sup> Vgl. Mayring: Qualitative Inhaltsanalyse, S. 435; Vgl. Loosen: Das Leitfadeninterview – eine unterschätzte Methode, S. 140.

<sup>173</sup> Vgl. Loosen: Qualitative Inhaltsanalyse, S. 140.

<sup>174</sup> Vgl. ebd., S. 142.

<sup>175</sup> Ebd., S. 144.

<sup>176</sup> Vgl. ebd., S. 142 ff.

Frageentwicklung deutlich. Erst aus der Analyse der Bundestagsdebatten- und Ausschussprotokolle, aber auch der Literaturrecherche, sind vielfach relevante Interviewpartner ersichtlich geworden. Die Fragen beziehen sich immer auch auf das Erlebte in der jeweiligen Funktion, die die Person zu den Untersuchungszeiträumen innehatte, können aber auch Einschätzungen aus der aktuellen Sicht während der Interviews zum Ziel haben.

Wie bereits angesprochen, war ein unvorhergesehenes Problem, dass der russische Einmarsch und der Anschlag auf die Nord Stream-Pipelines mitten im Forschungsprozess vieles durcheinander warfen. Für die geplanten Experteninterviews stellte dies eine besondere Herausforderung dar. Ihnen ist zwar überwiegend sowieso die Retrospektive inne, doch zumeist handeln und denken die interviewten Personen in einer gewissen Kontinuität. Dies war hier überwiegend nicht der Fall. Die Ereignisse waren so einschneidend, dass sie nicht einfach ignoriert werden konnten. Zwar bezogen sich die meisten Fragen auf das Erlebte während der untersuchten Zeiträume und im Interview wurde betont, dass man nach dem damaligen Wissenstand fragte, dennoch kamen die Gespräche immer wieder auf die Ereignisse 2022 zurück. Letztlich erwies sich diese Perspektive teilweise als Vorteil, z.B. wenn nach dem Vorhandensein einer Strategie gefragt wurde. Solcherlei Einordnungen lassen sich am besten in der Rückbetrachtung treffen. Außerdem stellte sich ein unbeabsichtigter, aber umso interessanterer Kontrast von früheren Aussagen und heutiger Bewertung dar, der in Kapitel 8.8 ausgeführt wird.

In den Interviews wurden etwa zehn Fragen gestellt. Diese variierten, wie oben beschrieben, je nach Hintergrund der interviewten Person. Gefragt wurden Abgeordnete bspw., warum sie den Bau von Nord Stream 2 auch nach der Annexion der Krim immer noch als für die Energiesicherheit notwendig betrachteten oder wieso Warnungen aus Osteuropa, insbesondere aus Polen, abgetan wurden. Daneben wurde versucht, strategische Ziele zu identifizieren, die womöglich eine Rolle gespielt hatten, bspw. die Umgehung des Transitlandes Ukraine, das die eigene Versorgung gefährde, oder generell, ob man sagen würde, dass es seitens der Bundesregierung eine bewusste Strategie gegeben habe. In den Fragen wurde auf konkrete Äußerungen Bezug genommen, die die Interviewten in Bundestags- oder Ausschussdebatten getätigt hatten.

#### 4.4 Auswertung

Wurde alles Material mittels Archivarbeit, Protokollakquise und Experteninterviews zusammengetragen, galt es, die umfangreiche Textmenge zu bewältigen und die relevanten Inhalte herauszuarbeiten. Wichtig war bei der großen Textmenge, das Analyseziel nicht aus den Augen zu verlieren und im Sinne der Operationalisierung und den theoretischen Vorüberlegungen, die geopolitischen Bestandteile in den Debatten herauszuarbeiten. Wichtig war demnach ein strukturiertes und theoriegeleitetes Vorgehen, um die Pipelinedebatten in geopolitischer Hinsicht charakterisieren zu können. Bei einem solch großen Gesamtumfang der einbezogenen Dokumente erschien im Grunde nur die Methode der computergestützten qualitativen Inhaltsanalyse als gangbarer Weg.

Die qualitative Inhaltsanalyse, die in der Politikwissenschaft und in benachbarten Fächern sicherlich keine besonders originelle Methode, sondern eine der meist verbreitetsten ist, hat sich jedoch als erprobtes Mittel zur systematischen Bewältigung großer Textmengen erwiesen. Sie ist als sehr offene Methode zur Bearbeitung verschiedenster Forschungsansätze geeignet, als Text vorliegendes Material zu untersuchen. Die Vielseitigkeit der qualitativen Inhaltsanalyse ist nicht nur in der Lage den qualitativen Sinn eines Textes zu erfassen, sondern auch quantitative Elemente zu untersuchen.<sup>177</sup> Das können bspw. Worthäufigkeiten sein, die ein bestimmtes Indiz darstellen. So lieferte die Suche nach der Verwendung des Wortes „Geopolitik“ einen entscheidenden Hinweis darauf, ob der Begriff seine Tabuisierung überwunden hatte oder nicht. Die vielfältigen Einsatzmöglichkeiten machen die Methode zum einen schwer definierbar, zum anderen jedoch auch flexibel für fast jede Art von textbasierter Analyse einsetzbar. Entwickelt wurde sie zur kommunikationswissenschaftlichen Analyse von Massenmedien. Anfangs fanden Inhaltsanalysen sehr eng am Text statt, die geringe Kontextualisierung wurde jedoch bald kritisiert.<sup>178</sup>

Der Anwendungsbereich wurde vor allem von Phillip Mayring stark erweitert. Heute ist die Qualitative Inhaltsanalyse nach Mayring die weitverbreitetste qualitative Methodik in den deutschsprachigen Sozial- und Politikwissenschaften.

---

<sup>177</sup> Vgl. Schreier, Margrit: Varianten qualitativer Inhaltsanalyse: Ein Wegweiser im Dickicht der Begrifflichkeiten. In: Forum: Qualitative Sozialforschung. Volume 15, No. 1/2014, Art. 18, S. 1.

<sup>178</sup> Vgl. Krippendorff, Klaus: Content Analysis: An Introduction to Its Methodology, Thousand Oaks 2004, S. 6 f.

Nach Mayring ist die Inhaltsanalyse die Analyse von Material, das aus jeder Art von Kommunikation stammt. Sie muss systematisch, regelgeleitet und theoriegeleitet vorgehen. Ihr Ziel ist es, am Ende der Analyse zu Erkenntnissen über Aspekte des untersuchten Materials zu kommen.<sup>179</sup> Die Richtung der Analyse des Materials kann entweder sein, etwas über die Wirkung auf die Zielgruppe herauszufinden oder Rückschlüsse auf den Urheber ziehen zu können.<sup>180</sup> Er unterscheidet drei wesentliche Techniken der Analyse: Zusammenfassung, Explikation und Strukturierung.<sup>181</sup> Die Zusammenfassung reduziert das Material auf die wesentlichen Inhalte. Das kann durch Paraphrasierung und das Bilden von Kategorien geschehen. Das Abbild des zugrundeliegenden Materials muss erhalten bleiben.<sup>182</sup> Die Technik ist geeignet, um systematischen Zugang zu einer großen Fülle verschiedener Dokumente zu bekommen. Die Technik der Explikation bezieht sich im Wesentlichen auf Stellen des zu untersuchenden Materials, die nicht ohne Weiteres verständlich sind. Im engeren Sinne können dazu weitere Stellen aus dem jeweiligen Text vor und nach der entsprechenden Stelle herangezogen werden, im weiteren Sinne ist das Heranziehen von weiterer Literatur möglich.<sup>183</sup> Die Technik der Strukturierung greift die Kategorienbildung wieder auf. Nach formalen, inhaltlichen, typisierenden und skalierenden Gesichtspunkten wird die Struktur des vorliegenden Materials seziiert.<sup>184</sup> Formal kann das Material z.B. auf die Struktur von Satzkonstruktionen untersucht werden oder in inhaltliche Einheiten einsortiert werden.<sup>185</sup> Die inhaltliche Strukturierung ist im Wesentlichen deckungsgleich mit der Kategorienbildung der Zusammenfassung.<sup>186</sup> Die Untersuchung nach typisierenden Gesichtspunkten soll die charakteristischen Merkmale des Materials herausarbeiten.<sup>187</sup> Die skalierende Strukturierung lässt Aussagen über die Intensität von Teilen des Untersuchungsmaterials zu. So können bestimmte Begriffe in ein ordinales Verhältnis gesetzt werden, um Aussagen über deren Relevanz zu erlauben.<sup>188</sup>

---

<sup>179</sup> Mayring: Qualitative Inhaltsanalyse, S. 11 f.

<sup>180</sup> Ebd., S. 58.

<sup>181</sup> Ebd., S. 68.

<sup>182</sup> Ebd., S. 67.

<sup>183</sup> Vgl. ebd., S. 90 ff.

<sup>184</sup> Vgl. ebd., S. 68 & 97.

<sup>185</sup> Vgl. ebd., S. 99 f.

<sup>186</sup> Vgl. ebd., S. 103.

<sup>187</sup> Vgl. ebd.

<sup>188</sup> Vgl. ebd., S. 106.

Die konkrete Bearbeitung der Protokoll- und Interviewtexte erfolgte durch die Software MAXQDA, die eine übersichtliche Codierung (auch „Kodierung“) nach der Methode Mayring zulässt. Analog würde man Textstellen eines vorliegenden Textes mit Farbstiften markieren und Tabellen mit den entsprechenden Codes erstellen. Das Computerprogramm funktioniert nach der gleichen Logik, nur lassen sich in digitaler Form alle bearbeiteten Dokumente in einer Datei vereinen, das Codieren geht deutlich schneller und das Codesystem wird übersichtlich dargestellt. Ergänzend hilfreich sind auch quantitative Werkzeuge wie z.B. Zählung von Worthäufigkeiten und automatische Codierung bestimmter Begriffe in allen vorliegenden Dokumenten.

#### **4.5 Vorüberlegungen zu Codierung und Kategorienbildung**

Noch bevor es nun tiefer in die Überlegungen zur Bildung der Codes gehen soll, muss eine grundlegende Reflexion darüber erfolgen – wie der Begriff „geopolitisches Denken“ zu verstehen ist. Ganz im Stile der klassischen geopolitischen Theorie soll eine Beobachtung aus der Naturwissenschaft in transformierter Form zur Gewinnung einer Arbeitsdefinition verwendet werden. Es soll jedoch explizit keine philosophisch-ideengeschichtliche Herleitung erfolgen. In der Psychologie ist eine von zahlreichen Definitionen menschlichen Denkens folgende:

„Denken unterscheidet sich explizit vom Handeln insofern, als es ihm vorausgeht und die Vorbereitungen zum geplanten Handeln schafft (Handlungsplanung). Neben dieser vorwärtsgerichteten Perspektive gibt es aber auch eine gegenwärts- und rückwärtsgerichtete Perspektive, die zum Verständnis einer gegebenen Situation und zur Bewertung von vergangenen Ereignissen beiträgt. Denken ist eine spez. Form der Informationsverarbeitung, bei der eine aktive innere Beschäftigung mit sprachlichen Begriffen, bildlichen Vorstellungen und anderen mentalen Inhalten stattfindet mit dem Ziel, neue Erkenntnisse zu gewinnen. Denken steht häufig im Dienste zielorientierter Handlungen, die nicht als automatisierte Routinen verfügbar sind.“<sup>189</sup>

Im Grund beinhaltet diese Definition des Begriffs „Denken“ jenes Vorgehen, das in Form des geopolitischen Dreiklangs auch den Gang dieser Arbeit bestimmt. Also

---

<sup>189</sup> Funke, Joachim: Denken. In: Wirtz, Markus A. (Hrsg.): Dorsch. Lexikon der Psychologie, (online) 2022.

bspw. das Wahrnehmen der Notwendigkeit der sicheren Versorgung mit Erdgas, das Einschätzen der geographischen Situation mangelnder Gasvorkommen und schließlich die Formulierung einer Strategie, die Versorgung (außen-)politisch sicherzustellen, unter Berücksichtigung der bisherigen Politik in Bezug auf dieses Ziel. „Geopolitisches Denken“ soll in dieser Arbeit folgendermaßen definiert werden:

„Geopolitisches Denken beschreibt das analytische Herangehen an außenpolitische Fragestellungen, die in geographischen Faktoren begründet liegen und aus welchen strategische Zielsetzungen formuliert werden können.“

Die Vergabe der Codes findet nicht im luftleeren Raum statt, sondern orientiert sich auch an zu überprüfenden Annahmen, die sich wiederum aus der Forschungsfrage ergeben. Diese werden die Untersuchung stützen und strukturieren, um insbesondere am Ende zu einer begründeten und umfassenden Antwort auf das Forschungsinteresse zu kommen. Die erste zu überprüfende Annahme lautet

A 1: Charakteristische geopolitische Merkmale sind in den bundesdeutschen Pipelinedebatten von den Erdgas-Röhren-Geschäften bis zu den Ostseepipelines erkennbar.

Im Grunde ist dies die übergeordnete Annahme, die direkt an die Forschungsfrage anknüpft. Hier ist zu überprüfen, ob sich gewisse Traditionslinien deutscher Erdgasgeopolitik in den Debatten wiederfinden lassen, oder ob sich die geäußerten Bilder zwischen den Debatten kaum ähneln. Daran schließen wiederum direkt die beiden folgenden Annahmen an.

A 2: Geopolitische Motive wurden nicht offen geäußert, lassen sich aber dennoch in den Debatten identifizieren.

A 3: Je später die Debatten im Untersuchungszeitraum geführt wurden, desto offener wurden geopolitische Motive genutzt.

Zu Beginn stehen Vorüberlegungen zur Kategorienbildung. Diese müssen jedoch ergebnisoffen angewandt werden. D.h., sind kaum den Kategorien entsprechende Textstellen zu finden und somit zu codieren, dafür aber andere Aspekte, die im Vorfeld nicht bedacht wurden, sind genauso induktiv aus dem Material heraus weitere Kategorien zu bilden. Die Vorüberlegungen ergeben sich aus den Kapiteln zu

den Elementen des geopolitischen Dreiklangs: Historie, Geographie und Strategie. Mayring sieht quantitatives und qualitatives Vorgehen nicht als Gegensatz, sondern wirbt dafür, sich im Rahmen einer Analyse beidem zu bedienen.<sup>190</sup> Im Rahmen dieser Arbeit könnte als das quantitative Element vor allem die Analyse von Worthäufigkeiten und ihrer Veränderungen im Laufe der Zeit dienen. Z.B., ob der Begriff „Geopolitik“, bzw. untergeordnet „geopolitisch“, in Verbindung mit dem Erdgas-Röhren-Geschäft oder Nord Stream 2 im vorliegenden Material vorkommt und ggf. wie sich dessen Verwendungshäufigkeit in den Untersuchungszeiträumen verändert hat. Lässt sich die Annahme, die in der Literatur vertreten wird, dass der Begriff Geopolitik lange verpönt war, sich aber seit einiger Zeit zu rehabilitieren scheint, aufrechterhalten? Die Begriffe werden auch als Codes in MAXQDA angelegt, jedoch primär mit dem Ziel einer quantitativen Erfassung.

A 4: Die Bundesrepublik Deutschland formulierte selbstbewusst nationale Interessen im Erdgasbereich und war bereit, diese auch gegen äußere Widerstände zu verfolgen.

Hier soll das Politikfeld der Erdgasversorgung exemplarisch herausgestellt werden als eines der wenigen Felder, in denen Deutschland rigoros eigene nationale Interessen auch gegen erhebliche Widerstände verfolgt haben könnte. Die Gegenthese wäre z.B., dass es sich sowohl bei den Erdgas-Röhren-Geschäften als auch den Ostseepipelines nie um nationale, sondern immer europäische Projekte gehandelt habe – ein häufiges Argument.

A 5: Während der Debatten um die Ostseepipelines fehlte ein vorherrschendes geopolitisch-außenpolitisches Konzept, während diese Funktion zu Zeiten der Erdgas-Röhren-Geschäfte das Konzept Wandel durch Handel einnahm.

Da die Kategorienbildung zur Formulierung der geopolitischen Attribute überwiegend induktiv ablaufen wird, soll dieser Vorgang hier einmal beispielhaft dargestellt werden. Zu Beginn stehen, wie oben beschrieben, theoretische Vorüberlegungen, die Kategorien werden jedoch erst anhand der Zusammenfassung der vergebenen Codes gebildet. Eine Ausnahme stellt das strategische Attribut der Energiesicherheit dar. Hier kommt überwiegend eine deduktive Kategorienbildung zum

---

<sup>190</sup> Vgl. Mayring: Qualitative Inhaltsanalyse, S. 53.

Einsatz. Grund hierfür ist, dass in den Vorüberlegungen schon ein ausformuliertes und differenziertes Konzept von Energiesicherheit zur Anwendung kam, das bereits nutzbare Kategorien beinhaltet. Die genaue Darstellung dieser Kategorienbildung soll daher in Kapitel 7 vorgestellt werden. Für den Großteil der zu bildenden Kategorien gilt jedoch das induktive Vorgehen, da zwar theoretische Vorüberlegungen stattfanden, diese aber nicht zu festen Kategorien geführt haben. Der vermutete Charakter der geopolitischen Debatte, also das verborgene Vorhandensein von geopolitischen Attributen, macht es notwendig, diese aus dem Text heraus zu arbeiten. Das überwiegende Vorgehen stellt sich also bspw. folgendermaßen dar.<sup>191</sup>

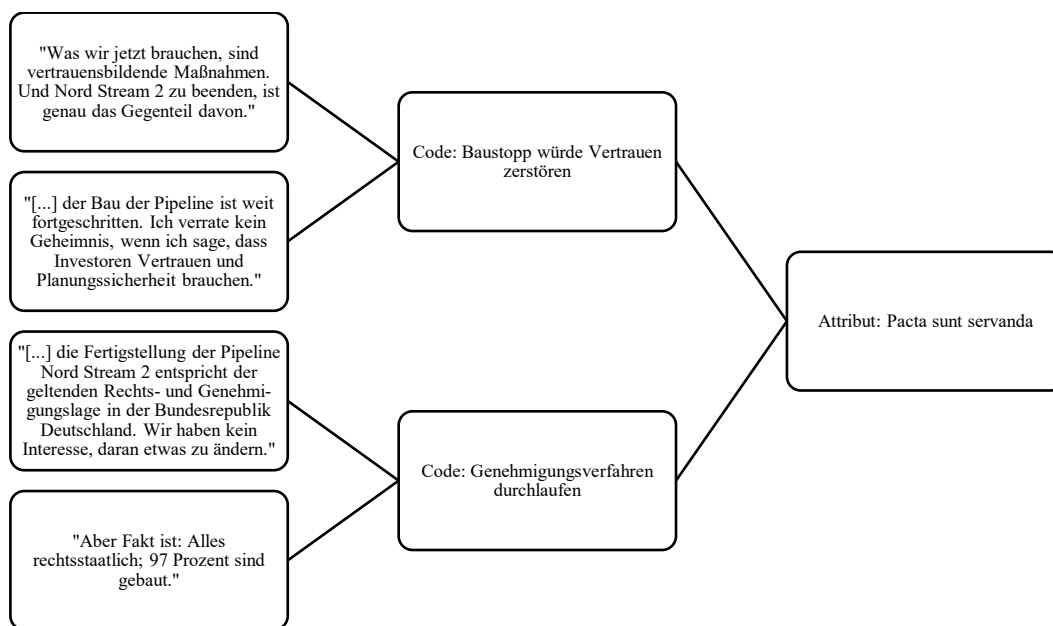


Abbildung 3: beispielhafte Darstellung des deduktiven Codierungs- und Kategorienbildungsprozesses<sup>192</sup>

<sup>191</sup> Hinweise zum Verweissystem auf den Anhang und die analysierten Dokumente: Direkte Zitate werden bei den Protokollen aus den Bundestagsdebatten mit der Nummerierung und der fortlaufenden Paginierung der jeweiligen Wahlperiode angegeben. Z.B.: Das Protokoll der 79. Sitzung des Bundestages in der Wahlperiode 19 – „Plenarprotokoll 19/079 vom 13. Februar 2019, S. 4631“. Auf die Protokolle der Sitzungen des Wirtschaftsausschusses (in wechselnden Bezeichnungen) wird ähnlich verwiesen, auch hier steht an erster Stelle der Nummerierung die WP und an zweiter die Protokollnummer der WP, z.B.: „Protokoll Wirtschaftsausschuss 08/017 vom 17. Oktober 1977, S. 13“. Ggf. wird der Name des Zitierten vorangestellt. Die geführten Experteninterviews werden bspw. folgendermaßen direkt zitiert: „Niedermark, Wolfgang: Interview vom 3. August 2023, Abs. 2“. Verweise, die sich auf die Codierung beziehen, werden in absteigender Reihenfolge der Code-Hierarchie z.B. folgendermaßen vergeben: „Vgl. Anhang: PP/Codesystem/WP 08,09/Argument: Europäisches Projekt“. Dabei steht „PP“ für „Plenarprotokolle“, „AP“ für „Ausschussprotokolle“ und „EI“ Experteninterviews.

<sup>192</sup> Sprechblasen links von oben nach unten: Saathoff, Johann: Plenarprotokoll 19/177 vom 18. September 2020, S. 22325; Neumann, Martin: Plenarprotokoll 19/124 vom 7. November 2019, S. 15431; Amthor, Philipp: Plenarprotokoll 19/192 vom 19. November 2020, S. 24279; Bartsch, Dietmar: Plenarprotokoll 19/177 vom 18. September 2020, S. 22323.



## 5 Historie

Der Struktur des geopolitischen Dreiklangs folgend, stellt die Historie die erste Annäherung an das Analysethema dar. Um die bundesdeutsch-sowjetisch/russischen Beziehungen im Erdgassektor aus deutscher Perspektive zu beleuchten, eignet sich der Vergleich der prägendsten Energieinfrastrukturprojekte der bundesdeutschen Geschichte. Zwischen den Erdgas-Röhren-Geschäften zur Zeit des Kalten Kriegs und den Nord Stream-Pipelines aus jüngerer Zeit, lassen sich zahlreiche Parallelen ziehen. Ähnlichkeiten finden sich auf vielen Ebenen, seien es innerdeutsche politische Debatten, Auseinandersetzungen mit Partnerländern, transatlantische Verwerfungen oder der Ablauf des Zustandekommens. Letzteres wird nun dargelegt, um die historische Verständnisgrundlage für die weitere Analyse zu schaffen. Der folgende Zeitstrahl veranschaulicht die relevanten Zeiträume mit den wichtigsten Meilensteinen der jeweiligen Projekte. Das erste hier aufgeführte und letztlich untersagte Geschäft fällt im Grunde etwas aus der Reihe, da es sich um die Planung einer Erdölpipeline handelte. Da dieses Röhrengeschäft jedoch die Blaupause für die Architektur der nachfolgenden Erdgas-Röhren-Geschäfte bildete und bereits die später eskalierenden Konfliktpotenziale vorwegnahm, muss es in dieser Reihe genannt werden. Bevor die Geschichte der deutsch-russischen Erdgasbeziehungen aufgezeigt werden wird, soll zunächst ein kurzer Schwenk zur bundesdeutschen Außenpolitik im Allgemeinen erfolgen.

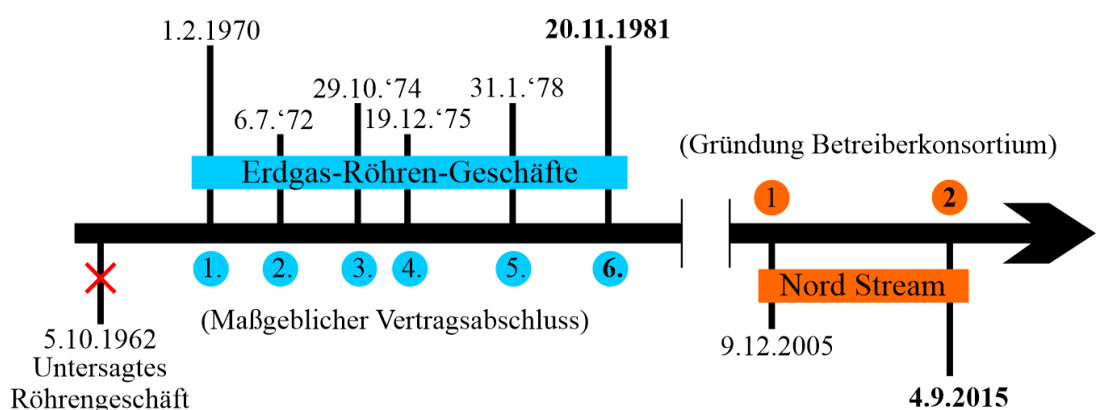


Abbildung 4: Zeitstrahl bundesdeutsch-sowjetisch/russischer Erdgasprojekte<sup>193</sup>

<sup>193</sup> Eigene Darstellung nach: Illing: Energiepolitik in Deutschland, S. 98; Sander: Deutsch-russische Beziehungen im Gassektor, S. 178; O.V.: Gazprom, BASF, E.ON, ENGIE, OMV und Shell unterzeichnen Gesellschaftervertrag für das Nord Stream 2-Projekt, 2015 (online); Pohl: Geschäft und Politik, S. 149 ff.

## 5.1 Energie und Außenpolitik

„Außenpolitik, das ist die eindeutige Vertretung unserer Interessen gegenüber anderen Staaten, auch gegenüber dem wichtigsten Verbündeten.“<sup>194</sup>

Diese kurze wie prägnante Definition des SPD-Abgeordneten Wischnewski im November 1982, der kurz zuvor noch Kanzleramtsminister war, ist ungewöhnlich für die damalige Bundesrepublik, die sich sehr schwer mit der Formulierung von Interessen oder allgemein von außenpolitischen Zielsetzungen tat. Für das geteilte Deutschland war eine selbstbestimmte Außenpolitik lange nur bedingt möglich. Insbesondere die DDR hatte kaum außenpolitischen Spielraum, aber auch die Bundesrepublik musste bis 1990 theoretisch bei vielen wichtigen Entscheidungen die Zustimmung der Westalliierten einholen, wenn auch in rasch abnehmendem Maße. Dennoch traf die Bundesrepublik in einigen Bereichen, und dazu zählt sicherlich der Energiesektor, bereits früh durchaus eigenmächtige Entscheidungen, sehr zum Missfallen der USA. Bevor es in den folgenden Kapiteln ins Detail der Historie deutsch-sowjetisch/russischer Erdgasprojekte geht, soll zumindest eine kurze Einordnung in die Entwicklung der Außenpolitik der Bundesrepublik erfolgen, wenn gleich an dieser Stelle nur ein Anreißen möglich ist.

Wenn ein außenpolitisches Konzept, das diese Bezeichnung verdient, der Bundesrepublik zur Zeit des Kalten Kriegs hervorsteht, dann „Wandel durch Annäherung“ bzw. „Wandel durch Handel“. In der Nachbetrachtung kann es durchaus als Konzept bezeichnet werden, zu Beginn glich es mehr einer vagen Idee. Zurück geht diese Idee auf Egon Bahr, geprägt wurde sie vor allem von Willy Brandt. Die neue Ostpolitik, die auf eine Verständigung mit der DDR und der UdSSR abzielte, war anfangs umstritten. Auf bundesdeutscher Ebene war der Wunsch nach einer Wiederannäherung bzw. Wiedergutmachung in Richtung Ostblock neben Wirtschaftsinteressen der Haupttreiber für eine neue, weniger konfrontative Ostpolitik. Darüber hinaus zielte man auf stärkere Einflussmöglichkeiten auf die UdSSR in Fragen der Menschenrechte und der Ausreise bspw. deutscher Volksangehöriger ab, die durch wirtschaftliche Verflechtungen erreicht werden sollten. Der Grundgedanke war, dass die UdSSR, die ein erhebliches Interesse an wirtschaftlicher Zusammenarbeit hatte, diese erhalten sollte, wenn gleichzeitig politische und

---

<sup>194</sup> Wischnewski, Hans-Jürgen: Plenarprotokoll 09/130 vom 25. November 1982, S. 8016.

gesellschaftliche Reformen erfolgen würden. Bahr hielt es für aussichtslos, dass das sowjetische Regime durch wirtschaftliche Schwierigkeiten zusammenbrechen würde. Im Gegenteil, dessen Herrschaft würde durch diese Abschottung nur weiter gefestigt. Stattdessen würde durch den Handel und eine allmähliche Lebensverbesserung im Ostblock nach und nach der Griff des Regimes über die Menschen gelockert werden und Veränderung möglich.<sup>195</sup>

„Der Osthandel [...] nährt auch die Hoffnung, daß durch ein wirtschaftliches Zusammenrücken der Staaten in Ost und West die politische Entspannung fortgesetzt wird.“<sup>196</sup>

Allerdings war von Beginn an hoch umstritten, ob diese Hoffnungen auch tatsächlich Auswirkungen auf die Realität haben würden, und das ist es in der Rückbetrachtung immer noch. Vor und nach der deutschen Wiedervereinigung trat vor allem Egon Bahr für eine Normalisierung des Umgangs mit nationalen Interessen in Deutschland ein: „Normal ist, dass jeder Staat seine Interessen vertritt und versucht, seine Ziele durchzusetzen, ohne sich von seiner Vergangenheit lähmen zu lassen.“<sup>197</sup> Die Formulierung und Verfolgung nationaler Interessen führt auch zu Berechenbarkeit für Partner. Befürworter einer Normalisierung nutzten oft klassische geopolitische Sprachmuster.

Mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion und der neuen Unabhängigkeit der ehemaligen Ostblockstaaten, schien Deutschland als Zentralmacht in seiner historisch oft bemühten europäischen Mittellage zurückgekehrt zu sein.<sup>198</sup> Umstritten ist, welchen Einfluss die Wiedervereinigung auf die nun gesamtdeutsche Außenpolitik hatte. Einige sehen eine Fortführung bisheriger Handlungsmuster, während andere einen grundlegenden Wandel eintreten haben sehen.<sup>199</sup> Dank der durch die Wiedervereinigung gewonnenen Position, in Hinblick auf geographische Lage, Bevölkerungszahl und Wirtschaftsmacht, war Deutschland tatsächlich wieder Zentralmacht geworden.<sup>200</sup> Hacke (2004) sah durch die territoriale Vergrößerung eine

---

<sup>195</sup> Vgl. Bahr: Wandel durch Annäherung.

<sup>196</sup> Bundesministerium für Wirtschaft und Finanzen, 1972, nach Stent: Wandel durch Handel?, S. 177.

<sup>197</sup> Bahr: Der deutsche Weg, S. 137.

<sup>198</sup> Hoffmann: Renaissance der Geopolitik?, S. 59.

<sup>199</sup> Vgl. ebd., S. 57.

<sup>200</sup> Vgl. ebd., S. 61.

geopolitische Schwerpunktverlagerung Richtung Nordosten mit maritimem Charakter durch den verlängerten Ostseezugang.<sup>201</sup>

Bis dorthin und auch danach tat sich die Bundesrepublik schwer damit, außenpolitische oder gar geopolitische Ziele bzw. nationale Interessen zu formulieren, vom Wunsch nach einer Wiedervereinigung einmal abgesehen. Deutschlands außenpolitisches Konzept wurde der Multilateralismus und die Integration in supranationale Organisationen unter teilweiser Aufgabe nationaler Souveränität. Wichtige außenpolitische Entscheidungen sollten in enger Abstimmung mit Partnerländern oder gleich im europäischen Rahmen erfolgen. Die deutsche Politik wollte aufkommenden Ängsten vor einer Rückkehr deutscher Machtpolitik entschieden entgegentreten. So setzte sich die Bundesregierung maßgeblich für die NATO- und EU-Osterweiterung ein und bereitete so den Weg für ehemalige Ostblockstaaten zurück in die europäische Familie. Und dennoch misstrauten viele Partnerländer vor allem im Osten Europas diesen Motiven und warfen Deutschland trotz aller Beteuerungen die rücksichtslose Verfolgung nationaler Interessen vor. Sei es im Zuge der Flüchtlingskrise, von Klimamaßnahmen oder eben im Rahmen von Energieinfrastrukturprojekten.<sup>202</sup> Sie werfen Deutschland Unaufrichtigkeit vor, denn jeder Staat habe nationale Interessen, ob er diese klar formuliere oder nicht. Die sichere Versorgung mit Energie zählt für eine Industrienation wie Deutschland fraglos dazu.

Doch sollte es noch einige Zeit dauern, bis in offiziellen Verlautbarungen von nationalen Interessen in allen Bereichen, der Energiesicherheit eingeschlossen, gesprochen werden sollte, und bis heute ist der Begriff mit Schwierigkeiten behaftet. Geopolitik als Realpolitik erlebte weltweit eine Renaissance, während universalistische Utopien an Glaubwürdigkeit verloren. Deutsche Bundesregierungen hielten und halten offiziell weiter am Multilateralismus als Hauptmerkmal deutscher Außenpolitik fest. Laut Hoffmann (2012) ignorierte die deutsche Politik bis 2005 jegliche geopolitischen Aspekte der Energieversorgung. Schwerpunkte waren Energieeffizienz, Technologien und Erneuerbare Energien. Eine sichere Energieversorgung wurde als Aufgabe der Wirtschaftspolitik gesehen, außen- und

---

<sup>201</sup> Hacke, Christian: Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Von Konrad Adenauer bis Gerhard Schröder, 2. Auflage, Berlin 2004, S. 383.

<sup>202</sup> Vgl. Lang, Kai-Olaf/Westphal, Kirsten: Nord Stream 2 – Versuch einer politischen und wirtschaftlichen Einordnung, Berlin 2016, S. 31.

sicherheitspolitischen Fragen wurde tunlichst ausgewichen. Andere Staaten, wie die USA dagegen, machten die sichere Versorgung mit Energierohstoffen offen als nationales Interesse publik.<sup>203</sup> Auch europäische Partnerländer, wie die ehemaligen Ostblockstaaten, maßen Fragen der Energiesicherheit, aufgrund ihrer enormen Abhängigkeit von russischen Energielieferungen, höchste geopolitische Relevanz bei. Zumindest auf EU-Ebene mündeten die Sicherheitsbefürchtungen osteuropäischer Mitgliedstaaten in die Diversifizierungsstrategie der Energiebezüge aus dem Ausland.<sup>204</sup> Ab 2006 ließ sich dann ein vorsichtiger Wahrnehmungswandel beobachten. Die russisch-ukrainischen Gasstreitigkeiten führten dazu, dass in Politik und Öffentlichkeit Energiebeziehungen als Element in einem geopolitischen Konflikt wahrgenommen wurden.<sup>205</sup> Dazu der damalige deutsche Außenminister Steinmeier: „Globale Sicherheit im 21. Jahrhundert wird untrennbar auch mit Energiesicherheit verbunden sein.“<sup>206</sup> Fraglich bleibt allerdings, ob sich dieses neue Problembewusstsein auch auf das eigene energiepolitische Agieren übertrug. Von offizieller Seite wurde zunehmend abstrakt anerkannt, was für ein wichtiges geopolitisches Thema Energiepolitik für Deutschland ist, z.B. im Weissbuch der Bundeswehr von 2016.<sup>207</sup> Die sichere Energieversorgung von Volkswirtschaften wurde bis heute immer wieder wellenartig zu einem gewichtigen Thema sicherheitspolitischer Überlegungen. Zu nennen sind hier u.a. die Ölkrise in den 1970ern oder eben die oben erwähnten Spannungen über die Versorgung (Ost-)Europas mit russischem Erdgas und aktuell auch die Konsequenzen des Klimawandels.

## 5.2 Die Erdgas-Röhren-Geschäfte

Die Erdgas-Röhren-Geschäfte bezeichnen eine Reihe von Verträgen zwischen der Sowjetunion und Vertretern der westdeutschen Energiewirtschaft über die Lieferung von Erdgas, Röhren und der Gewährung von Krediten, unter Absicherung durch die Bundesrepublik Deutschland. Die ersten Verträge wurden im Februar

---

<sup>203</sup> Vgl. Hoffmann: Renaissance der Geopolitik?, S. 230 f.

<sup>204</sup> Vgl. ebd., S. 235 f.

<sup>205</sup> Vgl. ebd., S. 236 f.

<sup>206</sup> Steinmeier, Frank-Walter: Russland, Europa und die Welt – Perspektiven der Zusammenarbeit in globalen Sicherheitsfragen. Rede des Bundesministers des Auswärtigen auf der 42. Münchener Konferenz für Sicherheitspolitik 2006, S. 10.

<sup>207</sup> Vgl. o.V.: Weissbuch 2016 zur Sicherheitspolitik und Zukunft der Bundeswehr, S. 41.

1970, der letzte im November 1981 unterzeichnet. Insbesondere das letzte dieser Geschäfte sollte zu schweren Verwerfungen im transatlantischen Bündnis führen.

### **5.2.1 Kompensationsgeschäfte mit Konfliktpotenzial**

Die Beziehungen im Energiesektor zwischen Deutschland und Russland reichen weit zurück. Bereits ab 1890 fertigte die deutsche Firma Mannesmann Stahlrohre für den Öltransport für das zaristische Russland. Um die Jahrhundertwende baute die Firma eine 880 Kilometer lange Ölpipeline von Baku nach Batum. Die Firma Mannesmann und auch die Deutsche Bank konnten nach dem Zweiten Weltkrieg auf alte Geschäftsbeziehungen zurückgreifen. Bereits ab 1947 setzten die USA auf eine rigorose Handelspolitik gegenüber der UdSSR, die deren ökonomisches und militärisches Erstarken erschweren sollte. Westeuropa konnte und wollte diesen Kurs so nicht mittragen, denn im Gegensatz zu den USA war man deutlich stärker vom Außenhandel abhängig. Darüber hinaus sollten politische Einflussmöglichkeiten offen gehalten werden, die bei einer vollständigen Abschottung des Ostblocks verloren gegangen wären.<sup>208</sup> Insbesondere auch die Bundesrepublik schlug ab den 1950er-Jahren einen anderen Kurs ein. Man wollte trotz des Schreckens zweier Weltkriege an die Tradition des Osthandels anknüpfen. Die anfangs zaghaften Versuche, wirtschaftliche Kontakte aufzubauen, waren von durchwachsenem Erfolg gekennzeichnet. Von Beginn an hoffte man, dass dem Handel auch eine politische Annäherung folgen würde.<sup>209</sup>

Die Haltung der Westeuropäer führte wohl dazu, dass das von den USA 1949 initiierte Coordinating Committee on Multilateral Export Controls (CoCom) nicht mit so viel Durchschlagskraft versehen wurde, wie gewünscht.<sup>210</sup> Das CoCom war quasi der kleinste gemeinsame Nenner des westlichen Bündnisses in der Osthandelspolitik. Ziel war es, zu verhindern, dass die Sowjetunion in den Besitz strategisch wichtiger Güter bzw. militärisch nutzbarer Hochtechnologie kam. Die meisten NATO-Staaten sowie Japan schlossen sich zu einer Art Club zusammen, der Listen über Rüstungsgüter oder sensible Dual-use-Güter erstellte und den Export regeln bzw. unterbinden sollte. Dem CoCom lag kein internationaler Vertrag zugrunde, Entscheidungen waren nicht bindend und das Komitee war mit keinerlei

---

<sup>208</sup> Vgl. Müller: Der Erdgas-Röhren-Konflikt 1981/1982, S. 502.

<sup>209</sup> Vgl. Wörmann: Osthandel, S. 22.

<sup>210</sup> Vgl. Müller: Der Erdgas-Röhren-Konflikt 1981/1982, S. 502 f.

Sanktionsmacht ausgestattet. Dennoch wurde es zu einem der einflussreichsten Instrumente der Osthandelspolitik. Gleichzeitig führten vor allem die Dual-use-Listen zu erheblichen Konflikten im Bündnis.<sup>211</sup> Da auch Öl und Gas als strategische Rohstoffe eingestuft wurden, war das CoCom von Anfang an mit der Regulierung von Bohr- und Transistechnologieexporten betraut.<sup>212</sup>

Als die Sowjetunion Ende der 1950er-Jahre wieder zu einem der größten Energieexporteure weltweit aufstieg und zu einem der wichtigsten europäischen Lieferanten wurde, befürchteten die USA, dass Energielieferungen als politische Waffe genutzt werden würden. Die europäischen Verbündeten wurden davor gewarnt, dass Moskau die Absicht verfolge, sie in eine einseitige Abhängigkeit zu treiben und damit politisch erpressbar machen würde. Außerdem fürchtete die US-Administration, dass durch Technologie- und Devisentransfer das militärische Potenzial der Sowjetunion erhöht werden würde. Die Warnungen verhallten in Europa weitgehend.<sup>213</sup>

Ende der 1950er-Jahre waren die bundesdeutsch-sowjetischen Wirtschaftsbeziehungen noch nicht von gegenseitigem Vertrauen geprägt, dennoch bahnte sich ein erstes Röhren-Geschäft an, das jedoch von den USA verhindert wurde. Es handelte sich hier noch um eine Erdölleitung. Nachdem 1958 ein erstes Handelsabkommen zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR abgeschlossen wurde und im selben Jahr Großrohre von der CoCom-Embargoliste gestrichen wurden, erhielten deutsche Firmen zahlreiche Aufträge zur Fertigung von Röhren für Öl- und Gaspipelines. Bis 1962 vervierfachten sich die sowjetischen Ölimporte.<sup>214</sup> Der US-Regierung unter Kennedy missfiel dies und sie versuchten die Geschäfte durch ein Röhrenembargo ab 1962 zu unterbinden. Zwar scheiterte die Wiederaufnahme von Großröhren in die CoCom-Liste und auch eine geheime Resolution des NATO-Rats war nicht umfassend genug, doch durch die Berlin-Krise und Debatten um US-Sicherheitsgarantien für Westberlin, hatte die Bundesrepublik dem wenig entgegenzusetzen und unterwarf sich letztlich dem Röhrenembargo.<sup>215</sup> Verhindert wurde das Geschäft damit dennoch nicht, die Lieferung der Röhren übernahmen schließlich vollständig britische, japanische, schwedische und italienische Firmen. Diese

---

<sup>211</sup> Vgl. Wörmann: Osthandel, S. 14 ff.

<sup>212</sup> Ebd., S. 27.

<sup>213</sup> Vgl. Wörmann: Osthandel, S. 29.

<sup>214</sup> Müller: Der Erdgas-Röhren-Konflikt 1981/1982, S. 505.

<sup>215</sup> Vgl. ebd., S. 504 f.; Vgl. Wörmann: Osthandel, S. 34.

innersowjetische Pipeline Druschba (Freundschaft) wurde letztlich ohne große Verzögerungen fertiggestellt.<sup>216</sup> Es handelt sich hier zwar um eine Öl-Pipeline, doch sollte die Architektur des geplanten Geschäfts die Ausgestaltung der späteren Erdgas-Röhren-Geschäfte vorgeben.

### **Das erste Erdgas-Röhren-Geschäft**

Ab 1969 kam es unter der Regierung Willy Brandt zu bis dato nie dagewesenen Entspannungsiniciativen Richtung UdSSR und Warschauer Pakt. Unter den Mottos „Wandel durch Annäherung“ und „Wandel durch Handel“ sollten auf politischer und wirtschaftlicher Ebene bessere Beziehungen erreicht werden.<sup>217</sup> Die schwierigen Annäherungsversuche gipfelten dann, auch wegen des Kniefalls Brandts in Warschau, schlussendlich 1970 in der Unterzeichnung der weitreichenden Ostverträge. Währenddessen, noch bevor die Ostverträge 1972 vom Deutschen Bundestag ratifiziert wurden, bahnte sich 1970 das erste Erdgas-Röhren-Geschäft an.<sup>218</sup> Die Sowjetunion verpflichtete sich zur zwanzigjährigen Lieferung von Erdgas an die deutsche Ruhrgas AG. Die Firmen Thyssen und Mannesmann lieferten der Sowjetunion die benötigten Röhren für den Bau von Pipelines im Wert von 1,2 Mrd. DM.<sup>219</sup> Die Sowjetunion nahm für den Kauf von Röhren und Pipelinetechnik Kredite bei westeuropäischen Banken auf, die wiederum durch die Lieferung von Erdgas oder durch die Erlöse aus dessen Verkauf abbezahlt wurden.<sup>220</sup> Es handelte sich genaugenommen um drei separate Vertragswerke.<sup>221</sup> Die Bundesrepublik sollte an das sowjetische Pipelinesystem angeschlossen werden. Charakteristisch aufgrund der schwierigen Devisensituation des Ostblocks war für dieses und nachfolgende Erdgas-Röhren-Geschäfte, dass es sich neben der großzügigen Bewilligung von Krediten v.a. um Tauschgeschäfte handelte. Die von deutschen Firmen gelieferten Rohre wurden zum Großteil durch Erdgaslieferungen bezahlt, die Herstellung der Rohre wurde wiederum durch deutsche staatliche Kredite finanziert, die ebenfalls in Naturalien abbezahlt wurden. Diese Architektur von Geschäften wird als Kompensationsgeschäft oder Dreiecksgeschäft bezeichnet.<sup>222</sup> Die ersten Gaslieferungen

---

<sup>216</sup> Müller: Der Erdgas-Röhren-Konflikt 1981/1982, S. 505; Illing: Energiepolitik in Deutschland, S. 98.

<sup>217</sup> O.V.: Vor 50 Jahren: Bundestag stimmt für Ostverträge, (online) 2022.

<sup>218</sup> Vgl. Wörmann: Osthandel, S. 52.

<sup>219</sup> Ebd., S. 150.

<sup>220</sup> Rode: Sanktion und Geschäft, S. 24.

<sup>221</sup> Pohl: Geschäft und Politik, S. 153.

<sup>222</sup> Vgl. Müller: Der Erdgas-Röhren-Konflikt, S. 508; Vgl. Wörmann: Osthandel, S. 95 f.



kamen ab 1973 in der Bundesrepublik an. Von der Westgrenze der Sowjetunion wurde das Gas über die damalige Tschechoslowakei geleitet und im bayerischen Waidhaus in das Netz der Ruhrgas AG eingeleitet.<sup>223</sup> Zum Abschluss des ersten Erdgas-Röhren-Geschäfts ließ der sowjetische Außenhandelsminister Patolitschew verlauten, dass durch dieses Geschäft erst die Schnur eines Pakets geöffnet worden sei, das noch zahlreiche Möglichkeiten für eine zukünftige Zusammenarbeit enthalte.<sup>224</sup>

### **Erdgas-Röhren-Geschäfte zwei bis fünf**

Er sollte recht behalten. Bereits 1972 wurde der nächste liefergebundene Röhrenkredit besiegelt.<sup>225</sup> Das zweite Erdgas-Röhren-Geschäft war fast identisch zum ersten und wurde 1972 vertraglich vereinbart. Wie beim ersten Erdgas-Röhren-Geschäft lieferte das Konsortium Mannesmann-Thyssen Rohre im Wert von 1,2 Mrd. DM, die wiederum durch Erdgaslieferungen bezahlt werden würden. Beide Projekte zusammen sollten anschließend eine Kapazität von sieben Mrd. Kubikmeter im Jahr erreichen.<sup>226</sup> Kredite aus diesem Geschäft wurden erstmals vollständig durch Hermes-Bürgschaften abgesichert. Die ersten Gaslieferungen erreichten schon 1973 Bayern.<sup>227</sup> Kurz darauf, 1974, wurde das dritte Erdgas-Röhren-Geschäft nach der bewährten Architektur vereinbart, das die sowjetischen Einfuhren in die Bundesrepublik bis 1980 auf 8,5 Mrd. Kubikmeter erhöhen sollte.<sup>228</sup> 1975 wurde ein viertes Erdgas-Röhren-Geschäft vereinbart, das jedoch in der Architektur des Geschäfts von den vorherigen abwich. Ein dreiseitiger Vertrag sollte iranisches Gas über die UdSSR in die Bundesrepublik bringen – der s.g. IGATT II-Vertrag. 10 Mrd. Kubikmeter sollten so nach Westeuropa gelangen. Nach der Islamischen Revolution im Iran scheiterte das Projekt jedoch.<sup>229</sup> Danach kam es 1978 zu einem weiteren Kreditgeschäft in Höhe von 600 Mio. DM über den Kauf von Röhren und Bezahlung durch Gaslieferungen, den Röhrenkredit V. Es ist jedoch umstritten, ob dieses Geschäft zu den Erdgas-Röhren-Geschäften zu zählen ist. Stent (1983) und Wörmann (1986) führen es nicht in der Reihe, während Pohl (1988) es in diesem

---

<sup>223</sup> Pohl: Geschäft und Politik, S. 154.

<sup>224</sup> Vgl. ebd., S. 155.

<sup>225</sup> Vgl. ebd.

<sup>226</sup> Linss: Wirtschaftlich-technische Kooperation am Beispiel des Röhren-Erdgas-Geschäftes, S. 84.

<sup>227</sup> Stent: Wandel durch Handel?, S. 180.

<sup>228</sup> Ebd., S. 180.

<sup>229</sup> Vgl. Wörmann: Osthandel, S. 84; Stent: Wandel durch Handel, S. 180.

Rahmen als fünftes Geschäft dieser Art bezeichnet.<sup>230</sup> Pohl orientiert sich an den Kreditverträgen als maßgeblichem Faktor, dieser Ansicht soll hier gefolgt werden.<sup>231</sup> Vor dem großen Streitfall kam es also zu einem fünften Erdgas-Röhren-Geschäft. Ein wesentlicher Treiber dieser Entwicklung war der erste Ölpreisschock 1973. Der Wunsch nach einem Ausbau der Erdgaslieferungen aus Russland war einerseits getrieben vom Interesse, von volatilen Erdölimporten unabhängiger zu werden, und zum anderen von den grundsätzlichen Prognosen eines steigenden Verbrauchs.<sup>232</sup>

### 5.2.2 Transatlantisches Zerwürfnis – das letzte Erdgas-Röhren-Geschäft

Das sechste und letzte Erdgas-Röhren-Geschäft (auch Urengoi-Projekt bzw. anfangs auch Jamal/Yamal-Projekt) sollte die vorerst abschließende Krönung und das mit Abstand größte der deutsch-sowjetischen Erdgasprojekte werden.<sup>233</sup> Es führte zu einer der schwersten transatlantischen Krisen der bundesdeutschen Geschichte. Manche sprechen gar vom absoluten Tiefpunkt der transatlantischen Beziehungen im gesamten Kalten Krieg.<sup>234</sup> Die geplante Unternehmung stieß auf unerwartet heftigen Widerstand aus den USA unter Führung von Präsident Reagan.

Das letzte Erdgas-Röhren-Geschäft wurde ab 1979 zwischen der deutschen Bundesregierung und der Regierung der UdSSR eingefädelt, auch wenn offizielle Vertragspartner auf deutscher Seite wie zuvor privatwirtschaftliche Akteure werden sollten.<sup>235</sup> Der Ölpreisschock und das Scheitern des Iran-Projekts machten das Erdgas-Röhren-Geschäft für beide Seiten hochattraktiv. Nach ersten Sondierungsgesprächen reiste Bundeskanzler Schmidt im Juni 1980 nach Moskau, um einen weiteren Vertrag im Bereich der Erdgaslieferungen zu fördern. Gegenstand war der Transport von Erdgas aus dem 5.500 Kilometer entfernten Westsibirien nach Westeuropa. Dazu sollte das bestehende sowjetische Pipelinenetz stark ausgebaut werden.<sup>236</sup> Die Sowjetunion erschloss ab 1978 aus eigener Kraft mit dem Urengoi-Feld

---

<sup>230</sup> Vgl. Stent: Wandel durch Handel?, S.143 ff.; Vgl. Wörmann: Osthandel, S. 80 ff.; Vgl. Pohl: Geschäft und Politik, S. 149 ff.

<sup>231</sup> Ebd., S. 158.

<sup>232</sup> Vgl. Wörmann: Osthandel, S. 82 & 84.

<sup>233</sup> Wurde fälschlicherweise zu Anfang so genannt, weil ursprünglich eine Ausbeutung der Gasfelder auf der Jamal-Halbinsel geplant war. Dieser Plan wurde jedoch verworfen und erst Jahre später mit der Yamal-Europe-Pipeline weiterverfolgt. Vgl. Pohl: Geschäft und Politik, S. 163; Vgl. Wörmann: Osthandel, S. 98 & 223.

<sup>234</sup> Z.B. Müller: Der Erdgas-Röhren-Konflikt, S. 501.

<sup>235</sup> Vgl. Pohl: Geschäft und Politik, S. 163.

<sup>236</sup> Ebd., S. 170.

eines der größten bekannten Gasvorkommen überhaupt. Im Fünfjahresplan von 1981-1985 waren dann schließlich die bisher massivsten Investitionen in die Erdgasinfrastruktur vorgesehen, von der nur ein Teil für den Export vorgesehen war.<sup>237</sup> Mit Abstand größter ausländischer Abnehmer sollte die Bundesrepublik werden. Es wurde durch das Erdgas-Röhren-Geschäft mit einer Erhöhung des sowjetischen Anteils am Erdgasbedarf der Bundesrepublik auf 30 Prozent gerechnet und auf eine Erhöhung des Anteils russischen Gases am gesamten Primärenergieverbrauch von drei auf sechs Prozent.<sup>238</sup> Es kam jedoch daraufhin zu ungewöhnlich langwierigen Vertragsverhandlungen. Beteiligt waren neben den Regierungsebenen z.B. die sowjetischen Außenhandelsorganisationen, Banken auf beiden Seiten, Gasunternehmen, Stahl- und Rohrexporteure usw. Hauptverhandlungspartnerin war jedoch die Bundesrepublik, wenn auch nicht Vertragsunterzeichnerin. Ein wichtiger Punkt für die Bundesregierung war der Wunsch nach Einbeziehung West-Berlins in die Gaslieferungen.<sup>239</sup>

Anders als bei den vorherigen Projekten, kam es diesmal zu massivem und offenem Widerstand der USA. Bis zur Mitte der 1970er-Jahre verfolgten die USA ihrerseits noch selbst eine ähnliche auf Entspannung zielende Osthandelspolitik. Die Lage verschlechterte sich jedoch massiv, als sich der Kalte Krieg Ende der 1970er-Jahre wieder erhitzte und die Sowjetunion 1979 in Afghanistan einmarschierte. Darauf folgten vehemente amerikanische Wirtschaftssanktionen gegen die Sowjetunion.<sup>240</sup> Die USA zeigten unter Carter und dann v.a. unter Reagan eine neue Härte. Diesmal jedoch weigerten sich die Bundesrepublik und daneben auch weite Teile Westeuropas, diesem Kurs zu folgen. Zu groß waren die Errungenschaften in humanitärer, wirtschaftlicher und politischer Hinsicht, die man sich in den vergangenen zwei Jahrzehnten aufgebaut hatte. Dazu der Außenminister der Bundesregierung Schmidt, Hans-Dietrich Genscher:

„Deshalb werden wir mit Zähnen und Klauen alle praktischen Ergebnisse unserer Politik bewahren. Wir werden von uns aus keinen Schritt rückgängig

---

<sup>237</sup> Wörmann: Osthandel. S. 93 ff.

<sup>238</sup> Pohl: Geschäft und Politik, S. 170.

<sup>239</sup> Vgl. Wörmann: Osthandel. S. 102.

<sup>240</sup> Illing: Energiepolitik in Deutschland, S. 151.

machen, der durch die geschlossenen Verträge und Vereinbarungen im Interesse des geteilten Landes möglich geworden ist.“<sup>241</sup>

Auch wenn die CDU ursprünglich ein Gegner dieser Form der Entspannungspolitik war, führten sie und Bundeskanzler Kohl deren wirtschaftspolitischen Kurs nach dem Regierungswechsel fort, insbesondere im Energiebereich.<sup>242</sup>

Die Vereinigten Staaten versuchten mit erheblichem Druck, das Projekt noch zu verhindern. Den Auftakt der amerikanischen Kampagne gegen den Pipelinebau markierte das Gipfeltreffen der westlichen Industrienationen in Ottawa 1981. US-Präsident Reagan übte massive Kritik am Projekt, das seiner Meinung nach die beteiligten europäischen Länder in eine Abhängigkeit von der Sowjetunion treiben würde. Er bat den damaligen deutschen Bundeskanzler Helmut Schmidt, das Geschäft noch einmal zu überdenken.<sup>243</sup> Im Wesentlichen ließ sich die Kritik der Amerikaner an drei Punkten festmachen. Sie fürchteten eine Erpressbarkeit der Westeuropäer durch den, in ihren Augen, zu hohen Anteil sowjetischen Gases am Energiemix. Durch die Einnahmen aus dem Erdgasverkauf wäre die Sowjetunion in der Lage, weiteres technologisches und militärisches Knowhow zu importieren, und die Westeuropäer würden somit die gegen sie gerichtete Großmachtspolitik der UdSSR finanzieren. Weiterhin waren die in Europa wachsenden Interdependenzen zwischen Ost und West der US-Administration allgemein ein Dorn im Auge und das Pipelineprojekt stand beispielhaft für das missliebige politische Tauwetter in Europa. Die US-Administration unterbreitete eilig Gegenangebote, um die Bundesrepublik doch noch von diesem Projekt abzubringen. Eine umfassende Energiekooperation wurde vorgeschlagen, mit Zugang zu Kohle- und Atomenergie sowie Erdgas- und Ölvorräten. Damals, anders als heute, rief der Vorschlag, Gas per Tanker nach Europa zu transportieren, jedoch vor allem Belustigung hervor. Die Vorschläge wurden als realitätsfern zurückgewiesen und es kam am 20. November 1981 zum Vertragsabschluss zwischen der sowjetischen Exportagentur Sojugasexport und der deutschen Firma Ruhrgas.<sup>244</sup> Auf die zugehörige Kreditvereinbarung konnten sich

---

<sup>241</sup> Genscher, Dietrich 1980 nach Wörmann: Osthandel, S. 57.

<sup>242</sup> Vgl. Plenarprotokoll 09/130 vom 25. November 1982, S. 8008 ff.

<sup>243</sup> Vgl. ebd., S. 8025.

<sup>244</sup> Rode: Sanktion und Geschäft, S. 25.

die sowjetische Bank für Außenhandel und ein deutsches Bankenkonsortium nach schwierigen Verhandlungen jedoch erst am 13. Juli 1982 einigen.<sup>245</sup>

Es schien, als hätten die Amerikaner ihre harte Haltung zwischenzeitlich aufgegeben, sie appellierten lediglich an die Europäer, sich Notvorräte anzulegen. Das änderte sich, als im Dezember 1981 das Kriegerrecht in Polen verhängt wurde. Die USA verhängten, um eine sowjetische Militäraktion zu verhindern, Sanktionen gegen Polen und die Sowjetunion. Besonders schwerwiegend waren eingeführte Exportbeschränkungen auf Technologie, die zum Gas- und Öltransport genutzt werden könnten. Zunächst waren die Maßnahmen auf US-Firmen beschränkt, eine Erweiterung auf das CoCom-Regime war jedoch zu erwarten und so hatte die Entscheidung erhebliche Signalwirkung.<sup>246</sup> Die Bundesrepublik Deutschland und die EG verweigerten sich den Sanktionsforderungen jedoch und hielten weiterhin am Erdgas-Röhren-Geschäft fest. Die USA erweiterten den Radius ihrer Sanktionen daraufhin auch auf Tochtergesellschaften amerikanischer Unternehmen im Ausland.<sup>247</sup> Dies führte jedoch zu einer noch entschlosseneren Verteidigung des Projekts durch die Westeuropäer. Man wehrte sich entschieden gegen eine „unannehmbar“ extraterritoriale Ausdehnung der US-amerikanischen Jurisdiktion auf die EG.<sup>248</sup> Nach anfänglichen Strafmaßnahmen gegen europäische Firmen, die Produkte für die Erdgasleitung unter amerikanischer Lizenz herstellten und trotzdem an die Sowjetunion lieferten, entschärfte die US-Administration schließlich ihr Arsenal der Wirtschaftsmaßnahmen, da sich ernsthafte Gegenmaßnahmen der Europäer ankündigten. Die gleichzeitig stattfindenden Auseinandersetzungen über Stahlimporte zwischen den USA und der EG, ließen ernsthaften Schaden für das transatlantische (Handels-)Verhältnis befürchten.

Schon damals wurde den Amerikanern unterstellt, dass eigene kommerzielle Interessen einen erheblichen Anteil am Widerstand gegen das Projekt hatten. Nachdem das amerikanisch-russische Flüssiggasinfrastrukturprojekt „North Star“ kurz vor dem Erdgas-Röhren-Geschäft gescheitert war, wurde den Amerikanern vorgeworfen, sie würden es den Westeuropäern nicht gönnen, selbst in diesem Bereich ein weiteres Großprojekt zu verwirklichen. Stattdessen würden amerikanische

---

<sup>245</sup> Vgl. Pohl: Geschäft und Politik, S. 168.

<sup>246</sup> Pohl: Geschäft und Politik, S. 26 ff.

<sup>247</sup> Rode: Sanktion und Geschäft, S. 31.

<sup>248</sup> Vgl. ebd., S. 32.

Firmen, nach Aufhebung der Embargos und Verhinderung von Konkurrenz, umso stärker die Ausbeutung sibirischer Bodenschätze betreiben wollen.<sup>249</sup> Den USA wurden knallharte Eigeninteressen als Motivation für das Bekämpfen der Pipeline unterstellt, während diese vor allem die Sorge um eine zukünftige Erpressbarkeit durch russische Gaslieferungen formulierten. Gegen das Argument der Erpressbarkeit kann ein weiterer historischer Vergleich vorgebracht werden. Als die arabischen OPEC-Staaten 1973 das Ölembargo, also die Verringerung ihrer Fördermenge um fünf Prozent, installierten, um die westlichen Industrienationen von deren Unterstützung für Israel abzubringen, taten sie genau das, was Russland oft vorgeworfen wird, sie nutzten ihren Rohstoff als Mittel zur politischen Erpressung und formulierten das auch noch offen. Da einige europäische Staaten in großem Ausmaß vom Erdölimport zur Stromerzeugung abhängig waren, trafen sie diese Maßnahmen erheblich. Die europäischen OECD-Staaten produzierten 1972 mehr als ein Viertel ihres Strombedarfs mit Erdöl, in Frankreich waren es sogar fast 50 Prozent. Das Ölembargo hatte gravierende Auswirkungen auf die westeuropäische Wirtschaft und dennoch hatte der Erpressungsversuch nicht den gewünschten Erfolg. Die betroffenen Länder reagierten sofort und stellten ihre Stromproduktion auf andere Energieträger, wie Kohle und Atomkraft, um.<sup>250</sup>

Als schließlich klar wurde, dass die vertraglichen Vereinbarungen aus dem Erdgas-Röhren-Geschäft seitens der Sowjetunion trotz aller Gegenmaßnahmen und Verzögerungstaktiken eingehalten werden würden, gab die US-Administration im November 1982 schließlich ihren Widerstand auf. Hilfreich waren sicher auch Aufträge für notleidende amerikanische Firmen, wie für den Flugzeughersteller McDonnell Douglas durch die italienische Fluggesellschaft Alitalia.<sup>251</sup> Das Erdgas-Röhren-Geschäft wurde vertragsgemäß fertiggestellt und im Oktober 1984 erreichten die ersten Gaslieferungen Westdeutschland. Von der Presse wurde das Mammutprojekt als das „Projekt des 20. Jahrhunderts“ bezeichnet. Diese Stilisierung war jedoch auch auf stark übertriebene Zahlen zurückzuführen, die von einer Lieferkapazität von 40 Mrd. Kubikmeter ausgingen, letztlich betrug die tatsächliche

---

<sup>249</sup> Pohl: Geschäft und Politik, S. 172.

<sup>250</sup> Pollak/Schubert/Slominski: Die Energiepolitik der EU, S. 159.

<sup>251</sup> Rode: Sanktion und Geschäft, S. 33 f.

Kapazität 25 Mrd. Kubikmeter.<sup>252</sup> Die erfolgreichen Geschäfte belegten für viele Westdeutsche, dass:

„[...] es sich bei der Sowjetunion um einen erstklassigen Kreditnehmer handelt, sämtliche Zahlungen erfolgten gemäß Absprache und ohne Verzögerungen. Die Bonität dieses Landes beruht auf seinen unermeßlichen Bodenschätzen an Erdgas, Erdöl, Gold und Diamanten sowie auf einer hohen Schuldnermoral, die wesentlich durch Prestigedenken bedingt ist.“<sup>253</sup>

Die Verlässlichkeit auf geschäftlicher Ebene, insbesondere in den Erdgasbeziehungen, zwischen Deutschland bzw. Westeuropa und der Sowjetunion auch in politisch angespannten Zeiten, mag das lang angehaltene hohe Ansehen russischer Konzerne in Westeuropa als verlässlichen Geschäftspartner erklären. Gleichzeitig vermögen diese positiven Erfahrungen auch teilweise zu erklären, warum die Nord Stream-Projekte in West und Ost so unterschiedlich bewertet wurden.

### **5.3 Kontinuität deutsch-russischer Erdgasbeziehungen**

Die guten Beziehungen im Erdgassektor konnten auch nach dem Zerfall der Sowjetunion nahtlos weitergeführt werden. Bereits ab den frühen 1990er-Jahren begannen Planungen zu weiteren deutsch-russischen Erdgasgroßprojekten von der Dimension der Erdgas-Röhren-Geschäfte. Zum ersten Mal sollte mit Nord Stream 1 eine direkte Erdgasleitung von Russland nach Deutschland realisiert werden. Mit Nord Stream 2 wurde kurz darauf ein weiteres beinahe identisches Nachfolgeprojekt realisiert, begleitet von nachdrücklichen Verhinderungsversuchen. Insbesondere Nord Stream 2 führte abermals zu schweren Verwerfungen im transatlantischen Bündnis und darüber hinaus mit einigen neu selbstständigen Ländern Ostmitteleuropas.

#### **5.3.1 Nord Stream 1**

Oder: „Die Pipeline, die eigentlich niemand wollte, und wie es doch zu ihr kam.“ Russland und Gazprom suchten früh nach dem Ende der Sowjetunion Möglichkeiten, um die Gasexportrouten zu diversifizieren und die Transitmonopolstellung der nun unabhängigen Ukraine zu mindern. In der frühen Konzeptionierungs- und

---

<sup>252</sup> Pohl: Geschäft und Politik, S. 171.

<sup>253</sup> Ebd., S. 159.

Sondierungsphase wurden zahlreiche Möglichkeiten durchgespielt und teilweise auch initiiert, nur um schließlich wieder aufgegeben zu werden. Eine teure Unterwasserpipeline stand zu Beginn kaum zur Debatte, es sah alles danach aus, als würde eine deutlich günstigere Landpipeline gebaut werden. Schlussendlich war es doch die unwahrscheinlichste Variante, die realisiert werden sollte.

Wie bereits erwähnt, standen ganz zu Beginn des Projekts, noch bevor klar war, was es letztlich werden sollte, allgemeine Überlegungen, wie der westeuropäische Erdgasmarkt besser mit russischen Erdgaskapazitäten verbunden werden könnte. Dazu fertigte Gazprom zusammen mit finnischen und schwedischen Unternehmen ab 1997 mehrere Machbarkeitsstudien an, die eine Pipelineführung über deren Territorien andachte. Gleichzeitig kam es zu ersten Gesprächen über eine Kooperation von Gazprom mit der E.ON Ruhrgas AG und der Wintershall Holding AG. Zu Beginn standen mehrere Optionen zur Wahl, wie z.B. die Errichtung einer neuen Landpipeline durch Weißrussland und Polen oder der Ausbau ukrainischer Transportkapazitäten. Die Variante einer Offshore-Pipeline wurde zu Anfang weder von Gazprom noch von den anderen beteiligten Akteuren favorisiert.<sup>254</sup> Die deutschen Akteure wollten lediglich eine wie auch immer geartete Erhöhung der Gasimportkapazitäten erreichen. Die russische Seite war dann jedoch schon bald daran interessiert, das weitgehende Transitmonopol der Ukraine aufzubrechen. Als Gründe hierfür wurden die angebliche Unzuverlässigkeit und das marode Pipelinetz der Ukraine angeführt.<sup>255</sup>

Im Oktober 2000 kam es zu einer ersten Absichtserklärung über den Bau einer weiteren Landpipeline durch Weißrussland, Polen und die Slowakei – die s.g. „Jamal-2“ (auch „Yamal-2“). Neben der E.ON Ruhrgas AG, der Wintershall Holding AG und Gazprom waren das französische Energieunternehmen Gaz de France S.A. und das italienische Snam Rete Gas S.A. beteiligt. Gleichzeitig wurde über einen Ausbau der bereits bestehenden Jamal-Pipeline durch Polen nachgedacht. Diese Option, eine Umgehungspipeline der Ukraine, wurde anfangs besonders von polnischer Seite vorangetrieben und gegenüber anderen Varianten favorisiert. Über eine frühe Planungsphase kamen jedoch beide Varianten nicht hinaus. Die Gespräche wurden schließlich spätestens 2002 von polnischer Seite beendet. Die polnische Regierung verstärkte ihre strategische Partnerschaft mit der Ukraine und sah keine

---

<sup>254</sup> Vgl. Sander: Deutsch-russische Beziehungen im Gassektor, S. 168 ff.

<sup>255</sup> Ebd., S. 169.



Notwendigkeit mehr für eine weitere Umgehungspipeline. Erst das Scheitern der zu Beginn von allen Akteuren bevorzugten Landpipeline, ließ den Bau einer Offshore-Pipeline plötzlich wieder auf der Bühne erscheinen. Umso vehementer wurden die Planungen für eine Ostseepipeline, die Russland und Deutschland direkt miteinander verbinden sollte, fortan von russischer Seite vorangetrieben.<sup>256</sup>

Am 9. Juli 2004 fiel schließlich der Startschuss für die erste deutsch-russische Ostseepipeline. Im Zuge eines Treffens zwischen Bundeskanzler Schröder und dem russischen Präsidenten Putin trafen die Unternehmen E.ON Ruhrgas AG und Gazprom ein „memorandum of understanding“ über den gemeinsamen Bau einer direkten Erdgaspipeline zwischen Russland und Deutschland. Eine spätere Beteiligung weiterer Unternehmen wurde von Beginn an eingeplant. Für die deutsche E.ON Ruhrgas AG und die Wintershall AG, die sich zu einer finanziellen Beteiligung bereiterklärten, war die Zustimmung zu diesem Projekt die Eintrittskarte in den russischen Fördersektor. Als erste nicht-russische Unternehmen durften sie sich direkt an der russischen Erdgasförderung beteiligen.<sup>257</sup> 2005 kam die BASF- bzw. Wintershall-Tochter WINGAS GmbH zum Betreiberkonsortium Nord Stream AG mit Sitz in der Schweiz hinzu.<sup>258</sup>

Das deutsch-russische Ostseepipelineprojekt Nord Stream 1 bestand aus zwei parallel verlaufenden Erdgaspipelines, die größtenteils unter Wasser verlegt wurden. 2011 konnte der erste und 2012 der zweite Strang in Betrieb genommen werden, nach jeweils etwa zwei Jahren Bauzeit. Die Gesamtkosten für das Projekt betragen ca. 7,4 Mrd. Euro. Die 1.200 Kilometer langen Ostseepipelines führen vom russischen Wyborg auf dem Meeresgrund bis ins deutsche Lubmin in der Nähe von Greifswald. Die Röhren durchqueren bzw. berühren dabei die ausschließlichen Wirtschaftszonen von Russland, Finnland, Schweden, Dänemark und Deutschland. Neben dem Bau der Pipelines umfasste das Projekt noch eine Vielzahl weiterer Investitionen in die russische Erdgasinfrastruktur, dazu gehört eine 900 Kilometer lange Landpipeline, um neue Gasfelder an das Pipelinenetz anzubinden und zwei Landpipelines auf deutschem Boden, die Anschlussleitungen an das westeuropäische Pipelinenetz darstellen. Geplant war eine Höchstbeförderungsmenge von 55

---

<sup>256</sup> Vgl. Sander: Deutsch-russische Beziehungen im Gassektor, S. 170; Vgl. Umbach: Globale Energiesicherheit, S. 208.

<sup>257</sup> Vgl. Sander: Deutsch-russische Beziehungen im Gassektor, S. 170 f.

<sup>258</sup> Vgl. ebd., S. 173.

Mrd. Kubikmeter Gas jährlich. 2018 lag die Auslastung nach Betreiberangaben sogar bei 58,8 Mrd. Kubikmeter.<sup>259</sup>

### 5.3.2 Nord Stream 2

Am 6. September 2021 wurde das zweite Ostseepipelineprojekt fertiggestellt. In Betrieb genommen wurden die Pipelines jedoch bis zum Ende des Untersuchungszeitraums, der 19. Wahlperiode des Deutschen Bundestags, nicht. Nord Stream 2 ist im Wesentlichen baugleich mit Nord Stream 1, nur bezüglich der Streckenführung gab es kleinere Abweichungen. Der Offshore-Teil von Nord Stream 2, um ihn geht es meist, auch wenn zum Projekt noch weitere Infrastrukturmaßnahmen gehören, beginnt in der russischen Stadt Ust-Luga und endet im deutschen Greifswald. Wie das Vorgängerprojekt sollte Nord Stream 2 eine Kapazität von 55 Mrd. Kubikmeter pro Jahr haben und würde nach Inbetriebnahme zusammen mit Nord Stream 1 eine jährliche Kapazität von 110 Mrd. Kubikmeter Erdgas erreichen.<sup>260</sup> Zur Verbilligung der Dimensionen sei auf das bis dato über die Ukraine nach Europa geführte Volumen von ca. 90 Mrd. Kubikmeter hingewiesen.<sup>261</sup>

Der konkrete Umsetzungsbeginn von Nord Stream 2 erfolgte im September 2015 mit der Gründung der Nord Stream 2 AG (zunächst als Projektgesellschaft New European Pipeline AG) erneut im schweizerischen Zug.<sup>262</sup> Das Gründerkonsortium glich im Wesentlichen dem der Nord Stream AG, die das Vorgängerprojekt entwickelte und betrieb. Nachdem jedoch die polnische Wettbewerbsbehörde Bedenken gegen das Konsortium anmeldete, zogen sich die europäischen Partner Wintershall (BASF), Uniper (E.ON), Shell, OMV und Engie aus der Projektgesellschaft zurück. Alleiniger Anteilseigner wurde Gazprom. Allerdings verbleiben die bisherigen westeuropäischen Partnerfirmen finanziell auch weiterhin im Projekt, tatsächlich änderte sich nichts an den Finanzierungsverhältnissen, die bisherigen Anteilseigner wurden zu „Finanzinvestoren“.<sup>263</sup> Vorsitzender des Gesellschafterausschusses der Nord Stream 2 AG ist Gerhard Schröder.<sup>264</sup>

---

<sup>259</sup> Vgl. ebd., S. 166.

<sup>260</sup> Vgl. Wilson, David E.: Russia's Northern Rook: Nord Stream 2 on the European Energy Chessboard, (online) 2017, S. 13 f.

<sup>261</sup> Vgl. Kardas, Szymon: Vorübergehende Stabilisierung: Der russisch-ukrainische Vertrag zum Gastransit. In: Russland-Analysen, Nr. 380, Januar 2020, S. 1 ff.

<sup>262</sup> Himmelreich: Nord Stream 2, S. 318.

<sup>263</sup> O.V.: Anteilseigner und Finanzinvestoren, (online) o.J.

<sup>264</sup> O.V.: Aktionärsausschuss, (online) o.J.

Warum wurde der Bau als notwendig betrachtet? Auch wenn der russische Konzern Gazprom und deutsche Stellen behaupten, dass ein zukünftiger Mehrbedarf an Erdgas den Bau unumgänglich machen würde, darf diese Begründung durchaus kritisch hinterfragt werden. Insbesondere, da das ukrainische Pipelinesystem längst nicht voll ausgelastet war. Russland bzw. Gazprom wurde immer wieder vorgeworfen, die Ukraine solle in Zukunft als Transitland umgangen werden. Teilweise verbunden mit der Befürchtung, Russland wolle so politischen Druck auf die Ukraine ausüben.<sup>265</sup> Einiges spricht dafür, dass es die langjährige Strategie von Gazprom war, die prominente Stellung des ukrainischen Transits zu schwächen. Daneben wurden auch angemerkt, dass andere Gründe eine Rolle spielen könnten. Das Leitungssystem aus Sowjetzeiten, sowohl in Russland als auch in der Ukraine, war und ist veraltet und müsste zwingend modernisiert werden. Zusätzlich gehen die an dieses System angeschlossenen russischen Gasvorkommen zur Neige und die Haupterzeugungsregion bewegte sich nach Nordwesten in die Barentssee. Von dort aus wäre das Leiten von Erdgas nach Westeuropa über das ukrainische System um ein Drittel länger. Dem Betreiber und ukrainischen Monopolisten „Ukrainian Gas Transmission System“ (UGTS) wurde vorgeworfen, die dringend notwendigen Investitionen verhindert zu haben.<sup>266</sup> Die Fertigstellung von Nord Stream 2 war ursprünglich für 2019 angesetzt, doch erheblicher Widerstand von mehreren Seiten verzögerte das Projekt. Mehrmals kam es zu Baustopps aufgrund von US-Sanktionen bzw. deren Androhung.<sup>267</sup>

## **Deutschland**

Die Position der deutschen Bundesregierung lautete im Untersuchungszeitraum, dass das gesamte Projekt ein privatwirtschaftliches sei. Es sei rein kommerzieller Natur und nicht Sache der Bundesregierung, sondern die der beteiligten Unternehmen und genehmigenden Behörden. Da das Projekt einen regulären Genehmigungsprozess durchlaufen habe, könne die Bundesregierung gar nicht eingreifen, selbst wenn sie wolle. Erst spät rückte Bundeskanzlerin Merkel ein wenig von dieser Position ab und erklärte im Rahmen eines Ukraine-Besuchs 2018, es gäbe

---

<sup>265</sup> Vgl. Heinrich, Andreas: Exportoptionen für russisches Erdgas nach dem Scheitern von South Stream. In: Russland-Analysen, Nr. 303/2015, S. 2 ff.

<sup>266</sup> Luhmann, Hans-Jochen: Die ungebremst auf uns zukommende Gasversorgungskrise Anfang 2020. In: Wirtschaftsdienst 98, März 2018, S. 216.

<sup>267</sup> Vgl. Westphal, Kirsten: Zwischen Green Deal und Nord Stream. Europäische Energiepolitik 2020. In: APuZ, Ausgabe 23-25/ 2020, S. 23.

womöglich doch eine politische Komponente. Deshalb forderte sie von Russland die Zusage, auch weiterhin Gas durch die Ukraine zu schicken, um sie als Transitland nicht zu umgehen. An der Zustimmung zu Nord Stream 2 änderte das Eingeständnis nichts.<sup>268</sup>

Entschieden verurteilte die Bundesregierung insbesondere das Vorgehen der USA gegen die Pipeline. Die Wortwahl deutscher Vertreter, mit der die US-Sanktionsandrohungen gegen den Pipelinebau bedacht wurden, war in ihrer Deutlichkeit mit Wenig in der deutschen Außenpolitik vergleichbar. Einer der großen Protégés des Projektes war der damalige Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel. Nicht nur nahm er an zahlreichen Treffen mit dem russischen Präsidenten Putin oder Vertretern Gazproms teil, er sprach sogar offen davon, dass die Pipeline im Interesse Deutschlands liege. Die europäischen Mitgliedstaaten warnte er davor, ideologische Scheingefechte zu führen.<sup>269</sup> Auch Äußerungen anderer Vertreter machten deutlich, dass die Bundesregierung die Sorge der USA um die Energiesicherheit Europas und Deutschlands für vorgeschoben hielt. Außenminister Heikos Maas entgegnete selbstbewusst, dass Nord Stream 2 „keiner verhindern“ werde.<sup>270</sup> Auch der Wirtschaftsminister des Kabinetts Merkel IV, Peter Altmaier ließ verlauten, dass man von den Drohungen des US-Botschafters Grenell nicht beeindruckt sei. Da das Projekt einen regulären Genehmigungsprozess durchlaufen habe, könne es nicht mehr rückgängig gemacht werden. Es sei wichtig, das Vertrauen in Investitionen zu erhalten. Das Projekt sei notwendig, um die zukünftig ansteigende Gasnachfrage in Deutschland decken zu können.<sup>271</sup> Ein Motiv, das auch in den analysierten Bundestagsdebatten sehr häufig vorkommt. Das konsequente Zurückweisen jeglicher Kritik an Nord Stream 2 mit dem Privatgeschäft-Argument, sowohl nach innen als auch nach außen, stieß teilweise auf großes Unverständnis. Besonders einige Länder Ost- und Mitteleuropas, allen voran Polen und die Ukraine zeigten sich als übergegangen von dem deutsch-russischen Projekt.<sup>272</sup>

---

<sup>268</sup> Vgl. Stratmann, Klaus: Nord Stream 2 ist eine politische Pipeline, (online) 2018.

<sup>269</sup> Vgl. o.V.: Gabriel verteidigt Russland-Pipeline, (online) 2015.

<sup>270</sup> Haferkamp, Lars: Maas an USA: Nord Stream 2 „wird keiner verhindern“, (online) 2019.

<sup>271</sup> Vgl. Wehrmann, Benjamin: German minister plays down US threats over Nord Stream 2, (online) 2019.

<sup>272</sup> Siehe Kapitel 8.7.

## USA

Die größten Widersacher des Projekts, noch vor Polen, waren erneut die USA. Mit erheblicher Energie versuchten die US-Regierungen, sowohl unter Obama als auch unter Trump, das Projekt zu stoppen. Auch US-Präsident Biden führte die harte Linie unverändert fort.<sup>273</sup> Der geäußerte Hintergrund war die Sorge der Amerikaner um die europäische Energieversorgungssicherheit. Die Pipeline sei das Haupthindernis für eine Diversifikation der EU-Gasbezüge. Durch die Ukraine-Krise und die russische Annexion der Krim wurde zunehmend mit sicherheitspolitischen Bedenken argumentiert, die eine zu große Abhängigkeit mit sich bringe. Auf Bestreben mehrerer EU-Mitgliedstaaten hin konnte jedoch erreicht werden, dass im Sanktionsregime gegen Russland Ausnahmen für den Energiesektor vereinbart wurden. Die US-Regierung hielt sich eine Erweiterung auf diesen Bereich jedoch von Anfang an offen und drohte sie regelmäßig an, auch gegenüber europäischen Firmen.<sup>274</sup> Weiterhin war es den Amerikanern ein Dorn im Auge, dass die Europäer, für deren Verteidigung sie u.a. im Rahmen der NATO wesentlich sorgen würden, durch die Gasimporte dem russischen Staat die nötigen Deviseneinnahmen für das Militär verschafften.<sup>275</sup>

Unterstellt wurden den USA jedoch von vielen Seiten eigennützige Motive in ihrer Bekämpfung der Pipeline. In Wahrheit seien es eigene kommerzielle Interessen, weshalb Nord Stream 2 verhindert werden sollte.<sup>276</sup> Seitdem die USA durch die Förderung von unkonventionellen Erdöl- und Erdgasvorkommen zum zeitweisen größten Förderer weltweit aufstiegen, hätten sie ein immenses Interesse daran, ihr Flüssiggas oder „Liquified Natural Gas“ (LNG) in die ganze Welt zu exportieren. Als Ziel wurde formuliert, bis zu 40 Prozent der zukünftigen Steigerung des globalen Erdgasbedarfes zu decken.<sup>277</sup> Auf dem asiatisch-pazifischen Markt ist amerikanisches Flüssiggas bereits ein großer Faktor. Besonders Japan als Industrienation mit einem großen Energiebedarf ist durch seine Insellage abhängig von

---

<sup>273</sup> Gardner, Timothy: Russia to Germany gas pipeline targeted in U.S. defense bill, (online) 2020.

<sup>274</sup> Vgl. Loskot-Strachota, Agata/Bajczuk, Rafal/Kardas, Szymon: Nord Stream 2 divides the West. In: OSW Commentary Nr. 276, Juni 2018, S. 1 ff.

<sup>275</sup> Wetzels, Daniel: Das Aus des LNG-Giganten erschüttert den US-Plan vom „Freedom-Gas“, (online) 2020.

<sup>276</sup> Siehe Kapitel 8.10.

<sup>277</sup> Vgl. Wilson: Russia's Northern Rook, S. 27 f.

der Versorgung durch LNG-Tanker.<sup>278</sup> Auf dem europäischen Markt hatte das amerikanische Flüssiggas bis dahin einen schweren Stand. Zwar investierten die EU-Mitgliedstaaten massiv in den Ausbau der LNG-Infrastruktur, aber 2017 lag der LNG-Anteil am europäischen Erdgasmix bei lediglich 15 Prozent.

Die Vorliebe der Trump-Administration für markige Formulierungen machte auch vor Erdgas nicht halt, so wurde aus Flüssiggas „Freedom Gas“, das Europa von dem russischen Joch der Energieimportabhängigkeit befreien sollte.<sup>279</sup> Gleichzeitig sollten Sanktionsandrohungen nun in die Tat umgesetzt werden. Unter dem Mandat des jährlichen „National Defense Authorization Act“ (NDAA) wurden erstmals 2020 weitreichende Sanktionen gegen den Pipelinebau in Kraft gesetzt.<sup>280</sup> Rahmen für zwei US-Gesetze, die den sekundären Einsatz von Sanktionen möglich machten, war der „Countering America's Adversaries Through Sanctions Act“ (CAATSA). Hier wurden die Rahmenbedingungen geschaffen, die es dem US Department of State ermöglichen sollten, Sanktionen auch gegen ausländische Staatsbürger und Firmen anzuwenden, die an Nord Stream 2 oder Turk Stream beteiligt sind. Konkrete Sanktionsmöglichkeiten wurden im „Protecting Europe's Energy Security Act“ (PEESA) festgelegt.<sup>281</sup> Schon die bloße Androhung von Sanktionen führte dazu, dass die beiden ursprünglich eingesetzten Verlegeschiffe einer Schweizer Firma von dieser abgezogen wurden.<sup>282</sup> Neben dem einzig verbliebenen Spezi- alschiff, der russischen „Fortuna“, musste 2020 zunächst die größere „Akademik Tscherski“ aus Russlands Fernem Osten in die Ostsee verlegt werden. Dies verzögerte den Bau erheblich. Durch die 2021 verschärften US-Rechtsakte, wurden nun zumindest die Betreiber der „Fortuna“ direkt sanktioniert.<sup>283</sup> 2020 verabschiedet, trat im Januar 2021 der „Protecting Europe's Energy Security Clarification Act“ (PEESCA) in Kraft, mit ihm sollte die Pipeline endgültig gestoppt werden.<sup>284</sup> Die Sanktionen wurden nun auf alle Aktivitäten rund um den Pipelinebau ausgeweitet.

---

<sup>278</sup> Adolf, Jörg et al.: Verflüssigtes Erdgas – neue Energie für Schiff und LKW? Fakten, Trends und Perspektiven, Hamburg 2017, S. 20.

<sup>279</sup> Wetzel: Das Aus des LNG-Giganten erschüttert den US-Plan vom „Freedom-Gas“.

<sup>280</sup> Tremaine, A. Cherie/Jeydel, Peter Edward/Krauland: U.S. Tightens Sanctions on Nord Stream 2, TurkStream Pipeline Projects, (online) 2021.

<sup>281</sup> McDougall, Katie/Reisinger, Stefan H./Greenwood, Sarah: Update on US sanctions in respect of Nord Stream 2 and TurkStream pipelines, (online) 2020.

<sup>282</sup> O.V.: Weiterbau von Nord Stream 2 genehmigt, (online) 2021.

<sup>283</sup> O.V.: Nord Stream 2: Verlegeschiff verlässt Hafen Wismar, (online) 2021.

<sup>284</sup> O.V.: Biden Administration's Additional Sanctions Over Nord Stream 2 Inadequate, Republicans Say, (online) 2021.

Im Original „pipe-laying activities“ – vorher „pipe laying“.<sup>285</sup> Dies führte dazu, dass sich ein Großteil der am Bau in irgendeiner Weise beteiligten europäischen Firmen aus dem Projekt zurückzogen. Z.B. waren Versicherer nicht mehr bereit, den Bau zu versichern.<sup>286</sup> Zu einem Baustopp führte dies jedoch nicht.

In Westeuropa und in Deutschland trafen die US-Maßnahmen überwiegend auf Unverständnis bis völlige Ablehnung. Die EU-Kommission erkannte den extraterritorialen Anwendungsbereich unilateraler US-Sanktionen nicht an und betrachtete sie vielmehr als rechtswidrig. Ferner plante sie ihrerseits nicht, in den Bauprozess einzugreifen, da die beteiligten europäischen Firmen in Einklang mit EU-Recht handeln würden.<sup>287</sup> Was die Kommission hier diplomatisch ausdrückte, wurde in den Bundestagsdebatten fraktionsübergreifend deutlich heftiger kritisiert, z.B. als Angriff auf die Souveränität Deutschlands und Europas, als Kanonenbootpolitik oder als Gesetzgebung im Kolonialstil.<sup>288</sup>

In Zeiten schwankender Erdgaspreise zeigte sich außerdem der große Nachteil von freigehandeltem Flüssigerdgas. Waren die Preise weltweit hoch, lohnte sich der Verkauf in Asien deutlich mehr als der im gut versorgten Europa. Es soll schon vorgekommen sein, dass für Europa bestimmte LNG-Tanker auf dem Weg ihren Kurs in Richtung Asien geändert haben. Zwar verwendete die US-Administration sehr viel Energie darauf, das LNG in den europäischen Markt zu drücken, letzten Endes waren es aber doch marktwirtschaftliche Dynamiken, die über dessen Erfolg entschieden. Und dieser war im Untersuchungszeitraum verhalten. Das mangelnde Interesse der amerikanischen Exporteure, größere Mengen in Richtung Europa zu transportieren, führte dazu, dass Pläne zur Errichtung eines großen LNG-Terminals in Wilhelmshaven gestoppt wurden. Dieses hätte immerhin eine Kapazität von 10 Milliarden Kubikmetern jährlich haben sollen. Es fanden sich nicht genügend Anbieter, die bereit waren, langfristig Kapazitäten zu buchen.<sup>289</sup> Es schien fraglich, ob sich LNG jemals zu einer echten Alternative zum pipelinegebundenen Erdgas etablieren würde. Dessen langfristig, für Jahrzehnte planbare Verfügbarkeit zu relativ günstigen Preisen war der große Vorteil. Zwar sind die Preise in den meisten EU-Staaten auch lose an den Erdölpreis gekoppelt, aber Lieferverpflichtungen müssen

---

<sup>285</sup> McDougall/Reisinger/Greenwood: Update on US sanctions.

<sup>286</sup> O.V.: 18 Firmen ziehen sich aus Nord Stream 2 zurück, (online) 2021.

<sup>287</sup> McDougall/Reisinger/Greenwood: Update on US sanctions.

<sup>288</sup> Siehe Kapitel 8.7.2.

<sup>289</sup> Vgl. Wetzels: Das Aus des LNG-Giganten erschüttert den US-Plan vom „Freedom-Gas“.

in jedem Fall eingehalten werden. Fällt jedoch der LNG-Preis unter eine bestimmte Schwelle, wird dessen Förderung unwirtschaftlich.<sup>290</sup>

## **Polen**

Polen war in Europa federführend bei der Gegnerschaft zu Nord Stream 2. Wie auch schon bei Nord Stream 1, griffen polnische Vertreter teilweise zu heftigen Formulierungen, um das Projekt zu verurteilen. Offiziell sah Polen seine geopolitische Sicherheit in Gefahr und auch die der Ukraine, weil sich Europa bzw. Deutschland von Russland abhängig und erpressbar machen würde.<sup>291</sup> Zu beachten ist, dass Polen seit Jahren massiv in eigene Erdgasinfrastrukturprojekte investierte. Dazu zählt die Baltic Pipe, die norwegisches Erdgas über Dänemark direkt nach Polen bringt.<sup>292</sup> Daneben wurde in Swinemünde ein großes LNG-Terminal in Betrieb genommen und weiter ausgebaut.<sup>293</sup> Oft wurde der Vorwurf geäußert, die Sorgen um die eigene Sicherheit seien vorgeschoben. Polen war bereits im Untersuchungszeitraum nicht mehr auf russische Erdgaslieferungen angewiesen. Gegen eventuelle Lieferunterbrechungen hat das Land durch den Ausbau von Speicherkapazitäten vorgesorgt. Die eigene Gasversorgung wäre außerdem durch LNG und Gaslieferungen aus Richtung Westen per Flussumkehr gesichert.<sup>294</sup> Die polnische Jamal-Pipeline lieferte ebenfalls russisches Gas an der Ukraine vorbei nach Westeuropa.<sup>295</sup> Polen verfolgte eigene Pläne, zu einem europäischen Verteilerhub für Erdgas zu werden. Geäußert wurde der Verdacht, dass diese erheblichen Investitionen in die Gasinfrastruktur sich nicht mehr rechnen könnten, sollte Deutschland durch Nord Stream 2 zum wichtigsten europäischen Verteilerhub werden.<sup>296</sup>

## **Ukraine**

Die Ukraine gilt zumeist als die Hauptleidtragende durch Nord Stream 2. Sie war im Untersuchungszeitraum immer noch das wichtigste Transitland, bis zu zwei Drittel des für Europa bestimmten russischen Erdgases flossen durch das ukrainische Netz. Durch die Ostseepipelines und andere Umgehungsrouen befürchtet die

---

<sup>290</sup> Vgl. Grigas: *The New Geopolitics of Natural Gas*, S. 52 f.

<sup>291</sup> Vgl. Sydoruk, Tetiana/Stepanets, Pavlo/Tymeichuk, Iryna: *Nord Stream 2 as a Threat to National Interests of Poland and Ukraine*. In: *Studia Politica*, Ausgabe 19/ 2019, S. 472 & 476 ff.

<sup>292</sup> Siehe Kapitel 6.3.

<sup>293</sup> O.V., *LNG Terminal in Świnoujście*, (online) o.J.

<sup>294</sup> Vgl. Lang/Westphal: *Nord Stream 2*, S. 34.

<sup>295</sup> Vgl. Götz, Roland: *Die Zukunft des ukrainischen Gastransmissionssystems*. In: *Ukraine-Analysen*, Nr. 190, Oktober 2017, S. 2.

<sup>296</sup> Vgl. Lang/Westphal: *Nord Stream 2*, S. 34.



Ukraine den zukünftigen Wegfall von jährlich etwa 2 Mrd. US-Dollar Transitgebühren. Für den ukrainischen Staatshaushalt ein erheblicher Betrag. Trotz der Konflikte einigte man sich auf einen weiteren Durchleitungsvertrag bis 2024.<sup>297</sup> Das ukrainische Leitungsnetz war bei weitem nicht ausgelastet, theoretisch wären deutlich größere Transportmengen möglich. Als problematisch bezeichnet wurde jedoch der angeblich schlechte Zustand des Pipeline-Systems. Dieses wurde großteils seit Sowjetzeiten kaum modernisiert.<sup>298</sup> Auch um lediglich das bisherige Transportvolumen aufrechtzuerhalten, wären große Investitionen in die Modernisierung des Netzes notwendig gewesen. Die Ukraine übernahm zahlreiche EU-Bestimmungen für den eigenen Energiesektor, z.B. das „Unbundling“ und weitere Liberalisierungen des Erdgasmarktes.<sup>299</sup> Die EU unterstützte in der Vergangenheit mit mäßigem Erfolg Modernisierungsmaßnahmen und sagte weitere Mittel zu.<sup>300</sup>

Eines der häufigsten Argumente gegen Nord Stream 2 war es, dass die Ukraine in Zukunft durch Lieferstopps von Russland politisch erpressbar wäre. Zwar würde sich Russland nicht trauen, Westeuropa den Gashahn zuzudrehen, aber durch die Umgehungsleitungen wären deren Gaslieferungen nicht mehr betroffen. Die Ukraine wäre schutzlos ausgeliefert. Dieses Szenario war jedoch im Untersuchungszeitraum nicht mehr aktuell. Schon 2015 wurden 60 Prozent des in der Ukraine benötigten Erdgases aus Richtung EU bezogen. Per Gasflussumkehr wohlgehemmt, es handelt sich also weiterhin vor allem um russisches Gas.<sup>301</sup> Problematisch für die Ukraine war bisher auch der immens hohe Energieverbrauch des Landes. Die Ukraine selbst verbrauchte mit einer Einwohnerzahl von ca. 42 Mio. Anfang der 2000er-Jahre noch mehr als 75 Mrd. Kubikmeter Gas pro Jahr.<sup>302</sup> Im Vergleich dazu hatte Deutschland mit einer Einwohnerzahl von mehr als 80 Mio. einen Jahresverbrauch von ca. 90 Mrd. Kubikmeter.<sup>303</sup>

### **Weitere EU-Staaten**

In der restlichen EU waren es neben Polen vor allem die baltischen Staaten, die eine geopolitische Instrumentalisierung von Nord Stream 2 fürchteten.<sup>304</sup> Grundsätzlich

---

<sup>297</sup> Vgl. Kardas: Vorübergehende Stabilisierung, S. 4.

<sup>298</sup> Vgl. Götz: Die Zukunft des ukrainischen Gastransmissionssystems, S. 2.

<sup>299</sup> Vgl. Lang/Westphal: Nord Stream 2, S. 24.

<sup>300</sup> O.V.: Sonderbericht EU-Hilfe für die Ukraine Nr. 32, Luxemburg 2016, S. 36.

<sup>301</sup> Vgl. Lang/Westphal: Nord Stream 2, S. 22.

<sup>302</sup> Umbach: Globale Energiesicherheit, S. 210.

<sup>303</sup> Hohmann: Erdgasverbrauch in Deutschland in den Jahren von 1980 bis 2019, (online) 2021.

<sup>304</sup> Vgl. Lang/Westphal: Nord Stream 2, S. 36.

herrschte in den ehemaligen Ostblockstaaten, die heute Mitgliedstaaten der EU sind, ein anderes Verständnis der Beziehungen im Erdgassektor. Während die Länder Westeuropas diese vor allem auf ökonomischer Ebene betrachteten, waren die Länder Osteuropas immer schon deutlich sensibler, was die Lieferung von Energieträgern als auch den Zugriff auf Energieinfrastruktur aus Russland angeht. Das mag in ihren historischen Erfahrungen und den deutlich höheren Abhängigkeiten von russischen Energielieferungen begründet liegen. Dänemark war das letzte Land, dass nach langem Zögern die notwendigen Genehmigungen für den Bau von Nord Stream 2 erteilte. Angeführt wurden Bedenken wegen sensibler Ökosysteme um die Insel Bornholm und die Kreuzung mit der Baltic Pipe. Auf Dänemark wurde seitens Polen und der USA erheblicher diplomatischer Druck ausgeübt, die notwendigen Genehmigungen nicht zu erteilen.<sup>305</sup> Frankreich stand zu Beginn des Projekts an der Seite der Bundesrepublik. Zusammen konnten beide Länder ernsthafte Verhinderungs- und Regulierungsversuche in der EU abblocken. 2019 änderte sich das jedoch und die französische Regierung unterstützte eine Initiative, die der EU Mitspracherechte bei Energiegroßprojekten mit Drittstaaten einräumen sollte. Es kam mit kleineren Kompromissen zur neuen Erdgasrichtlinie.<sup>306</sup> Während Tschechien von Nord Stream 1 und der damit verbundenen höheren Auslastung von OPAL profitierte, reduzierte sich das Transitvolumen über die Slowakei und das Land befürchtete weitere Einbußen.<sup>307</sup>

## **Russland**

Um Russlands Rolle zu verstehen, ist es hilfreich, sich zunächst die damaligen Relationen in den Wirtschaftsbeziehungen zu Deutschland und der EU im Untersuchungszeitraum vor Augen zu führen. Für die russische Föderation war die Bundesrepublik eine der wichtigsten Handelspartnerinnen, sie stand an dritter Stelle. Für Deutschland dagegen spielte Russland nur eine untergeordnete Rolle. Es nahm in der Rangfolge der wichtigsten Handelspartner nur den 13. Platz ein, trotz des immensen Imports von Rohstoffen aus Russland. Im EU-Erdgassektor war Deutschland der größte Abnehmer von russischem Erdgas.<sup>308</sup> Wie bereits

---

<sup>305</sup> Vgl. Wetzel, Daniel: Im Kalten Krieg ums Gas feiern die USA einen Erfolg über Russland, (online) 2019.

<sup>306</sup> Vgl. Becker, Markus/Müller, Peter: Was hinter Macrons Kurswechsel steckt, (online) 2019.

<sup>307</sup> Vgl. Lang/Westphal: Nord Stream 2, S. 34.

<sup>308</sup> Vgl. Wilson: Russia's Northern Rook, S. 22.

angesprochen, gilt dies nicht für alle Länder in Europa, insbesondere nicht für die baltischen Staaten. Der Fokus soll hier auf den deutsch-russischen Erdgasbeziehungen liegen.

Ein weiterer Faktor schwächte die Position Russlands auf dem Spielfeld der Energiebeziehungen. Russlands Staatshaushalt ist in großem Maße vom Rohstoffexport abhängig. Erdöl- und Erdgasexporte allein machten ca. 60 Prozent des gesamten Ausfuhrvolumens im Untersuchungszeitraum aus.<sup>309</sup> Bisher war Russland für den Export in großem Maße vom Transit durch die Ukraine abhängig. Lange Zeit liefen 90 Prozent aller russischen Erdgasexporte nach Europa über die Ukraine.<sup>310</sup> Auch nach der Inbetriebnahme von Nord Stream 1 war es immer noch der Großteil. Russland suchte schon früh nach dem Ende der Sowjetunion nach Möglichkeiten, sich vom Transit durch die Ukraine unabhängiger zu machen. Der augenscheinlichste Vorteil einer Umgehung der Ukraine war die Einsparung von über 2 Mrd. US-Dollar an Transitgebühren, die jährlich für den Erdgastransport durch das ukrainische Netz fällig wurden.<sup>311</sup> Russland warf der Ukraine vor, illegal bis zu 150 Mio. Kubikmeter Gas täglich entnommen zu haben.<sup>312</sup> Wie viel davon tatsächlich illegal entnommen wurde und wie viel durch das marode Pipelinesystem an die Luft entweichen konnte, ist nicht zweifelsfrei feststellbar.<sup>313</sup> Ungeachtet dessen, dass es immer wieder Zusicherungen an den Westen gab, auch weiterhin Gas durch die Ukraine zu leiten, z.B. von Außenminister Lawrow gegenüber Merkel, war es mehrfach erklärter Wunsch Gazproms und der russischen Führung, die Lieferungen über die Ukraine stark zu reduzieren.<sup>314</sup>

### **Gazprom**

Eine entscheidende Rolle im Erdgasbereich kam dem Akteur Gazprom zu. Im Gegensatz zu den anderen an Nord Stream 2 beteiligten Unternehmen soll hier auf dieses kurz eingegangen werden. Denn anders als bei den übrigen Unternehmen, lässt sich bei diesem nicht ohne Weiteres definieren, ob es sich um einen privaten oder staatlichen Akteur handelt. Tatsächlich ist der Konzern stark mit dem

---

<sup>309</sup> Wagner, Christopher: Made in Russia – die meist exportierten Güter Russlands, (online) 2021.

<sup>310</sup> Umbach, Globale Energiesicherheit, S. 195.

<sup>311</sup> Ebd.

<sup>312</sup> Ebd., S. 196.

<sup>313</sup> Vgl. ebd., S. 199.

<sup>314</sup> Vgl. Sander: Deutsch-russische Beziehungen im Gassektor, S. 93.

russischen Staat verbunden und wurde v.a. in Osteuropa als verlängerter Arm Moskaus betrachtet.

„Gilt der Energieriese den nordwesteuropäischen Gasabnehmern als ein hauptsächlich wirtschaftlich agierender, verlässlicher (im Sinne von rational kalkulierender) Konzern, sehen die mittel- und osteuropäischen EU-Staaten in dem Unternehmen vor allem ein geopolitisches Instrument des Kreml, dessen Gaslieferungen politischen Maßgaben folgen.“<sup>315</sup>

Gazprom allein war teilweise für 25 Prozent der russischen Staatseinnahmen verantwortlich.<sup>316</sup> Der Konzern startete nach dem Ende der Sowjetunion zunächst als privatwirtschaftliches Unternehmen. Gegründet wurde die Firma 1989 aus dem sowjetischen Ministerium für die Öl- und Gasindustrie (Mingazprom) und der Agentur für den Gasexport (Sojugasexport), die im übrigen Vertragspartnerin der Erdgas-Röhren-Geschäfte war. Wenngleich schon zu Beginn der privatwirtschaftlichen Ära erheblicher staatlicher Einfluss sichergestellt worden war, konnte sich das Unternehmen doch einige Jahre in marktwirtschaftlicher Hinsicht relativ frei entfalten und sich ausländischen Investoren öffnen. Ab 2000 wurde der staatliche Einfluss jedoch immer stärker ausgebaut und 2006 erhielt Gazprom per Gesetz das faktische Monopol auf den Gasexport. Alternative Anbieter, die zwar auf dem innerrussischen Markt mehr und mehr Freiheiten erlangten, wurden so vom lukrativen Auslandsmarkt ausgeschlossen.<sup>317</sup> Dies mag erklären, warum der Konzern vielfach so kritisch betrachtet wird. In Russland sind die Interessen von Firmen wie Gazprom und denen des Staates viel schwerer zu trennen, als das bei den westeuropäischen Akteuren der Fall sein mag.<sup>318</sup> Nichtsdestotrotz war es im Untersuchungszeitraum das weltweit größte Erdgasunternehmen mit ca. 120 Mrd. US-Dollar Jahresumsatz und mehr als 400.000 Angestellten. Etwa 1.000 Tochterfirmen zählten zum Firmennetz.<sup>319</sup> Der russische Staat ist mit etwas mehr als 50 Prozent Hauptanteilseigner und hat die Mehrheit der Sitze im Aufsichtsrat inne.<sup>320</sup> Mit dem großen Einfluss des Staates auf Energieunternehmen wird begründet, warum

---

<sup>315</sup> Lang/Westphal: Nord Stream 2, S. 29 f.

<sup>316</sup> Vgl. Goldthau, Andreas: OJSC Gazprom. In: Schilling, Thorsten (Hrsg.): Dossier: Energiepolitik, Bonn 2018, S. 104.

<sup>317</sup> Vgl. Sander: Deutsch-russische Beziehungen im Gassektor, S. 89 f.

<sup>318</sup> Vgl. Umbach, Globale Energiesicherheit, S 226.

<sup>319</sup> Berndt, Gero: Das sind die größten Öl- und Gaskonzerne der Welt, (online) 2020.

<sup>320</sup> O.V.: Struktur des Aktienkapitals der Gazprom, (online) o.J.

Firmen, insbesondere Gazprom, mit russischen staatlichen Interessen gleichgesetzt werden.

„Da die russischen Firmen entweder vollständig in Staatsbesitz oder der ständigen Bedrohung der Verstaatlichung ausgesetzt sind, bedeutet jeder zusätzliche Anteil am weltweiten Energiemarkt eine Stärkung der relativen Machtposition Russlands“<sup>321</sup>

Das Kapitel der russisch-ukrainischen Gasstreitigkeiten wurde 2019 vorerst beendet. Ende 2019 musste Gazprom eine Niederlage vor dem Stockholmer Schiedsgericht in der Auseinandersetzung mit der ukrainischen Naftogaz akzeptieren und ihr 2,92 Mrd. US-Dollar Gebühren nachzahlen. Weiterhin wurde sich unter Vermittlung der EU auf einen Transitvertrag geeinigt, der zumindest bis 2024 sicherstellt, dass Gas durch die Ukraine geleitet wird. 2020 sollten noch 65 Mrd. Kubikmeter im Jahr und danach nur noch 40 Mrd. Kubikmeter, also weniger als die Hälfte des bisherigen Volumens, durchgeleitet werden.<sup>322</sup>

#### **5.4 Der Energiebinnenmarkt und die russisch-ukrainischen Gaskrisen**

Auch wenn der Fokus dieser Arbeit auf der deutschen geopolitischen und energiepolitischen Debatte liegt, kommt sie nicht ohne einen Rückgriff auf die europäische Energiepolitik aus. Zum einen, weil die Energiepolitik mehr und mehr auf europäischer Ebene bestimmt wird und zum anderen, weil es gerade gesamteuropäische Problemlagen wie z.B. die russisch-ukrainischen Gaskrisen waren, die zu einer Unterstützung der EU von Nord Stream 1 und anderer Pipelineprojekte führten. Bereits auf das Pipelineprojekt Nord Stream 2 hatten europäische Bestimmungen gegen Ende maßgebliche Auswirkungen. Zuvor fehlten allerdings weitgehende konkrete Regelungskompetenzen, was der Grund ist, wieso bei der vorliegenden Analyse überwiegend auf die bundesdeutsche Ebene abgezielt wird. Auch sind es die Versuche der Bundesregierung, weiteren Einfluss der EU auf Energieprojekte zu verhindern, die im Kontrast zu anderen Politikfeldern sehr deutlich nationale Interessen erkennen lassen. Die Energiepolitik der EU stellt also keinen Schwerpunkt

---

<sup>321</sup> Pollak/Schubert/Slominski: Die Energiepolitik der EU, S. 203.

<sup>322</sup> Vgl. Kardas: Vorübergehende Stabilisierung, S. 3 f.

dieser Arbeit dar, ist aber für das Gesamtverständnis des Themas und insbesondere der analysierten Debatten wichtig.

#### **5.4.1 Entwicklung bis 2009 – europäischer Nachzügler**

Die Vergemeinschaftung von Energieträgern, neben der von anderen Rohstoffen, schaffte die Grundlage für den bis heute andauernden europäischen Einigungsprozess. Allerdings beschränkte sich dieser Prozess mit der Gründung der EGKS und der EURATOM lange Zeit auf Kohle und spaltfähiges Material. Gemeinsame europäische Zielsetzungen in Bezug auf Erdöl und Erdgas wurden zunächst nicht verfolgt. Einen ersten Regelungsimpuls sollten die Ölkrisen der 1970er geben. Unter den westlichen Staaten reifte die Erkenntnis, dass ein gemeinsames Vorgehen in Bezug auf überlebenswichtige Energierohstoffe in ihrem Interesse sein könnte. Im OECD-Rahmen führte das zur Gründung der International Energy Agency (IEA), um der Macht des OPEC-Kartells etwas entgegenzusetzen.<sup>323</sup> Auf europäischer Ebene dauerte es bis 1992, ehe es zu einem zaghaften Vorstoß kommen sollte. Im EU-Gründungsvertrag von Maastricht wurde abstrakt die Möglichkeit des Tätigwerdens im Energiebereich erwähnt.<sup>324</sup> Dennoch verblieben die Ausgestaltung der Energieversorgung und damit auch die Verantwortung für die Energiesicherheit unverändert im Verantwortungsbereich der Mitgliedstaaten. Die Vollendung des Binnenmarktes hätte auch auf Waren wie Erdgas, Erdöl oder Strom ausgeweitet werden müssen, doch die unproblematische Situation auf den Energiemärkten Ende der 1990er-Jahre nahmen den Initiativen, die eine gesamteuropäische Regelung anstrebten, den Rückenwind.<sup>325</sup>

Dem europäischen Energiesektor kommt in vielerlei Hinsicht die Rolle eines Nachzüglers zu. Während andere Märkte weitgehend in den Binnenmarkt integriert wurden, verzögern im Energiebereich mehrere Faktoren die Vollendung. Ein großer Hindernisfaktor war lange Zeit, dass der EU im Bereich der Energiepolitik eine umfassende Regelungskompetenz fehlte.<sup>326</sup> Unter dem Begriff der Energiepolitik sind alle Maßnahmen zu verstehen, die der Energiewirtschaft zuzuordnen sind. Sie umfasst Erzeugung, Förderung, Transport, Lagerung, Vermarktung, Verteilung,

---

<sup>323</sup> Vgl. Fischer: Auf dem Weg zur gemeinsamen Energiepolitik, S. 40 f.

<sup>324</sup> Vgl. ebd.

<sup>325</sup> Vgl. ebd., S. 44.

<sup>326</sup> Vgl. Huhta, Kaisa: The Scope of State Sovereignty Under Article 194(2) TFEU and the Evolution of EU Competences in the Energy Sector. In: International & Comparative Law Quarterly 70 No. 4, 2021, S. 991 f.

Preispolitik, Verbrauch, Energiesicherheit und Nachhaltigkeitsregelungen bezüglich aller Energieträger, wie Gas, Öl, Kohle, Kernenergie oder Erneuerbare Energien.<sup>327</sup> Einige Mitgliedstaaten konnten sich nur zögerlich von ihren Souveränitätsrechten im Energiebereich trennen. Dies gilt bis heute. Zwar gab es zahlreiche politische Initiativen und Versuche zur Änderung dieses Status Quo. Durchschlagenden Erfolg hatte bisher jedoch keine. Das ist umso erstaunlicher, bedenkt man, dass die Regelung von Energiefragen einer der Gründungspfeiler der Union war.

Urplötzlich erschien das Thema dann jedoch wieder auf dem Tableau. Die russisch-ukrainischen Gasstreitigkeiten zwischen 2006 und 2009, die auch in einigen EU-Ländern zu Lieferunterbrechungen führten, zwangen die EU und ihre Mitgliedstaaten zu einer strategischen Beschäftigung mit der Gasversorgungssituation. Es fand ein Umdenken bzgl. der Zuverlässigkeit russischer Erdgaslieferungen und des Transits durch die Ukraine statt. Die verstärkte Erkenntnis über das weitgehende Ausgeliefertsein gegenüber Energieimporten und darüber, dass die europäische Förderung abnimmt, zwang die EU zur Entwicklung einer Energiestrategie.<sup>328</sup>

„Die russisch-ukrainischen Gaskrisen von 2006 und 2009 bildeten den wichtigsten Impetus und Katalysator für die Initiierung einer gemeinsamen EU-Energiepolitik und eines einheitlichen, weitgehend liberalisierten Energiebinnenmarktes.“<sup>329</sup>

Eine gemeinsame europäische Energiepolitik und die Liberalisierung des Energiebinnenmarktes wurden zur Priorität.<sup>330</sup> Die Maßnahmen der EU im Bereich der Energiepolitik werden mit dem Ziel begründet, die Sicherheit der europäischen Energieversorgung zu verbessern. Die Energiesicherheit (auch Versorgungssicherheit, Energieversorgungssicherheit) ist die übergeordnete Dimension aller Bemühungen der EU im Bereich der Energiepolitik. Alle Ansätze, einen integrierten Energiebinnenmarkt zu schaffen, dienen dem Zweck, Energiesicherheit zu erreichen.<sup>331</sup>

---

<sup>327</sup> Bings, Sophie/Strein, Rudolf: Art. 194. In: Streinz, Rudolf (Hrsg.): Beck'sche Kurz-Kommentare. EUV/AEUV. Vertrag über die Europäische Union und Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union. 3. Auflage, München 2018, Rn. 1.

<sup>328</sup> Vgl. Fischer: Auf dem Weg zur gemeinsamen Energiepolitik, S. 45.

<sup>329</sup> Umbach: Europäische Energiesicherheit, S. 27.

<sup>330</sup> Vgl. Fischer: Auf dem Weg zur gemeinsamen Energiepolitik, S. 45; Vgl. Umbach, Europäische Energiesicherheit, S. 27.

<sup>331</sup> Vgl. Mathioulakis, Michalis: Strategic Elements of the Energy Union and the Role of Regulation in Energy Security. In: Mathioulakis, Michalis (Hrsg.): Aspects of the Energy Union. Application

## 5.4.2 Verankerung der Energiepolitik im Primärrecht

2009 erhielt die EU dann mit Art. 194 AEUV erstmals eine explizite Regelungskompetenz im Bereich der Energiepolitik:

„(1) Die Energiepolitik der Union verfolgt im Geiste der Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten im Rahmen der Verwirklichung oder des Funktionierens des Binnenmarkts und unter Berücksichtigung der Notwendigkeit der Erhaltung und Verbesserung der Umwelt folgende Ziele:

- a) Sicherstellung des Funktionierens des Energiemarkts;
- b) Gewährleistung der Energieversorgungssicherheit in der Union;
- c) Förderung der Energieeffizienz und von Energieeinsparungen sowie Entwicklung neuer und erneuerbarer Energiequellen und
- d) Förderung der Interkonnektion der Energienetze.“<sup>332</sup>

Art. 194 AEUV bündelte und fokussierte bereits bestehende Kompetenzen der EU in einer expliziten primärrechtlichen Kompetenz.<sup>333</sup> Insbesondere bestanden auch vor dem Lissabon-Vertrag Kompetenzen in den Bereichen der Harmonisierung des Energiemarktes, des Umwelt- und Gesundheitsschutzes, der Wettbewerbspolitik und der Zuständigkeit für transeuropäische Netze.<sup>334</sup> Die angespannte Situation im Zuge der russisch-ukrainischen Gaskrisen und die zunehmende Knappheit von Energieressourcen führten zur Notwendigkeit einer einheitlichen europäischen Energiepolitik.<sup>335</sup>

Mit Art. 194 AEUV wurde das ordentliche Gesetzgebungsverfahren in der geteilten konkurrierenden Kompetenz für das Feld der Energiepolitik etabliert.<sup>336</sup> An dieser Stelle soll nicht näher auf die speziellen/konkreten Vorgaben a bis c aus Art. 194 AEUV eingegangen werden, sondern auf die allgemeinen Vorgaben aus dem ersten Absatz. Der Grundsatz der Energiesolidarität bzw. dessen Aufnahme in den Art. 194 AEUV hat eine stark politische Komponente. Der Grundsatz der Energiesolidarität wurde auf Druck der polnischen Regierung hin aufgenommen, die

---

and Effects of European Energy Policies in SE Europe and Eastern Mediterranean, Cham 2021, S.73.

<sup>332</sup> AEUV Art. 194.

<sup>333</sup> Calliess; Christian/Ruffert, Matthias: AEUV Art. 194. In: Calliess; Christian/Ruffert, Matthias (Hrsg.): EUV/AEUV – Das Verfassungsrecht der Europäischen Union mit Europäischer Grundrechtecharta – Kommentar, 5. Auflage, München 2016, Rn. 1 f.

<sup>334</sup> Vgl. Brings/Strein: Art. 194. In: Streinz (Hrsg.): EUV/AEUV, Rn. 3.

<sup>335</sup> Vgl. ebd.

<sup>336</sup> Huhta: The Scope of State Sovereignty Under Article 194(2) TFEU, S. 1007.



dessen Notwendigkeit insbesondere mit Sicherheitsbedenken bezüglich russischer Gaslieferungen begründete. Polen und die baltischen Staaten drohten damit, ihr Veto einzusetzen, sollte der Grundsatz der Energiesolidarität nicht wie gewünscht in Art. 194 AEUV aufgenommen werden.<sup>337</sup> Die allgemeinen Vorgaben des Art. 194 AEUV finden sich auch in den allgemeinen Bestimmungen des AEUV wieder.<sup>338</sup> Durch deren Wiederholung in Art. 194 AEUV wurde deren besondere Bedeutung für die europäische Energiepolitik unterstrichen.<sup>339</sup> Insbesondere relevant für das jüngste EuGH-Urteil zur OPAL-Leitung, nach welcher eine vorige Ausnahmegenehmigung aufgehoben wurde, die Gazprom die überwiegende Nutzung sicherte, ist der „Geist der Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten“ in Art. 194 Abs. 1, nach dem die Gestaltung der Energiepolitik in Europa zu erfolgen sei. Ein gemeinsamer europäischer Weg ist nach Bings/Strein (2018) dem individuellen Vorgehen vorzuziehen. Aufgrund begrenzter Ressourcen und der hohen Abhängigkeit mancher Mitgliedstaaten von einzelnen Lieferländern, ist ein strategisches und gemeinsames Vorgehen notwendig. Aus diesem Solidaritätsgedanken kann zudem u.U. eine Beistandspflicht zur Aufrechterhaltung der Versorgungssicherheit im Notfall herausgelesen werden.<sup>340</sup> Der Binnenmarktbezug kann so gelesen werden, dass der Art. 194 AEUV auf eine interne Zuständigkeit beschränkt ist.<sup>341</sup>

Grundsätzlich ist, wie bei jedem Handel der Unionsorgane, der Umweltschutz zu beachten.<sup>342</sup> Besonders spannend, wenn man die Zusammensetzung des europäischen Energiemix betrachtet. Trotz der Kompetenzbündelung bleibt den Mitgliedstaaten ein erheblicher Souveränitätsvorbehalt. So verbleibt die Wahl der Energiequellen, die Gestaltung der innerstaatlichen Energieversorgungsstruktur und die Nutzung nationaler Energieressourcen nach Art. 194 Abs 2 UAbs.2 AEUV bei den Nationalstaaten.<sup>343</sup>

---

<sup>337</sup> Talus, Kim/McCulloch, James: The interpretation of the principle of energy solidarity - A critical comment on the Opinion of the Advocate General in OPAL. In: Energy Insight Nr. 89, April 2021, S. 1 f; Vgl. Huhta: The Scope of State Sovereignty Under Article 194(2) TFEU, S. 1003; Vgl. Kahl, Wolfgang: Die Kompetenzen der EU in der Energiepolitik nach Lissabon. In: Europarecht EuR, Ausgabe 5, September 2009, S. 607.

<sup>338</sup> Art. 3 Abs. 3 UAbs. 3 EUV

<sup>339</sup> Vgl. Bings/Strein: Art. 194. In: Streinz (Hrsg.): EUV/AEUV, Rn. 32.

<sup>340</sup> Vgl. ebd., Rn. 34.

<sup>341</sup> Vgl. ebd., Rn. 33.

<sup>342</sup> Vgl. ebd., Rn. 35.

<sup>343</sup> Vgl. ebd., Rn. 40.

### 5.4.3 Entwicklungen ab dem dritten Energiebinnenmarktpaket

Im August 2009 wurde mit dem dritten Energiebinnenmarktpaket, das bis dato umfangreichste Paket sekundärrechtlicher Maßnahmen im Bereich der Energiepolitik erlassen. Für den Erdgasmarkt war vor allem die Erdgasrichtlinie (Richtlinie 2009/73/EG) von großer Wichtigkeit. Fortan mussten Betrieb der Pipelines, die Produktion und der Import von Erdgas entflochten werden, das s.g. „Unbundling“. Außerdem musste fortan sichergestellt werden, dass Dritten diskriminierungsfrei Zugang zu Pipelines gewährt werden müsse, gegen Gebühr versteht sich.<sup>344</sup> Für Nord Stream 1 wurde ein 20-jähriger Ausnahmzeitraum vereinbart.<sup>345</sup> Erwähnenswert ist daneben noch die Gründung der europäischen Agentur für die Zusammenarbeit der Energieregulierungsbehörden (ACER), die im Rahmen des Pakets erfolgte. Auch wenn die Aufgabenfülle immer weiterwächst, ist ihr Auftrag rein beratender Natur. Sie soll die nationalen Energieagenturen bei grenzübergreifenden Fragen unterstützen und deren Kooperation fördern.<sup>346</sup>

### Energieunion

Unter der Juncker Kommission wurde ab 2015 mit der „Energieunion“ ein neuer Anlauf gestartet, den Energiesektor stärker zu integrieren. Eine „krisenfeste“ Energieunion sollte das zentrale Instrument werden, um einerseits die europäische Wirtschaft zu modernisieren und andererseits die Klimaziele zu erreichen.<sup>347</sup> Dennoch steht das „krisenfest“ im Vordergrund. Alle Initiativen im Energiebereich der EU gehen auf das Streben nach Energiesicherheit zurück.<sup>348</sup> Die ursprüngliche politische Initiative wurde 2019 als für erfolgreich beendet erklärt.<sup>349</sup>

Die tatsächlichen Erfolge waren jedoch überschaubar. Neben dem politischen Unwillen einiger Mitgliedstaaten, weitere Souveränitätsrechte im Energiebereich an die europäische Ebene abzugeben, sind es vor allem auch technische Defizite, die eine vertiefte Integration und die Vollendung des Energiebinnenmarktes schwierig machen. Allen voran die fehlende Interkonnektion, also die mangelnde

---

<sup>344</sup> Vgl. Westphal: Nord Stream 2 im Kontext der EU-Binnenmarktregeln, (online) 2017.

<sup>345</sup> Lohmann, Heiko: Ausnahme für Nord Stream – EU-Klage für Nord Stream 2 abgewiesen, (online) 2020.

<sup>346</sup> Bonn, Moritz/Reichert, Götz: Der EU-Strombinnenmarkt - Stand und Perspektiven nach der Reform. In: cepInput 04, Juni 2019, S. 3.

<sup>347</sup> Europäische Kommission: Vierter Bericht zur Lage der Energieunion COM(2019) 175, S. 1.

<sup>348</sup> Mathioulakis: Strategic Elements of the Energy Union. In: Mathioulakis (Hrsg.): Aspects of the Energy Union, S. 78.

<sup>349</sup> Logan, Carola: EU Energieunion. Antrieb, Fortschritte und Hindernisse für "das nächste große europäische Integrationsprojekt", Baden-Baden 2020, S.113.

grenzüberschreitende Vernetzung der nationalen Energienetze miteinander. Dies gilt vor allem für Strom aber auch für Pipeline-gebundene Energieträger.<sup>350</sup> Im Erdgassektor hat sich viel getan in den vergangenen Jahren, so ist es z.B. mittlerweile oft möglich, Gas in beide Richtungen einer Pipeline zu schicken, um regionale Lieferschwierigkeiten auszugleichen (Gasflussumkehr/reverse gasflow).<sup>351</sup> Dennoch ist das europäische Erdgasnetz noch weit davon entfernt, z.B. bei Bedarf nordafrikanisches Erdgas flexibel in den Norden zu leiten. Das ist insoweit problematisch, als dass für einen vollständig integrierten Energiemarkt zunächst einmal die technischen Voraussetzungen gegeben sein müssten.

### **Nord Stream 2 und die überarbeitete Erdgasrichtlinie**

In den Augen vieler Beobachter wurde auf Betreiben der Kommission im Mai 2019 eine große Regelungslücke der europäischen Energiepolitik geschlossen. Die überarbeitete Erdgasrichtlinie (Richtlinie EU 2019/692) besagte fortan auch, dass aus Drittstaaten anlandende Erdgaspipelines den europäischen Wettbewerbsregeln unterworfen seien. Insbesondere der Netzzugang Dritter und das Unbundling, das seit der vorherigen Erdgasrichtlinie grundsätzlich nur innereuropäisch galt, wurde nun auch auf Pipelines angewandt, die größtenteils nicht auf dem Gebiet der EU verlaufen. Kritiker dieses Vorstoßes, allen voran Deutschland, sahen darin eine Überschreitung der Kompetenzen. Ziel der Kommission sei es gewesen, die Verhandlungshoheit für Energieinfrastrukturprojekte an sich zu reißen.<sup>352</sup> Hintergrund war das zweite deutsch-russische Ostseepipeline-Projekt Nord Stream 2. Bis zuletzt versuchte Deutschland, das Zustandekommen der Richtlinie zu verhindern oder zumindest eine Ausnahmeregelung für Nord Stream 2 zu erreichen. Die Verzögerungen durch US-Sanktionen gegen die im Bau befindliche Pipeline sorgten letztlich dafür, dass sie nicht zum Stichtag 31. Dezember 2019 fertig wurde und daher theoretisch vollständig unter die neue Richtlinie fällt.<sup>353</sup> Dagegen klagte Gazprom, verlor bisher jedoch.<sup>354</sup>

---

<sup>350</sup> Nettesheim, Martin: AEUV Art. 194. In: Grabitz, Eberhard/Hilf, Meinhard/Nettesheim, Martin (Hrsg.): Das Recht der Europäischen Union – Kommentar, 71. Auflage, München 2020, Rn. 20.

<sup>351</sup> Vgl. Fischer: Auf dem Weg zur gemeinsamen Energiepolitik, S. 145.

<sup>352</sup> Syriopoulos, Christos: Has the Energy Union Strategy Delivered Concrete Solutions to Europe's Energy Security Question? In: Mathioulakis: Aspects of the Energy Union, S. 37.

<sup>353</sup> Vgl. Himmelreich: Nord Stream 2, S. 324.

<sup>354</sup> Vgl. Lütkehus, Rainer: EU-Kommission kann Nord Stream 2 nicht aufhalten, (online) 2021; Lohmann: Ausnahme für Nord Stream, (online) 2020.

### **„Saubere Energie für alle Europäer“-Paket:**

Als weiteres Schlagwort für eine Reihe von Maßnahmen im Energiesektor sind die „Saubere Energie für alle Europäer“-Pakete zu nennen, die der EU ambitionierte Klimaziele auferlegen. Mehrmals wurden die dort festgelegten Ziele verschärft. Nach der jüngsten Verschärfung sollen bis 2030 55 Prozent der Treibhausgasemissionen im Vergleich zum Referenzjahr 1990 eingespart werden. Bis 2050 soll die EU gar komplett klimaneutral sein.<sup>355</sup> Politische Zielsetzungen im Bereich des Klimaschutzes werden immer wichtiger und es ist nur eine Frage der Zeit, bis diese den Erdgassektor ebenfalls massiv betreffen werden. Es ist noch nicht abzuschätzen, ob diese Ziele tatsächlich erreicht werden und welche Konsequenzen diese für den Rohstoff Erdgas haben werden. Bisher wurde Erdgas als das geringere Übel betrachtet. Ein fossiler Rohstoff zwar, aber im Vergleich zu Kohle und Erdöl deutlich weniger klimaschädlich. Ebenso bleibt abzuwarten, ob sich das abzeichnende Revival der Kernenergie in den USA auch in Europa weiter durchsetzt, und sich dessen Anteil an der Stromerzeugung wieder erhöht.

### **5.5 Internationale Organisationen und internationales Recht**

Vor den umfassenden Regelungsinitiativen bis 2019 waren die Erdgasbeziehungen zwischen EU-Mitgliedstaaten und Drittstaaten wie z.B. Russland kaum verrechtlicht, bzw. wurden durch mehr oder weniger spezifische internationale Vertragswerke geregelt. Im internationalen Wirtschaftsrecht ist bereits umstritten, ob der Handel mit Erdgas eine Dienstleistung oder der Handel mit einem Gut ist. Also ist unklar, ob das GATS oder das GATT zur Anwendung kommt. Eine wichtige Regelung von grenzüberschreitenden Energiefragen stellte die Energiecharta (1991) und anschließend der völkerrechtliche Vertrag über die Energiecharta (1993) dar.<sup>356</sup> Sinn und Zweck des Vertragswerks war es, nach dem Ende der Sowjetunion das Weiterbestehen der stark vernetzten Energiesektoren der UdSSR-Nachfolgestaaten sicherzustellen. Wesentliche Inhalte waren Investitionsschutz, Meistbegünstigungsklausel und Streitbeilegungsverfahren. Russland unterzeichnete zwar, ratifizierte den Vertrag jedoch nie. Die Bestimmungen wurden vorläufig trotzdem

---

<sup>355</sup> Pollak, Johannes/Schubert, Samuel R./Slominski, Peter: Die Energiepolitik der EU, Wien 2010, S. 151; Europäische Kommission: Clean energy for all Europeans, Brüssel 2019, S. 4; Europäische Kommission: The European Green Deal. COM(2019) 640, S. 4.

<sup>356</sup> Sander: Deutsch-russische Beziehungen im Gassektor, S.54 f.

angewandt, bis auf das zugehörige Transitprotokoll, das schon damals den Zugang Dritter zu Pipelines vorsah. 2009 zog Russland die Unterschrift schließlich zurück.<sup>357</sup> Begründet wurde dieser Schritt mit Regelungen zum Transit, die man nicht akzeptieren könne. Auch Italien trat 2015 von der Unterschrift zurück.<sup>358</sup>

Was die OPEC für Erdöl ist, sollte das „Gas Exporting Countries Forum“ (GECF) für Erdgas werden. 2008 wurde die Organisation auf Initiative des russischen Präsidenten ins Leben gerufen. Die gasexportierenden Länder sollen innerhalb des GECF ihr wirtschaftliches Vorgehen mit dem Ziel der Gewinnmaximierung koordinieren. Weiterhin soll ein Austausch auf technologischer Basis und der Wissensebene erfolgen. Das GECF konnte jedoch längst nicht die Schlagkraft des OPEC-Kartells erreichen.<sup>359</sup>

Auf der Seite der Importeure besteht keine vergleichbare Institution, die die Nachfrage koordinieren würde. In Teilen erfüllt die IEA einige dieser Aufgaben. Gegründet wurde sie, wie bereits erwähnt, als Reaktion auf die Ölkrise in den 1970er-Jahren, um der Marktmacht der Exporteure etwas durch Koordinierung und Absprache auf Importeurseite entgegenzusetzen. Im Erdgasbereich beschränkt sie sich weitgehend auf Informationsbereitstellung und kaum auf Koordinierung der Mitgliedstaaten.<sup>360</sup> Für die Energiebeziehungen von europäischen Staaten spielt das EU-Recht mittlerweile die größte Rolle. Eine Ausnahme stellen lediglich internationale Schiedsgerichtsverfahren dar.

---

<sup>357</sup> Sander: Deutsch-russische Beziehungen im Gassektor, S. 55.

<sup>358</sup> Fiorelli, Gaetano Iorio: Italy withdraws from Energy Charter Treaty, (online) 2015.

<sup>359</sup> Vgl. Sander: Deutsch-russische Beziehungen im Gassektor, S. 55.

<sup>360</sup> Ebd., S. 56.

## 6 Geographie

Die Geographie (dt.: Erdbeschreibung) ist der zweite Bestandteil des geopolitischen Dreiklangs und zentral für jede geopolitische Analyse. Die Begriffsbestimmung von Geographie ist ähnlich herausfordernd, wie jene der Geopolitik. Auf die Unterscheidung von physischer- und Humangeographie sei an dieser Stelle nochmals hingewiesen, wobei der Fokus auf letzterer liegen wird. Die physischen Grundlagen der Erdgasgeographie Europas sollen für das Verständnis des Themas grundlegend dargestellt werden – ohne Geographie keine Geopolitik. Zunächst muss der Fokus auf Erdgas begründet werden. Erdgas ist ein elementarer Bestandteil des deutschen Primärenergiemixes und wird im Wärmesektor, der Chemieindustrie und in der Stromgewinnung eingesetzt. Dem Rohstoff kommt zudem eine wichtige Rolle bei der geplanten Transition zu Erneuerbaren Energiequellen zu, und zwar als Brückentechnologie bis zur vollständigen Substitution der Fossilen Energieträger. Gas hat den Vorteil, dass es wie Kohle oder Öl punktuell in der Stromerzeugung einsetzbar ist und Nachfragespitzen kurzfristig bedienen kann, wenn regenerative Energien nicht zur Verfügung stehen, d.h. die Grundlast sichert. Gleichzeitig hat Erdgas eine deutlich bessere CO<sub>2</sub>-Bilanz als andere fossile Brennstoffe.<sup>361</sup>

„The major energy development of the 21<sup>st</sup> century is associated with the rise of the natural gas production and consumption, driven primarily by the industrialization of the economy and the growing global energy demand. The share of natural gas within the global primary energy mix increased with the discovery of huge reserves [...] and advanced technologies, which allowed using natural gas as a main fuel or feedstock for power generation.“<sup>362</sup>

Die Gasmärkte sind weltweit stark regionalisiert, es konnte bisher nicht von einem Weltmarkt für Gas gesprochen werden. Der grenzüberschreitende Handel mit Erdgas findet größtenteils in einzelnen Regionen statt. So verfügen Staaten des Nahen Ostens zwar über mehr als 40 Prozent der weltweiten Erdgasreserven, doch spiegelt sich das nicht in einer entsprechenden Stellung auf dem Weltmarkt wider.<sup>363</sup> Bisher war es so, dass der überwiegende Teil des weltweit gehandelten

---

<sup>361</sup> Vgl. Amirova-Mammadova: Pipeline Politics, S. 1 ff.

<sup>362</sup> Vgl. ebd., S. 1.

<sup>363</sup> Sander: Deutsch-russische Beziehungen im Gassektor, S. 59.

Erdgases über Pipelines transportiert wurde, etwa 70 Prozent. Demgegenüber stand der Transport von verflüssigtem Erdgas, dem s.g. LNG (Liquified Natural Gas), der nicht an ein starres Pipelinesystem gebunden ist, mit etwa 30 Prozent. Der geringere Anteil von LNG ging vor allem auf die technisch anspruchsvolle Verflüssigungsinfrastruktur zurück, die den Transport von LNG nur über weite Strecken (mehr als 3.000 Kilometer) rentabel machte. Aber auch die Errichtung von Pipelinesystemen ist finanziell so anspruchsvoll, dass sie nur durch langfristige Abnahmeverpflichtungen realisierbar ist.<sup>364</sup> Die relative Nähe großer Vorkommen in Russland in Kombination mit dem hohen Energiegehalt des dortigen Erdgases, machten die russischen Vorkommen so begehrenswert für Europa.

„Bezogen auf die Erdgasvorkommen liegt Europa in einer geographisch äußerst günstigen Position: 80 Prozent der Weltreserven liegen in einem Umkreis von rund 4000 Kilometern – also just jener Distanz, für die der Transport von Erdgas über Pipelines rentabel ist.“<sup>365</sup>

## 6.1 Erdgasvorkommen

Erdgas entstand vor Millionen Jahren aus auf dem Meeresboden abgelagertem organischem Material, das von Gesteinsschichten bedeckt wurde und sich unter hohem Druck zu Kohlenwasserstoffen gewandelt hat. Im Wesentlichen besteht Erdgas aus Methan, kann daneben aber noch andere Gase wie Butan, Propan, Ethen oder Helium enthalten. Zu unterscheiden ist s.g. „High Calorific Gas“, das einen hohen Energiegehalt aufweist und in Europa und Umgebung und v.a. in Russland und der Nordsee vorkommt, von „Low Calorific Gas“ mit einem niedrigeren Energiegehalt, solche Vorkommen finden sich z.B. in der norddeutschen Tiefebene.<sup>366</sup> Erdgasvorkommen finden sich fast immer dort, wo es auch Erdöl gibt, dessen Entstehungsprozess etwa der gleiche ist. Vorkommen können aber von einem der beiden Stoffe dominiert werden.<sup>367</sup>

Zunächst ist zwischen konventionellen und unkonventionellen Erdgasvorkommen zu unterscheiden. Konventionelle Vorkommen sind diejenigen, die am kostengünstigsten ausgebeutet werden können, da sie relativ leicht erschließbar

---

<sup>364</sup> Sander: Deutsch-russische Beziehungen im Gassektor, S. 59.

<sup>365</sup> Hoffmann: Renaissance der Geopolitik?, S. 221.

<sup>366</sup> O.V.: Energie aus der Urzeit, (online) o.J.

<sup>367</sup> Vgl. Neukirchen/Ries: Die Welt der Rohstoffe, S. 289 ff.

sind. Vereinfacht können sie als unterirdische unter Druck stehende Blasen veranschaulicht werden, die lediglich angebohrt werden müssen, um das herausströmende Gas aufzunehmen. Irgendwann sind auch hier zusätzliche Maßnahmen nötig, um den nötigen Druck aufrechtzuerhalten, z.B. durch Einleiten von Wasser. Eine andere Unterscheidung ist die zwischen Ressourcen und Reserven. Ressourcen sind Lagerstätten, von deren Existenz man weiß oder sich ziemlich sicher ist. Reserven sind der Teil der Gesamtvorkommen, die ausbeutbar sind. Je nach technologischen Möglichkeiten und Höhe des Gaspreises, steigen oder sinken diese. Zwar sind die Ressourcen abschätzbar und endlich, doch ist so erklärbar, warum davon die Rede ist, dass die Erdgasreserven in den vergangenen Jahren massiv gewachsen sind.<sup>368</sup> Nicht ausgeschlossen ist auch weiterhin die Entdeckung großer unbekannter Gasfelder, z.B. in der Arktis. In den vergangenen Jahren wurden jedoch nur wenige solcher Entdeckungen gemacht.<sup>369</sup>

In den vergangenen Jahren sind jedoch die Reserven weltweit massiv gewachsen. Nicht weil große neue Vorkommen entdeckt wurden, sondern weil bisher als nicht förderbar bewertete Ressourcen nun als Reserven bewertet wurden. Neue Technologien und zeitweise hohe Rohstoffpreise haben die Ausbeutung von bisher nicht einbezogenen Vorkommen möglich gemacht, den s.g. unkonventionellen Vorkommen. Das sind Vorkommen, die nicht ohne weiteres zugänglich sind, da sie z.B. in Schiefergestein oder Kohleflözen eingeschlossen sind. Um das eingeschlossene Gas herauszulösen, muss das Gestein aufgebrochen werden. Das passiert durch Horizontalbohrungen, Sprengungen und durch das Hereinpressen von mit Lösungschemikalien versetztem Wasser unter hohem Druck, das s.g. „Fracking“.<sup>370</sup> Über die größten weltweiten Erdgasreserven, konventionelle wie unkonventionelle, verfügt der Iran mit 18,2 Prozent. Danach folgt Russland mit 17,4 Prozent der weltweiten Reserven.<sup>371</sup> Die USA konnten durch den massiven Einsatz von Fracking sowohl im Erdgas- als auch Erdölbereich vom Importeur zu einem der größten Exporteure weltweit aufsteigen.<sup>372</sup>

Ein unmittelbar bevorstehender „Peak Gas“, also das Erreichen der Höchstfördermenge, analog zum „Peak Oil“, wurde zwar immer wieder prophezeit, ist

---

<sup>368</sup> Vgl. Vgl. Neukirchen/Ries: Die Welt der Rohstoffe, S. 305 ff.

<sup>369</sup> Vgl. Wagner: Was sind die Energien des 21. Jahrhunderts?, S. 148 f.

<sup>370</sup> Vgl. o.V.: Erdgas aus unkonventionellen Lagerstätten, (online) 2021.

<sup>371</sup> Hartmann, Christian/Beyer, Jürgen: Erdgas-Reserven, (online) 2016.

<sup>372</sup> Hohmann, Marius: Ranking der größten Erdgasexporteure weltweit im Jahr 2019, (online) 2020.



jedoch nie eingetreten und auch aktuell noch in weiter Ferne.<sup>373</sup> Allerdings sieht es danach aus, als hätte die europäische Erdgasförderung ihren Peak erreicht. Die Vorkommen der beiden Hauptförderländer Norwegen und der Niederlande gehen zur Neige. Das sich leerende Gasfeld Groningen in den Niederlanden destabilisierte den Untergrund so weit, dass in einer Gegend so groß wie Berlin zahlreiche kleinere Erdbeben auftraten und in Zukunft massive Erschütterungen bis zur Stärke 6,5 denkbar sind. Die Förderung wurde deshalb schon ab 2015 heruntergefahren. Auch die Offshore-Vorkommen gehen zur Neige. Die Situation der Förderung in Norwegen erscheint zunächst weniger dramatisch, wird in den nächsten Jahren allerdings auch zurückgehen.<sup>374</sup> Mit zunehmendem Abschmelzen der Polarkappen, könnte dagegen die Erschließung bisher außenvorgelassener arktischer Vorkommen rentabel werden.<sup>375</sup>

## 6.2 Verbrauch und Prognosen

Die europäische Region inkl. der Türkei ist der größte Erdgasimporteur der Welt mit jährlich mehr als 400 Mrd. Kubikmeter.<sup>376</sup> Deutschland verbraucht ungefähr 90 Mrd. Kubikmeter Erdgas pro Jahr. Davon wurde ein Bruchteil aus nationaler Förderung gedeckt, mit abnehmender Tendenz.<sup>377</sup> 1987 machte Erdgas 17 Prozent des bundesdeutschen Primärenergiebedarfs aus, 2021 ca. 27,5 Prozent.<sup>378</sup> Mehr als 90 Prozent des deutschen Erdgasbedarfs wird und wurde über den Import gedeckt. Nach einer bp-Studie, waren die Hauptlieferanten im Untersuchungszeitraum v.a. Russland mit 50,7 Prozent, Norwegen mit 25,4 Prozent und die Niederlande mit 21,4 Prozent.<sup>379</sup> Erdgas nahm im Untersuchungszeitraum im Bereich der Stromerzeugung keine dominierende Stellung ein. 2020 betrug der Anteil 16 Prozent, während die EE 45 Prozent der Bruttostromversorgung ausmachten. Kohleverstromung und Kernenergie machten zusammen 35 Prozent aus.<sup>380</sup> Durch den Ausstieg aus Kohle- und Atomenergie könnte sich der Anteil von Erdgas an der Stromerzeugung

---

<sup>373</sup> Vgl. Neukirchen/ Ries: Die Welt der Rohstoffe, S. 301 ff.

<sup>374</sup> Reuter, Benjamin: Europa geht das Erdgas aus, (online) 2015.

<sup>375</sup> Krüger, Stephanie: Risiko: Öl und Gas aus der Arktis. (online) 2020.

<sup>376</sup> Grigas: The New Geopolitics of Natural Gas, S. 137.

<sup>377</sup> O.V.: Gas, (online) o.J.; Hohmann: Erdgasverbrauch in Deutschland in den Jahren von 1980 bis 2019, (online) 2020.

<sup>378</sup> Pohl: Geschäft und Politik S. 170; Eigene Berechnung nach: O.V.: Bilanzen 1990 bis 2030, Bilanz 2021 Tabelle, (online) 2023.

<sup>379</sup> O.V.: Statistical Review of World Energy 2020, S. 43.

<sup>380</sup> O.V.: Bruttostromerzeugung 2020, (online) 2021.

deutlich erhöhen. Die weit wichtigere Position nahm Erdgas im Bereich der Wärmeerzeugung in Privathaushalten ein. Mit ca. 44 Prozent war Erdgas der wichtigste Energieträger des Wärmemarktes.<sup>381</sup> Daneben ist Erdgas für einen weiteren Bereich elementar, der oft vergessen wird. Die deutsche Chemieindustrie ist auf Erdgas als Rohstoff angewiesen. Allein der BASF-Standort Ludwigshafen hat einen Erdgasbedarf, der den von Berlin übersteigt.<sup>382</sup> Aus Erdgas werden u.a. Wasserstoff und im weiteren Verfahren Ammoniak gewonnen, ein Grundstoff der Düngemittelproduktion.<sup>383</sup>

Es macht den Eindruck, dass die Rolle Russlands bei der deutschen Erdgasversorgung in vielen Verlautbarungen offizieller deutscher Institutionen kleiner gemacht werden sollte, als sie ist. So wurde ab 2015 in der Erdgasstatistik des Bundesamtes für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle bei der Entwicklung der Erdgaseinfuhr nicht mehr nach Ursprungsländern unterschieden. Begründet wurde das mit „Datenschutzgründen“. Auf der zugehörigen Webseite wurde der zahlenmäßig wichtigste Importeur nicht erwähnt.<sup>384</sup> Die letzten offiziellen Zahlen auf der Seite des Wirtschaftsministeriums stammen von 2016 und nennen zwar die Importanteile Norwegens (31 Prozent) und der Niederlande (22 Prozent), der russische Anteil aber wird unter „Sonstige“ mit 41 Prozent zusammengefasst.<sup>385</sup> Nun könnte man anmerken, dass, in Hinblick auf den Vergleich von historischem und jüngerem Erdgasprojekt, nur beim jüngeren die Relevanz von Erdgas gegeben war, da der Anteil am Energiemix damals viel geringer war. Jedoch ging man schon damals überwiegend von einem steigenden Bedarf aus.

Darüber, wie sich die Nachfrage und das Angebot von Erdgas in Europa entwickeln werden, lassen sich kaum gesicherte Aussagen treffen. Es existieren zwar zahlreiche Prognosen, die in ihren Aussagen aber oft einander widersprechen. Zu viele Unbekannte machen die Vorhersagen schwierig: Wie wird sich die Nachfrage in Europa entwickeln? Welche Auswirkungen werden die immer schärfer werdenden Klimaziele auf den Fossilen Energieträger Erdgas haben? Wird Russland wieder eingebunden werden? Welche Rolle wird Flüssiggas in Zukunft spielen?

---

<sup>381</sup> O.V.: Gas, (online) o.J.

<sup>382</sup> Vgl. Schwager, Harald: Für eine sichere Erdgasversorgung. In: Creating Chemistry, Vierte Ausgabe 2014, S. 35.

<sup>383</sup> O.V.: Drei Praxisbeispiele für den Einsatz von Gas in der Industrie, (online) 2017.

<sup>384</sup> O.V.: Erdgasstatistik, (online) o.J.: Siehe dort Excel-Tabelle „Entwicklung des deutschen Gasmarktes“, Blatt „Importe 2019-1960“.

<sup>385</sup> O.V.: Erdgasversorgung in Deutschland, (online) 2021.

Weltweit wird überwiegend erwartet, dass der Anteil von Erdgas sowohl absolut als auch im Verhältnis zu anderen Energieträgern deutlich anwachsen wird. Treiber dafür sind vor allem China und Indien.<sup>386</sup> Wie sich der europäische Verbrauch entwickeln wird, ist umstritten. Durch den vermehrten Einsatz von Erdgas in der Stromerzeugung stieg dessen Anteil am Energiemix seit den 1990er-Jahren stark an. Allerdings verlangsamte sich das Wachstum deutlich ab den 2000er-Jahren. Nach der Finanzkrise konnte 2009 sogar ein deutlicher Einbruch in der Erdgasnachfrage beobachtet werden. Ab 2011 war der Anteil von Erdgas am europäischen Energiemix eine Zeit lang rückläufig. Von den 2000er-Jahren bis heute betrachtet, lässt sich weitgehende Stagnation feststellen.<sup>387</sup> Auf Deutschland bezogen lässt sich diese Entwicklung weitgehend bestätigen. Wobei ab 2019 bis zum Ende des Untersuchungszeitraums wieder eine leichte Steigerung der Erdgasimporte zu beobachten war.<sup>388</sup>

Bisher ging man davon aus, dass der Erdgasanteil schon alleine deshalb steigen wird, weil Erdgas im Vergleich zu anderen FE, wie Kohle und Erdöl, deutlich bessere Klimaeigenschaften hat und diese bis zum vollen Ersatz durch EE ersetzen würde.<sup>389</sup> Zunehmend gerät aber auch Erdgas in die Kritik.<sup>390</sup> Prognosen über den Erdgasverbrauch lagen in der Vergangenheit oft daneben. Mehrmals wurde das goldene Zeitalter des Erdgases ausgerufen.<sup>391</sup> Eine Mehrheit der Prognosen geht jedoch von einer leicht steigenden Erdgasnachfrage aus, bedingt in erster Linie durch Kohle- und Atomausstieg.<sup>392</sup> Sicherer scheint, dass unabhängig davon, ob der Erdgasbedarf insgesamt steigt, der Anteil von russischem Importgas in die EU zunehmen wird. Verantwortlich dafür ist der stetige, wenn auch moderate Rückgang der europäischen Förderung.<sup>393</sup> Die Gründe für den Rückgang wurden bereits dargelegt. Eine weitere Variable, die den zukünftigen Gasbedarf beeinflussen könnte, ist die zunehmende Energieeffizienz der europäischen Volkswirtschaften. Hier besteht neben dem Einsatz von EE das größte Einsparungspotenzial.<sup>394</sup>

---

<sup>386</sup> Grabau, Martina: Gas Games. Der Wandel der europäischen Erdgasaußenpolitik infolge der Ukraine-Krise Wiesbaden 2018, S. 101 f.

<sup>387</sup> Ebd., S. 102 ff.

<sup>388</sup> O.V.: Erdgasstatistik, (online) o.J.: Siehe dort Excel-Tabelle „Entwicklung des deutschen Gasmarktes“, Blatt „Importe 2019-1960“.

<sup>389</sup> Fischer: Auf dem Weg zur gemeinsamen Energiepolitik, S. 141.

<sup>390</sup> Vgl. Rüsberg, Kai: Erdgas ist ein Klimaschädling genau wie Kohle, (online) 2020.

<sup>391</sup> Vgl. Grigas: The New Geopolitics of Natural Gas, S. 1 ff.

<sup>392</sup> Grabau: Gas Games, S. 107 f.

<sup>393</sup> Vgl. ebd., S. 107 f.

<sup>394</sup> Vgl. Grigas: The New Geopolitics of Natural Gas, S. 150 f.

Einige Experten hegten im Untersuchungszeitraum Zweifel daran, ob Russland technologisch überhaupt in der Lage wäre, einen steigenden Erdgasbedarf zu bedienen. Zum einen ging es hier um die Frage, wann der Peak Gas erreicht sein würde. Manche sahen ihn schon als überschritten an. Andere Prognosen gingen von einem Erreichen der Höchstfördermenge erst ca. 2050 aus.<sup>395</sup> Zum anderen sind es vor allem technologische Hürden, die die Förderung gefährden könnten. Allein um das Förderniveau zu halten, müssten neue Gasfelder in der Barentssee und auf der Jamal-Halbinsel erschlossen werden.<sup>396</sup> Was nur teilweise passiert ist. Die teilweise Offshore-Förderung und auftauender Permafrostboden stellen teure technologische Herausforderungen für die Zukunft dar.<sup>397</sup> Auch das innerrussische Pipelinesystem benötigt erhebliche Investitionen. Noch 2002 sprach Gazprom offiziell davon, dass 80 Prozent des russischen Gastransportsystems unmittelbar vor dem Zusammenbruch stünden.<sup>398</sup>

Neben Wasserstoff sind es vor allem Biogas und synthetisches Gas, die zukünftig eine große Rolle spielen sollen. Da es sich ebenfalls um Methan handelt, kann es problemlos in vorhandene Pipelinenetze eingespeist und mit Erdgas vermischt werden. Ziel der Bundesregierung ist es, den Anteil von Biomethan zu erhöhen.<sup>399</sup> Auch auf europäischer Ebene sollen bestehende Pipelines in mittelfristiger Zukunft zum Wasserstofftransport genutzt werden.<sup>400</sup> Spannend wird die weitere Entwicklung des Marktes für Flüssiggas zu beobachten sein. Sollte LNG dauerhaft den Aufstieg zum Global Player schaffen, wäre ein liberalisierter globaler Erdgasmarkt ähnlich wie bei Erdöl denkbar, wie es Agnia Grigas (2017) modelliert.<sup>401</sup> LNG hat den Vorteil, dass es per Frachter transportiert werden und somit weltweit verfügbar sein kann. Methan, der Hauptbestandteil von Erdgas, lässt sich jedoch nur mit großem Aufwand verflüssigen. Wird es auf -162 Grad heruntergekühlt, reduziert sich das Volumen auf ein Sechshundertstel. Dafür ist ein erheblicher Energieeinsatz notwendig, der sich nur bei hohen Gaspreisen lohnt. Hinzu kommen Infrastrukturanforderungen wie Verflüssigungsanlagen,

---

<sup>395</sup> Götz, Roland: Prognosen der Gasförderung sowie des Gasexportpotentials Russlands. In: Diskussionspapier Forschungsgruppe Russland/GUS FG 5 2007/06, April 2007, S. 2 f.

<sup>396</sup> Ebd., S. 5 f.

<sup>397</sup> Ebd., S. 7 f.; Bos, Chanan: Melting Permafrost Claims Its First Major Victim, Russia's Oil & Gas Network, (online) 2020.

<sup>398</sup> Umbach: Globale Energiesicherheit, S. 214.

<sup>399</sup> O.V.: Gas, (online) o.J.

<sup>400</sup> Bollinger-Kanne, Josephine: Gasnetz für Wasserstoff in Europa geplant, (online) 2020.

<sup>401</sup> Siehe Grigas: The New Geopolitics of Natural Gas.

Verladeterminals, Kühlschiffe und Wiederverflüchtigungsterminals in den Zielhäfen, wo das LNG wieder gasförmig den Pipelinenetzen zugeführt wird. Für Länder wie Katar, die zwar über gigantische Erdgasvorkommen, aber keine Abnehmer in Pipeline-Reichweite verfügen, ist der Vertrieb von LNG die einzige Möglichkeit, dieses zu veräußern.<sup>402</sup> In Europa existieren LNG-Anlandeterminals schon seit den 1960er-Jahren, damals vor allem für nordafrikanisches LNG. Die EU treibt den Ausbau der LNG-Infrastruktur seit den 2010er-Jahren massiv voran.<sup>403</sup> Im Untersuchungszeitraum existierten 36 LNG-Terminals in Europa mit einer theoretischen Kapazität von 241 Mrd. Kubikmeter pro Jahr, mehr als die Hälfte des europäischen Gesamtbedarfs. Deren Auslastung lag lange bei lediglich 40 Prozent.<sup>404</sup> In der geringen Auslastung sahen einige ein massives Problem des LNG-Marktes und sprachen teilweise von einer Blase, die zu platzen drohe. Es war die Rede von einer massiven Übersättigung des LNG-Marktes. Viele geplante LNG-Infrastrukturprojekte standen deshalb vor dem Aus.<sup>405</sup> Bis der Krieg in der Ukraine und der weitgehende Lieferstopp russischen Pipeline-gases diese Entwicklung womöglich wieder umkehrten.

### **6.3 Erdgasinfrastruktur**

Betrachtet man das europäische Pipelinenetz auf der kleinsten Ebene, sieht es aus wie der Blutkreislauf eines Organismus, der sich wie ein feines Netz über ganz Europa legt. Mit feinsten Äderchen, aber auch großen Hauptschlagadern. Der Übersichtlichkeit zuliebe, sollen im Folgenden nur die Hauptschlagadern, die Europa im Untersuchungszeitraum mit Erdgas versorgten, seziert werden. Zunächst mit einer Übersichtskarte, bevor auf einige wenige genauer eingegangen werden soll. Es handelt sich um die theoretischen Höchstkapazitäten der Pipelines bzw. Pipelinekorridore, die von Drittländern und den Niederlanden in die EU führen. Die Kreise entsprechen in ihrer Größe der Kapazität und machen deutlich, durch welche unterschiedlichen Dimensionen der Erdgasimport in Europa geprägt ist. Durch die Ukraine verlaufen eine Vielzahl von Pipelines, teilweise parallel, diese wurden zum

---

<sup>402</sup> Neukirchen/Ries: Die Welt der Rohstoffe, S. 301.

<sup>403</sup> Vgl. Grigas: The New Geopolitics of Natural Gas, S. 143 ff.

<sup>404</sup> Löffelholz, Julia: 36 LNG-Terminals, (online) 2020.

<sup>405</sup> Vgl. Witsch, Kathrin: Mehr Angebot als Nachfrage – die LNG-Blase droht zu platzen, (online) 2020.

„Ukrainischen Korridor“ zusammengefasst. Exportländer sind rot hinterlegt, Importländer blau.

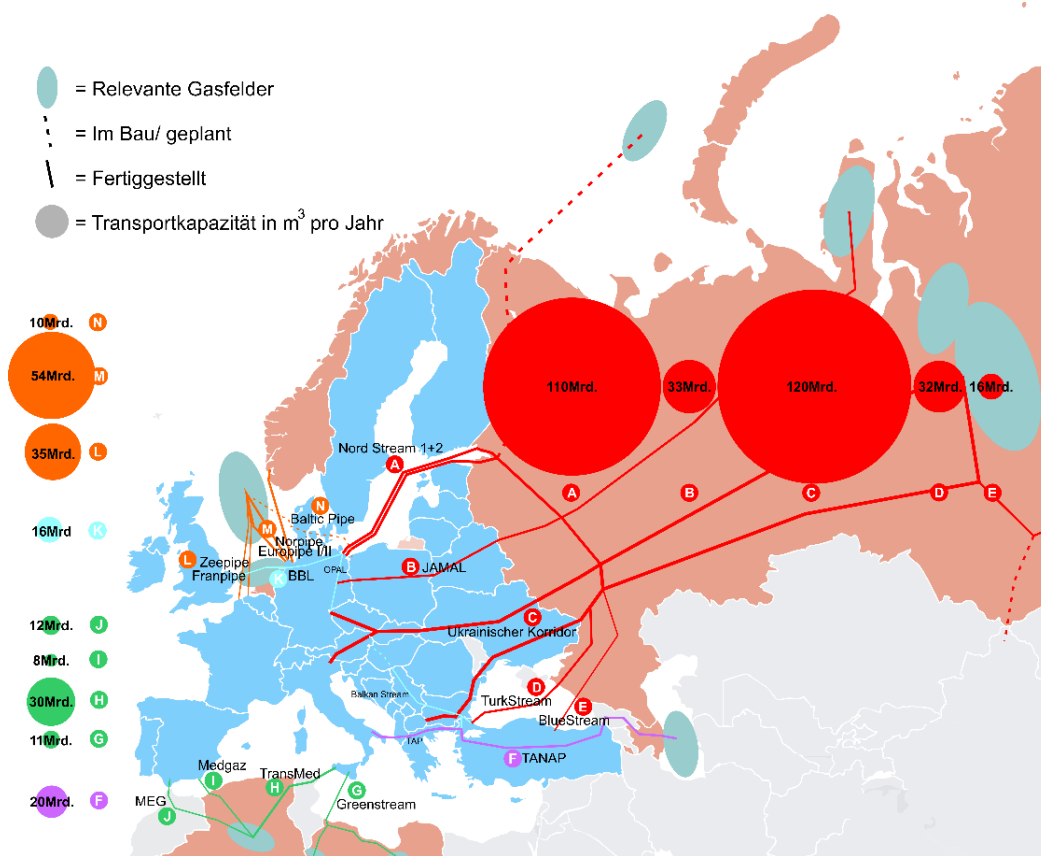


Abbildung 5: Vereinfachte Darstellung einer Auswahl der europäischen Erdgasimporttroutrouten mit theoretischer jährlicher Gesamtkapazität und den wichtigsten angeschlossenen Gasfeldern. Stand 2021. Rot hinterlegte Länder sind Nettoexporteure, blau hinterlegte Importeure.<sup>406</sup>

Ein besonderer Fokus auf die deutsche Rolle ist auch deshalb gerechtfertigt, weil die Bundesrepublik nicht nur der größte Verbraucher von (russischem) Erdgas war, sondern auch als Verteilerhub fungierte:

<sup>406</sup> Eigene Darstellung basierend auf: Fineren, Daniel: UPDATE 1-Dutch-UK BBL gas pipe to flow 19.2 bcm/yr by 2011, (online) 2008; Schulte, Simon: Nord Stream 2 und ukrainisches Gastransport-system: Beide wichtig für kosteneffiziente Gasversorgung, (online) 2020; o.V.: Gas, (online) o.J.; Gurkov, Andrey: Gazprom verliert Monopol - Gasmarkt in Südosteuropa in Bewegung, (online) 2021; Musso, Marta: The Transmediterranean gas pipeline: a political history, Cambridge 2015; o.V.: The Oil and Gas Pipeline System, (online) o.J.; Riva, Joseph P., et. al.: Location of major gas fields, (online) o.J.; Riegert, Bernd: Westen oder Russland: Wo steht Belarus? (online) 2020; Vgl. Johnston, Robert et. al.: The Russian Gas Sector: A Political Risk Case Study, Houston 2014, S. 1 ff.; Vgl. Kocak, Konur Alp/De Micco, Pasquale: Auf der Suche nach Gasfernleitungen. Energiepolitik der EU und der östlichen Partnerländer: Die Sicherheit im Vergleich zu den Vorteilen der Transitleitungen, Brüssel 2016, S. 1 ff.; Vgl. Hayes, Mark H.: Algerian Gas to Europe: The Transmed Pipeline And Early Spanish Gas Import Projects, Stanford 2004, S. 1 ff.

„Deutschland ist nicht nur der wichtigste Abnehmer russischen Gases, sondern spielt auch eine Schlüsselrolle bei dessen Weiterleitung nach Westeuropa.“<sup>407</sup>

Lange war die Ukraine als Transitland unumgänglich, ein Großteil aller Erdgaslieferungen nach Westeuropa, flossen durch das ukrainische Pipelinesystem (UGTS).<sup>408</sup> Seit Nord Stream 1 und spätestens seit 2020/21 hat sich diese Beinahe-Monopolstellung jedoch durch die Fertigstellung mehrerer Umgehungspipelines deutlich abgeschwächt. Wie der vorangegangenen Karte zu entnehmen ist, wäre nach Fertigstellung von Nord Stream 2 rein zahlenmäßig die vollständige Umgehung der Ukraine möglich gewesen. Die Angriffe auf die Monopolstellung des ukrainischen Pipelinesystem begannen jedoch schon früher. Z.B. durch die Jamal-Pipeline durch Weißrussland und Polen, die 1999 fertiggestellt wurde, oder durch Blue Stream, der direkten Anbindung der Türkei an russische Vorkommen.<sup>409</sup>

Einen weiteren Hinweis auf die Motivation der deutschen Bundesregierung, an Nord Stream 2 festzuhalten, geben gescheiterte europäische Pipeline-Großprojekte, wie die trotz intensiver Planungen eingestellte Nabucco-Pipeline oder das zumindest in seiner ursprünglichen Form gescheiterte bulgarisch-russische Projekt South Stream. Lange sah es so aus, als wäre das Nabucco-Projekt des österreichischen OMV-Konzerns eine zukünftige Möglichkeit, Europa unabhängiger von russischem Erdgas zu machen und das aserbaidische Gasfeld Shah-Deniz dem europäischen Gasmarkt zugänglich zu machen. Überraschend scheiterte das Projekt jedoch, da sich Aserbaidschan für die Alternativ-Pipeline TAP entschied.<sup>410</sup> Die Transadriatische Pipeline (TAP) bringt in Verlängerung der Transanatolischen Pipeline (TANAP) Erdgas aus Aserbaidschan durch Georgien, die Türkei, Griechenland, Albanien und Bulgarien nach Süditalien. Seit 2020 ist die 878 Kilometer lange Pipeline in Betrieb und soll jährlich bis zu 20 Mrd. Kubikmeter Erdgas transportieren. Die Marktmacht des Konzerns Gazprom wurde in den angeschlossenen Ländern deutlich reduziert, vor allem aber in Bulgarien, wo der russische Konzern bis dato das Monopol auf dem Erdgasmarkt besaß.<sup>411</sup>

---

<sup>407</sup> Schöllgen: Brandts Röhren, Putins Gas, (online) 2017.

<sup>408</sup> Vgl. Kardas: Vorübergehende Stabilisierung, S. 1 ff.

<sup>409</sup> Vgl. Götz: Die Zukunft des ukrainischen Gastransmissionssystems, S. 2.

<sup>410</sup> O.V.: Milliarden schweres EU-Pipeline-Projekt gescheitert, (online) 2013.

<sup>411</sup> Gurkov: Gazprom verliert Monopol, (online) 2021.

Als nach den Lieferschwierigkeiten von russischem Gas in Richtung EU im Zuge der Gasstreitigkeiten zwischen Ukraine und Russland auch europäische Akteure Alternativrouten anstrebten, die die Ukraine umgehen, wurde das South Stream Projekt 2009 initiiert. Direkt von Russland sollte durch das Schwarze Meer 63 Mrd. Kubikmeter Gas nach Bulgarien fließen. Die Bauarbeiten waren in vollem Gange, als Russland 2014 die Krim annektierte. Nach massivem Druck aus den USA und auch vonseiten der EU stellte die bulgarische Seite die Arbeiten ein. Doch Gazprom baute weiter. Russland gelang es, einen Deal mit der Türkei zu erreichen. So wurde aus South Stream Turkish Stream (heute: TurkStream) und der Verlauf wurde leicht angepasst, um im europäischen Teil der Türkei anzulanden.<sup>412</sup> Durch die Hintertür konnte die ursprünglich geplante Alternativroute in abgewandelter Form doch noch realisiert werden. Über die nun bestehende russisch-türkische Pipeline TurkStream werden seit 2021 mittels der neuen Anschlussleitung Balkan Stream auch Serbien und Ungarn mit russischem Erdgas beliefert.<sup>413</sup> Daneben existiert mit Blue Stream bereits seit 2003 eine weitere russisch-türkische Schwarzmeer-Pipeline an einer Stelle, an der sich beide Länder deutlich näher sind (1.213 Kilometer).<sup>414</sup>

Weiterhin sind für die Zukunft zahlreiche Projekte in Planung, wie z.B. die Eastring-Pipeline, die die Slowakei an Pipelines auf dem Balkan anbinden soll.<sup>415</sup> Neben den deutsch-russischen Pipelines wurde in der Ostsee von Polen und Dänemark während des Untersuchungszeitraums ein weiteres Unterwasserpipelineprojekt vorangetrieben. Die 900 Kilometer lange Baltic-Pipe bringt seit Oktober 2022 norwegisches Erdgas nach Polen und löste so weitgehend die polnische Abhängigkeit von russischem Erdgas. Die Realisierung verzögerte sich jedoch immer wieder. Die geplante Kapazität, die jährlich nach Polen fließen soll, wurde mit 10 Mrd. Kubikmeter angegeben.<sup>416</sup> Im September 2022 wurde die Pipeline fertiggestellt und im Oktober in Betrieb genommen.<sup>417</sup>

Die Ostsee-Pipeline-Anbindungsleitung (OPAL) verbindet die von Russland kommenden Nord Stream 1-Pipelines ab dem deutschen Anlandepunkt Lubmin mit

---

<sup>412</sup> Ehrlich, Issio: Erdogans kühne Träume, (online) 2020.

<sup>413</sup> O.V.: Serbien schließt sich an Pipeline Balkan Stream an, (online) 2021.

<sup>414</sup> O.V.: Blue Stream. Russische Erdgaslieferungen in die Türkei, (online) 2021.

<sup>415</sup> O.V.: Eastring Gone Wild, (online) 2020.

<sup>416</sup> O.V.: Ostsee-Offshore-Pipeline, (online) 2021.

<sup>417</sup> O.V.: Baltic Pipe, (online) o.J.



dem Netzkopplungspunkt Brandov in Tschechien. Sie ist 473 Kilometer lang und hat eine jährliche Transportkapazität von 36 Mrd. Kubikmeter Erdgas, was ca. einem Drittel des deutschen Jahresverbrauchs entspricht.<sup>418</sup> Nach 3 Jahren Bauzeit transportierte die Pipeline 2011 das erste russische Erdgas nach Süden.<sup>419</sup> Anteilseigner und Betreiber der OPAL Gastransport GmbH & Co waren im Wesentlichen Wintershall Dea und Gazprom.<sup>420</sup> 2009 beschloss die deutsche Bundesnetzagentur (BNetzA) eine Ausnahmeregelung von damaligen EU-Wettbewerbsregeln und erlaubte eine Nutzung von 50 Prozent der Kapazität für Gazprom.<sup>421</sup> 2016 erhöhte sie diese Ausnahmeregelung noch einmal, sodass mehr als 80 Prozent durch Gazprom genutzt werden konnten. Beide Male stimmte die Kommission den Ausnahmeregelungen zu.<sup>422</sup> Gegen diese Entscheidung klagte Polen, das den Grundsatz der Energiesolidarität verletzt sah, und gewann nach einem langwierigen Prozess schließlich vor dem EuG.<sup>423</sup> Die Entscheidung der Kommission wurde nach Einlegen von Rechtsmitteln durch die Bundesrepublik dann auch letztinstanzlich vor dem EuGH für nichtig erklärt.<sup>424</sup>

---

<sup>418</sup> O.V.: OPAL - north-west Europe's largest natural gas pipeline, (online) o.J.

<sup>419</sup> Domagala-Pereira: OPAL-Pipeline entzweit Polen und Deutschland, (online) 2017.

<sup>420</sup> O.V.: WIGA, (online) o.J.

<sup>421</sup> Talus/McCulloch: The interpretation of the principle of energy solidarity, S. 2.

<sup>422</sup> Vgl. Beschluss BNetzA Az. BK7-08-010; Vgl. o.V., Bundesnetzagentur verfügt sofortige Umsetzung des OPAL-Urteils des Europäischen Gerichts, (online) 2019; Siehe: Beschluss der Kommission C(2016) 6950 vom 28.10.2016.

<sup>423</sup> Siehe EuG Rechtssache T-883/16.

<sup>424</sup> Siehe EuGH Rechtssache C-848/19 P.

## 7 Strategie

Die strategische Ebene ist neben der Historie und der Geographie der dritte Bestandteil des geopolitischen Dreiklangs. Die Strategie, die der deutschen Erdgaspolitik zugrunde liegen müsste, ergibt sich aus einem logischen Schluss: Ein hochentwickeltes Industrieland ist auf eine sichere Versorgung mit Energie angewiesen. Die sichere Energieversorgung ist demnach ein elementares Interesse. Also versucht der Staat diese durch sein Handeln sicherzustellen. Zur Logik kommt die Empirie. Die Sicherstellung der Energieversorgung ist eines der zentralsten staatlichen Anliegen und wird deshalb in den meisten Ländern als staatliche Aufgabe und darüber hinaus als Feld der Außen- und Sicherheitspolitik betrachtet.

„Energiepolitik zählt zu den zentralen Aufgaben jeder Regierung. Regierungen setzen sich in ihrer Energiepolitik bestimmte Ziele, die sie erreichen möchten und anhand derer sie ihren Erfolg messen.“<sup>425</sup>

Energiesicherheit ist kein Selbstzweck, sondern dient dem Gemeinwohl einer Gesellschaft.<sup>426</sup> Hier kann auf bestehende Konzepte der Energiesicherheit zurückgegriffen werden, die sich aus der Notwendigkeit einer sicheren Energieversorgung ergeben. Strategie soll daher praxisnah definiert werden. Auch wenn im Rahmen dieser Arbeit eine pragmatische strategische Definition genutzt wird, soll an dieser Stelle ein kurzer Überblick über strategische Ansätze in der Wissenschaft erfolgen. Die systematische Beschäftigung mit Strategietheorie in der Politikwissenschaft ist wenig ausgeprägt. Es gibt keine allgemeingültigen Begriffsdefinition oder Konzeptionen. Zwar existieren Ansätze bspw. in der Parteienforschung doch ist die Begriffsverwendung recht beliebig und meist wenig wissenschaftlich untermauert.<sup>427</sup> Greifbarere und solidere Anknüpfungspunkte für eine tiefergehende Beschäftigung bieten jedoch angrenzende Wissenschaftsgebiete, wie die Volkswirtschaftslehre mit ökonomischen Strategien oder die Betriebswirtschaftslehre.<sup>428</sup> Eng verbunden mit geopolitischen Fragestellungen sind oft militärische Überlegungen.

---

<sup>425</sup> Laumanns, Ulrich: Determinanten der Energiepolitik. In: Reiche, Danyel (Hrsg.): Grundlagen der Energiepolitik, Frankfurt am Main 2005, S. 279.

<sup>426</sup> Seeliger, Andreas: Energiepolitik. Einführung in die volkswirtschaftlichen Grundlagen, München 2018, S. 7.

<sup>427</sup> Vgl. Sohre, Annika: Strategien in der Energie- und Klimapolitik. Bedingungen strategischer Steuerung der Energiewende in Deutschland und Großbritannien, Wiesbaden 2014, S. 31 f.

<sup>428</sup> Vgl. ebd., S. 35

Naheliegender wäre grundsätzlich eine Adaption der Strategieformulierung Clausewitz', nach welcher kriegerische Handlungen (Gefechte) einem Ziel (Kriegsplan) folgen und dieses Ziel, dem die Handlungen dienen, Strategie zu nennen ist.<sup>429</sup> Dennoch soll in dieser Arbeit auf die erschöpfende Darlegung verschiedenster strategischer Herangehensweisen verzichtet werden, denn die Konzepte der Energiesicherheit sind erprobt und bieten einen ausreichend umfangreichen und konkreten Werkzeugkasten zur Bearbeitung des Forschungsinteresses. Die Festlegung auf Energiesicherheit als strategische Zielsetzung und ureigenste Aufgabe eines Staates definiert darüber hinaus bereits den Akteur, der untersucht werden soll – in diesem Fall die Bundesrepublik Deutschland.

Die russisch-ukrainischen Gaskrisen, die zu Lieferschwierigkeiten in Europa führten, waren der jüngste Anlass im Untersuchungszeitraum, der das Thema Energiesicherheit in Deutschland und in der EU wieder ganz oben auf der Agenda erscheinen ließ. Zum ersten Mal seit den Ölkrisen der 1970er-Jahre. Es zeigte sich, dass das europäische Erdgasnetz nicht im notwendigen Maße auf Krisen reagieren kann. Als problematisch wurde vor allem die starke Abhängigkeit von wenigen Importeuren und die mangelnde Verbindung einzelner regionaler Erdgasnetze miteinander bewertet. Verstärkt wurden daraufhin Projekte vorangetrieben, die es ermöglichen sollten, Gas in beide Pipelinerichtungen fließen zu lassen (Gasflussumkehr). Dazu sollten innereuropäische Anschlussleitungen die regionalen Märkte miteinander verbinden und Erdgaslieferverträge und Projekte die Erdgasversorgung aus Drittstaaten sichern, bei gleichzeitiger Diversifizierung der Lieferanten.<sup>430</sup> Ebenso sollte durch die Maßnahmen die Verwirklichung des europäischen Energiebinnenmarktes vorangetrieben werden, der seit Jahrzehnten, verglichen mit anderen Bereichen des Binnenmarktes, hinterherhinkt.

## **7.1 Konzepte der Energiesicherheit**

Energiesicherheit kann simpel, gewissermaßen im Minimalkonsens, als die sichere Versorgung mit Energie zu einem vernünftigen Preis definiert werden oder mittels umfassenderer Konzepte. Bevor auf vorhandene Konzepte eingegangen werden soll, muss in Kürze die Genese des Begriffs dargelegt werden, denn die

---

<sup>429</sup> Vgl. von Clausewitz, Carl: Vom Kriege, Berlin 1832-34, S. 95.

<sup>430</sup> Vgl. Fischer: Auf dem Weg zur gemeinsamen Energiepolitik, S. 145.

flächendeckende ständige Versorgung mit Energie in Form von Treibstoffen oder Elektrizität ist ein in der Menschheitsgeschichte recht neues Phänomen, umso mehr gilt dies folglich für die wissenschaftliche Beschäftigung damit.

### 7.1.1 Genese

Die Energieversorgung war von Anfang an, neben der ökonomischen und ökologischen Dimension, auch eine Frage der Sicherheitspolitik. Wann mit einer systematischen Beschäftigung mit Fragen der Sicherstellung der Energieversorgung begonnen wurde, ist schwierig nachzuvollziehen. Möglich wäre es, einen Zeitpunkt zu definieren, ab welchem, zumindest im „Westen“, Gesellschaften zum Großteil auf die Nutzung von elektrischer Energie und Kraftstoffen aufgebaut waren, man sich deren Wichtigkeit bewusst wurde und anfang, darüber zu reflektieren. Relevanter für eine geopolitische Beschäftigung könnte jedoch sein, ab wann Energiesicherheit (auf strategischer Ebene) konzeptualisiert wurde und hier kann der Erste Weltkrieg als Kondensationspunkt identifiziert werden. Im Ersten Weltkrieg löste Erdöl Kohle als Hauptenergiequelle für den (militärischen) Transport ab. Während Kohle in den meisten europäischen Staaten ausreichend zur Verfügung stand, musste Erdöl von Anfang an überwiegend über weite Strecken importiert werden. Spätestens im Zweiten Weltkrieg wurden Ölquellen zu zentralen militärisch-strategischen Zielen. Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs wurde die strategische Dimension aufgrund von fallenden Preisen und allgemeiner Verfügbarkeit für einige Zeit aus dem Auge verloren – bis es in den 1970ern zu den Ölkrisen kam. Dann sollte es wiederum bis zu den russisch-ukrainischen Gaskonflikten dauern, bis breit über Energiesicherheit gesprochen wurde.<sup>431</sup>

Einige Historiker gehen so weit, fast alle Kriege in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts in Zusammenhang mit Energiefragen zu setzen. Wenn auch nicht alleinige Gründe, so waren z.B. die Rohstoffvorkommen Afghanistans wichtig für die Sowjetunion oder das Öl Kuwaits für den Irak.<sup>432</sup> Diskutiert wurde, ob Fragen der Energiesicherheit Teil der NATO werden sollten. Die NATO wäre dann zumindest formal dafür zuständig, die Versorgung mit Energierohstoffen und deren Transportwege z.B. via Pipelines zu sichern. Das US-Militär ging so weit, die

---

<sup>431</sup> Vgl. Amirova-Mammadova: Pipeline Politics, S. 53.

<sup>432</sup> Vgl. Sovacool: Introduction. Defining, measuring and exploring energy security. In: Sovacool (Hrsg.): The Routledge Handbook of Energy Security, S. 13.

sichere Verfügbarkeit zu Energiequellen neben der Gefahr eines Atomkriegs als die größte strategisch-sicherheitspolitische Herausforderung zu bezeichnen.<sup>433</sup>

Deutlich wird, dass es nur in Krisenzeiten zu Regelungsinitiativen bzw. zu strategischen Maßnahmen zur Sicherung der Energieimporte kam. Die IEA wurde im Zuge der Ölkrisen der 1970er-Jahre gegründet, um auf Seite der Importländer etwas der Macht des Ölkartells entgegenzusetzen. Das Gesicht von Energiesicherheit hat sich im Laufe der Geschichte immer wieder verändert. Nach der starken Konzentration auf Risiken der Ölversorgung aus vornehmlich nahöstlichen Quellen kamen weitere Aspekte, wie Terrorismus, politische Konflikte, Umweltkatastrophen und die Erweiterung auf andere Energiequellen hinzu.<sup>434</sup> Die EU wurde in Fragen des Energiebinnenmarktes erst konsequent aktiv, als die Gasversorgung durch den ukrainischen Transit bedroht wurde. Es scheint so, als ob die sicherheitspolitische und geopolitische Dimension der Energieversorgung nur dann eine Rolle spielt, wenn sie in Gefahr ist. Was ist aber nun genau unter Energiesicherheit zu verstehen?

### 7.1.2 Definitionen und Indices

„Energy security is like a Rorschach inkblot test – you can see whatever you want to see in it.“<sup>435</sup>

Auch wenn diese Aussage etwas zugespitzt ist und es eine große semantische Überschneidung der Definitionen des Begriffs Energiesicherheit gibt, zeigt es doch die Schwierigkeiten einer klaren Bestimmung auf. Energiesicherheit wird je nach Land durchaus unterschiedlich definiert. Die augenscheinlichste Differenz besteht zwischen Lieferanten- und Konsumentenländern. Erste definieren ihre Energiesicherheit neben der Kontrolle über die eigenen Vorkommen und der sicheren Versorgung auch über die sichere Nachfrage in den Importländern. Letztere definieren sie vor allem als Importsicherheit.<sup>436</sup> Synonym verwendet wird auch der Begriff Versorgungssicherheit. Eine der kürzesten Minimaldefinitionen liefert Haghghi (2008): „[...] the adequacy of energy supply at a reasonable price.“<sup>437</sup> Frank Umbach

---

<sup>433</sup> Siehe Sovacool: Introduction, S. 1.

<sup>434</sup> Vgl. Aponte, Alicia Altgracia et. al.: A Quest for Energy Security in the 21st Century. Resources and Constraints, Tokyo 2007, S. 5.

<sup>435</sup> Siehe Sovacool: Introduction, S. 3.

<sup>436</sup> Vgl. Amirova-Mammadova: Pipeline Politics, S. 57.

<sup>437</sup> Haghghi, Sanam S.: Energy Security and the Division of Competences between the European Community and its Member States. In: European Law Journal, Vol. 14, No. 4/ 2008, S. 461.

(2022) definiert Versorgungssicherheit wie folgt: „[...] möglichst breiter Energiemix, Importdiversifizierung von Energieressourcen zur Streuung und Reduzierung der geopolitischen Risiken.“<sup>438</sup> Er sieht die Versorgungssicherheit als einen Teil eines Energietrilemmas:

„[...] drei Zielvorgaben des Energietrilemmas folgen, nämlich, dass die drei Ziele (1) Umwelt- und Klimaschutz, (2) Bezahlbarkeit und Bewahrung der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit sowie (3) der Versorgungssicherheit gleichrangig verfolgt werden sollen.“<sup>439</sup>

Hierin unterscheidet sich die Definition ein wenig von vielen anderen, die diese und weitere Aspekte als Teil der Energiesicherheit betrachten. Beispielsweise die UNDP:

„the availability of energy at all times in various forms, in sufficient quantities and at affordable prices without unacceptable or irreversible impact on the environment“<sup>440</sup>

Viele internationale Organisationen haben eigene Definitionen von Energiesicherheit, die sich oft nur in Akzentuierungen unterscheiden. Eine der wichtigsten ist hier die der IEA, deren Definition beispielhaft als eine von vielen aufgezeigt werden soll, denn sie ist sicherlich ebenfalls eine der schlichtesten: “energy security [is] the uninterrupted availability of energy sources at an affordable price.”<sup>441</sup>

Dieser weiteren Minimaldefinition steht bspw. die deutlich umfangreichere Festlegung energiepolitischer Ziele zur Erreichung von Energiesicherheit der EU gegenüber:

“[...] well-being of its citizens and the proper functioning of the economy, the uninterrupted physical availability of energy products on the market, at a price which is affordable for all consumers (private and industrial) [...] respecting environmental concerns [...] sustainable development [...]. Security of supply does not seek to maximise energy self-sufficiency or to minimize

---

<sup>438</sup> Umbach, Frank: Strategische Irrtümer, Fehler und Fehlannahmen der deutschen Energiepolitik seit 2002. In: SIRIUS, Band 6 Heft 4, November 2022, S. 375.

<sup>439</sup> Umbach: Strategische Irrtümer, Fehler und Fehlannahmen, S. 374.

<sup>440</sup> Goldemberg, José/Johansson, Thomas B.: World Energy Assessment Overview. 2004 Update, New York 2004, S. 42.

<sup>441</sup> O.V.: Emergency response and energy security, (online) 2023.

dependence, but aims to reduce the risks linked to such dependence. [...] diversifying of the various sources of supply (by product and by geographical region).“<sup>442</sup>

Für die Staaten der hochindustrialisierten europäischen Wirtschaftszone ist eine sichere und preiswerte Energieversorgung überlebenswichtig. Sowohl die Gesellschaften als auch die produzierenden Industrien hängen davon ab. Die Sicherung der Energieversorgung wird deshalb als eine der wichtigsten staatlichen Aufgaben definiert. Bisher auch in der EU vor allem von den Nationalstaaten wahrgenommen, verschieben sich die Verantwortlichkeiten zunehmend auf die europäische Ebene. Naheliegenderweise liegt besonders der Import von Energieträgern im Regelungsinteresse der EU, schließlich deckt sie ihren Energieverbrauch zu 55 Prozent aus Importen.<sup>443</sup>

Eine besonders wichtige Rolle zur Verbesserung der Energiesicherheit wird einem vollendeten europäischen Energiebinnenmarkt zugeschrieben. Durch einen grenzüberschreitenden Markt wäre eine deutlich effizientere Verteilung von Energie, wie Strom und Gas, möglich. Bisher verhindern die weitgehend autonomen nationalen Energiemärkte mit ihren unterschiedlichen technischen, politischen und rechtlichen Voraussetzungen einen gemeinsamen Energieraum.<sup>444</sup> In Hinblick auf den europäischen Erdgassektor im Speziellen, ist Energiesicherheit also als sichere und kontinuierliche Versorgung mit Erdgas zu definieren. Vor dem Hintergrund der hohen Abhängigkeit von Importen und der traditionellen Pipeline-Gebundenheit des Energieträgers Erdgas sind hier besondere Risikofaktoren zu identifizieren. Zentrale Punkte sind die Gefahr von Lieferunterbrechungen durch Schwierigkeiten in Transitländern und der große Stellenwert einzelner Lieferanten für den Gesamtimport.<sup>445</sup> Die EU definiert deshalb als wesentliche Strategie zur Verbesserung der Energiesicherheit die Diversifizierung sowohl der Quellen als auch der Transportrouten.<sup>446</sup>

---

<sup>442</sup> O.V., Grünbuch, KOM(2000) 769 endgültig, S. 2.

<sup>443</sup> Mathioulakis: Strategic Elements of the Energy Union, S. 74.

<sup>444</sup> Vgl. Fischer: Auf dem Weg zur gemeinsamen Energiepolitik, S. 38.

<sup>445</sup> Vgl. ebd., S. 141 f.

<sup>446</sup> O.V.: Diversification of gas supply sources and routes, (online) o.J.

Stärker auf die strategisch-geopolitische Dimension ausgerichtet, ist die Definition des Asia Pacific Energy Research Center (APERC), das Energiesicherheit definiert als:

„[...] the ability of an economy to guarantee the availability of energy resource supply in a sustainable and timely manner with the energy price being at a level that will not adversely affect the economic performance of the economy.“<sup>447</sup>

Das APERC definiert drei Hauptelemente: (1) physische Energiesicherheit, (2) ökonomische Energiesicherheit und (3) Umweltverträglichkeit.<sup>448</sup> Die Energiesicherheit kann auch aus einer stärker ökonomischen Perspektive betrachtet werden, die Energie als Ware betrachtet und auf das Funktionieren internationaler Märkte abzielt.<sup>449</sup> Im Rahmen dieser Arbeit soll sich jedoch weitgehend auf die klassische (sicherheitspolitische) Betrachtungsebene beschränkt werden. Die beispielhaft genannten Definitionen sind nur ein kleiner Ausschnitt der existierenden und anerkannten. Allein Sovacool (2011) führt 45 auf.<sup>450</sup> Die Liste ließe sich beinahe beliebig lange fortführen. Deutlich geworden ist, dass die Definitionen in zentralen Punkten übereinstimmen.

Neben unzähligen Definitionen existieren beinahe ebenso viele Indices und Indikatoren, mit welchen Energiesicherheit gemessen werden soll. Die Indices bzw. Indikatoren erklären entweder einen oder gleich mehrere Dimensionen verschiedener Konzepte von Energiesicherheit. Auf der Ressourcenebene sind wichtige Faktoren z.B. die Berechnung der verfügbaren Vorkommen bzw. des Verhältnisses von Reserven zu Produktion. Daneben lässt sich berechnen, wie weit diversifiziert die Energieversorgung in Bezug auf Quellen (geographisch und Rohstoff) und Versorger ist. Errechnen lassen sich auch Kennwerte, die die Importabhängigkeit, Nachfrage oder Preisentwicklungen abbilden.<sup>451</sup> Warum wird im Rahmen dieser Analyse nicht auf die Berechnung eines Index zurückgegriffen? Am Ende steht ein Kennwert, der sicherlich die optimale Vergleichbarkeit zwischen Ländern sicherstellt, aber zur Erklärung und Analyse des Zustandekommens einer bestimmten

---

<sup>447</sup> Aponte et. al.: A Quest for Energy Security, S. 6.

<sup>448</sup> Vgl. ebd.

<sup>449</sup> Vgl. Sovacool: Introduction, S. 7.

<sup>450</sup> Vgl. ebd., S 3 ff.

<sup>451</sup> Vgl. Kruyt, Bert et. al.: Indicators for energy security. In: Sovacool (Hrsg.): The Routledge Handbook of Energy Security, S. 292 ff.



nationalen Politik bzw. der Debatte darüber nicht ausreichend zielführend ist. Dem geopolitischen Fokus der vorliegenden Arbeit, der auf das Vorhandensein von geopolitischen Motiven abzielt, ist die (teilweise pseudo-) metrische Berechnung von Indices nicht förderlich. Dennoch geben metrische Daten, wie z.B. Preisentwicklungen oder Angaben über quantitative Entwicklungen, wichtige Hinweise zur Lage und Meinungsbildung in der geopolitischen Debatte zur Erdgasversorgung und müssen miteinbezogen werden.

Aus den Zielsetzungen, die zu einer sicheren Energieversorgung führen sollen, werden dementsprechend auch Herausforderungen und Risiken formuliert, die diese wiederum bedrohen könnten. Auch hier existieren wieder unterschiedliche Schwerpunktsetzungen, doch gibt es auch hier wesentliche Überschneidungen. Oft aufgeführte Risiken sind: Ressourcenerschöpfung, Angriffe auf Infrastruktur für Produktion und Transport, mangelnde Instandhaltung, politische Einschränkungen der Verfügbarkeit z.B. durch Verstaatlichungen, Kriege oder Marktzugangsbeschränkungen, extreme Preisentwicklungen oder Umweltverschmutzung, um hier nur einige zu nennen.<sup>452</sup> Diese Liste lässt sich beinahe unbegrenzt fortführen und die Kriterien noch weiter unterteilen. Im nächsten Kapitel sollen zielgerichtet diejenigen identifiziert werden, die für die Erdgassicherheit der Bundesrepublik Deutschland primär relevant sind. Die Ziele der deutschen Politik in Hinblick auf die sichere Versorgung mit Energie sind grundsätzlich im Energiewirtschaftsgesetz (EnWG) festgelegt:

„Zweck des Gesetzes ist eine möglichst sichere, preisgünstige, verbraucherfreundliche, effiziente, umweltverträgliche und treibhausgasneutrale leitungsgebundene Versorgung der Allgemeinheit mit Elektrizität, Gas und Wasserstoff, die zunehmend auf erneuerbaren Energien beruht.“<sup>453</sup>

Die drei Kernziele der deutschen Energiepolitik laut BMWi sind daran anschließend: Wirtschaftlichkeit, Versorgungssicherheit und Umweltverträglichkeit. Wirtschaftlichkeit zielt auf angemessene Preise, um zum einen finanzielle Belastungen für die Gesellschaft zu minimieren und zum anderen, um die Wettbewerbsfähigkeit energieintensiver Industrie zu erhalten. Die Versorgungssicherheit zielt auf einen möglichst breiten Mix von Importeuren und Energieträgern sowie möglichst viel

---

<sup>452</sup> Vgl. u.a. Sovacool: Introduction, S. 10 ff.

<sup>453</sup> §1 Abs. 1 EnWG.

eigener Erzeugung. Schließlich sollen jedoch gleichzeitig die Folgen für Klima und Umwelt so gering wie möglich gehalten werden. All das soll durch politische, administrative und regulatorische Maßnahmen erreicht werden.<sup>454</sup>

## 7.2 Kategorien deutscher Energiesicherheit

Die vorgestellten Definitionen und Konzepte weisen starke Überschneidungen in zentralen Punkten auf, sie unterscheiden sich jedoch in ihren Schwerpunktsetzungen. Das liegt insbesondere in den unterschiedlichen Situationen begründet, in denen sich Staaten in Bezug auf ihre Energieversorgung befinden. Ein nationales Konzept von Energiesicherheit ist deshalb notwendig, weil die Definition von Energiesicherheit stark kontextabhängig ist.<sup>455</sup> Aus Sicht der USA bspw. bedeutet Energiesicherheit vor allem Energieunabhängigkeit.<sup>456</sup> Durch die eigene Förderung unkonventioneller Vorkommen konnten die Vereinigten Staaten die weitgehende Unabhängigkeit von Gas- und Öl-Importen erreichen. Da das für Deutschland schwer möglich ist, muss die deutsche Definition von Energiesicherheit zwangsläufig anders lauten. Der besondere Fokus der deutschen Energiesicherheit liegt auf dem Import von Energierohstoffen. Das gilt allen voran für den Erdgassektor, in dem Deutschland fast vollständig vom Import abhängig ist. Aus dieser Ausgangssituation heraus, kann ein Kriterienkatalog entwickelt werden, der die deutsche Situation der Energiesicherheit berücksichtigt.

Aus den Konzepten der Energiesicherheit wird im Folgenden eine Matrix erstellt, die als Grundlage zur Identifizierung von Passagen der analysierten Debatten dient, die sich auf das Thema Energiesicherheit beziehen. Diese Matrix ist im Wesentlichen angelehnt an Elkind (2010), Sovacool (2011) und Amirova-Mammadova (2017).<sup>457</sup> Die aufgestellten Kategorien dienen in einem ersten Schritt dazu, entsprechende Äußerungen im Analysematerial zu identifizieren und in einem entsprechenden Kategoriensystem zu ordnen. Das aus der Textarbeit herausgearbeitete Kategoriensystem muss nicht der Matrixaufteilung entsprechen, durch das hermeneutische Vorgehen können Kategorien anders gewichtet werden oder neue aus dem

---

<sup>454</sup> Vgl. Laumanns: Determinanten der Energiepolitik, S. 279 f.

<sup>455</sup> Vgl. Amirova-Mammadova: Pipeline Politics, S. 57.

<sup>456</sup> Pascual, Carlos/Elkind, Jonathan (Hrsg.): Energy Security. Economics, Politics, Strategies, and Implications, Washington 2010, S. 2.

<sup>457</sup> Vgl. Elkind: Energy Security. Call for a Broader Agenda. In: Pascual/Elkind: Energy Security, S. 122 f.; Vgl. Sovacool: Introduction, S. 10 f.; Vgl. Amirova-Mammadova: Pipeline Politics, S.57 ff.

Text hervorgehen. Es war allerdings davon auszugehen, die Elemente der Matrix im analysierten Material wiederzufinden, denn diese schweben nicht in einer abgekoppelten theoretischen Sphäre, sondern sind konkret in politischen Debatten wiederzufinden.

<b>Kategorie</b>	<b>Bestandteile</b>	<b>Herausforderungen</b>
<b>Verfügbarkeit</b>	Vorkommen (eigene, externe)	Erschöpfung, Distanz, Ausbeutungsfähigkeit (konventionell, unkonventionell, kosteneffizient, politisch)
	Technologie	Verfügbarkeit v. Hochtechnologie für Transport und Ausbeutung, Durchführbarkeit v. Infrastrukturbau
	Effizienz	hoher Energiebedarf
<b>Resilienz</b>	Importabhängigkeit	Abhängigkeit vom Import, wenig Eigenproduktion
	Diversifizierung	Abhängigkeit von wenigen Routen und Lieferanten
	Speicherung	Kapazitäten, Betreiberstrukturen
	Transportrouten	Schutz vor Terroranschlägen, Politische Probleme bei Transit, technische Probleme, Wetterereignisse
<b>Markt und Preis</b>	Markt	Intaktheit, Investitionsmöglichkeiten und -Bereitschaft, Rechtssicherheit, Investitionssicherheit, Staatl. Absicherung v. Investitionen, Nachfrage, Liefermöglichkeiten

	mögl. niedrige Kosten	Wettbewerbsfähigkeit d. Industrie, Leistbarkeit d. Privatverbraucher
	Geringe Preisvolatilität	Planbarkeit
	Transparente Preisgestaltung und langfristige Kostensicherheit	Planbarkeit, Take or Pay-Klauseln
<b>Umwelt</b>	Auswirkungen auf Mensch und Umwelt bei Ausbeutung und Transport	Umweltverschmutzung bei Abbau und Pipelinebau
	Klima	Treibhausgase, mildestes Mittel? Substitution

Abbildung 6 (Tabelle 1): Tabellarische beispielhafte Darstellung der Elemente von Energiesicherheit

Während der Großteil der Kategorien durch eine induktive Codevergabe gebildet werden soll, muss für das strategische Element der Energiesicherheit eine detaillierte Vorarbeit erfolgen. Die Codes, die den in der obigen Tabelle vorgestellten Kategorien entsprechen sollen, sollen überwiegend deduktiv gebildet werden. Allerdings werden im Sinne eines hermeneutisch-zirkulären Vorgehens die Kategorien insoweit offengehalten, als dass diese induktiv, durch nicht antizipierte Textfunde erweitert oder angepasst werden können. Zusammengefasst heißt das, dass die Richtung der Codevergabe im Themengebiet Energiesicherheit deduktiv erfolgt, während die der beiden anderen Elemente des geopolitischen Dreiklangs eher induktiv erfolgt. Das kann vereinfacht dargestellt folgendermaßen aussehen:

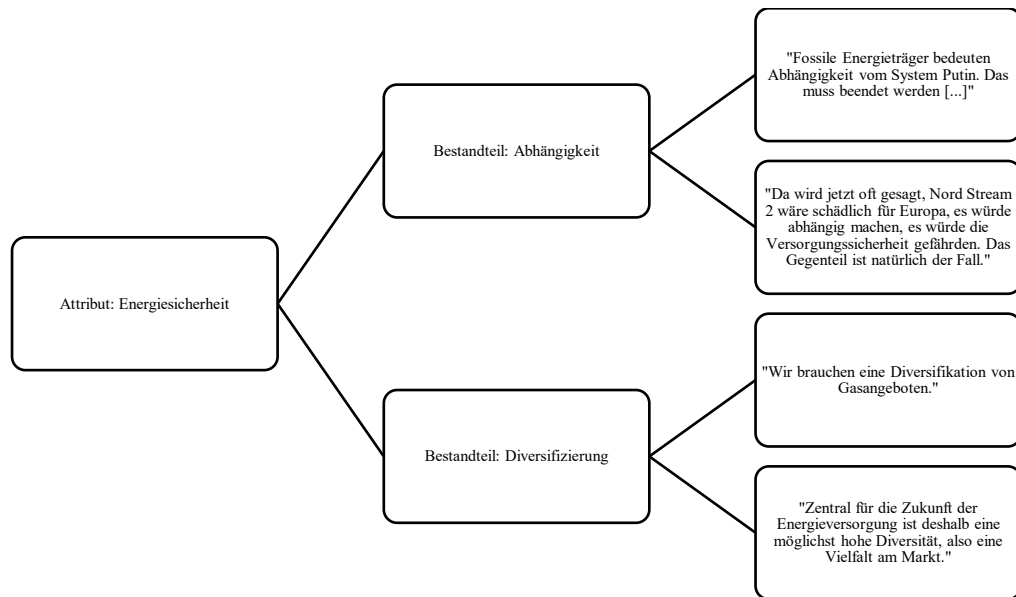


Abbildung 7: Beispielhafte Darstellung des induktiven Codierungs- und Kategorienbildungsprozesses<sup>458</sup>

Auf der linken Seite, dem Ausgangspunkt der Codevergabe in diesem Fall, findet sich das Attribut, von dem angenommen wird, es in den Debatten identifizieren zu können. Danach folgen die Überkategorien, die aus der obenstehenden Tabelle gebildet werden und ggf. durch die Arbeit am Text reduziert oder erweitert werden. Dann folgt idealtypisch die Identifizierung thematisch entsprechender Textpassagen, die entsprechend mit einem Code markiert werden, der den Inhalt der Passage paraphrasiert oder, je nach Länge, in Gänze wiedergibt.

<sup>458</sup> Zitate rechts von oben nach unten: Krischer, Oliver: Plenarprotokoll 19/192 vom 19. November 2020, S. 24278; Pfeiffer, Joachim: Plenarprotokoll 19/079 vom 13. Februar 2019, S. 9250; Köhler, Lukas: Plenarprotokoll 19/208 vom 10. Februar 2021, S. 26223; Neumann, Martin: Plenarprotokoll 19/124 vom 7. November 2019, S. 15431.

## 8 Geopolitische Attribute der Pipelinedebatten

Welchen Raum nahm geopolitisches Denken in den bundesdeutschen Pipelinedebatten ein? Nachfolgend geht es nun um den konkreten Kern dieser Arbeit – die Untersuchung der Debatten auf charakteristische Kontinuitäten und Brüche in geopolitischer Hinsicht. Dazu wurden Protokolle aus Bundestags- und Ausschusssitzungen sowie geführte Interviews zusammengefasst, kategorisiert und analysiert. Die untersuchten Debatten aus den Sitzungen des Bundestages und der Ausschüsse dienten hierbei dazu, die verwendeten Argumente und sprachlichen Bilder zu typisieren. Kontrastierend und ergänzend wurden Interviews mit zentralen Akteuren nach Ende des Untersuchungszeitraums geführt und ausgewertet. Dieses Vorgehen gab die Struktur des Kapitels vor, das, wenn möglich, jedes identifizierte Attribut jeweils zur Zeit der Debatten um das letzte Erdgas-Röhren-Geschäft, um Nord Stream 2 und schließlich aus der Perspektive der nachträglich geführten Interviews beleuchtet. Ausgangspunkt der Analyse war der geopolitische Dreiklang aus Historie, Geographie und Strategie, der die Untersuchung strukturierte. Aus dem Textmaterial wurden die zu den jeweiligen Untersuchungszeiträumen zentralen Motive mittels Codierung im Rahmen einer qualitativen Inhaltsanalyse herausgearbeitet. Die so herausgearbeitete Debattenlandschaft entspricht möglicherweise nicht auf den ersten Blick dem Bild klassischer Geopolitik, doch bei näherer Betrachtung ist eine geopolitische Durchfärbung deutlich zu erkennen. Zusammengeführt und eingeordnet wird die Analyse zum Schluss dieser Arbeit.

Eine erste Annäherung erfolgte durch die Untersuchung, inwieweit direkt von Geopolitik im vorliegenden Material gesprochen wurde. Sowohl in den Debatten um das sechste und letzte Erdgas-Röhren-Geschäft als auch in jenen um Nord Stream 2 wurde weder im Bundestag noch im Ausschuss offen der Begriff „Geopolitik“ im Zusammenhang mit dem deutschen Agieren im Erdgasbereich geäußert. Wenn überhaupt von „Geopolitik“ bzw. „geopolitisch“ gesprochen wurde, dann meist in Bezug auf das Verhalten anderer Länder, wie z.B. den USA.<sup>459</sup> Viel offener wurde über das Thema in den Interviews gesprochen, im Rahmen der Reflexion der damaligen Pipelinedebatten. Grundsätzlich ließ sich zwar eine gewisse

---

<sup>459</sup> Vgl. Anhang: AP/Codesystem/Wortsuchen/Geopolitik; Vgl. Anhang: AP/Codesystem/WP 18,19/Geopolitisches; Vgl. Anhang: PP/Codesystem/Begriffe überall/Geopolitische Formulierungen.

Normalisierung des Begriffes beobachten, meist jedoch nicht bezogen auf die deutsche Außenpolitik, sondern auf das Verhalten anderer Staaten. Um nun also einen Zugang zu weniger offen geäußerten geopolitischen Motiven in den Debatten zu erhalten, musste das Material tiefergehend analysiert werden. Im Folgenden werden die wesentlichen geopolitischen Attribute der untersuchten Pipelinedebatten formuliert und durch die Einbeziehung der Interviews reflektiert. Analysiert wurden Bundestags- und Ausschussprotokolle aus den Wahlperioden 08, 09, 18 und 19, daneben wurden sieben Interviews geführt und insgesamt über 5.000 Codes vergeben. Dieses Kapitel stellt eine Kartographierung des geopolitischen Denkens in den Debatten um das letzte Erdgas-Röhren-Geschäft und um Nord Stream 2 dar.

### **8.1 Verteilung der Positionen**

Vor der Identifizierung der eigentlichen geopolitischen Charakteristika der Pipelinedebatten soll zum Einstieg ein Überblick über die Verteilung der Zustimmung bzw. Ablehnung zum sechsten Erdgas-Röhren-Geschäft und Nord Stream 2 in Plenardebatten gegeben werden. Die Darstellung erfolgt anhand der Fraktionszugehörigkeit des jeweiligen Parlamentariers, auch um mögliche Parteilinien festzustellen. Erhoben wurden eindeutige Meinungsäußerungen zu den konkreten Pipelineprojekten in fünf Abstufungen von voller Zustimmung bis voller Ablehnung. Die Erhebung beschränkt sich auf die Plenardebatten, da zwar in den untersuchten Sitzungen des Wirtschaftsausschusses durchaus auch diskutiert wurde, jedoch deutlich weniger konfrontativ. In den Bundestagsdebatten waren die unterschiedlichen Meinungsäußerungen zum einen in größerer Quantität, zum anderen, hinsichtlich der Identifizierbarkeit, in höherer Qualität vorhanden.

## Erdgas-Röhren-Geschäft

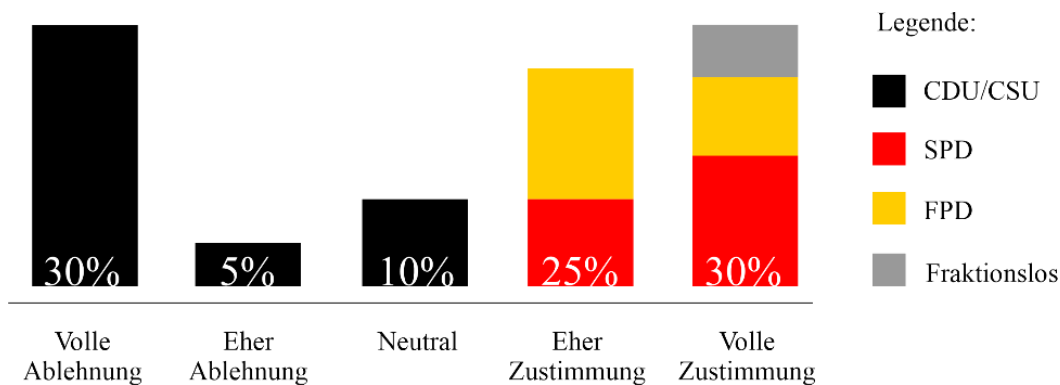


Abbildung 8: Verteilung eindeutiger Stellungnahmen zum 6. Erdgas-Röhren-Geschäft in den Bundestagswahlperioden 08 und 09 nach Parteizugehörigkeit<sup>460</sup>

Die Abgeordneten der SPD, die sich während der Debatten zum Thema äußerten, standen allesamt hinter dem Erdgas-Röhren-Geschäft. Entschieden wies z.B. der Abgeordnete Brandt in einer Bundestagssitzung im Juni 1982 die Vorwürfe zurück, man mache sich abhängig von russischem Gas, stattdessen würde anderen Abhängigkeiten entgegengewirkt.<sup>461</sup> Grundsätzlich war man in der Fraktion darauf bedacht, die Bedeutung des Projektes ins Verhältnis zu setzen. Der Anteil sowjetischen Gases würde zwar auf bis zu 30 Prozent steigen, doch seien das nur 5 Prozent des Primärenergiebedarfs der Bundesrepublik, so der Abgeordnete Ehmke.<sup>462</sup> Andere Fraktionsmitglieder wie der Abgeordnete Wolfram stellten den gegenseitigen Nutzen des Geschäftes heraus und sahen in ihm einen Baustein eines Plans der Diversifizierung der Bezugsquellen.<sup>463</sup>

Die FDP stand sowohl vor als auch nach dem Kanzlerwechsel auf Seiten der Befürworter des Erdgas-Röhren-Geschäfts. Deutlich wurden die wirtschaftspolitischen Grundüberzeugungen der liberalen Abgeordneten, deren Argumente politische Überlegungen weitgehend ausklammerten. Im Vordergrund stand vielmehr die Notwendigkeit von Gasimporten und der Wunsch, den Welthandel nicht weiter zu politisieren.<sup>464</sup> Die FDP-Fraktion wollte trotz der damaligen außenpolitischen Situation keine Aussetzung des Geschäftes, wie der Abgeordnete Beckmann im Januar 1982 betonte.<sup>465</sup>

<sup>460</sup> Eigene Darstellung aus Anhang: PP/Codesystem/WP 08,09/Direkte Ablehnung, Zustimmung.

<sup>461</sup> Brandt, Willy: Plenarprotokoll 09/108 vom 24. Juni 1982, S. 6587.

<sup>462</sup> Ehmke, Horst: Plenarprotokoll 09/041 vom 3. Juni 1981, S. 2262.

<sup>463</sup> Wolfram, Erich: Plenarprotokoll 09/076 vom 14. Januar 1982, S. 4375.

<sup>464</sup> Haussmann, Helmut: Plenarprotokoll 09/122 vom 14. Oktober 1982, S. 7379.

<sup>465</sup> Beckmann, Klaus: Plenarprotokoll 09/076 vom 14. Januar 1982, S. 4379.



Bis zur eigenen Kanzlerschaft war die CDU/CSU-Fraktion im Grunde geeint in ihrer Ablehnung des Erdgas-Röhren-Geschäfts. Z.B. wies der Abgeordnete Engelsberger die SPD-geführte Bundesregierung darauf hin, dass womöglich Zwangsarbeiter und politische Gefangene am Bau der Pipeline beteiligt seien und forderte bei einem entsprechenden Beweis, dass der Bau sofort gestoppt werden müsste.<sup>466</sup> Als Oppositionsführer war auch Helmut Kohl ein entschiedener Gegner des Projekts. Er warf bspw. die Frage auf, ob der Schaden für das transatlantische Verhältnis wirklich mit dem Nutzen der Pipeline aufzuwiegen sei.<sup>467</sup> Das änderte sich zum Teil als Kohl 1982 durch ein konstruktives Misstrauensvotum gegen Bundeskanzler Schmidt an die Macht kam. Allerdings war die spätere Position der Fraktion weniger von Überzeugung oder Liebe zum Projekt gekennzeichnet als vielmehr von der Überzeugung, dass einmal geschlossene Verträge um jeden Preis einzuhalten seien.<sup>468</sup>

## Nord Stream 2

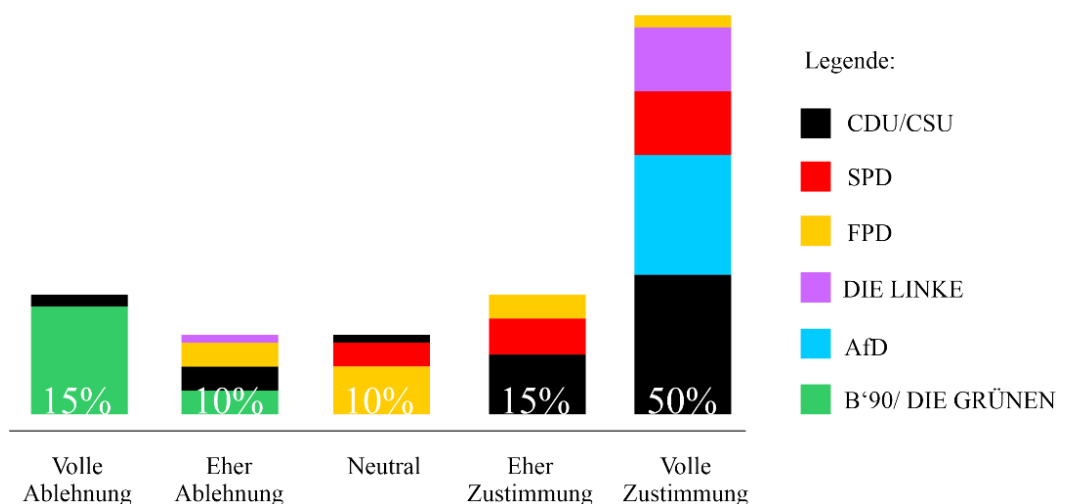


Abbildung 9: Verteilung eindeutiger Stellungnahmen zu Nord Stream 2 in den Bundestagswahlperioden 18 und 19 nach Parteizugehörigkeit<sup>469</sup>

Die grafische Darstellung der Verteilung der Positionen zu Nord Stream 2 zeigt im direkten Vergleich zur Darstellung der WP 08 und 09 deutlich, dass die Meinungslandschaft insbesondere innerhalb der Parteien vielfach stärker zersplittert war. Besonders die CDU/CSU-Fraktion stach hierbei heraus. Die Positionen der

<sup>466</sup> Engelsberger, Matthias: Plenarprotokoll 09/111 vom 9. September 1982, S. 6744.

<sup>467</sup> Kohl, Helmut: Plenarprotokoll 09/111 vom 9. September 198, S. 6765.

<sup>468</sup> Mehr dazu in Kapitel 8.2.

<sup>469</sup> Eigene Darstellung aus Anhang: PP/Codesystem/WP 18,19/Zustimmung, Ablehnung.

Abgeordneten fanden sich im gesamten Spektrum der Skala wieder, obwohl diese Teil der Regierungsfraktion waren. Beispielsweise war einer der lautesten Kritiker von Nord Stream 2 der CDU-Außenpolitiker Norbert Röttgen. Er stellte sich in den Debatten offen gegen die Position der Bundesregierung und hielt die deutsche Politik in diesem Zusammenhang für ursächlich für eine Spaltung Europas.<sup>470</sup> Überwiegend ließ sich jedoch auch bei den Vertretern der CDU/CSU-Fraktion eine deutliche Mehrheit feststellen, die Nord Stream 2 unterstützte. Das zeigt eine Positionsverschiebung seit den Erdgas-Röhren-Geschäften. Die Christdemokraten standen in den WP 18 und 19 nicht mehr in einer Tradition der weitgehenden Ablehnung deutsch-russischer Wirtschaftskooperation. Weiter ausgeführt wird dies noch im Rahmen der Diskussion um das Konzept von Wandel durch Handel in Kapitel 8.3.

Wenig überraschend waren die entschiedensten Gegner von Nord Stream 2 Vertreter der Fraktion der Grünen im Bundestag. Deren Kritik speiste sich im Wesentlichen aus einer ablehnenden Haltung gegenüber dem Bezug von Erdgas im Allgemeinen, stattdessen müsse der Ausstieg aus den fossilen Energieträgern schneller vonstattengehen.<sup>471</sup> Ein weiterer Hauptkritikpunkt war, dass man mit dem menschenrechtsverletzenden Russland Geschäfte mache. Einer der profiliertesten Kritiker war Jürgen Trittin:

„Wir hängen nicht an der Nadel, wir hängen nicht an der Flasche, wir hängen immer noch an fossilen Energien. Und wie andere Süchtige versprechen wir, damit aufzuhören; aber vorher muss man noch mal einen ordentlichen Schluck aus der Pulle nehmen. Nichts anderes ist die Diskussion über Nord Stream 2, über den südlichen Gaskorridor, über neue LNG-Terminals. All dies sind Projekte, die die fossile Abhängigkeit Europas über Jahre hinaus zementieren und fortschreiben.“<sup>472</sup>

Abgeordnete der FDP waren fast im gesamten Spektrum zu finden und es ließ sich keine eindeutige Tendenz in der Haltung zu Nord Stream 2 feststellen. Nach der Vergiftung Nawalnys 2020 allerdings, forderten Vertreter der FDP ein Baumortorium. So z.B. Alexander Graf Lambsdorff:

---

<sup>470</sup> Vgl. Röttgen, Norbert: Plenarprotokoll 19/039 vom 14. Juni 2018, S. 3816.

<sup>471</sup> Vgl. Anhang: PP/Codesystem/WP 18,19/Akteure/Grüne; Vgl. Anhang: PP/Codesystem/WP 18,19/Zustimmung, Ablehnung.

<sup>472</sup> Trittin, Jürgen: Plenarprotokoll 19/079 vom 13. Februar 2019, S. 9241 f.

„Meine Damen und Herren, der Kreml versteht nur eine klare, eindeutige Sprache. Deswegen fordern wir Freien Demokraten die Bundesregierung auf, jetzt ein Moratorium für den Bau von Nord Stream 2 zu verhängen. Wir wollen keine Investitionsruine in der Ostsee, wie das die Grünen vorschlagen; wir wollen einen Baustopp, der Moskau die Möglichkeit bietet, seine Politik zu überdenken.“<sup>473</sup>

Einzig bei der SPD kann noch von einer einheitlich befürwortenden Position zum Pipelineprojekt Nord Stream 2 gesprochen werden. Hier ließ sich keine Aussage finden, die sich explizit gegen das Projekt richtete. Das zeigt möglicherweise, das immer noch starke Fortwirken der SPD-Osthandelstradition, um die es später noch gehen soll. Der SPD-Abgeordnete Timon Gremmels sprach offen davon, dass er die Position der SPD-Fraktion in direkter Traditionslinie der Brandt'schen Ostpolitik und der Erdgas-Röhren-Geschäfte sah.<sup>474</sup> So viel zum Einstieg und zum Überblick. Nachfolgend werden die konkreten Narrative dargestellt.

## **8.1 Das Narrativ vom Privatgeschäft**

Eine der großen bundesdeutschen Auseinandersetzungen um die Nord Stream-Pipelines drehte sich um die Frage, inwieweit die Projekte wirklich privatwirtschaftlicher Natur seien. Es war eine der argumentativen Hauptverteidigungslinien der Bundesregierungen gegen Kritik an den Geschäftsbeziehungen zu einem als aggressiv empfundenen Russland – man könne politisch gar nicht in die Projekte eingreifen, selbst wenn man wolle, denn diese hätten alle rechtsstaatlichen Genehmigungsverfahren durchlaufen und seien allein Sache der beteiligten Unternehmen. Trotz massiver Kritik an dieser Argumentation und dem Unglauben, dass es bei internationalen Projekten dieser Größenordnung keine politische Komponente geben würde, beharrten deutsche Bundesregierungen mit bemerkenswerter Vehemenz auf dieser Erzählung.

### **Erdgas-Röhren-Geschäft**

Bei diesem Framing handelte es sich beileibe nicht um ein neues Phänomen. Die Diskrepanz zwischen offizieller Darstellung und wahrgenommener Realität begleitet die Debatten um Erdgasgroßprojekte seit den Erdgas-Röhren-Geschäften und

---

<sup>473</sup> Graf Lambsdorff, Alexander: Plenarprotokoll 19/208 vom 10. Februar 2021, S. 26244.

<sup>474</sup> Gremmels, Timon: Plenarprotokoll 19/124 vom 7. November 2019, S. 15432.

besonders seit den Auseinandersetzungen um das letzte dieser Projekte. Auch damals versuchte insbesondere die Bundesregierung unter Helmut Schmidt Kritik an den Verträgen mit dem Hinweis abzuwehren, es sei Sache der Unternehmen, ob sie diese Art von Geschäften mit sowjetischen Partnern verfolgen wollen. Schon damals war diese Argumentation umstritten, so z.B. der damalige Oppositionsführer Helmut Kohl, der sich kurz darauf als Bundeskanzler seinerseits in einer Position befand, das letzte Erdgas-Röhren-Geschäft verteidigen zu müssen:

„Das Gas- und Röhrengeschäft mit der Sowjetunion wird von den Repräsentanten der Bundesregierung als ein beinahe unpolitischer Handel hingestellt, der hierzulande Arbeitsplätze sichern soll und zugleich die Energieversorgung des eigenen Landes und der Nachbarn aufbessert.“<sup>475</sup>

Vor allem aus der CDU/CSU-Fraktion wurde während der WP 08 und 09 der rein privatwirtschaftliche Charakter angezweifelt und der Bundesregierung eine entscheidende Rolle zugeschrieben.<sup>476</sup> Doch die Bundesregierung blieb bei ihrer Position. Sie habe weder etwas mit der Kreditvergabe an die Sowjetunion noch mit anderen Aspekten des Geschäftes zu tun: „Die Bundesregierung verhandelt grundsätzlich nicht über Geschäfte deutscher Privatunternehmen“, so Staatssekretär Grüner 1980.<sup>477</sup> Mantraartig wiederholte Grüner immer wieder, dass es sich um ein Privatgeschäft handeln würde:

„Das Erdgas-Röhren-Geschäft mit der Sowjetunion ist von deutscher Seite auf rein kommerzieller Basis abgeschlossen worden. Wie alle unsere Geschäfte ist dies kein Regierungsgeschäft, sondern es handelt sich um Geschäfte deutscher Firmen mit der Sowjetunion auf kommerzieller Basis.“<sup>478</sup>

Doch ganz konnten die Verantwortlichen die geopolitische Dimension nicht ignorieren und so musste sich die Bundesregierung in Gestalt des Parlamentarischen Staatssekretärs Grüner mehrmals mit der „Abhängigkeitsproblematik“ beschäftigen.<sup>479</sup>

---

<sup>475</sup> Grüner, Martin: Plenarprotokoll 09/038 vom 26. Mai 1981, S. 1975 f.

<sup>476</sup> Vgl. Anhang: PP/Codesystem/WP 08,09/Argument Privatgeschäft.

<sup>477</sup> Grüner: Plenarprotokoll 08/230 vom 4. Juli 1980, S. 18725.

<sup>478</sup> Grüner: Plenarprotokoll 09/110 vom 8. September 1982, S. 6694.

<sup>479</sup> Siehe Anhang: PP/Codesystem/WP 08,09/Argument Privatgeschäft.

Diese Diskrepanz zwischen offizieller Position der Bundesregierungen und der politischen Wirklichkeit wird noch offensichtlicher, wenn man sich vor Augen führt, dass der Osthandel generell mit politischen Zielsetzungen verbunden war. Das war nicht nur in Deutschland der Fall, auch die USA verknüpften ihre Handelsbeziehungen mit s.g. „Linkages“.<sup>480</sup> Auf die mit dem Osthandel verbundenen Zielsetzungen wird im Folgenden noch genauer eingegangen. Warum nahm diese Argumentation dennoch einen so großen Stellenwert ein? Durch folgende Überlegungen kann sich dieser Frage womöglich etwas angenähert werden. Die Bundesregierungen unter Schmidt und auch Kohl versuchten einzelne Projekte und tagesaktuelle politische Ereignisse vom langfristigen Ziel der Ostpolitik zu entkoppeln, um diese nicht zu gefährden. Man verständigte sich in der Bundesregierung weitgehend darauf, dass die Wirtschaftsbeziehungen kein Hebel für Systemveränderungen sein sollten. Außerdem wurde eine Vormachtstellung der Sowjetunion in Osteuropa anerkannt und Verträge mit Mitgliedern des Warschauer Paktes grundsätzlich unter der Einbeziehung Moskaus verhandelt. Ein weiteres Indiz hierfür ist das Verhalten der Bundesrepublik während der Krisen zu Zeiten des letzten Erdgas-Röhren-Geschäfts, dem Einmarsch der UdSSR in Afghanistan und der Verhängung des Kriegsrechts in Polen. Hier hielt Deutschland an den auf Langfristigkeit ausgerichteten Wirtschaftsbeziehungen fest, auch wenn die politischen Äußerungen stark konfrontativ waren. Dieser Entkopplung des Tagespolitischen vom Wirtschaftlichen lag möglicherweise auch die Erkenntnis zugrunde, dass man vitale Interessen, wie die Energieversorgung, nicht von außenpolitisch-moralischen Prinzipien abhängig machen könne. Vor allem für die Bundesregierungen war es eine willkommene Position, so musste sie nicht von nationalen Interessen sprechen oder strategische Ziele kommunizieren. Im Plenum dagegen gab es diese Vorsicht nicht, das Argument des Privatgeschäfts wurde offen kritisiert und führte letztlich zu der offensichtlichen Diskrepanz von Regierungskommunikation und -handeln.

## **Nord Stream 2**

Unterstellt man ein bewusstes Vorgehen, funktionierte dieses zur Zeit der Nord Stream-Pipelines nur noch eingeschränkt. Immer stärker spielten Themen wie Menschenrechtsverletzungen, die Annexion der Krim oder die Vergiftung Nawalnys eine Rolle in den Debatten um die Pipelines. Das nie vollständig intakte, aber doch

---

<sup>480</sup> Vgl. Wörmann: Osthandel, S. 47 ff.

während der WP 08 und 09 zumindest in den Regierungsfractionen vorherrschende Übereinkommen, die tagespolitische Sphäre aus den Wirtschaftsbeziehungen soweit es geht herauszuhalten, wurde nun endgültig aufgekündigt. Selbst vonseiten der Regierungsfraction wurde angemerkt, dass das Projekt zwar als Privatgeschäft begann, im Laufe der Zeit aber eine immer größere politische Dimension bekommen hätte.<sup>481</sup> Aus der eigenen Fraction musste sich Bundeskanzlerin Merkel deutliche Kritik anhören. Der CDU-Abgeordnete Michael Brand fasst dies im Februar 2021 in deutliche Worte: „Wer da noch behauptet, es würde sich um ein rein privatwirtschaftliches Projekt handeln, der will die Leute für dumm verkaufen.“<sup>482</sup> Etwas diplomatischer formulierte seine Kritik der Abgeordnete Hardt:

„Auch die Aussage der Bundesregierung, Nord Stream 2 sei ein rein privatwirtschaftliches Projekt, war natürlich nicht hilfreich, weil in dem Augenblick, wo wichtige europäische Partner wie Polen, wie die baltischen Staaten – auch die Brüsseler Kommission – sagen, das Projekt hat eine politische, eine europapolitische Dimension, Deutschland einfach anerkennen muss, dass das so ist, und das Thema in diesem Sinne bearbeiten muss.“<sup>483</sup>

Dennoch versuchte die Bundesregierung unter Merkel, dieselbe Argumentation weiterzuführen, solange, bis die Diskrepanz zu offensichtlich wurde. 2019 begründete der damalige Wirtschaftsminister Altmaier diesen kontinuierlichen Standpunkt der Bundesregierung damit, dass vor vielen Jahren entschieden wurde, dass nicht der Staat, sondern die Privatwirtschaft die Hauptverantwortung für die Gasversorgung trage.<sup>484</sup> Mehrmals wurde darauf hingewiesen, dass die Bundesregierung nicht am Bau der Pipeline beteiligt sei.<sup>485</sup>

Deutlicher Widerspruch zu diesem Standpunkt kam auch aus den anderen Fractionen. In erster Linie waren es jedoch die Grünen, die diese Darstellung massiv kritisierten. Die Behauptung, es sei ein rein wirtschaftliches Projekt, sei eine „Lebenslüge“ der Bundesregierung, so Jürgen Trittin von den Grünen.<sup>486</sup> Ähnlich

---

<sup>481</sup> Vgl. Bleser, Peter: Plenarprotokoll 19/126 vom 13. November 2019, S. 15735.

<sup>482</sup> Brand, Michael: Plenarprotokoll 19/208 vom 10. Februar 2021, S. 26240.

<sup>483</sup> Hardt, Jürgen: Plenarprotokoll 19/104 vom 6. Juni 2019, S. 12679.

<sup>484</sup> Altmaier, Peter: Plenarprotokoll 19/079, vom 13. Februar 2019, S. 9244.

<sup>485</sup> Vgl. Anhang: PP/Codesystem/WP 18,19/Argument Privatgeschäft.

<sup>486</sup> Trittin: Plenarprotokoll 19/079 vom 13. Februar 2019, S. 9242.

sah es der FDP-Abgeordnete Martin Neumann, auch wenn die Pipeline einen wirtschaftlichen Aspekt habe, sei sie mittlerweile „hochpolitisch“ geworden.<sup>487</sup>

Wie schwer es den Befürwortern des Projekts fiel, das Postulat des Privatgeschäfts aufrechtzuerhalten, zeigen widersprüchliche Aussagen. So stellte der Parlamentarische Staatssekretär Oliver Wittke (CDU/CSU) zwar fest, dass die Erdgasversorgung in Deutschland Sache von privaten Unternehmen und nicht der Bundesregierung sei, im gleichen Absatz berichtete er jedoch von dem Bestreben der Bundesregierung, die LNG-Infrastruktur auszubauen.<sup>488</sup> Mancher Parlamentarier ließ sich gar zu Oxymora hinreißen, wie Steffen Kotré (AfD), der Nord Stream 2 als „rein wirtschaftliches Projekt zwischen zwei Staaten [...]“ bezeichnete.<sup>489</sup> Ein weiteres Indiz, das gegen ein privates Geschäft sprechen würde, sahen einige Kritiker in der Struktur der beteiligten russischen Firmen: Gazprom sei ein Staatskonzern und kein privater Akteur.<sup>490</sup> Letzteres übrigens weitgehend Konsens in der Wissenschaft.<sup>491</sup>

## Interviews

Wie umstritten dieses Narrativ war, wurde auch in den Experteninterviews deutlich. Aus Sicht der Industrie sei schon immer klar gewesen, dass Großprojekte mit anderen Ländern immer auch eine politische Komponente hätten, so Wolfgang Niedermark, Geschäftsführer des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI) und bis 2015 Leiter des Berliner Büros von BASF.<sup>492</sup> Daniela De Ridder, SPD-Bundestagsabgeordnete, sagte in der Nachbetrachtung, dass sie Nord Stream 2 sehr wohl als politisches Projekt gesehen hätte.<sup>493</sup> Es sei deshalb kein privatwirtschaftliches Projekt gewesen, weil man es nicht losgelöst von den politischen und wirtschaftlichen Interessen Russlands betrachten könne, so Sebastian Ehlers, Abgeordneter der CDU-Fraktion im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern und Vorsitzender des Untersuchungsausschusses zur Klimastiftung. Allerdings habe man diese Argumentation damals unterstützt, weil Nord Stream 2 in der Bevölkerung Mecklenburg-Vorpommerns erhebliche Zustimmungsraten von mehr als 90 Prozent zu

---

<sup>487</sup> Neumann: Plenarprotokoll 19192 vom 19. November 2020, S. 24274.

<sup>488</sup> Wittke, Oliver: Plenarprotokoll 19/082, vom 20. Februar 2019, S. 9614.

<sup>489</sup> Kotré, Steffen: Plenarprotokoll 19/124, vom 7. November 2019, S. 15429.

<sup>490</sup> Vgl. Anhang: PP/Codesystem/WP 18,19/Beteiligte Firmen.

<sup>491</sup> Siehe Kapitel 5.3.2.

<sup>492</sup> Vgl. Niedermark: Interview vom 3. August 2023, Abs. 45.

<sup>493</sup> Vgl. De Ridder, Daniela: Interview vom 9. September 2023, Abs. 13.

verzeichnen hatte. Es sei auch der Versuch gewesen, sich auf Bundesebene diplomatisch aus der Affäre zu ziehen.<sup>494</sup> Ganz entschieden lehnte der CDU-Bundestagsabgeordnete Roderich Kiesewetter dieses Framing ab. In der EU habe damals ganz klar die Auffassung geherrscht, Nord Stream 2 sei kein wirtschaftliches, sondern ein geopolitisches Projekt.<sup>495</sup> Es sei eine der Schlüsselfragen, warum das Narrativ so lange aufrechterhalten wurde, zu deren Klärung sollte ein Untersuchungsausschuss eingerichtet werden.<sup>496</sup> Aus polnischer Sicht sei die Leugnung der sicherheitspolitischen Bedeutung beider Ostseepipelines nicht in Ordnung gewesen, die Brisanz konnte man nicht ausblenden, so der ehemalige polnische Botschafter in Deutschland, Janusz Reiter.<sup>497</sup> Friedbert Pflüger, ehem. Staatssekretär im BMVg und als Berater maßgeblich an der Pipeline TAP beteiligt, plädierte in der Rückbetrachtung dafür, den Energiebereich nicht zu politisieren. Diese Haltung habe fast 50 Jahre funktioniert, auch zu Zeiten des Kalten Kriegs.<sup>498</sup> Er war der Meinung, es sei von Bundeskanzlerin Merkel nie bestritten worden, dass Nord Stream 2 auch eine außen- und sicherheitspolitische Komponente hatte. Sie habe mit dem Hinweis auf das „privatwirtschaftliche Projekt“ lediglich ausdrücken wollen, dass aufgrund der Gasmarktliberalisierung hier begrenzte staatliche Eingriffsmöglichkeiten bestünden.<sup>499</sup>

## 8.2 Das Prinzip der Vertragstreue

Pacta sunt servanda – eines der am tiefsten verankerten und charakterbildendsten geopolitischen Attribute in den bundesdeutschen Pipelinedebatten. Das Pochen auf die Einhaltung von Verträgen und der Wahrung des Bildes eines verlässlichen Handelspartners waren in den Bundestagsdebatten um die Projekte vor allem in Phasen zu beobachten, in der die Bedrohung des jeweiligen Projekts durch amerikanische Sanktionen deutlich greifbar wurde.<sup>500</sup>

---

<sup>494</sup> Vgl. Ehlers, Sebastian: Interview vom 29. September 2023, Abs. 9 & 13.

<sup>495</sup> Vgl. Kiesewetter, Roderich: Interview vom 2. Oktober 2023, Abs. 9.

<sup>496</sup> Vgl. ebd., Abs. 14.

<sup>497</sup> Vgl. Reiter, Janusz: Interview vom 20. Juli 2023, Abs. 35.

<sup>498</sup> Vgl. Pflüger, Friedbert: Interview vom 17. Oktober 2023, Abs. 39.

<sup>499</sup> Vgl. ebd., Abs. 73.

<sup>500</sup> Vgl. Anhang: PP/Codesystem/WP 08,09/Argument pacta sunt servanda.



## Erdgas-Röhren-Geschäft

Der Verweis auf Rechtsgrundsätze erfolgte in den Wahlperioden 08 und 09, weil die amerikanischen Angriffe auf das Projekt als „schwer verständliche Politisierung des Welthandels“ aufgefasst wurden, so der damalige Finanzminister Manfred Lahnstein (SPD).<sup>501</sup> Würde das Projekt scheitern, ggf. aufgrund staatlicher Interventionen, wäre das Vertrauen in die Bundesrepublik Deutschland bzw. westdeutsche Firmen zerstört. Dies hätte langfristige Folgen für eine Exportnation wie die Bundesrepublik.<sup>502</sup> Wiederkehrende Begriffe, im Zusammenhang mit dem Grundsatz der Vertragstreue, waren u.a. „Vertrauen“, „Kontinuität“, „Vertragstreue“, „Zuverlässigkeit“, „Investitionsschutz“ oder der „Grundsatz von Treu und Glauben“.<sup>503</sup> Sogar Helmut Kohl stellte schließlich, obwohl er ursprünglich ein Gegner des Projektes war, im November 1982 als neuer Bundeskanzler mit Nachdruck fest: „Deutsche Politik muß vertragstreue Politik sein.“<sup>504</sup> Und weiter:

„Jeder in diesem Hause weiß und ich will es überhaupt nicht verschweigen, daß ich kein Verfechter dieses Geschäfts war. Aber ich trete mit allem Nachdruck und mit aller Deutlichkeit dafür ein, daß wir, die Deutschen, zuverlässige Vertragspartner sind und daß geschlossene Verträge gelten.“<sup>505</sup>

Zu diesem Zeitpunkt waren die US-Sanktionen gegen das letzte Erdgas-Röhren-Geschäft, die ihr Ziel deutlich verfehlt hatten, gerade aufgehoben worden. In den Sitzungen des Wirtschaftsausschusses zu dieser Zeit nahm dieses Prinzip keinen so großen Raum wie in den Bundestagsdebatten ein. Dennoch wurde in einer Sachverständigenanhörung 1977 deutlich, welche weitreichenden Auswirkungen damit bzw. mit der Nichteinhaltung verbunden wurden. Ein Sachverständiger des Bundesverbands der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) führte die vorteilhafte Position der Bundesrepublik im Konkurrenzkampf um das weltweite Erdgasangebot auf den Ruf zurück, langfristige Verträge verlässlich einzuhalten.<sup>506</sup>

---

<sup>501</sup> Lahnstein, Manfred: Plenarprotokoll 09/107 vom 23. Juni 1982, S. 6500.

<sup>502</sup> Vgl. Anhang: PP/Codesystem/WP 08,09/Argument pacta sunt servanda.

<sup>503</sup> Vgl. Anhang: PP/Codesystem/WP 18,19/Argument pacta sunt servanda. Vgl. Anhang: PP/Codesystem/WP 08,09/ Argument pacta sunt servanda.

<sup>504</sup> Kohl: Plenarprotokoll 09/130, vom 25. November 1982, S. 8008.

<sup>505</sup> Ebd.

<sup>506</sup> Gläser, Fritz: Protokoll Wirtschaftsausschuss 08/017 vom 17. Oktober 1977, S. 148.

## Nord Stream 2

Diese Argumentationsmuster mit Bezug auf allgemeine Rechtsgrundsätze und darüber hinaus auf rechtsstaatliche Genehmigungsverfahren ließen sich auch in den Debatten um Nord Stream 2 finden. Auch hier meist in Phasen, in denen das Projekt stark unter Beschuss stand. Auf die Forderungen nach einem Baustopp antwortete der SPD-Abgeordnete Johann Saathoff, dieser würde das Verhältnis zwischen Deutschland und Russland belasten: „Was wir jetzt brauchen, sind vertrauensbildende Maßnahmen. Und Nord Stream 2 zu beenden, ist genau das Gegenteil davon.“<sup>507</sup> Als die Forderungen nach einem Baustopp immer lauter wurden, wurde in den untersuchten Debatten auf das abgeschlossene rechtsstaatliche Verfahren hingewiesen, wonach die Verhängung eines Baustopps nicht gangbar wäre. Außerdem seien bereits mehr als 90 Prozent des Projektes fertiggestellt worden und mehrere Milliarden Euro private Mittel hineingeflossen.<sup>508</sup> Eine Veränderung im Vergleich zu den Pipelinedebatten der WP 08 und 09 war, dass die Äußerungen weniger auf die Außenwahrnehmung der Bundesrepublik als verlässliche Vertragspartnerin lagen, sondern vielmehr auf den eigenen rechtsstaatlichen Genehmigungsverfahren. Wenn diese einmal durchlaufen seien, könne der Staat eine Genehmigung nicht einfach zurückziehen.<sup>509</sup> Kurz und knapp fasste Philipp Amthor (CDU/CSU) 2020 die überwiegende Auffassung im Plenum und die Position der Bundesregierung zusammen:

„[...] die Fertigstellung der Pipeline Nord Stream 2 entspricht der geltenden Rechts- und Genehmigungslage in der Bundesrepublik Deutschland. [...] Das Projekt entspricht der Rechtslage und ist fertigzustellen.“<sup>510</sup>

Das Projekt habe erfolgreich ein rechtstaatliches Genehmigungsverfahren durchlaufen, alle Genehmigungen in Europa wurden erteilt. So stellte z.B. Michael Theurer (FDP) im September 2020 fest, dass die einmal erteilte Genehmigung nicht einfach zurückgezogen werden könne, ansonsten stünden Entschädigungen ins Haus.<sup>511</sup> Das Thema wurde besonders relevant, als auch im Parlament Forderungen nach einem Baustopp aufgegriffen wurden. Daran lässt sich eine weitere

---

<sup>507</sup> Saathoff: Plenarprotokoll 19/177 vom 18. September 2020, S. 22325.

<sup>508</sup> Vgl. Anhang: Codesystem/WP 18,19/Argument pacta sunt servanda.

<sup>509</sup> Vgl. ebd.

<sup>510</sup> Amthor: Plenarprotokoll 19/192 vom 19. November 2020, S. 24279.

<sup>511</sup> Theurer, Michael: Plenarprotokoll 19/177 vom 18. September 2020, S. 22321.

zeitgenössische Abwandlung des Prinzips festmachen. Viel stärker als der befürchtete Vertrauensverlust in die Bundesrepublik als verlässlicher Geschäftspartner wog in den Debatten die Furcht vor milliardenschweren Entschädigungsforderungen Gazproms und dem Verlust bereits getätigter Investitionen, sollte es zu einem Scheitern des Projektes kommen.

Nach der Vergiftung Alexei Nawalnys trat vor allem die FDP-Fraktion, die sich vorher noch für die strikte Einhaltung der Verträge stark gemacht hatte, für ein Moratorium des Pipelinebaus ein, bis der Vorfall lückenlos aufgeklärt wäre.<sup>512</sup> Solcherlei Forderungen standen deutliche Erwidierungen entgegen. Die häufigste Warnung war, dass auf Deutschland Schadensersatzforderungen in Milliardenhöhe nach dem internationalen Investitionsschutz zukommen könnten, sollte das Projekt gestoppt werden.<sup>513</sup>

### **Interviews**

Nach der Annexion der Krim hätte schon Nord Stream 1 gekappt werden müssen, so Roderich Kiesewetter im Interview. Umso entsetzter sei er gewesen, dass die deutsche Antwort auf die Annexion Nord Stream 2 gewesen sei. Es habe in der CDU/CSU-Fraktion sehr wenige kritische Stimmen gegeben, darunter Norbert Röttgen und er. Erst 2017 sei langsam eine Verbindung von völkerrechtswidrigem Verhalten und Nord Stream 2 zu beobachten gewesen.<sup>514</sup> Friedbert Pflüger hingegen hielt die zunehmende Vermischung von Konflikten mit der ursprünglich entpolitisierten Sphäre der Energiebeziehungen weiterhin für einen großen Fehler. Das Heraushalten von Konflikten aus den Wirtschaftsbeziehungen habe die vergangenen fast 50 Jahre gut funktioniert, denn letztlich sei eine günstige Gasversorgung ein zentrales Interesse der Bundesrepublik.<sup>515</sup>

Das Zurückgreifen auf das Prinzip der Vertragstreue kann im ersten Untersuchungszeitraum durchaus noch auf die mangelnden Gestaltungsmöglichkeiten der Bundesrepublik in außenpolitischen Fragen und dem Ausweichen auf Außenhandelspolitik zurückgeführt werden. Zwar war das Kontrollrecht der Westalliierten zum Zeitpunkt der Debatten um das letzte Erdgas-Röhren-Geschäft nur noch ein Nachhall früherer Machtfülle, doch hatte es tiefe Spuren im Selbstverständnis

---

<sup>512</sup> Vgl. Anhang: PP/Codesystem/WP 18,19/ Forderung Moratorium, Baustopp.

<sup>513</sup> Vgl. Anhang: PP/Codesystem/WP 18/19/Argument pacta sunt servanda.

<sup>514</sup> Vgl. Kiesewetter: Interview vom 2. Oktober 2023, Abs. 9.

<sup>515</sup> Vgl. Pflüger: Interview vom 17. Oktober 2023, Abs. 39 & 43.

hinterlassen. So wich man in vielen klassisch außenpolitischen Bereichen auf die Wirtschaftspolitik aus. Vieles, das in anderen Ländern selbstverständlich zur Außen- und Sicherheitspolitik gehört, wurde in Deutschland auf einer ökonomischen Ebene betrieben, so auch die Versorgung mit Erdgas. Falls es im ersten Untersuchungszeitraum noch an Können mangelte, lässt sich das für den zweiten Untersuchungszeitraum nicht mehr behaupten. Die Frage, warum auf bundespolitischer Ebene auch während Nord Stream 2 so stark am Prinzip der Vertragstreue festgehalten wurde, lässt sich womöglich einerseits durch eine gewachsene Tradition erklären, andererseits eventuell auch durch eine Vermeidungstaktik, unangenehme außenpolitische Sachverhalte nicht offen zu behandeln.

### **8.3 Wandel durch Handel?**

Was es nun war, Mythos oder wirkungsvolles Konzept, das Motiv vom Wandel durch Handel bzw. Annäherung kann vor allem in der Rückbetrachtung als charakterbildend für die bundesdeutsche Außenpolitik betrachtet werden. In der Analyse wurde deutlich, wie sehr der Glaube an weitreichende und positive Folgen einer engeren wirtschaftlichen Kooperation mit der UdSSR und später mit Russland die bundesdeutsche Politik formte. Ganz besonders gilt dies für die Zusammenarbeit im Energiebereich, v.a. bei Erdgas. Besonders die SPD sah sich in den untersuchten Debatten um Nord Stream 2 in direkter Tradition der Ostpolitik Brandts und den Erdgas-Röhren-Geschäften, die für die Liberalisierung der späten UdSSR mitverantwortlich gemacht wurde. Vor allem in der Ex-post-Betrachtung der Interviews gingen die Bewertungen der Erfolge von Wandel durch Handel allerdings stark auseinander.

In den jüngeren Debatten kam immer mehr der Begriff „Interdependenz“ auf, der vieles von dem beschrieb, was heute in der Rückbetrachtung unter Wandel durch Handel zusammengefasst wird. Man könnte argumentieren, dass die Konzepte und Vorstellungen von Interdependenz diejenigen der Ostpolitik im Kalten Krieg abgelöst haben – quasi als moderne Entsprechung von Wandel durch Handel. Was gleich blieb, ist die Vorstellung, dass man durch wirtschaftliche Kooperation und wirtschaftliches Zusammenwachsen ein System gegenseitiger Abhängigkeit schaffen könne, indem, neben ökonomischen Gewinnen, auch ein Einfluss auf die politische Situation in Russland erreicht werden könne.

## **Erdgas-Röhren-Geschäft**

Zwar war das Konzept vom Wandel durch Handel auch schon während der Erdgas-Röhren-Geschäfte bekannt, doch war es nicht in einem Maße konzeptualisiert, als dass die Zeitgenossen ihre Handlungen selbst in dieses einordneten.<sup>516</sup> Wie es so oft mit Strömungen, Epochen oder Theorien der Fall ist, wurden erst im Nachhinein zahlreiche politische Initiativen zu diesem Konzept gezählt, was den damaligen Akteuren damals sicher nicht in diesem Maße offenbar war. Dennoch ist eine solche Konzeptualisierung hilfreich, um die Richtung der Entspannungs- und Osthandelspolitik überfassend zu charakterisieren. Eine Diskrepanz, die schon bei der Analyse der Debatten der WP 08 und 09 sofort auffällt, ist der Widerspruch zwischen dem Narrativ vom Privatgeschäft und dem Konzept von Wandel durch Handel. Einerseits wurde sowohl von Regierungsseite als auch aus den Regierungsfractionen heraus betont, dass die Bundesregierung keinen Einfluss und keine Zugriffsmöglichkeiten auf das Zustandekommen der Geschäfte habe, andererseits wurden ganz offen politische Forderungen und Hoffnungen damit verbunden.

Ein wichtiges Ziel der Bundesregierung beim letzten Erdgas-Röhren-Geschäft war die Einbeziehung West-Berlins in sowjetische Gaslieferungen. Dass sie dies erreichen konnte, war ein beachtlicher Erfolg der sozialdemokratischen Ostpolitik. Von Anfang an waren mit dem Ausbau der wirtschaftlichen Beziehungen politische Forderungen verknüpft. Das letzte Erdgas-Röhren-Geschäft war hier keine Ausnahme. Der damalige Kanzler Schmidt berichtete 1981 von einer Reise nach Moskau:

„1978 ist das langfristige Wirtschaftsabkommen hinzugekommen. Wir wollen unsere wirtschaftliche Zusammenarbeit ausweiten. Dies geschieht auch in der beiderseits ausgesprochenen Einsicht, daß wir in einer Zeit weltwirtschaftlicher Schwierigkeiten und jeweils eigener wirtschaftlicher Schwierigkeiten – auch drüben! – uns tatsächlich gegenseitig helfen können. Ein gutes Beispiel dafür ist das vor einigen Tagen abgeschlossene Erdgas-Röhren-

---

<sup>516</sup> Bspw. wird lediglich zweimal von „Wandel durch Annäherung“ in den gesichteten Dokumenten gesprochen, und zwar in WP 09 und auch nicht im Zusammenhang mit den Erdgas-Röhren-Geschäften. Siehe Anhang: PP/Codesystem/Begriffe überall/Wandel durch Handel.

Geschäft, das zu unserer Befriedigung auch die Möglichkeit sowjetischer Erdgaslieferungen an Berlin (West) vorsieht.“<sup>517</sup>

Mit welcher starken Emotionen die Politik in Richtung UdSSR aufgeladen war und welche großen Hoffnungen für den Aussöhnungsprozess nach dem Zweiten Weltkrieg in die wirtschaftliche Kooperation gesetzt wurden, zeigt auch die Aussage von Schmidt in einer Plenardebatte 1982.

„Deutsche Außenpolitik muß die Aussöhnung mit den Nachbarn im Osten weiterhin vertiefen. Ungeachtet aller ideologischen, aller außenpolitischen Meinungsunterschiede brauchen wir ein Verhältnis guter Nachbarschaft. Die Ostverträge müssen nicht nur eingehalten, sondern sie müssen auch praktisch angewendet und weiterhin entfaltet werden. Ich füge hinzu: Dazu gehört auch das auf 25 Jahre angelegte wirtschaftliche Kooperationsabkommen mit der Sowjetunion. Aber die Völker der Sowjetunion, die Völker Osteuropas und wir im Westen, wir haben einander mehr zu bieten als Erdgas und als Röhren und als Weizen.“<sup>518</sup>

Ein letztes hier aufgeführtes Zitat zu dieser Thematik verdeutlicht nochmals die Bedeutung, die dem letzten Erdgas-Röhren-Geschäft zugeschrieben wurde, nicht nur für die Energiepolitik, sondern auch für die deutsche und europäische Sicherheitspolitik. Der SPD-Abgeordnete Wischnewski zeigte damit außerdem, dass Überlegungen zu klassisch geopolitischen Themen gegenwärtig waren, auch wenn sie nicht so benannt wurden.

„[...] natürlich ist das Erdgas-Röhren-Geschäft für uns nicht nur ein ganz normales Geschäft, es ist auch Teil der Bemühungen, der Schlußakte von Helsinki gerecht zu werden, der wirtschaftlichen Zusammenarbeit über geographische und ideologische Grenzen hinweg einen wichtigen Platz in der Entspannungspolitik einzuräumen.“<sup>519</sup>

## **Nord Stream 2**

In den untersuchten Bundestagsdebatten der WP 18 und 19 fanden sich nicht viele Bezüge zu den Erdgas-Röhren-Geschäften. Doch wenn Parlamentariern diese

---

<sup>517</sup> Schmidt: Plenarprotokoll 09/070 vom 3. Dezember 1981, S. 4054.

<sup>518</sup> Schmidt: Plenarprotokoll 09/118 vom 1. Oktober 1982, S. 7162.

<sup>519</sup> Wischnewski: Plenarprotokoll 09/130 vom 25. November 1982, S. 8021.

geläufig waren, wurden sie als Positivbeispiel der von Willy Brandt initiierten Ostpolitik unter dem Begriff Wandel durch Handel bzw. Annäherung dargestellt. Die Ostseepipelines wurden in einer direkten Traditionslinie dieser deutsch-sowjetischen Erdgasbeziehungen betrachtet.<sup>520</sup> Auch bei den Parlamentariern der CDU/CSU-Fraktion war festzustellen, dass die sozialdemokratische Ostpolitik im Nachhinein positiv bewertet wurde. Der Abgeordnete Jürgen Hardt (CDU/CSU) beschrieb die Erdgas-Röhren-Geschäfte während des zweiten Untersuchungszeitraums als wichtigen Bestandteil der Entspannungspolitik Richtung UdSSR:

„Wir sind davon überzeugt, dass das ein Beitrag zur Entspannung der Politik in den 80er-Jahren geworden ist, weil die Sowjets die Einnahmen aus den Gaslieferungen sehr lohnenswert fanden.“<sup>521</sup>

Auch der Abgeordnete Gregor Gysi (Die Linke) sah Nord Stream 2 2021 in direkter Nachfolge der sozialdemokratischen Wandel durch Annäherungs-Politik, die eine der letzten Brücken zu Russland sei und deshalb nicht aufgrund tagesaktueller Verwerfungen eingerissen werden dürfe.<sup>522</sup>

„Von der Sozialdemokratie habe ich eins gelernt: Politik des Wandels durch Annäherung. Bundespräsident Steinmeier, Kanzlerin Merkel und Ministerpräsidentin Schwesig haben recht, was Nord Stream 2 betrifft: Es ist die letzte Brücke zwischen Russland und dem übrigen Europa, die nicht auch noch eingerissen werden darf.“<sup>523</sup>

Timon Gremmels (SPD) nutzte die EU-Formulierung „Energiediplomatie“, um die bundesdeutschen außenpolitischen Ziele zu beschreiben:

„Es war in den 80er-Jahren so, dass oftmals die Energiediplomatie immer wieder die politische Diplomatie mit Russland unterstützte, manchmal korrigierte, manchmal ihr sogar vorausging. Das war immer auch Mittel zum Zweck und ein Weg, um mit Russland im Gespräch zu bleiben. Genau das müssen wir jetzt auch machen.“<sup>524</sup>

---

<sup>520</sup> Vgl. Anhang: PP/Codesystem/WP 18,19/ERG und Wandel durch Handel-Bezüge.

<sup>521</sup> Hardt: Plenarprotokoll 19/104 vom 6. Juni 2019, S. 12679.

<sup>522</sup> Vgl. Gysi, Gregor: Plenarprotokoll 19/208 vom 10. Februar 2021, S. 26246

<sup>523</sup> Ebd.

<sup>524</sup> Gremmels: Plenarprotokoll 19/124 vom 7. November 2019, S. 15432.

Alexander Gauland (AfD) mahnte in einem Rückgriff auf die Erdgasbeziehungen zur UdSSR an, dass diese niemals den Zweck hatten, die inneren Verhältnisse der Sowjetunion zu demokratisieren, sondern eine generelle Verbesserung in den Beziehungen im eigenen Interesse zum Ziel hatten. Die, durchaus richtigen, politischen Forderungen, z.B. in Bezug auf Nawalny, sollten von den Erdgasbeziehungen getrennt bleiben.<sup>525</sup>

In den untersuchten Ausschusssitzungen dagegen, also stärker auf der Arbeitsebene, spielte das Thema keine große Rolle. Lediglich in der WP 19 wurde in einer Expertenanhörung gefragt, inwiefern Wandel durch Handel zu positiven Veränderungen in der Zivilgesellschaft des von Putin dominierten Russland führen könnte und wie dies im Widerspruch zu den verfügbaren Sanktionen stehen könnte.<sup>526</sup>

### **Interviews**

In den Interviews wurde die Frage nach dem Vorhandensein des Konzepts Wandel durch Handel in der praktischen Politik mit der Frage verknüpft, inwieweit die deutsche Energieaußenpolitik von strategischem Denken geprägt war. Das war eine zentrale Frage in den Experteninterviews und sollte zur Selbstreflektion und Ex-post-Bewertung der Bundespolitik um die Pipelineprojekte dienen. Ehe es intensiv um das konkrete strategische Element der Energiesicherheit und dessen Widerspiegelung in den Debatten gehen wird, soll hier bereits das übergeordnete konkrete Vorhandensein von diesem speziellen strategischen Element angeschnitten werden. Friedbert Pflüger zog eine klare Bilanz: Das Konzept Wandel durch Annäherung war in seinen Augen im Ganzen erfolgreich und habe dazu geführt, dass die Bundesrepublik viele Jahre der Entspannungspolitik, der menschlichen Erleichterung und die KSZE-Schlussakte hatte. Die Energiepartnerschaft mit Russland war auch während Nord Stream 2 richtig. Der Fehler sei allerdings gewesen, dass man im Gegensatz zur Ostpolitik des Kalten Krieges, Verteidigung und Entspannung nicht als zwei Seiten einer Medaille definiert hatte und mit der Zeit den Abschreckungsaspekt aus den Augen verlor. Es sei kein Zuviel an Entspannung, sondern ein Zuwenig an Verteidigung vorhanden gewesen. Letztlich sei dies ein Konzept, das lediglich in Friedenszeiten trüge, man habe die Wirkung von Interdependenz auf die Außen- und Sicherheitspolitik im Moment der Krise überschätzt.<sup>527</sup>

---

<sup>525</sup> Vgl. Gauland, Alexander: Plenarprotokoll 19/208 vom 10. Februar 2021, S. 26241.

<sup>526</sup> Siehe: Protokoll Wirtschaftsausschuss 19/107 vom 24. Februar 2021, S. 19.

<sup>527</sup> Pflüger: Interview vom 17. Oktober 2023, Abs. 115.



Insbesondere Politiker der SPD-Fraktion im Bundestag waren stark durch das Denken im Wandel durch Handel-Narrativ geprägt. Daniela De Ridder sah den Ansatz in der Rückbetrachtung in alter SPD-Tradition der Entspannungspolitik und als Teil der DNA der Partei. Es sei ein hervorragender Ansatz gewesen, der uns eine lange Friedensdividende ermöglicht hatte. In dieser Art der Industriepolitik der SPD nahm Nord Stream 2 einen wichtigen Platz ein und könne als Paradebeispiel für diese dienen. Lange wurden politische Ereignisse ausgeklammert und ein pragmatischer Kurs im Sinne dieser sozialdemokratischen Tradition gefahren. Es seien erst ab Außenminister Maas verstärkt ethische Komponenten hinzugekommen und politische Forderungen mit der Industriepolitik verknüpft worden – ein gewisser Bruch mit der Tradition.<sup>528</sup> Den Bruch auch mit der eigenen Position hat in der Nachbetrachtung Timon Gremmels vollzogen. Im Interview bezeichnete er seine oben dargestellten früheren Positionen als Fehler. Spätestens nach der Annexion der Krim hätte man einsehen müssen, dass Wandel durch Handel nicht mehr funktionierte.<sup>529</sup>

Bereits viel früher sah das der Abgeordnete Roderich Kiesewetter (CDU/CSU) anders. Er bezeichnete Wandel durch Handel in der Nachbetrachtung als deutsche Hybris – als den Glauben, wenn Deutschland mit Russland handle, würde es sich schon wandeln. Nord Stream 2 sei als Heilmittel für die deutsch-russische Annäherung betrachtet worden, dieses Narrativ war zum einen durch Gruppen russlandnaher Politiker in der SPD und CDU aktiv vorangetrieben und zum anderen möglicherweise aus Naivität von Bundeskanzlerin Merkel geglaubt worden. Schuld an dieser Naivität hatte, laut Kiesewetter, v.a. die Vorstellung, dass man nach der Wiedervereinigung nur noch von Freunden umgeben sei. Diese Vorstellung sei aber schon seit 2007 nicht mehr realistisch gewesen, dennoch habe man an diesem Glaubensgrundsatz festgehalten.<sup>530</sup> Ähnlich sah dies der ehem. Botschafter Polens in Deutschland, Janusz Reiter:

„Die Wandel durch Handel-Politik wurde nach dem Ende der Sowjetunion weiterverfolgt. Die Überzeugung Deutschlands war, dass man durch eine Politik der wirtschaftlichen Partnerschaft Einfluss auf Russland nehmen könnte. Deutschland hat sich hier überschätzt. Man hat in Deutschland nie

---

<sup>528</sup> De Ridder: Interview vom 9. September 2023, Abs. 21, 41 & 42.

<sup>529</sup> Gremmels: Interview vom 13. September 2023, Abs. 5.

<sup>530</sup> Kiesewetter: Interview vom 2. Oktober 2023, Abs. 14.

verstanden, dass wirtschaftliche Interessen in Russland bei Konflikten immer eine untergeordnete Rolle gespielt haben.“<sup>531</sup>

Etwas differenzierter bewertete Wolfgang Niedermark das Narrativ. Für ihn hatte Wandel durch Handel einen bedeutenden Anteil am Zusammenbruch des Ostblocks. Dadurch sei ein Virus in diese Gesellschaften gelangt und durch das Versprechen von Wohlstand hatte der Westen enorme Strahlkraft. Nach dem Zusammenbruch des Ostblocks wurde das Konzept noch von der allgemeinen „End-of-History-Euphorie“ und der Vorstellung, man sei umgeben von Freunden, getragen. Man ging von einer weiteren Liberalisierung und Demokratisierung der post-sowjetischen Gesellschaften aus, wenn man denn nur Handel betreiben würde. Bis in die Mitte der 2000er-Jahre herrschte diese Ansicht in der politischen Wahrnehmung in Deutschland vor. Letztlich müsse man sich im Nachhinein jedoch eingestehen, dass das eine Chimäre gewesen sei. Gleichzeitig sei es auch eine sehr bequeme Grundhaltung für den Umgang mit Autokratien gewesen.<sup>532</sup>

Die Meinungen, ob Handel durch Wandel erfolgreich war, gehen heute auseinander und im Grunde besteht noch nicht einmal Einigkeit darüber, ob es nun wirklich ein außenpolitisches Konzept war oder lediglich eine vage Leitidee. Es wurde deutlich, dass es vor allem in der Nachbetrachtung als Konzept gesehen wurde. Das kann Ausdruck des eingangs beschriebenen Mechanismus sein, dass Kategorisierungen erst in der Nachbetrachtung erfolgen können, da hier erst die Muster erkennbar hervortreten. Unterstellt man nun ein bewusstes Vorgehen im Sinne eines außenpolitischen Ziels, ergänzt Wandel durch Handel im Grunde das Narrativ vom Privatgeschäft und die Unterstellung während der Debatten um Nord Stream 2, die Bundesregierung würde dieses nur vorschieben. Wenn man will, könnte auch gefragt werden, ob der Antrieb für dieses Vorgehen möglicherweise die als erfolgreich wahrgenommene Osthandelspolitik im Kalten Krieg war. Genauer gesagt, ob man die weitgehende offizielle Entkoppelung des Handels von der Politik zur Zeit der US-Konfrontationspolitik Ende der 1970er-Jahre und die Weigerung an dieser teilzuhaben dafür verantwortlich macht, dass die Errungenschaften in wirtschaftlicher und humanitärer Hinsicht nicht gefährdet wurden. Manch einer mag der Meinung gewesen sein, dass es auch die Handel-durch-Wandel-Politik

---

<sup>531</sup> Reiter: Interview vom 20. Juli 2023, Abs. 38.

<sup>532</sup> Niedermark: Interview vom 3. August 2023, Abs. 49.

gewesen war, die die deutsche Wiedervereinigung, Glasnost und Perestroika möglich werden ließ.

Wie schon mehrfach angesprochen, war sicherlich einer der Gründe für diese indirekte Form der Außenpolitik der jungen Bundesrepublik schlicht die mangelnde außenpolitische Gestaltungsmacht. Und auch aus der Erkenntnis heraus, dass die Bundesrepublik politisch und wirtschaftlich zu schwach wäre, Energieimporte zu erzwingen, verfolgte man eine Strategie „einer Verflechtung der Interessen“.<sup>533</sup> Auch wenn noch nicht so benannt, wurde hier das außenpolitische Konzept der Interdependenz zu einer der Leitlinien deutscher Außenpolitik erhoben. Vor allem das wiedervereinigte Deutschland machte es zu einem Grundprinzip der Außenpolitik und es spielte eine bedeutende Rolle im Verhältnis zu Russland.<sup>534</sup>

#### **8.4 Nationale Interessen**

Bevor es überhaupt zu einer Wiederbefassung mit dem Begriff „Geopolitik“ in der bundesdeutschen politischen Debatte kam, gab es ein kontroverses Ringen um die Frage, ob Deutschland „nationale Interessen“ formulieren dürfe. In der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg war dies eines der großen Tabus in der Bundespolitik, bis Egon Bahr für eine Normalisierung des Begriffes eintrat.<sup>535</sup> Dennoch meiden deutsche Bundesregierungen noch bis heute die klare Formulierung nationaler Interessen. Im analysierten Material lässt sich jedoch zumindest in der Debatte eine Abschwächung der Tabuisierung vom ersten bis zum zweiten Untersuchungszeitraum feststellen.

#### **Erdgas-Röhren-Geschäft**

In den analysierten Bundestagsdebatten bspw. wurde in den Wahlperioden 08 und 09 nur neunmal von „Interessen“, „nationalen Interessen“, „deutschen Interessen“ usw. im Zusammenhang mit den Erdgas-Röhren-Geschäften oder der Erdgasversorgung allgemein gesprochen. Im Wesentlichen handelte es sich um Erwidierungen in der Regierungszeit Kohls auf den Vorwurf, die Bundesregierung würde amerikanischen Sanktionsandrohungen nicht entschieden genug entgegenzutreten und amerikanische anstatt deutsche Interessen vertreten.<sup>536</sup> Zu einer der wenigen deutlichen

---

<sup>533</sup> Wörmann: Osthandel, S. 83.

<sup>534</sup> Siehe Kapitel 8.7.1.

<sup>535</sup> Siehe Kapitel 5.1.

<sup>536</sup> Vgl. Anhang: PP/Codesystem/WP 08,09/Geostrategische, geopolitische Motive/Interessen.

Erwähnungen von deutschen Interessen ließ sich 1982 der CDU-Abgeordnete Rühle hinreisen, in einer Replik auf ebenjenen Vorwurf, amerikanische Interessen zu vertreten:

„CDU und CSU haben die deutschen Interessen vom Beginn der Bundesrepublik an entschieden und vor allem erfolgreich vertreten. Deshalb ist der Vorwurf des SPD-Bundesgeschäftsführers Glotz schlicht lächerlich, wir vertreten eher amerikanische als deutsche Interessen. [...] Wir werden auch in Zukunft deutsche Interessen in der Außen- und Sicherheitspolitik mit Nachdruck vertreten.<sup>537</sup>

In den Debatten um die Erdgas-Röhren-Geschäfte zeigte sich, wie schwer es dem damaligen politischen Personal fiel, offen nationale Interessen zu formulieren. Wenn überhaupt, wurden Äußerungen in dieser Richtung auf die Interessen anderer Länder, besonders der USA, bezogen. Dieser Befund ließ sich verstärkt durch die untersuchten Protokolle des Wirtschaftsausschusses bestätigen. Hier wurde gar nicht von Interessen oder nationalen Interessen im Zusammenhang mit den Erdgas-Röhren-Geschäften gesprochen.

## **Nord Stream 2**

In den Wahlperioden 18 und 19 indizierte die Anzahl von 57 Fundstellen in den Bundestagsdebatten, die von „Interessen“ im Zusammenhang mit Nord Stream 2 oder der Erdgasversorgung allgemein handeln, eine Normalisierung des Begriffs.<sup>538</sup> Begrifflichkeiten, wie „deutsches Interesse“, „nationales Interesse“ und ähnliche, wurden von Vertretern aller Fraktionen geäußert. Wobei sich assoziierte Begrifflichkeiten etwas häufiger bei Vertretern der AfD beobachten ließen. Singulär aus ihren Reihen kam der Vorwurf, dass die Bundesregierung deutsche Interessen im Streit mit den USA verraten würde.<sup>539</sup> Vertreter aller Parteien forderten ein selbstbewussteres Vertreten deutscher Interessen, vor allem im Zusammenhang mit den amerikanischen Sanktionsandrohungen. Hervor trat hier insbesondere in mehreren Redebeiträgen der SPD-Parlamentarier Timon Gremmels. Z.B. folgendermaßen: „Deswegen müssen wir selbstbewusst sagen, wie die deutschen Interessen sind, und

---

<sup>537</sup> Rühle, Volker: Plenarprotokoll 09/114 vom 16. September 1982, S. 7039.

<sup>538</sup> Vgl. Anhang: PP/Codesystem/WP 18,19/Geostrategische, geopolitische Motive/Interessen.

<sup>539</sup> Vgl. Anhang: PP/Codesystem/WP 18,19/Geostrategische, geopolitische Motive/Interessen/BReg verrät deutsche Interessen. Z.B. Chrupalla, Tino: Plenarprotokoll 19/174 vom 11. September 2020, S. 21912.

dazu gehört auch russisches Erdgas.“<sup>540</sup> Besonders häufig sprach der Abgeordnete Klaus Ernst (Die Linke) in den Sitzungen des Wirtschaftsausschusses von der Verfolgung eigenständiger deutscher und europäischer Interessen im Zusammenhang mit der Energiepolitik. Lediglich Klaus Ernst forderte in einer Ausschusssitzung, dass eigenständige deutsche und europäische Interessen formuliert werden müssen, und zwar in Abgrenzung zur US-Politik und in Hinwendung zu Russland. Im Protokoll folgendermaßen wiedergegeben:

„Es müssten eigenständige europäische und deutsche Interessen formuliert werden. Selbst der Vorsitzende des Ostausschusses der deutschen Wirtschaft, Eckhard Cordes, weist darauf hin, dass ein starkes Europa ohne Einbeziehung Russlands nicht möglich sei. Die Sanktionen schaden im Ergebnis der EU und Deutschland selbst. Die Zusammenarbeit der russischen öl- und gasfördernden Institutionen mit deutschen Firmen habe nicht nur einen ökonomischen, sondern auch einen politischen Wert.“<sup>541</sup>

Der Bezug auf europäische Interessen schien die Legitimität der jeweils geäußerten nationalen Interessen erhöhen zu sollen. So wurden Europa wie Deutschland ein großes Interesse an stabiler Energieversorgung zugeschrieben und damit Nord Stream 2 befürwortet. Teilweise wurde dieses Interesse auf Westeuropa beschränkt, da es aus Ost- und Mitteleuropa bekanntermaßen erheblichen Widerstand gab. Was genau im gemeinsamen deutsch-europäischen Interesse lag, hing von der jeweiligen Position des Äußernden ab.<sup>542</sup>

## Interviews

Auch in der Rückbetrachtung plädierte Gremmels im Interview für einen offenen Umgang mit dem Begriff. Es gäbe deutsche nationale Interessen und das könne man auch nicht ausklammern. Wer dies täte, würde die Leute an der Nase herumführen.<sup>543</sup> Ähnlich argumentierten alle Interviewten. Wolfgang Niedermark vom BDI sah in der Position der Bundesregierung eine Summe von Interessen: Es gab ein volkswirtschaftliches Interesse an einer Gasversorgung zu akzeptablen Preisen, ein klimapolitisches Interesse an der Übergangstechnologie Gas und es gab ein

---

<sup>540</sup> Gremmels: Plenarprotokoll 19/079 vom 13. Februar 2020, S. 9253.

<sup>541</sup> Ernst, Klaus: Protokoll Wirtschaftsausschuss 18/119 vom 28. Juni 2017, S. 42.

<sup>542</sup> Vgl. Anhang: PP/Codesystem/WP 18,19/Geostrategische, geopolitische Motive/Interessen.

<sup>543</sup> Gremmels: Interview vom 13. September 2023, Abs. 33.

betriebswirtschaftliches Interesse insbesondere aus der Chemieindustrie daran, deren Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern.<sup>544</sup> Dieses Zusammenspiel bildete das nationale Interesse. Janusz Reiter sah dies ähnlich und meinte, eine Trennung von wirtschaftlichen und politischen Interessen sei kaum möglich.<sup>545</sup>

## **8.5 Energiesicherheit**

Wie ausgeprägt waren strategische Überlegungen in den Debatten um das letzte Erdgas-Röhren-Geschäft und um Nord Stream 2? Kann ein Bewusstsein für die strategischen Fragestellungen rund um die Energiesicherheit festgestellt werden? Finden sich die Elemente von Energiesicherheit in den Debatten wieder? Im folgenden Kapitel kommen im Wesentlichen die Konzepte und die Kriterien der Energiesicherheit aus Kapitel 7 zum Einsatz. Diese leiteten die Analyse an und stellten die Vorüberlegungen für eine erste induktive Kategorienbildung dar, die anhand des Analysematerials erweitert wurde. Bevor es nun im Detail um das Vorhandensein der Elemente von Energiesicherheit gehen soll, soll untersucht werden, wie stark die Thematik generell in den Analysezeiträumen reflektiert wurde.

### **8.5.1 Reflexion und Strategie**

Bereits an der Verwendung der Begriffe „Energiesicherheit“ und synonym „Versorgungssicherheit“ sowie weiterer angrenzender Formulierungen kann deutlich aufgezeigt werden, dass das Bewusstsein für diese Problemstellungen mit der Zeit deutlich zugenommen hat.

#### **Erdgas-Röhren-Geschäft**

Während der Debatten um das letzte Erdgas-Röhren-Geschäft in den WP 08 und 09 war ein weniger ausgeprägtes Bewusstsein für das Konzept und die Problematiken der Energiesicherheit vorzufinden. Zwar wurde in Ausschusssitzungen die Versorgungssicherheit bei Erdgas diskutiert und man prognostizierte Engpässe bis Mitte der 1980er-Jahre, doch war dies umstritten, denn andere gingen von einer sicheren Versorgung bis mindestens in die 1990er-Jahre aus.<sup>546</sup> Erstaunlicherweise war in den Bundestagsdebatten damals kaum die Rede von Energie- oder Versorgungssicherheit im Zusammenhang mit Erdgas. Das mag Ausdruck davon sein, dass die

---

<sup>544</sup> Niedermark: Interview vom 3. August 2023, Abs. 17.

<sup>545</sup> Reiter: Interview vom 20. Juli 2023, Abs. 38.

<sup>546</sup> Vgl. Anhang: AP/Codesystem/WP 08,09/Probleme/Energiesicherheit.

theoretisch-wissenschaftliche Beschäftigung damit erst spät zu ausformulierten Konzepten geführt hat, die dann wiederum in den politischen Debatten aufgegriffen wurden. Eine weitere Erklärung könnte sein, dass Erdgas damals schlichtweg einen geringeren Stellenwert im Primärenergiemix einnahm, da Kohle und Öl deutlich wichtiger waren. Dennoch kommen Überlegungen zu den Risiken der Versorgung mit Erdgas in den Debatten vor, wenn auch nicht in der systematischeren Form wie im zweiten Untersuchungszeitraum.<sup>547</sup>

## **Nord Stream 2**

Während der WP 18 und 19 waren hingegen eine große Sensibilisierung und ein Bewusstsein für die Konzepte der Energiesicherheit zu verzeichnen. Außerdem herrschte die Annahme vor, dass die Energiesicherheit Deutschlands sehr fragil sei. Auch von Regierungsseite wurde die strategische Dimension anerkannt, so z.B. von Peter Altmaier: „Wir haben aber gleichzeitig ein politisches Interesse an geostrategischer Stabilität und an Diversifizierung.“<sup>548</sup> Allerdings war umstritten, wie Energiesicherheit zu definieren sei und ob Nord Stream 2 dazu beitrage oder nicht.<sup>549</sup> Viele Maßnahmen wurden im Ausschuss auf ihren Beitrag zur Versorgungssicherheit hin bewertet, z.B. wurden süddeutsche Gaskraftwerke als systemrelevant bezeichnet.<sup>550</sup> Gefordert wurden Maßnahmen, die quasi die klassischen Elemente der Energiesicherheit beinhalten, z.B. Diversifizierung, Effizienz, Resilienz usw.<sup>551</sup> Befürchtet wurden vor allem mögliche Lieferstopps aus verschiedenen Gründen und Probleme durch den Gastransit über mehrere Länder, v.a. die Ukraine. Das Motiv der Versorgungssicherheit diente dabei in den Debatten sowohl dazu, Nord Stream 2 zu befürworten als auch abzulehnen. Während manche die Energiesicherheit durch eine einseitige Abhängigkeit von einem Lieferanten (Russland) und die Gefahr von Lieferstopps bedroht sahen, führten andere dagegen ins Feld, dass durch die im Notfall mögliche Umgehung von risikobehafteten Transitrouten die Versorgungssicherheit erhöht würde.<sup>552</sup> Leif-Erik Holm (AfD) sah im Februar 2019 ein

---

<sup>547</sup> Vgl. Anhang: PP/Codesystem/WP 08,09/Geostrategische, geopolitische Motive/Sicherheit.

<sup>548</sup> Altmaier: Plenarprotokoll 19/079 vom 13. Februar 2019, S. 9244.

<sup>549</sup> Vgl. Anhang: PP/Codesystem/WP 18,19/Geostrategische, geopolitische Motive/Sicherheit.

<sup>550</sup> Vgl. Anhang: AP/Codesystem/WP 18,19/Probleme/Energiesicherheit.

<sup>551</sup> Vgl. Anhang: AP/Codesystem/WP 18,19/Ziele/Energiesicherheit.

<sup>552</sup> Vgl. Anhang: Codesystem/WP 18,19/ Geostrategische, geopolitische Motive/ Sicherheit.

größeres Risiko gegeben, wenn dasselbe russische Gas durch die Ukraine fließen würde als direkt durch eine bilaterale Pipeline.<sup>553</sup>

Vertreter anderer Fraktionen, wie z.B. Mark Hauptmann (CDU/CSU), sahen eine Notwendigkeit, die Versorgungssicherheit durch Nord Stream 2 aufrechtzuerhalten, an Relevanz zunehmen, vor allem durch die wegfallende europäische Förderung und einen steigenden Gasbedarf in Zukunft.<sup>554</sup> Als „Hochverbraucherland“ müsse Deutschland sicherstellen, dass der Energiebedarf gedeckt bleibe. Nord Stream 2 sei dafür ein wesentlicher Bestandteil, so Daniela De Ridder (SPD) 2019.<sup>555</sup> Lediglich Vertreter der Fraktion der Grünen verfolgten einen anderen Ansatz. Jürgen Trittin, einer der profiliertesten Gegner von Nord Stream 2, vertrat die Auffassung, dass „Energieversorgungssicherheit“ und „Energiesouveränität“ durch fossile Energieträger überhaupt nicht zu erreichen seien. All diese Energieträger müssten zu 90 Prozent importiert werden, Uran sogar zu 100 Prozent.<sup>556</sup> Auch seiner Fraktionskollegin Annalena Baerbock schien geostrategisches Denken nicht fremd zu sein, auch wenn es sich auf die EU bezog:

„Wenn Sie Europa nicht schweren geostrategischen Schaden zufügen wollen, dann stimmen Sie heute für unseren Antrag, und seien Sie nicht so feige, ihn zu überweisen.“<sup>557</sup>

## Interviews

In den Experteninterviews bestätigte sich das gestiegene Bewusstsein für die Konzepte der Energiesicherheit. Laut Janusz Reiter begann die Sensibilisierung für das Thema in Europa etwa ab 2000 mit der Machtübernahme Putins, als die Probleme mit dem Gastransit durch die Ukraine begannen.<sup>558</sup> Es sei die russische aggressive Linie gegen postsowjetische Länder gewesen, die in Polen und anderen Staaten Europas die Sorgen wachsen ließ.<sup>559</sup> Friedbert Pflüger dagegen sah die russisch-ukrainischen Gaskrisen 2006 und 2009 als den Wendepunkt im Bewusstsein über die

---

<sup>553</sup> Vgl. Holm, Leif-Erik: Plenarprotokoll 19/079 vom 13. Februar 2019, S. 9245.

<sup>554</sup> Vgl. Hauptmann, Mark: Plenarprotokoll 19/192 vom 19. November 2020, S. 24271.

<sup>555</sup> De Ridder: Plenarprotokoll 19/104 vom 6. Juni 2019, S. 12678.

<sup>556</sup> Trittin: Plenarprotokoll 19/104 vom 6. Juni 2019, S. 12673.

<sup>557</sup> Baerbock, Annalena: Plenarprotokoll 19/177 vom 18. September 2020, S. 65.

<sup>558</sup> Reiter: Interview vom 20. Juli 2023, Abs. 22.

<sup>559</sup> Ebd., Abs. 23 & 31.



Relevanz des Themas Energiesicherheit. Zuvor hatte man das Vorhandensein von Energie als selbstverständlich betrachtet.<sup>560</sup>

### **8.5.2 Verfügbarkeit**

Nach den allgemeinen Reflexionen wurde das Vorhandensein der konkreten Elemente von Energiesicherheit in den Debatten betrachtet. Die Dimension der Verfügbarkeit von Erdgas wurde umfassend zur Kenntnis genommen und in den Debatten gespiegelt. Sowohl während des letzten Erdgas-Röhren-Geschäfts als auch während Nord Stream 2 waren die schwierige Situation der europäischen Erdgasförderung und mögliche baldige Peaks mancher Vorkommen bekannt und wurden diskutiert. Einige Befürchtungen während der WP 08 und 09 bestätigten sich jedoch nicht. Z.B. wurden Engpässe in der Erdgasversorgung bereits ab Mitte der 1980er-Jahre befürchtet und eine große Frage war, wie die Versorgung bis bzw. nach 1990 gesichert werden könne. Ein Grund für diese Befürchtungen war, dass damals weltweit nicht ausreichend neue Lagerstätten entdeckt wurden. Insbesondere auch die Förderung eigener Vorkommen bspw. in der Nordsee wurde als außerordentlich schwierig und kostenintensiv beschrieben.<sup>561</sup> Bereits damals ging man von einer langfristig sinkenden Förderung in den Niederlanden aus und damit von einem abnehmenden Anteil westeuropäischen Gases am Gasmix.<sup>562</sup> Das Bewusstsein, dass die erreichbaren und in Zukunft relevanten Erdgasvorkommen in der damaligen UdSSR lagen, führte zu umfassenden Überlegungen.<sup>563</sup> Während der WP 18 und 19 wandelte sich der Charakter der Befürchtungen, wenngleich die Brisanz hoch blieb. In den vergangenen Jahrzehnten wurden zahlreiche neue Gasvorkommen entdeckt, jedoch nicht in an die EU angrenzenden Gebieten. Auch wurde korrekt eingeordnet, dass die heimische Förderung abnimmt und keinen entscheidenden Beitrag zur Gasversorgung liefern würde.<sup>564</sup>

### **Erdgas-Röhren-Geschäft**

Während der WP 08 und 09 wurde in Frage gestellt, ob die UdSSR überhaupt technologisch in der Lage sei, weitere Gasfelder zu erschließen und den Transport

---

<sup>560</sup> Pflüger: Interview vom 17. Oktober 2023, Abs. 11.

<sup>561</sup> Vgl. Anhang: AP/Codesystem/WP 08,09/Probleme/Energiesicherheit.

<sup>562</sup> Vgl. Anhang: AP/Codesystem/WP 08,09/Probleme/Importabhängigkeit.

<sup>563</sup> Anhang: PP/Codesystem/WP 08,09/Geostrategische, geopolitische Motive/Geographisches.

<sup>564</sup> Vgl. Anhang: AP/Codesystem/WP 18,19/Probleme/Heimische Förderung.

sicherzustellen.<sup>565</sup> Generell ging man jedoch von ausreichenden Speichermöglichkeiten für Notfälle aus.<sup>566</sup> Während der Erdgas-Röhren-Geschäfte wurden Speichermöglichkeiten kaum diskutiert. Dennoch machte die CDU ausreichende Speichermöglichkeiten für den Notfall zur Bedingung für die Zustimmung zum Erdgas-Röhren-Geschäft.<sup>567</sup>

Eine der geäußerten Hauptzielsetzungen, die sich aus der schwierigen Versorgungslage der Bundesrepublik ergab, war die Reduzierung des Erdgasverbrauchs an sich. Schon während der Erdgas-Röhren-Geschäfte war das Thema Effizienzsteigerung und Einsparungspotenzial in der Erdgaswirtschaft ein zentrales Motiv.<sup>568</sup> 1978 gab die Koalition aus SPD und FDP das Ziel aus, „[...] den Zusammenhang zwischen Wirtschaftswachstum und Energieverbrauch aufzulockern [...]“<sup>569</sup>.

## **Nord Stream 2**

Dieses Ziel wurde beinahe unverändert auch während der WP 18 und 19 ausgegeben. Man solle, statt die Importe zu erhöhen, den Verbrauch senken.<sup>570</sup> „Efficiency First“ sei das Motto, so der damalige EU-Kommissar für Klimaschutz und Energie, Miguel Arias Canete 2015 vor dem Ausschuss für Wirtschaft und Energie.<sup>571</sup> Das Thema Interkonnektoren, also die Verbindung der europäischen Gasnetze untereinander, wurde zum einen als unzureichend bezeichnet, zum anderen aber als Möglichkeit, die Energiesicherheit zu erhöhen.<sup>572</sup> Das war schon Thema während der WP 08 und 09, hier sollte der Bau von Erdgasleitungen staatlich gefördert werden.<sup>573</sup> In den Ausschusssitzungen der WP 18 und 19 wurde ein umfassendes Bild der nach Europa führenden Transportrouten gezeichnet. Jedoch mit unterschiedlichen Bewertungen der Relevanz, z.B. der NABUCO-, TAP, TANAP, South Stream-Routen. Teilweise wurde der Ausbau dieser Routen gefordert.<sup>574</sup> Als Problem während der WP 18 und 19 wurde außerdem die fehlende rechtliche

---

<sup>565</sup> Anhang: AP/Codesystem/WP 08,09/Verhältnis zur UdSSR.

<sup>566</sup> Bspw. Anhang: PP/Codesystem/WP 18,19/Argument Abhängigkeit.

<sup>567</sup> Anhang: PP/Codesystem/WP 08,09/Argument Abhängigkeit.

<sup>568</sup> Vgl. Anhang: AP/Codesystem/WP 08,09/ Zielsetzungen.

<sup>569</sup> Siehe: Protokoll Wirtschaftsausschuss 08/047 vom 8. Dezember 1978, S. 11.

<sup>570</sup> Anhang: AP/Codesystem/WP 18,19/Ziele/Energieeffizienz.

<sup>571</sup> Canete, Miguel Arias: Protokoll Wirtschaftsausschuss 18/031 vom 24. Februar 2015, S. 4.

<sup>572</sup> Vgl. Anhang: AP/Codesystem/WP 18,19/Weitere Infrastrukturprojekte/Interkonnektoren.

<sup>573</sup> Vgl. Anhang: AP/Codesystem/WP 08,09/Zielsetzungen.

<sup>574</sup> Vgl. Anhang: AP/Codesystem/WP 18,19/Weitere Infrastrukturprojekte/Pipelineprojekte.

Zugriffsmöglichkeit auf Gasspeicher identifiziert, an denen wiederum Gazprom beteiligt war.<sup>575</sup>

### **8.5.3 Importabhängigkeit**

Aus der geringen Verfügbarkeit folgt die Notwendigkeit zum Import. Die Problematik der Abhängigkeit von Erdgasimporten war sowohl während der Pipelinedebatten in den WP 08 und 09 als auch in den WP 18 und 19 ein zentraler Punkt.

#### **Erdgas-Röhren-Geschäft**

Aus der Tatsache begrenzter Vorkommen und abnehmender Förderung in der EU ergab sich schon während der WP 08 und 09 ein umfassendes Bewusstsein für die Abhängigkeitsproblematik bei Gasimporten. Diese Importabhängigkeit zur Zeit der Erdgas-Röhren-Geschäfte wurde weitgehend anerkannt und überwiegend als alternativlos betrachtet, da der Anteil westeuropäischen Gases nicht gehalten werden könne. Allerdings wurde in Sitzungen des Ausschusses die Frage aufgeworfen, wie beständig die Lieferbereitschaft des Ostblocks wirklich sei und ob man sich durch langfristige Lieferverträge 20 bis 25 Jahre binden wolle.<sup>576</sup> 1982 charakterisierte Willy Brandt das Erdgas-Röhren-Geschäft als Möglichkeit, bestehende andere Abhängigkeiten zu verringern.<sup>577</sup> Außenminister Graf Lambsdorff wies die US-Argumentation zurück und dementierte eine Erpressbarkeit Westeuropas durch zusätzlich Energieeinfuhren.<sup>578</sup> Im Grunde drehte sich die Debatte damals um zwei Hauptfragen: erstens, ob die Abhängigkeit vom OPEC-Kartell durch Erdgasbezüge aus der UdSSR verringert werden sollte und zweitens, welche Gefahren diese neue Abhängigkeit mit sich bringen würde. Vor allem die zweite Frage wurde intensiv diskutiert und auch, wenn die Meinungen auseinandergingen, wurde eine Erpressbarkeit durch eine zu große Abhängigkeit überwiegend nicht befürchtet. Weniger Erdgas wurde gleichgesetzt mit mehr Abhängigkeit von der OPEC.<sup>579</sup> Spannend an dieser Stelle ist auch, dass während der Erdgas-Röhren-Geschäfte eine kritische Abhängigkeitsschwelle von 30 Prozent russischen Gases am Import festgelegt

---

<sup>575</sup> Vgl. Anhang: AP/Codesystem/WP 18,19/Probleme/Gasspeicher.

<sup>576</sup> Vgl. Anhang: AP/Codesystem/WP 08,09/Probleme/Importabhängigkeit.

<sup>577</sup> Brandt: Plenardebatte 09/108 vom 24. Juni 1982, S. 6587.

<sup>578</sup> Graf Lambsdorff, Otto: Plenardebatte 09/088 vom 4. März 1982, S. 5264.

<sup>579</sup> Anhang: PP/Codesystem/WP 08,09/Argument Abhängigkeit.

wurde. Zur Zeit der Ostseepipelines, lag dieser Anteil bereits bei mehr als 50 Prozent.<sup>580</sup>

In den Bundestagsdebatten wurde verstärkt der Vorwurf der USA aufgegriffen, Europa und Deutschland würden sich durch das Projekt zu sehr von sowjetischen Gaslieferungen abhängig machen. Es wurde allgemein die Auffassung geteilt, dass eine einseitige Importabhängigkeit von russischem Gas vermieden werden sollte.<sup>581</sup> Die Gefahr des Erreichens einer „Abhängigkeitsschwelle“ wurde im Juli 1980 von Regierungsseite ausgeschlossen. Begründet wurde dies u.a. mit Prognosen einer Streuung des Erdgasaufkommens und der „beachtlichen heimischen Förderung“.<sup>582</sup> Überwiegend wurde in den analysierten Bundestagsdebatten der Wahlperioden 08 und 09 die Gefahr einer Erpressbarkeit verneint. Vielmehr wurde die entgegengesetzte These vertreten, dass das Erdgas-Röhren-Geschäft Nummer sechs Abhängigkeiten verringern werde, und zwar vor allem vom OPEC-Kartell. Ebenfalls wurde schon damals das Argument geäußert, dass die Sowjetunion genauso abhängig von den Erdgaseinnahmen sei wie Deutschland vom Erdgasimport – eine gegenseitige Abhängigkeit.<sup>583</sup>

## **Nord Stream 2**

Während der WP 18 und 19 nahmen Debatten um das Thema Abhängigkeit nochmals einen deutlich größeren Raum ein. Sie wurden auf mehreren Ebenen geführt und teilweise in absolut gegensätzlicher Weise bewertet. Grundsätzlich wurde die generelle Abhängigkeit von Energieimporten anerkannt und von Gas im Besonderen. V.a. von Seiten der Fraktion der Grünen wurde dies grundsätzlich als fossile Abhängigkeit bezeichnet, in Verbindung mit der Forderung nach einem sofortigen Ausstieg aus Fossilen Energieträgern allgemein. Eine andere Argumentationslinie war in Bundestagsdebatten, dass natürlich eine Abhängigkeit von russischem Gas da sei, diese aber nicht problematisch sein müsse, da sich auch Russland durch die Verkaufserlöse von Deutschland abhängig machen würde und man ausreichend Speicherkapazitäten habe. Die gegensätzliche Argumentation war, dass man sich durch Nord Stream 2 in einem inakzeptablen Maße von Russland abhängig machen

---

<sup>580</sup> Vgl. ebd.; Siehe Kapitel 6.2.

<sup>581</sup> Vgl. Anhang: PP/Codesystem/WP 08,09/Argument Abhängigkeit.

<sup>582</sup> Grüner: Plenarprotokoll 08/230 vom 4. Juli 1980, S. 18725.

<sup>583</sup> Vgl. Anhang: PP/Codesystem/WP 08,09/Argument Abhängigkeit.

würde und man stattdessen die Bezugsländer stärker streuen müsse.<sup>584</sup> Das Argument, Deutschland mache sich durch die Pipeline von russischem Gas abhängig und damit ganz Europa durch den Kreml politisch erpressbar, war erneut der Haupteinwand, v.a. der USA und Polens, gegen die Pipeline. Im Deutschen Bundestag war der Einwand umstritten.

Zu den Erdgas-Röhren-Geschäften lassen sich hier womöglich die stärksten Parallelen beobachten. Die damaligen Prognosen wurden in Teilen und nur zeitweise Realität. Die europäische Gasförderung in Ländern wie Dänemark, den Niederlanden oder Großbritannien stieg stark an, überschritt dann jedoch ihren Peak. Die deutsche Eigenförderung nahm jedoch schon bald ab. Insgesamt stieg der Anteil an russischem Erdgas am deutschen Erdgasverbrauch von 1980 bis 2020 deutlich an.<sup>585</sup> Die Argumentationsstrukturen rund um die Frage, ob sich Deutschland nun durch die Pipeline Nord Stream 2 von Russland erpressbar mache, wiesen große Ähnlichkeiten zu den Diskussionen um die Erdgas-Röhren-Geschäfte auf. Allgemein schien immer noch weitgehender Konsens zu herrschen, dass sich Deutschland durch die Pipeline nicht in stärkerem Maße erpressbar machen würde. Jedenfalls nicht abhängiger als beim Import von jedwedem fossilen Energieträger, von deren Import Deutschland in fast jedem Fall zu fast 100 Prozent abhängig sei.<sup>586</sup> Deutlich stärker als in der historischen Vergleichssituation wurde der Standpunkt vertreten, dass es eher Russland wäre, das sich von Deutschland abhängig mache, da es viel stärker auf die Einnahmen aus dem Erdgasexport angewiesen sei. Trotz der Ansicht, es bestehe momentan keine einseitige Abhängigkeit von einem Anbieter, herrschte weitgehende Einigkeit, dies auch in Zukunft vermeiden zu wollen.<sup>587</sup>

## Interviews

Aus der Perspektive der Interviews wurden viele frühere Bewertungen revidiert. So bezeichnete Timon Gremmels den Anteil von 55 Prozent russischem Erdgas am deutschen Import als großen strategischen Fehler. Einen Anteil von 25 Prozent eines Importeurs dürfe man auf keinen Fall überschreiten.<sup>588</sup> Es sei auch keine

---

<sup>584</sup> Anhang: PP/Codesystem/WP 18,19/Argument Abhängigkeit.

<sup>585</sup> Siehe Kapitel 6.2.

<sup>586</sup> Vgl. Anhang: PP/Codesystem/WP 18,19/Argument Abhängigkeit/Immer Abhängigkeit von Importen.

<sup>587</sup> Vgl. Anhang: PP/Codesystem/WP 18,19/Argument Abhängigkeit.

<sup>588</sup> Gremmels: Interview vom 13. September 2023, Abs. 65.

gegenseitige Abhängigkeit gewesen, sondern eine einseitige.<sup>589</sup> Parteikollegin Daniela De Ridder sah v.a. den verschleppten Umbau auf Erneuerbare Energiequellen als einen der Hauptgründe für die große Abhängigkeit Deutschlands von Energieimporten. Man hätte aus der Ölkrise der 70er-Jahre lernen müssen, denn Abhängigkeiten eines Hochverbraucherlandes seien gefährlich.<sup>590</sup> Ähnlich sah das auch Roderich Kiesewetter, man sei durch den verlangsamten Ausbau der Erneuerbaren in eine fossile Abhängigkeit zu Russland geraten, wäre man damit früher und entschiedener fortgefahren, wäre Nord Stream 2 nie gebaut worden.<sup>591</sup> Dem Narrativ einer Erpressbarkeit durch eine zu große Abhängigkeit von russischen Gaslieferungen widersprach Friedbert Pflüger vehement. Er habe immer vor einer zu großen Abhängigkeit von Russland gewarnt, letztlich seien Deutschland und die EU aber nie erpressbar gewesen. Durch Maßnahmen wie LNG-Terminals, Reverse Flow, Wegfall der Destination Clause, Interkonnektoren und Speicher sei man dagegen gewappnet gewesen. Die Krisen- und Kriegsperiode 2022/23 habe ja gerade gezeigt, dass es keine Erpressbarkeit gab. Man habe höhere Preise bezahlt, aber letztlich sei die Versorgung gesichert worden – und Europa und Deutschland hätten einen klaren Kurs gegen den russischen Angriffskrieg eingeschlagen.<sup>592</sup>

#### **8.5.4 Diversifizierung**

Auch das Ziel der Diversifizierung, das sich aus der Tatsache der Importabhängigkeit ergibt, begleitete die Diskussionen um Erdgasprojekte seit den Erdgas-Röhren-Geschäften.

##### **Erdgas-Röhren-Geschäft**

Während später die Diversifizierung der Erdgasbezüge das bestimmende Thema war, lag während der WP 08 und 09 der Fokus noch auf der Reduzierung der Abhängigkeit von den Ölimporten unter dem Eindruck der Ölkrisen. Priorität hatte zunächst ein Zuwachs der Erdgasbezüge allgemein.<sup>593</sup> Dennoch äußerte die Bundesregierung bereits 1980, dass man sich mittelfristig breiter aufstellen müsse und die Lieferantenstruktur diversifizieren müsse. Der damalige Parlamentarische Staatssekretär beim Wirtschaftsminister Grüner (FDP):

---

<sup>589</sup> Gremmels: Interview vom 13. September 2023, Abs. 61.

<sup>590</sup> De Ridder: Interview vom 9. September 2023, Abs. 50.

<sup>591</sup> Vgl. Kiesewetter: Interview vom 2. Oktober 2023, Abs. 55.

<sup>592</sup> Vgl. Pflüger: Interview vom 17. Oktober 2023, Abs. 15 & 63.

<sup>593</sup> Vgl. Anhang: AP/Codesystem/WP 08,09/Zielsetzungen.

„Im Hinblick auf die für die 80er und 90er Jahre erwartete Streuung des Erdgasaufkommens, der weiterhin beachtlichen heimischen Förderung und der Struktur des Inlandsmarktes geht sie davon aus, daß auch mit den derzeit in Rede stehenden Neumengen aus der Sowjetunion eine kritische Abhängigkeitsschwelle nicht überschritten wird.“<sup>594</sup>

Es war das langfristige Ziel der bundesdeutschen Politik über die politischen Lager hinweg, eine einseitige Abhängigkeit von einer Energiequelle oder einem Importeur zu verhindern.<sup>595</sup> Bundeskanzler Schmidt sah 1981 die deutsche Diversifizierungsstrategie als nicht ernsthaft gefährdet an, auch wenn erhebliche Mengen russischen Erdgases importiert würden.<sup>596</sup> Dennoch müsse die Frage nach Abhängigkeit immer „[...] im Rahmen des Gesamtbildes der politischen und geographischen Streuung aller Bezugsquellen beurteilt [...]“ werden, so Grüner 1980.<sup>597</sup> Vertrauen wurde auch in die Fähigkeit der deutschen Wirtschaftsleistung gesetzt, sich gegen die Konkurrenz auf dem Weltmarkt durchzusetzen.<sup>598</sup> Generell war die Erkenntnis verbreitet, dass man sich nicht auf ein einziges Lieferantenland konzentrieren sollte.<sup>599</sup> Außerdem kam von amerikanischer Seite damals schon der Vorschlag, Flüssiggas per Tanker nach Europa zu bringen. Die Möglichkeit wurde im Bundestag debattiert, schließlich jedoch verworfen, u.a. weil Pionierprojekte scheiterten.<sup>600</sup> Nicht nur Flüssiggas, sondern auch weitere Bezugsquellen wurden im Rahmen einer Diversifizierungsstrategie diskutiert. So wurden in den 1980er-Jahren weitere Pipeline-Projekte, z.B. eine Leitung von Algerien nach Italien, in Erwägung gezogen. Außerdem hoffte man auf nigerianisches Gas. Wesentliche Hoffnungen hegte man in Bezug auf eine baldige Steigerung der norwegischen Erdgasproduktion.<sup>601</sup> Dennoch stiegen die Bezüge aus Russland bzw. der UdSSR immer weiter an und die erhoffte Diversifizierung der Lieferanten trat nicht ein.

---

<sup>594</sup> Grüner: Plenarprotokoll 08/230 vom 4. Juli 1980, S. 18725.

<sup>595</sup> Vgl. Anhang: PP/Codesystem/WP 08,09/Geostrategische, geopolitische Motive/Diversifizierung.

<sup>596</sup> Vgl. Schmidt: Plenarprotokoll 09/041 vom 3. Juni 1981, S. 2273.

<sup>597</sup> Grüner: Plenarprotokoll 08/230 vom 4. Juli 1980, S. 18725.

<sup>598</sup> Anhang: AP/Codesystem/WP 08,09/Probleme/Importabhängigkeit.

<sup>599</sup> Vgl. Anhang: PP/Codesystem/WP 08,09/Geostrategische, geopolitische Motive/Diversifizierung.

<sup>600</sup> Vgl. Anhang: PP/Codesystem/WP 08,09/Geostrategische, geopolitische Motive/LNG und andere Alternativen.

<sup>601</sup> Vgl. ebd.

## Nord Stream 2

Das Ziel der Diversifizierung der Erdgasbezüge nahm während der WP 18 und 19 einen größeren Platz ein. Deutlich nachdrücklicher wurde eine breitere Aufstellung bei den Lieferländern gefordert. Zum einen wurde z.B. Gas aus Aserbaidschan oder der Ausbau von LNG-Terminals für weiteres ausländisches Gas gefordert. Diversifizierung wurde als Weg zur Energiesouveränität bezeichnet.<sup>602</sup> Der Prozess einer Diversifizierung der Gaslieferanten Deutschlands und der EU wurde als schwierig eingestuft aufgrund fehlender klarer Rahmenbedingungen und Nachfragesicherheit, aber auch aufgrund der instabilen Lage mancher zentralasiatischer Lieferantländer.<sup>603</sup> Die breite Streuung der Bezugsquellen von Erdgas und anderen importabhängigen Energieträgern wird heute, sowohl auf nationaler, als auch auf EU-Ebene angestrebt. Anerkannt wurde, dass vor allem auf EU-Ebene in den letzten Jahrzehnten erhebliche nach außen und innen gerichtete Anstrengungen unternommen wurden, um etwaige Abhängigkeiten von einer oder wenigen Bezugsquellen zu verhindern.<sup>604</sup>

Im jüngeren Untersuchungszeitraum wurde Diversifizierung stark mit Flüssiggas-Themen verbunden, und zwar weitgehend unabhängig davon, ob die äußeren Personen das Nord Stream-2-Projekt befürworteten oder ablehnten.<sup>605</sup> Zentral war der drohende Einbruch der europäischen Förderung.<sup>606</sup> Während der Debatten aus den Wahlperioden 18 und 19 war die weltweite Verfügbarkeit von LNG bereits Realität, dennoch wurde das Thema kontrovers diskutiert. Die geäußerten Meinungen gingen dazu in vielfacher Hinsicht weit auseinander. Am deutlichsten wurde die schlechte Umweltbilanz von vor allem amerikanischem Flüssiggas kritisiert und daher von vielen kategorisch abgelehnt, auch von Vertretern, die konventionelles Erdgas durchaus befürworteten. Vielfach wurde auch der höhere Preis von amerikanischem Fracking-Gas ins Feld geführt. Dennoch gab es viele Beiträge, die aus einer strategischen Sicht heraus den Ausbau von LNG-Infrastruktur in Deutschland und Europa befürworteten. Durch die Fähigkeit, den Erdgasbedarf notfalls komplett

---

<sup>602</sup> Anhang: PP/Codesystem/WP 18,19/Geostrategische, geopolitische Motive/Diversifizierung.

<sup>603</sup> Vgl. Anhang: AP/WP 18,19/Probleme/Diversifizierung.

<sup>604</sup> Siehe Kapitel 4.

<sup>605</sup> Vgl. Anhang: PP/Codesystem/WP 18,19/LNG.

<sup>606</sup> Vgl. Anhang: PP/Codesystem/WP 18,19/Argument Relevanz Erdgas und NS2.



per Frachter decken zu können, sei Diversifizierung erreicht und die Versorgungssicherheit gewährleistet.<sup>607</sup>

### **Interviews**

Die interviewten Experten teilten die Auffassung über die Notwendigkeit der Diversifizierung der Energiebezüge. Teilweise mahnten sie selbstkritisch an, man hätte stärker diversifizieren müssen.<sup>608</sup> Friedbert Pflüger wies allerdings darauf hin, dass Deutschland hier keineswegs untätig gewesen sei, sondern die Energiebezüge bereits diversifiziert habe.<sup>609</sup> Die Industrie, genauer BASF, habe nach Fukushima massiv ins Fracking gewollt, auch gegen den öffentlichen Gegenwind. Außerdem habe man über LNG nachgedacht und wollte dahingehend Projekte umsetzen. Das sei politisch aber nicht gewollt gewesen, so Wolfgang Niedermark vom BDI.<sup>610</sup>

### **8.5.5 Markt und administrativer Rahmen**

In dieser Kategorie standen der (politische) Ordnungsrahmen des Marktes und die Preismechanismen im Vordergrund.

#### **Erdgas-Röhren-Geschäft**

Was später in den Ordnungsrahmen der EU übernommen werden sollte, wurde während der WP 08 und 09 noch teilweise der IEA zugeschrieben. Hier wurde eine Koordination der Mitgliedstaaten erwartet, allerdings wurde schon damals die Wirksamkeit der Organisation bezweifelt.<sup>611</sup> Schon während der Erdgas-Röhren-Geschäfte hatte man eine gemeinsame europäische Energiepolitik als langfristiges Ziel im Blick. Dadurch sollte die Verhandlungsmacht gegenüber Importeuren erhöht und die Importabhängigkeit verringert werden. Allerdings waren es damals dieselben Hindernisse wie später, die eine gemeinsame europäische Energiepolitik erschwerten: die fehlende Bereitschaft, Energieressourcen zu vergemeinschaften und das Beharren der Mitgliedstaaten auf die nationale politische Souveränität im Energiebereich.<sup>612</sup>

---

<sup>607</sup> Vgl. Anhang: PP/Codesystem/WP 18,19/LNG.

<sup>608</sup> Vgl. Anhang: EI/Codesystem/Kategorie Energiesicherheit/Motiv Diversifizierung.

<sup>609</sup> Vgl. Pflüger: Interview vom 17. Oktober 2023, Abs. 63.

<sup>610</sup> Vgl. Niedermark: Interview vom 3. August 2023, Abs. 21.

<sup>611</sup> Vgl. Anhang: AP/Codesystem/WP 08,09/IEA.

<sup>612</sup> Vgl. Anhang: AP/Codesystem/WP 08,09/EU, EG, Europa.

## Nord Stream 2

Spätestens in den WP 18 und 19 kommt kaum eine Debatte um die Nord Stream-Pipelines ohne Bezüge zur EU-Energiepolitik aus. Es wird deutlich, dass EU-Regularien die nationalen als Ordnungsrahmen und primären Bezugspunkt abgelöst haben. Das lässt sich insbesondere auch an dem, im Vergleich zu Ausschuss-Debatten während der Erdgas-Röhren-Geschäfte, deutlich geringeren Umfang der Protokolle ablesen, was Qualität und Quantität betrifft. Oft wurde lediglich noch die Zustimmung zu EU-Initiativen beschlossen, ohne deren Regelungsmaterie zu debattieren. Zu beobachten war weitgehende Zustimmung zu Zielen wie der Energieunion, der Vollendung des Binnenmarktes durch u.a. die volle Umsetzung des dritten Energiebinnenmarktpakets, einer EU-LNG-Strategie oder europäischer Notfallpläne.<sup>613</sup>

Als eines der marktwirtschaftlichen Hauptprobleme im Erdgasbereich wurde während der Erdgas-Röhren-Geschäfte die Langfristigkeit der Erdgasmärkte bezeichnet. Mit Vorlaufzeit müssen alle Partner in der Lage sein, Verträge von bis zu 25 Jahren Laufzeit einzugehen. Dadurch, dass die Bundesrepublik dazu in der Lage war, konnte sie große Mengen zu einem hinnehmbaren Preis beziehen. Als förderlich für diese Entwicklung wurde die zurückhaltende Administration des bundesdeutschen Energiemarktes genannt.<sup>614</sup> Eine besonders wichtige Rolle wurde später einem funktionierenden EU-Energiebinnenmarkt zugeschrieben, der während der WP 18 und 19 als wichtigstes Element der Energiesicherheit bezeichnet wurde.<sup>615</sup> Als Ziel wurde eine Energieunion bzw. ein einheitlicher gemeinsamer Erdgasmarkt ausgegeben.<sup>616</sup>

Reflexionen über Preisproblematiken sind vorhanden, jedoch stehen sie deutlich hinter jenen zurück, die auf die reine Verfügbarkeit abzielen. Gas wurde nie als günstiger Rohstoff betrachtet, schon während der Erdgas-Röhren-Geschäfte ging man im Wirtschaftsausschuss von steigenden Energiepreisen aus, die u.a. durch den verstärkten Bezug von Erdgas zustande kommen würden.<sup>617</sup> Während der Zeit der Ostseepipelines verschoben sich Preisproblematiken eher in den Industriesektor und auf die dortigen Großverbraucher sowie die

---

<sup>613</sup> Vgl. Anhang: AP/Codesystem/WP 18,19/Ziele/EU-Energiepolitik.

<sup>614</sup> Vgl. Anhang: AP/Codesystem/WP 08,09/Probleme/Importabhängigkeit.

<sup>615</sup> Vgl. Anhang: AP/Codesystem/WP 18,19/Probleme/Energiebinnenmarkt.

<sup>616</sup> Vgl. Anhang: AP/Codesystem/WP 18,19/Ziele/EU-Energiepolitik; Siehe Kapitel 5.4.

<sup>617</sup> Vgl. Anhang: AP/Codesystem/WP 08,09/Probleme/Preis.

Elektrizitätserzeuger.<sup>618</sup> Als Gefahr für die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie bezeichnete bspw. 2014 der Abgeordnete Westphal (SPD) die hohen Erdgaspreise, die in Deutschland vielfach höher als in den USA, Indien oder Russland seien.<sup>619</sup> Des Weiteren haben Preisentwicklungen auch Einfluss auf die Machtposition eines Landes. Hohe Preise begünstigen Exporteure wie Russland, niedrige Preise die Importländer, so die Sachverständige Westphal.<sup>620</sup> Besonders in den Bundestagsdebatten waren Fragestellungen um den Preis des Erdgases zentral. Zum einen in Hinblick auf die privaten Verbraucher, für die ein möglichst niedriger Preis erzielt werden sollte, zum anderen aber v.a. für die deutsche Wirtschaft. Bspw. wurde eine Abwanderung der Chemieindustrie bei steigenden Preisen befürchtet. Nord Stream 2 wurde dahingehend als Ausweg bezeichnet, da es durch die Inbetriebnahme zu Preissenkungen in ganz Europa kommen würde.<sup>621</sup> Auch die alternativen Bezüge von LNG wurden weitgehend als zu teuer zurückgewiesen.<sup>622</sup>

## **Interviews**

In den Interviews wurde die Wichtigkeit eines niedrigen Preises für Erdgas nochmals bestärkt. Wolfgang Niedermark bekräftigte, dass es ein volkswirtschaftliches Interesse an einer Gasversorgung zu akzeptablen Preisen gegeben habe, nicht zuletzt, um die Wettbewerbsfähigkeit z.B. der Chemie-Industrie gewährleisten zu können. Dies sei der wesentliche Treiber für das Interesse an Nord Stream 2 gewesen.<sup>623</sup> Ähnlich sah das auch Sebastian Ehlers (CDU), das günstige Gas habe im Mittelpunkt bei Nord Stream 2 gestanden und deshalb habe man bei anderen Themen nicht so genau hingeschaut.<sup>624</sup>

## **8.5.6 Umwelt**

Es könnte argumentiert werden, dass die Fragestellungen des Umwelt- und Klimaschutzes für das strategische Ziel der Energiesicherheit im Sinne von reiner Versorgungssicherheit nachrangig sind. Das wäre jedoch allein schon deshalb

---

<sup>618</sup> Vgl. Anhang: AP/Codesystem/WP 08,09/Probleme/Preis.

<sup>619</sup> Vgl. Westphal, Bernd: Protokoll Wirtschaftsausschuss 18/005 vom 19. Februar 2014, S. 22.

<sup>620</sup> Vgl. Westphal: Protokoll Wirtschaftsausschuss 18/008 vom 2. April 2014, S. 13.

<sup>621</sup> Vgl. Anhang: PP/Codesystem/WP 18,19/Argument Marktwirtschaft.

<sup>622</sup> Vgl. Anhang: PP/Codesystem/WP 18,19/LNG.

<sup>623</sup> Vgl. Niedermark: Interview vom 3. August 2023, Abs. 17.

<sup>624</sup> Vgl. Ehlers: Interview vom 29. September 2023, Abs. 57.

unvollständig, weil Fragen des Umwelt- und Klimaschutzes mehr und mehr politikbestimmend sind.

### **Erdgas-Röhren-Geschäft**

Die Themen Umweltschutz und die Erschließung regenerativer Energiequellen war bereits während der Plenardebatten in den WP 08 und 09 vorhanden, wenn auch in Bezug auf das Erdgas-Röhren-Geschäft in sehr geringem Maße. Z.B. sprach der SPD-Abgeordnete Wolfram in einer Sitzung im Januar 1982 davon, dass das Geschäft ein wichtiges Element der Diversifizierung der Energiebezüge sei, es sei aber auch ein weiterer Schwerpunkt der Energiepolitik, neue Energiequellen zu erschließen. Diese „regenerativen Energiequellen“ könnten andere Bereiche stark entlasten.<sup>625</sup> Es ließ sich ein ausgeprägtes Bewusstsein für die Umweltproblematiken der verschiedenen Energieerzeugungsformen feststellen, z.B. was Abgase der Kohleverstromung anging. Auf Erdgas bezogen, ließen sich solcherlei Überlegungen in den Bundestagsdebatten jedoch kaum feststellen, auch spielte der Klimawandel damals noch keine Rolle. Auch in den Ausschusssitzungen war bereits ein Bewusstsein für Umweltschutzthemen zu beobachten, auch wenn das Thema Klimawandel noch keine Rolle spielte, hier ging es eher um Ressourcenschonung und Erhaltung der Lebensgrundlage durch Einsparungen beim Verbrauch.<sup>626</sup>

### **Nord Stream 2**

Während der WP 18 und 19 nahmen Nachhaltigkeitsfragen einen deutlich größeren Raum ein. Bestimmend waren wiederum die Klimaziele der EU.<sup>627</sup> Über deren Ziele war sich in den Bundestagsdebatten der überwiegende Teil der Abgeordneten einig, jedoch nicht über den geeigneten Weg zum Erreichen der Ziele. Ein Teil betrachtete Erdgas als elementaren Bestandteil der Energiewende, der als Brückentechnologie notwendig bis zur vollständigen Substitution durch Erneuerbare sei. Es gäbe aufgrund des gleichzeitigen Ausstiegs aus Kernkraft und Kohle gar keine andere Möglichkeit, um die Grundlastfähigkeit aufrecht zu erhalten. Der andere Teil lehnte Erdgas allgemein und Nord Stream 2 im Speziellen als kontraproduktiv für die Erreichung der Klimaziele ab. Daneben wurden besonders in den Parlamentsdebatten die negativen Auswirkungen des Baus der Pipeline auf die Umwelt

---

<sup>625</sup> Wolfram: Plenarprotokoll 09/076 vom 14. Januar 1982, S. 31.

<sup>626</sup> Vgl. Anhang: AP/Codesystem/WP 08,09/Zielsetzungen/Umweltschutz.

<sup>627</sup> Anhang: AP/Codesystem/WP 18,19/Ziele/Energieeffizienz, Klimaziele.

kritisiert.<sup>628</sup> Fast die gesamte Ablehnung von Nord Stream 2 durch die Fraktion der Grünen gründete in diesen Themengebieten. Deren Vertreter bezeichneten Nord Stream 2 konsequent als Wette gegen den Klimaschutz. Wer für das Pipelineprojekt sei, der lehne Klimaschutzziele ab. Man müsse komplett auf den Import von FE verzichten, es seien ausreichend EE in Deutschland vorhanden.<sup>629</sup>

Gleichzeitig jedoch nutzten auch die Befürworter von Nord Stream 2 Umweltargumente, um für das Projekt zu werben. Hier waren im Wesentlichen vier Argumentationsstränge erkennbar: 1. Erdgas sei der beste fossile Energieträger und der relativ beste Energieträger, um die Klimaziele zu erreichen. Erdgas sei im Vergleich deutlich sauberer als andere fossile Energieträger wie Kohle. Gaskraftwerke würden saubere Energie erzeugen und sie hätten eine gute CO<sub>2</sub>-Bilanz.<sup>630</sup> 2. Erdgas wird in den nächsten Jahrzehnten als Brückentechnologie benötigt, bis erneuerbare Energien vollumfänglich verfügbar sind.<sup>631</sup> 3. Die entstehende Infrastruktur könne in Zukunft für den Transport von Wasserstoff oder anderen alternativen Gasen genutzt werden.<sup>632</sup> 4. Die deutsche Energiewende habe Erdgas alternativlos gemacht, um die Grundlast decken zu können. Es ginge nicht, dass man gleichzeitig aus Kohle- und Atomstrom aussteige und zusätzlich noch auf Erdgas verzichte.<sup>633</sup> Diese Argumentationsmuster waren bei allen Fraktionen mit Ausnahme der Grünen zu beobachten.

Besonders umstrittene Themen während der WP 18 und 19 waren daneben Fracking und LNG. Die damit verbundenen Umweltaspekte spielten im Verhältnis zu den USA eine große Rolle. Auch die Frage, ob die inländische Förderung hochgefahren werden solle, führte zu Kontroversen. Während die einen ein vollständiges Frackingverbot in Deutschland forderten, meinten andere, dass die Risiken durch neue Technologien beherrschbar wären.<sup>634</sup>

## Interviews

Auch in den nach den Untersuchungszeiträumen geführten Interviews wurde Erdgas intensiv mit der Frage verbunden, ob und warum es noch nötig für die

---

<sup>628</sup> Vgl. Anhang: PP/Codesystem/WP 18,19/Umwelt Energiewende.

<sup>629</sup> Vgl. Anhang: PP/Codesystem/WP 18,19/Umwelt Energiewende/Schlecht für Klimaschutz.

<sup>630</sup> Vgl. Anhang: PP/Codesystem/WP 18,19/Umwelt Energiewende/Gut für Klimaschutz.

<sup>631</sup> Vgl. Anhang: PP/Codesystem/WP 18,19/Umwelt Energiewende/Argument Brückentechnologie.

<sup>632</sup> Vgl. Anhang: PP/Codesystem/WP 18,19/Umwelt Energiewende/Argument Wasserstoff.

<sup>633</sup> Vgl. Anhang: PP/Codesystem/WP 18,19/Umwelt Energiewende/Gleichzeitiger Ausstieg FE; Vgl. Anhang: PP/Codesystem/WP 18,19/Umwelt Energiewende/Grundlast-Argument.

<sup>634</sup> Vgl. Anhang: AP/Codesystem/WP 18,19/Weitere Infrastrukturprojekte/Fracking.

Energieversorgung sei. Eng verknüpft wurde sie mit dem Atomausstieg und dem Ausbau der Erneuerbaren. Hier waren sich so gut wie alle Interviewten einig, dass die Energietransformation falsch angegangen wurde. Wolfgang Niedermark (BDI) sah vor allem im Hin und Her um den Atomausstieg eines der größten Probleme, hier sei Energiewendepolitik auf ethischer und nicht funktionaler Basis gemacht worden.<sup>635</sup> Sowohl Daniela De Ridder (SPD) als auch Roderich Kiesewetter (CDU/CSU) waren der Meinung, dass ein früherer Umstieg auf Erneuerbare die Relevanz von Erdgas deutlich verringert hätte, dazu hätte allerdings der Atomausstieg früher kommen müssen.<sup>636</sup> Kiesewetter ging sogar so weit, der Atomausstieg sei nach Fukushima auch von russlandnahen Netzwerken vorangetrieben worden, so sei russisches Erdgas als „alternativlos“ angepriesen worden.<sup>637</sup> Auch Friedbert Pflüger kritisierte das vorschnelle Ausschließen technologischer Möglichkeiten:

„Wir hätten mit Fracking, mit CCS, mit Atomkraft genügend Möglichkeiten gehabt, klimafreundlich und trotzdem energiesicher und bezahlbar zu leben, und das haben wir uns selbst verbaut.“<sup>638</sup>

## **8.6 Europa in der Verantwortung**

Immer wenn es schwierig wurde, verwandelte sich ein deutsch-russisches plötzlich in ein gemeinsames europäisches Projekt. Dieser etwas überspitzt wiedergegebene Spin findet sich sowohl im ersten Untersuchungszeitraum der WP 08 und 09 als auch im zweiten der WP 18 und 19. Schwierig wurde es immer dann, wenn die Kritik aus dem Ausland zu massiv wurde, als dass sie einfach hätte ignoriert werden können und insbesondere dann, wenn konkrete US-Sanktionen gegen Pipelineprojekte drohten.

### **Erdgas-Röhren-Geschäft**

Bereits während der Debatten um das letzte Erdgas-Röhren-Geschäft ließ sich dieses Argumentationsmuster beobachten. Schon damals wurde in der ausländischen Presse das Projekt mit dem Hitler-Stalin-Pakt verglichen. Diese „Drittes Reich“-Vergleiche, wurden empört im Bundestag aufgegriffen. Entscheidender für die

---

<sup>635</sup> Vgl. Niedermark: Interview vom 3. August 2023, Abs. 73.

<sup>636</sup> Vgl. Anhang: EI/Codesystem/Kategorie EE Brückentechnologie.

<sup>637</sup> Vgl. Kiesewetter: Interview vom 2. Oktober 2023, Abs. 55.

<sup>638</sup> Pflüger: Interview vom 17. Oktober 2023, Abs. 124.

Bemühungen, das Projekt als gemeinsames europäisches darzustellen, waren dann jedoch die Sanktionsandrohungen bzw. die tatsächlich erlassenen Sanktionen der USA.<sup>639</sup> Der SPD-Abgeordnete Wolfram stellte in der kritischen Phase 1982 im Bundestag fest: „Wir stehen zu dem europäisch-sowjetischen Röhren-Gas-Liefervertrag.“<sup>640</sup> Auch Bundeskanzler Schmidt sprach im Juni 1982 vom „sowjetisch-europäischen Erdgas-Röhren-Geschäft“ und einer gemeinsamen Position der europäischen Partner gegen die Sanktionspolitik.<sup>641</sup>

„Gemeinsam mit unseren europäischen Partnern hat die Bundesregierung mit Besorgnis und Bedauern die jüngste Entscheidung der amerikanischen Regierung zur Kenntnis genommen, das sowjetisch-europäische Erdgas-Röhren-Geschäft durch Verbot des Exports von wichtigen Komponenten und Verbot der Nutzung bereits erteilter Lizenzen und bereits ausgelieferter Teile oder Komponenten den Bau der geplanten Erdgasleitung zu behindern.“<sup>642</sup>

Eine weitere Entwicklung, die ihren Einfluss auf einen immer stärkeren Europa-Bezug in den Debatten hatte, war natürlich auch das zunehmende Abzielen auf die europäische Regelungsebene. Die Auswirkungen der Ölkrisen waren in den Sitzungen des Wirtschaftsausschusses der WP 08 noch sehr präsent und spiegelten zunehmende Integrationsschritte in Richtung einer europäischen Energiepolitik wider. Verstärkt wurde eine gemeinsame europäische Energiepolitik gefordert, wenngleich damals vor allem Kohle und Öl im Vordergrund standen. Allerdings wurden die Erwartungen an eine schnelle Vergemeinschaftung durch das Beharren der EG-Mitgliedstaaten auf die nationale Souveränität im Energiebereich gedämpft.<sup>643</sup>

## **Nord Stream 2**

Im jüngeren Untersuchungszeitraum nahmen Bezüge zur europäischen Ebene einen deutlich größeren Raum ein. Das zeigte sich auch am deutlich geringeren Debatenumfang im Wirtschaftsausschuss, diese waren kaum noch vorhanden, stattdessen wurden überwiegend europäische Vorgaben zur Kenntnis genommen. In den Plenardebatten wurden die Wichtigkeit und der Nutzen des Projekts für die gesamteuropäische Gasversorgung betont, selbst kritische EU-Staaten und die Ukraine

---

<sup>639</sup> Vgl. Anhang: PP/Codesystem/WP 08,09/Argument: Europäisches Projekt.

<sup>640</sup> Wolfram: Plenarprotokoll 09/076 vom 14. Januar 1982, S. 4375.

<sup>641</sup> Schmidt: Plenarprotokoll 09/108 vom 24. Juni 1982, S. 5881.

<sup>642</sup> Ebd., S. 6572 f.

<sup>643</sup> Vgl. Anhang: AP/Codesystem/WP 08,09/EU, EG, Europa.

könne man im Notfall über die Pipeline per Schubumkehr versorgen. Zwei Drittel des gelieferten Gases sollten nicht in Deutschland verbleiben, sondern in ganz Europa verteilt werden. Herausgestellt wurde die Struktur des Firmenkonsortiums, an dem Firmen aus mehreren europäischen Ländern beteiligt seien.<sup>644</sup> Vor allem die SPD-Fraktion bediente sich dieser Argumentationsgrundlage. Besonders gerne nutzte diese der Abgeordnete Timon Gremmels:

„Nord Stream 2 ist ein europäisch-russisches Projekt. Ich erinnere daran, dass sich Unternehmen aus Russland, Frankreich, Deutschland, Holland an der Finanzierung beteiligen. Und auch das Gas, das über Nord Stream 2 kommt, wird in ganz Europa gebraucht, nicht nur in Deutschland, sondern auch in anderen Ländern.“<sup>645</sup>

Würde man „Nord Stream 2“ durch „Erdgas-Röhren-Geschäft“ ersetzen, hätte man einen Beitrag, der genauso auch in den Debatten der WP 08 und 09 gefallen sein könnte. Erstaunlich ist ebenfalls, dass sich die Aussagen der SPD und der AfD in diesem Punkt sehr ähnlich waren. Leif-Erik Holm bspw. bezeichnete es ähnlich lautend als Projekt, das nicht nur ein deutsch-russisches sei, sondern eines an dem „[...] auch Unternehmen aus Österreich, aus Frankreich, aus Belgien, aus den Niederlanden, aus Großbritannien“<sup>646</sup> beteiligt seien. Aber auf der anderen Seite wurde das Projekt auch als spaltendes Element in der EU kritisiert. Insbesondere Politiker der Grünen bezeichneten es z.B. als „fossilen Spaltpilz“.<sup>647</sup> Der Abgeordnete Oliver Krischer fasste die grünen Vorbehalte in einem Plenarbeitrag zusammen:

„[...] das ändert überhaupt nichts daran, dass Nord Stream 2 ein grundfalsches Projekt ist, meine Damen und Herren. Denn Nord Stream 2 dient nicht unserer Versorgungssicherheit, es spaltet Europa, und es ist eine Wette gegen die Klimaschutzziele, erst recht gegen die verschärften Klimaschutzziele von Ursula von der Leyen und der EU-Kommission, die wir jetzt beschlossen haben.“<sup>648</sup>

---

<sup>644</sup> Vgl. Anhang: PP/Codesystem/WP 18,19/Argument Europäisches Projekt.

<sup>645</sup> Gremmels: Plenarprotokoll 19/104 vom 6. Juni 2019, S. 12670.

<sup>646</sup> Holm: Plenarprotokoll 19/079 vom 13. Februar 2019, S. 9245.

<sup>647</sup> Z.B. Nouripour, Omid: Plenarprotokoll 19/179 vom 30. September 2020, S. 22568.

<sup>648</sup> Krischer: Plenarprotokoll 19/192 vom 19. November 2020, S. 24276.



## Interviews

In der Nachbetrachtung waren sich die Interviewpartner uneins darüber, inwieweit Nord Stream 2 und die deutsche Energiepolitik allgemein wirklich mit den europäischen Partnern abgestimmt wurden. Timon Gremmels bezeichnete Nord Stream 2 in der Nachbetrachtung weiterhin als Teil eines europäischen Gesamtkonzeptes zur Energieversorgung. Er sah aber dennoch unterschiedliche Interessen, die letztlich jedoch mit einem europäischen Kompromiss bei der entsprechenden Richtlinie miteinander versöhnt wurden.<sup>649</sup> Ähnlich sah das auch Friedbert Pflüger, der die EU als treibende Kraft hinter der Nabucco-Pipeline und anderer sah.<sup>650</sup> Vollständig entgegengesetzter Auffassung war Roderich Kiesewetter, der Nord Stream 2 für nicht mit der EU abgestimmt hielt. Die EU habe darüber hinaus versucht, Deutschland das Projekt auszureden. In Zukunft könne Deutschland als Industrienation nur in einem Energieverbund überleben.<sup>651</sup> Auch vonseiten der Industrie wurde eine stärkere Integration in den europäischen Energiebinnenmarkt begrüßt, weg von nationalstaatlicher Regelungssouveränität. Die Stärke der europäischen Heterogenität sei bei wirtschaftspolitischen Belangen ein Hindernis, so Wolfgang Niedermark. Um in der geopolitischen Weltlage bestehen zu können, müsse Europa als Einheit auftreten.<sup>652</sup>

Das Beziehen auf die europäische Ebene diene zum einen einer Legitimitätssteigerung des jeweiligen Pipelineprojektes und zur Abwehr von Kritik, denn es sei ja im gesamteuropäischen Interesse und beileibe kein deutscher Alleingang. Zum anderen spiegelt es die immer stärkere Souveränitätsabgabe an die übergeordnete EU-Administration wider. Immer dann, wenn die Kritik v.a. an Nord Stream 2 zu intensiv wurde und die Bundesregierung für einen angeblichen Alleingang kritisiert wurde, der zum Nachteil befreundeter Partnerländer sei, ließ sich eine Zunahme dieser Argumente beobachten. Dem negativen Framing als egoistisches und nationales Projekt sollte das positive vom gesamteuropäischen Projekt, das im Sinne aller EU-Mitgliedstaaten sei, entgegengesetzt werden. Nun war dies insoweit wahr, als dass Firmen aus der EU beteiligt waren und ein großer Teil des Gases der Ostseepipelines nicht in Deutschland verbleiben sollte. Zur Wahrheit gehört allerdings

---

<sup>649</sup> Gremmels: Interview vom 13. September 2023, Abs. 13 & 17.

<sup>650</sup> Pflüger: Interview vom 17. Oktober 2023, Abs. 27.

<sup>651</sup> Kiesewetter: Interview vom 2. Oktober 2023, Abs. 10 & 55.

<sup>652</sup> Niedermark: Interview vom 3. August 2023, Abs. 81.

auch, dass nur eine Handvoll westeuropäischer Staaten profitierte. Die Positionen der Mitgliedstaaten unterschieden sich von Anfang an erheblich und spätestens, als Ausnahmeregelungen für Nord Stream 2 abgelehnt wurden, war deutlich erkennbar, dass sogar die Mehrheit der Mitgliedstaaten nicht mehr hinter dem Projekt stand. Das Argument vom europäischen Projekt war schnell unglaubwürdig geworden. Ein argumentatives Auslagern von politischer Verantwortung an eine relativ abstrakte europäische Ebene kann durchaus unterstellt werden. Womöglich auch nur im Sinne einer Strategie zur Konfliktvermeidung. Es sollte der Eindruck einer aggressiven deutschen Geopolitik vermieden werden.

## **8.7 Zwischenstaatliche Relationen**

Wesentliche Bezugspunkte fast aller geopolitischer Analysen sind die Beziehungen der Staaten zueinander. Im folgenden Kapitel wird die relative Situation der Bundesrepublik auf dem energiepolitischen Weltparkett und deren Widerspiegelung in den politischen Debatten herausgearbeitet. Im vorigen Kapitel wurde festgestellt, dass es einen immer stärkeren Souveränitäts- und Verantwortungs-Upload auf die europäische Ebene zu verzeichnen gab. Gleichzeitig ist der Bereich der Energiepolitik einer derjenigen, in denen sich die europäischen Mitgliedstaaten und insbesondere die Bundesrepublik Deutschland ein außergewöhnliches Maß nationalstaatlichen Handlungsspielraums erhalten haben. Es sind insbesondere die Beziehungen mit Einzelstaaten innerhalb und außerhalb der europäischen Staatengemeinschaft gewesen, die die Auseinandersetzungen um sowohl die Erdgas-Röhren-Geschäfte als auch um die Nord Stream-Pipelines prägten. Eine Auswahl der Relevantesten wird im Folgenden exemplarisch dargelegt.

Die Auswahl der relevanten Staaten erfolgte danach, welche im analysierten Material am präsentesten waren und auf wen sich die Äußernden am häufigsten bezogen. Intensiv debattiert wurden die Beziehungen zu anderen Staaten und die Lage der Bundesrepublik in diesem Geflecht. Während der Ausschusssitzungen der WP 08 und 09 standen v.a. die USA im Fokus mit ihren Versuchen, das letzte Erdgas-Röhren-Geschäft zu verhindern. Angeprangert wurden die unilateralen Versuche der Einflussnahme auf innereuropäische Sachverhalte. Man verwahrte sich gegen diese Versuche und begrüßte die klare Haltung der Bundesregierung, das Geschäft dennoch zu unterstützen. Gleichzeitig wollte man im Gespräch mit den US-

Amerikanern bleiben und war offen für Alternativvorschläge.<sup>653</sup> In den Bundestagsdebatten zu dieser Zeit fielen die Äußerungen deutlicher aus. Hier wurde das Verhältnis zu den USA mit einem Familienstreit verglichen und das Vertrauen als beschädigt bezeichnet. Sogar von einem Handelskrieg und dem Hintergehen eines Bündnispartners wurde gesprochen. Ganz überwiegend wurde die Sanktionspolitik der USA gegen die am Erdgas-Röhren-Geschäfte beteiligten Firmen abgelehnt.<sup>654</sup> In Bezug auf die UdSSR wurde einerseits das große Potenzial der vorhandenen Bodenschätze und eine Ausweitung der Energiekooperation gesehen, auf der anderen Seite das Vorgehen in Afghanistan und Polen kritisiert.<sup>655</sup> Allerdings wurde in den Bundestagsdebatten kontrovers diskutiert, inwieweit die UdSSR ein zuverlässiger Lieferant war und sein würde. Teilweise wurde die Befürchtung geäußert, die Einnahmen dienten der Aufrüstung. Überwiegend wurde die Ausweitung des Osthandels jedoch befürwortet.<sup>656</sup>

Während der WP 18 und 19 waren im Wesentlichen Bezüge zu den USA, Russland und der Ukraine identifizierbar.<sup>657</sup> Ähnlich wie zu Zeit der WP 08 und 09 wurde die US-Sanktionspolitik deutlich verurteilt, und zwar über alle Parteigrenzen hinweg. Von Vielen wurde den USA vorgeworfen, rein den eigenen Interessen nach zu handeln und in Wirklichkeit nur ihr eigenes LNG verkaufen zu wollen. Wenige äußerten Verständnis für die Position der USA und sahen das transatlantische Verhältnis als nicht eingetrübt an.<sup>658</sup> Umfangreicher als Bezüge zu anderen Staaten wurde die Beziehung zu Russland im Ausschuss behandelt. Auffällig war die Betonung einer gegenseitigen Abhängigkeit, teilweise gepaart mit der Überzeugung, dass eigentlich Deutschland und die EU in der stärkeren Position seien, denn Russland sei sehr stark abhängig vom Energieexport und könne auf diese Einnahmen nicht verzichten.<sup>659</sup> Unterrepräsentiert waren Stimmen, die von Möglichkeiten der Druckausübung warnten, wenngleich das Vorgehen Russlands gegen die Ukraine verurteilt wurde.<sup>660</sup> Diskutiert wurden auch Befürchtungen, Russland könne sich

---

<sup>653</sup> Vgl. Anhang: AP/Codesystem/WP 08,09/USA.

<sup>654</sup> Vgl. Anhang: PP/Codesystem/WP 08,09/Verhältnis USA.

<sup>655</sup> Vgl. Anhang: AP/Codesystem/WP 08,09/UdSSR; Vgl. AP/Codesystem/WP 08,09/Polen; Vgl. AP/Codesystem/WP 08,09/Afghanistan.

<sup>656</sup> Vgl. Anhang: PP/Codesystem/WP 08,09/Verhältnis zur UdSSR; Vgl. Anhang: PP/Codesystem/WP 08,09/Geostrategische, geopolitische Motive/Zusammenarbeit Kooperation.

<sup>657</sup> Vgl. Anhang: AP/Codesystem/WP 18,19/USA.

<sup>658</sup> Vgl. Anhang: PP/Codesystem/WP 08,09/Verhältnis USA.

<sup>659</sup> Vgl. Anhang: AP/Codesystem/WP 18,19/Russland/Interdependenz.

<sup>660</sup> Vgl. Anhang: AP/Codesystem/WP 18,19/Russland/Bedrohungen.

mit seinen Energielieferungen in Richtung Asien wenden.<sup>661</sup> Betont, wenn auch nicht einhellig geteilt, wurde die positive Bewertung der langfristigen Lieferbeziehungen zu Russland bzw. der UdSSR. Russland sei seit 40 Jahren ein zuverlässiger Lieferant und es sei auch zukünftig nichts anderes zu erwarten.<sup>662</sup> Der Konflikt zwischen Russland und der Ukraine wurde stark unter energiepolitischen Gesichtspunkten betrachtet. Der Wunsch nach Unterstützung sollte u.a. durch eine größere Unabhängigkeit von russischer Energie erreicht werden. Andererseits wurde die Ukraine als korrupt angesehen und v.a. unter dem Problemfeld des Transits betrachtet.<sup>663</sup>

### **8.7.1 Russland: Schuld und Sühne**

Geht es nach dem ehemaligen polnischen Botschafter Janusz Reiter war Deutschlands Verhältnis zu Russland immer von Emotionen und einem Gefühl besonderer Verantwortung aus den Gräueln des Zweiten Weltkriegs heraus geprägt.<sup>664</sup> Kann diese Wahrnehmung, dass das Verhältnis auf einer emotionalen Ebene angesiedelt war und Gefühle zur harten Währung in den deutsch-russischen Beziehungen im Energiebereich wurden, bestätigt werden oder spielten geopolitische Interessen eventuell doch eine größere Rolle als auf den ersten Blick erkennbar?

#### **Erdgas-Röhren-Geschäft**

Tradition hat, dass Russland für seine zuverlässigen Energielieferungen geschätzt wurde, schon zuzeiten des letzten Erdgas-Röhren-Geschäfts wurde die UdSSR als verlässlicher Lieferant betrachtet. Zweifel an der Vertragstreue wurden seitens der Bundesregierung stets zerstreut.<sup>665</sup> Großen Raum nahm der Wunsch nach einer engeren wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit der UdSSR ein, mit der Hoffnung auf bessere Beziehungen in anderen Bereichen. Bundeskanzler Schmidt sah in dem 1978 geschlossenen Wirtschaftsabkommen eine Möglichkeit, sich in wirtschaftlich

---

<sup>661</sup> Vgl. Anhang: AP/Codesystem/WP 18,19/Russland/Hinwendung Asien.

<sup>662</sup> Vgl. Anhang: AP/Codesystem/WP 18,19/Russland/Beziehung.

<sup>663</sup> Vgl. Anhang: AP/Codesystem/WP 18,18/Ukraine; Vgl. Anhang: PP/Codesystem/WP 18,19/Ukraine Transit.

<sup>664</sup> Vgl. Reiter: Interview vom 20. Juli 2023, Abs. 39; Es sei an dieser Stelle daraufhin gewiesen, dass die Bezeichnungen Russland und Sowjetunion/UdSSR oftmals synonym gebraucht werden, obwohl das nicht der völkerrechtlichen Realität entsprach. Da diese Gleichsetzung jedoch in der bundesdeutschen Politik und Öffentlichkeit gebräuchlich war und diese Begriffe auch in den analysierten Debatten synonym gebraucht werden, soll dies teilweise auch in vorliegender Arbeit beibehalten werden.

<sup>665</sup> Vgl. Anhang: PP/Codesystem/WP 08,09/Verhältnis zur UdSSR/ Verlässlichkeit.

schwierigen Zeiten gegenseitig zu helfen. Das Erdgas-Röhren-Geschäft sei dafür ein gutes Beispiel, zumal es sowjetische Erdgaslieferungen an Westberlin vorsehen würde.<sup>666</sup> Von Oppositionsseite wurde jedoch auch darauf hingewiesen, dass Geschäfte mit der Sowjetunion nur in einer „bestimmten politischen Landschaft“ möglich sein sollten.<sup>667</sup> Das sei auch von der Bundesregierung während des Besuchs in Moskau im September 1981 so kommuniziert worden. Wirtschaftsminister Lambsdorff soll die Situation in Polen und Afghanistan als Hindernis für eine wachsende wirtschaftliche Zusammenarbeit umschrieben haben.<sup>668</sup> In Ausschusssitzungen der WP 08 und 09 wurden mögliche Problematiken des Osthandels allgemein angesprochen, jede Form von Handel könne der Sowjetunion die Aufrüstung erleichtern. Dennoch überwogen in den Wortmeldungen die positiven Aspekte und man hielt den Osthandel für sinnvoll, nicht zuletzt wegen des großen Potenzials an Bodenschätzen.<sup>669</sup>

## **Nord Stream 2**

„Wir müssen uns von der AfD-Fraktion nicht sagen lassen, wie man Energiepolitik auch mit Russland macht. Es war Willy Brandt, der als Bundeskanzler im Jahre 1973 die erste Pipeline für russisches Gas in Deutschland willkommen hieß. Wir haben auch in Zeiten des Kalten Krieges dafür gesorgt, dass die Energieversorgung Deutschlands – auch mit Russland – funktioniert hat, meine sehr verehrten Damen und Herren.“<sup>670</sup>

Was der SPD-Abgeordnete Timon Gremmels hier verdeutlichte, war, wie tief verankert die deutsch-russischen Energiebeziehungen nicht nur im sozialdemokratischen-, sondern auch im bundesdeutschen Bewusstsein waren. Im jüngeren Untersuchungszeitraum wurde das Argument in Bundestagsdebatten wieder aufgegriffen, die Sowjetunion sei seit 1973 stets ein verlässlicher Lieferant gewesen, und dass trotz des Kalten Krieges. Die guten Erfahrungen würden auch keine Zweifel für die zukünftige Verlässlichkeit zulassen.<sup>671</sup> Angemerkt wurde vom SPD-Abgeordneten Bernd Westphal außerdem, dass Russland Gaslieferungen nie politisch missbraucht habe. Dem wurde durch Alexander Graf Lambsdorff (FDP) jedoch

---

<sup>666</sup> Schmidt: Plenarprotokoll 09/070 vom 3. Dezember 1981, S. 4054.

<sup>667</sup> Vgl. Anhang: PP/Codesystem/WP 08,09/Verbindung mit anderen Themen.

<sup>668</sup> Graf Lambsdorff: Plenarprotokoll 09/070 vom 3. Dezember 1981, S. 4121.

<sup>669</sup> Vgl. Anhang: AP/Codesystem/WP 08,09/UdSSR.

<sup>670</sup> Gremmels: Plenarprotokoll 19/124 vom 7. November 2019, S. 15432.

<sup>671</sup> Vgl. Anhang: PP/Codesystem/WP 18,19/Russland/Argument Verlässlichkeit.

scharf widersprochen: „Haben Sie mal in der Slowakei nachgefragt? Oder in Ungarn oder in der Ukraine?“<sup>672</sup> Dennoch war der Wunsch stark vertreten, wirtschaftliche Zusammenarbeit auch als Brücke zu Russland zu verstehen. Der Bezug von russischem Erdgas würde den Dialog weiter möglich machen und so Einflussmöglichkeiten eröffnen.<sup>673</sup> Getreu der Brandt'schen Energiediplomatie, dass Wirtschaftsprojekte auch auf anderen Ebenen Brücken schlagen können.

Das kontinuierliche Festhalten der Bundesregierungen am Postulat des Privatgeschäfts konnte zu keiner Zeit verhindern, dass die Projekte im Plenum in einen geopolitischen Gesamtzusammenhang gesetzt wurden, auch nicht in Bundestagsdebatten. Die weltpolitische Großwetterlage während des letzten Erdgas-Röhren-Geschäfts war dabei eingeschränkt vergleichbar mit derjenigen während Nord Stream 2. Damals wie heute wurden, aus deutscher Sicht unerwünschte, Verhaltensweisen Russlands, bzw. der Sowjetunion, mit den Pipelineprojekten verbunden. Die von Regierungsseite propagierte Trennung von Privatgeschäft und Politik hatte darauf kaum Einfluss, nicht einmal innerhalb der Regierungsfraktion.

Deutlich häufiger waren Tendenzen zur thematischen Verbindung von Pipelineprojekt und Weltpolitik bei den Plenardebatten um Nord Stream 2 zu beobachten. Themen waren von Russland begangene Völker- und Menschenrechtsverletzungen in Syrien, auf der Krim bzw. in der Ukraine allgemein und die russische Unterstützung des weißrussischen Regimes. Vor diesem Hintergrund äußerten einige Parlamentarier, das Projekt sei deshalb von Anfang an ein Fehler gewesen und würde direkt russische Menschenrechtsverletzungen weltweit finanzieren.<sup>674</sup> Einen Höhepunkt in der argumentativen Verknüpfung von Nord Stream 2 mit russischen Menschenrechtsverletzungen markierte der Fall Nawalny. Massiv wurde der sofortige Stopp von Nord Stream 2 gefordert, teilweise auch nur ein Moratorium, bis der Fall geklärt wäre. Vor allem das „System Putin“, das „Giftanschläge auf Oppositionelle“ verübe, würde von der Pipeline profitieren. Allerdings war auch hier wieder nach historischem Vorbild der Einwand zu vernehmen, man solle das Projekt nicht politisieren.<sup>675</sup>

---

<sup>672</sup> Graf Lambsdorff: Plenarprotokoll 19/079 vom 13. Februar 2019, S. 9246.

<sup>673</sup> Vgl. Anhang: PP/Codesystem/WP 18,19/Russland/NS2 als Dialog und Brücke zu Russland.

<sup>674</sup> Vgl. Anhang: PP/Codesystem/WP 18,19/Russland/Menschenrechtsverletzungen.

<sup>675</sup> Vgl. Anhang: PP/Codesystem/WP 18,19/Russland/Nawalny.

In den Ausschusssitzungen der WP 18 nahmen Themen mit Bezug zu Russland einen deutlich größeren Raum ein als während der Erdgas-Röhren-Geschäfte. Zunächst spielten auch hier wieder historische Motive eine große Rolle, gespeist auch durch das Wandel durch Handel-Motiv. Man wolle trotz des russischen Verhaltens in der Ukraine und gegen Nawalny an diplomatischen Lösungen festhalten und die vielfältigen Wirtschaftsbeziehungen nicht gefährden. Deutlich wurde wieder der Stellenwert des Bildes von Russland als zuverlässigem Lieferanten.<sup>676</sup> Mehrfach wurde betont, dass man auf 40 Jahre stabile Lieferbeziehungen bauen könnte, so z.B. der Parlamentarische Staatssekretär Uwe Beckmeyer (BMWi): „Auch in den härtesten Zeiten des kalten Krieges seien diese Lieferbeziehungen stets stabil geblieben.“<sup>677</sup> Russland wurde eine zentrale Rolle bei der Energiesicherheit Europas zugeschrieben, dennoch betrachtete man die Entwicklungen in der Ostukraine mit Sorge. Befürchtet wurde bei einer Verschlechterung der Beziehungen, dass sich Russland mit seinen Energielieferungen Richtung Asien und insbesondere China umorientieren würde.<sup>678</sup> Kaum widersprochen wurde der weitverbreiteten Auffassung, dass Deutschland bzw. die EU und Russland in ihren Energiebeziehungen so verflochten seien, dass man nicht von einseitiger Abhängigkeit, sondern Interdependenz sprechen müsse. Russland sei genauso abhängig vom Export, wie Europa vom Import.<sup>679</sup> Diese Bild wurde lediglich in einer Sachverständigenanhörung von Kirsten Westphal mit dem Hinweis relativiert, dass Russland schon seit Jahren nicht mehr so stark vom Export nach Europa abhängig sei, wie das in den 90ern und Anfang der 2000er der Fall war.<sup>680</sup>

## Interviews

In der Rückbetrachtung sahen viele der interviewten Experten die Rolle Russlands deutlich kritischer und die deutsche Sichtweise auf die Energiebeziehungen als naiv an. Roderich Kiesewetter gewann den Eindruck, dass für das Vorherrschen eines russlandfreundlichen Narrativs und des Interdependenz-Narrativs eine geschickte russische Einflussoperation verantwortlich war. Viele in der deutschen Bundespolitik, sowohl in SPD als auch CDU, seien diesem Narrativ erlegen. Gleichzeitig

---

<sup>676</sup> Vgl. Anhang: AP/Codesystem/WP 18,19/Russland/Beziehung.

<sup>677</sup> Beckmeyer, Uwe: Protokoll Wirtschaftsausschuss 18/21 vom 5. November 2014, S. 29.

<sup>678</sup> Vgl. Anhang: AP/Codesystem/WP 18,19/Russland/Bedrohungen; Vgl. Anhang: AP/Codesystem/WP 18,19/Russland/Hinwendung Asien.

<sup>679</sup> Vgl. Anhang: AP/Codesystem/WP 18,19/Russland/Interdependenz.

<sup>680</sup> Vgl. Westphal: Protokoll Wirtschaftsausschuss 18/008 vom 2. April 2014, S. 13.

hätten russlandfreundliche Netzwerke erheblichen Einfluss auf Bundeskanzlerin Merkel und die entsprechenden SPD-Minister Gabriel und Steinmeier ausgeübt und so maßgeblich Projekte wie Nord Stream 2 vorangetrieben.<sup>681</sup> Wolfgang Niedermark bewertete die deutsche Energiepolitik und die Position der Industrie in Bezug auf Russland im Nachhinein als naiv. Man hätte dem Falschen vertraut und man ging fälschlicherweise von wirtschaftlicher Rationalität bei Putin und Co. aus. Obwohl Fragen der Sicherheit beim Verkauf großer Teile der deutschen Gaswirtschaft an Gazprom aufkamen, sei die Gefahr als gering eingestuft worden, da man die Geschäfte hätte rückabwickeln können. Einen Stopp der Gaslieferungen hatte niemand für realistisch gehalten.<sup>682</sup> Einen deutlich kritischeren Blick auf das deutsche Agieren hatte der ehemalige polnische Botschafter Janusz Reiter. Die Probleme wurden bereits nach 2000 offensichtlich, bereits damals sei durch die beginnenden Repressionen gegen die Ukraine, u.a. durch Auseinandersetzungen um den Gas-transport, erkennbar gewesen, dass Gas als politische Waffe eingesetzt werden würde.<sup>683</sup> Deutschlands Position sei jedoch immer von der Vorstellung geprägt gewesen, dass man in Bezug auf Russland eine besondere Verantwortung hätte, auch im gesamteuropäischen Interesse.<sup>684</sup> Während es zur Zeit der Erdgas-Röhren-Geschäfte noch eine gewisse Vorsicht gegenüber Geschäften mit der UdSSR gab, habe man diese später völlig aufgegeben.<sup>685</sup>

Die eingangs wiedergegebene Auffassung, dass das deutsche Verhältnis zu Russland im Energiebereich von Emotionen geleitet sei, ließ sich in den analysierten Debatten so nicht wiederfinden. Im Vordergrund stand das Potenzial an Bodenschätzen und die Rolle als verlässlicher Lieferant, welche auf jahrelangen Erfahrungen beruhte. Kritisiert wurde im Nachhinein der Glaube an interdependente Strukturen, aber diese entsprangen auch nicht aus den Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges. Im Gegenteil könnte man anmerken, dass vor allem im jüngeren Untersuchungszeitraum das Verhalten Russlands kritisiert wurde. Man versuchte noch überwiegend die Energiebeziehungen außenvor zu lassen, doch fiel dies immer

---

<sup>681</sup> Kieseewetter: Interview vom 2. Oktober 2023, Abs. 14.

<sup>682</sup> Niedermark: Interview vom 3. August 2023, Abs. 29.

<sup>683</sup> Reiter: Interview vom 20. Juli 2023, Abs. 22.

<sup>684</sup> Ebd., Abs. 39.

<sup>685</sup> Ebd., Abs. 20.



schwerer. Verstärkend kam hinzu, dass sonstige Sanktionen gegen Russland überwiegend mitgetragen wurden.<sup>686</sup>

### **8.7.2 USA: Streit in der transatlantischen Familie**

Eine der großen Parallelen in den Debatten um das letzte Erdgas-Röhren-Geschäft und Nord Stream 2 war das einende Element der Empörung über amerikanische Sanktionen gegen die Pipelineprojekte und die beteiligten westeuropäischen Firmen. Es war auch das Thema, bei welchem die deutlichsten politischen Äußerungen zu vernehmen waren, in für außenpolitische Themen in der Bundesrepublik ungewöhnlicher Schärfe. Über die Fraktionsgrenzen hinweg wurden diese Sanktionen vom Großteil der Parlamentarier entschieden zurückgewiesen, ungeachtet der individuellen Position zum entsprechenden Pipelineprojekt.

#### **Erdgas-Röhren-Geschäft**

Während des letzten Erdgas-Röhren-Geschäfts wurde in den Plenardebatten häufig das Bild verwendet, dass man mit den USA Teil derselben Familie sei und die Verstimmungen einem Familienstreit gleichen würden. An anderer Stelle wurde der Grad der Verstimmung jedoch deutlicher formuliert. Die Sprache war u.a. von großer Enttäuschung und einem belasteten Verhältnis zu den USA oder von einem Handelskrieg.<sup>687</sup> Demgegenüber gab es aber vereinzelt auch Verständnis für das Verhalten der USA. Die Bundesregierung hätte die Führungsrolle der USA herausgefordert, die Frage wurde aufgeworfen, ob es angesichts der Verstimmungen noch sein müsse, das Projekt durchzuführen.<sup>688</sup> Als die Sanktionen in greifbare Nähe rückten, und v.a. nach deren Inkrafttreten, wurde der Ton schärfer. Die Maßnahmen seien völlig ungerechtfertigt, inakzeptabel, rechtswidrig, Betrug und für die EG unannehmbar. Die amerikanische Embargopolitik sei das Hintergehen eines Bündnispartners. Besonders die extraterritoriale Anwendung der US-Sanktionen rief Empörung hervor und wurde überwiegend als völkerrechtswidrig zurückgewiesen.<sup>689</sup> In Sitzungen des Wirtschaftsausschusses der WP 08 und 09 gab man sich

---

<sup>686</sup> Vgl. Anhang: PP/Codesystem/WP 18,19: Russland/EU-Sanktionen gegen Russland.

<sup>687</sup> Vgl. Anhang: PP/Codesystem/WP 08,09/Verhältnis USA/Bewertung Verhältnis USA.

<sup>688</sup> Vgl. Anhang: PP/Codesystem/WP 08,09/Verhältnis USA/Reaktionen/Reaktionsforderungen; Vgl. Anhang: PP/Codesystem/WP 08,09/Verhältnis USA/Reaktionen/Motive der USA.

<sup>689</sup> Vgl. Anhang: PP/Codesystem/WP 08,09/Verhältnis USA/US-Sanktionen/Sanktionsandrohungen.

entschlossen, die Projekte auch gegen den Willen der USA fortzusetzen, denn diese hätten keine ernsthaften Alternativvorschläge gemacht.<sup>690</sup>

## **Nord Stream 2**

Die Parallelen zum jüngeren Analysezeitraum waren immens, aber es kamen in den Plenardebatten auch neue Elemente hinzu. Es waren vor allem die Motive der USA, die deutlich kritischer hinterfragt wurden. Es war von „Doppelmoral“ die Rede und davon, dass die Sorge um Europas Sicherheit nur vorgeschoben sei. In Wirklichkeit gehe es den USA um knallharte ökonomische Eigeninteressen und sie würden nur ihr schmutziges Fracking-Gas verkaufen wollen. Die Unterstellung eigennütziger Motive in der Gegnerschaft der USA zu Nord Stream 2 kam dabei von Vertretern aller Fraktionen.<sup>691</sup> Auch die Ablehnung der US-Sanktionspolitik wurde fraktionsübergreifend mitgetragen. Mit teils scharfen Formulierungen wie „maföse Methoden“, „Erpresserbriefe“ oder „Schurkenstück“ reagierten Parlamentarier auf die amerikanische Sanktionspolitik.<sup>692</sup> Wieder war es die extraterritoriale Ausrichtung der Sanktionen, die allem voran für Empörung sorgte. Besonders drastisch formulierte es Steffen Kotré (AfD), die Sanktionspolitik sei „exterritoriale Gesetzgebung im Kolonialstil“.<sup>693</sup> Vertreter anderer Fraktionen formulierten ihre Kritik weniger drastisch, inhaltlich jedoch ähnlich. Die USA würden das Völkerrecht brechen und sich durch ihre unilateralen Sanktionen in die inneren Angelegenheiten Deutschlands und der EU einmischen. Deutlich wurde auch wieder, dass selbst entschiedene Gegner von Nord Stream 2 die Sanktionspolitik ablehnten.<sup>694</sup> Wie in der historischen Vergleichssituation wurde in vielen Beiträgen auf das verschlechterte Verhältnis zu den USA hingewiesen, z.B. sei es ein neuer Tiefpunkt der deutsch-amerikanischen Beziehungen.<sup>695</sup> Neu hinzugekommen war ein starker Fokus auf Souveränität. Alexander Ulrich (Die Linke) sprach bspw. von einem „Angriff auf die Souveränität Europas“.<sup>696</sup> In drastischeren Formulierungen wurde das Verhalten der USA gegenüber Deutschland mit einem Vasallenverhältnis verglichen.<sup>697</sup> Die

---

<sup>690</sup> Vgl. Anhang: AP/Codesystem/WP 08,09/USA.

<sup>691</sup> Vgl. Anhang: PP/Codesystem/WP 18,19/Verhältnis USA/Motive der USA.

<sup>692</sup> Vgl. Anhang: PP/Codesystem/WP 18,19/Verhältnis USA/US-Sanktionen/Sanktionsandrohungen.

<sup>693</sup> Kotré: Plenarprotokoll 19/124 vom 7. November 2019, S. 15429.

<sup>694</sup> Vgl. Anhang: PP/Codesystem/WP 18,19/Verhältnis USA/Sanktionen/Sanktionsandrohungen.

<sup>695</sup> Vgl. Anhang: PP/Codesystem/WP 18,19/Verhältnis USA/Motive der USA.

<sup>696</sup> Ulrich, Alexander: Plenarprotokoll 19/169 vom 1. Juli 2020, S. 21058.

<sup>697</sup> Vgl. Anhang: PP/Codesystem/WP 18,19/Verhältnis USA/Bewertung Verhältnis USA.

Bedeutung der Souveränität in Energiefragen wurde in vielen Wortbeiträgen hervorgehoben, einmal mit Fokus auf Deutschland, ein anderes Mal unter Einbeziehung der EU.<sup>698</sup>

### **Interviews**

In der Rückbetrachtung der Experteninterviews blieb es bei der Ablehnung der US-Sanktionspolitik. Timon Gremmels ärgerte sich im Nachhinein immer noch über die „Doppelmentalität“ der USA, die, als es schon um Sanktionen für russisches Erdgas ging, weiterhin Öl aus Russland importierten. Es sei auch immer darum gegangen, Absatzmärkte für US-Flüssiggas zu erschließen und deren nationale Wirtschaftspolitik voranzutreiben.<sup>699</sup> Ganz ähnlich sah es Fraktionskollegin Daniela De Ridder, die insbesondere die scharfe Repressionspolitik und die Drohkulisse auch gegen einzelne Bürgermeister in Mecklenburg-Vorpommern verurteilte.<sup>700</sup> Sebastian Ehlers verurteilte die Sanktionspolitik der USA als nicht richtig unter Verbündeten, so gehe man nicht miteinander um. Es sei zu persönlichen Sanktionen gekommen, die dazu führten, dass Einzelpersonen nicht mehr unbehelligt in die USA einreisen durften. Letztlich habe dieses Verhalten gerade zum entschiedenen Durchhaltewillen, einer Zuwendung zu Russland und zu Konstruktionen wie der Klimaschutzstiftung geführt. Das Verhalten wurde als Einmischung in innere Angelegenheiten wahrgenommen und der Konflikt hätte anders gelöst werden müssen.<sup>701</sup> Auch Roderich Kiesewetter, der den USA zwar inhaltlich zustimmte, lehnte diese Form der Sanktionspolitik unter befreundeten Ländern entschieden ab. Sie habe dem Narrativ Vorschub geleistet, die USA wollten nur das eigene Flüssiggas verkaufen und habe die Partner untereinander geschwächt.<sup>702</sup>

### **8.7.3 Polen: eskalative Rhetorik**

Sprache kann bisweilen weitreichende Auswirkungen in den Beziehungen zwischen Staaten haben, das beweist, trotz des eher realistischen Ansatzes dieser Arbeit, das Zerwürfnis zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Polen im Streit um die Nord Stream-Pipelines.

---

<sup>698</sup> Vgl. Anhang: PP/Codesystem/WP 18,19/Geostrategische, geopolitische Motive/Souveränität.

<sup>699</sup> Gremmels: Interview vom 13. September 2023, Abs. 29.

<sup>700</sup> De Ridder: Interview vom 9. September 2023, Abs. 37.

<sup>701</sup> Ehlers: Interview vom 29. September 2023, Abs. 34 & 38.

<sup>702</sup> Kiesewetter: Interview vom 2. Oktober 2023, Abs. 51.

## Nord Stream 2

Der Fokus dieses Kapitels wird überwiegend auf dem Zeitraum der WP 18 und 19 liegen, da Polen zurzeit der Erdgas-Röhren-Geschäfte kaum eine Rolle als eigenständiger Akteur der Energiepolitik spielte. Zwar wurde über die Lage Polens nach der Verhängung des Kriegsrechts 1981 gesprochen und auch in diesem Zusammenhang in Redebeiträgen eine Verknüpfung mit dem Erdgasprojekt gefordert, doch spielte das eine untergeordnete Rolle im Vergleich zum zweiten Analysezeitraum.<sup>703</sup> Während der Ostsee-Pipelines war die polnische Regierung jedoch neben den USA die entschiedenste Gegnerin deutsch-russischer Pipelineprojekte, was sich in teils drastischer Rhetorik widerspiegelte, die in der Bundesrepublik alles andere als gut aufgenommen wurde.

In den Bundestagsdebatten tat sich vor allem die SPD-Fraktion in ihrer Ablehnung der polnischen Position zu Nord Stream 2 und in der Hinterfragung der polnischen Motive dahinter hervor. Daniela De Ridder fasste diese Kritik an den polnischen Beweggründen 2019 folgendermaßen zusammen:

„Polen hat ein vitales Interesse, eigenen Projekten den Vorzug zu geben. Denn mit der beschlossenen Baltic Pipe, die norwegisches Gas bis nach Südosteuropa transportieren soll, würde Polen tatsächlich zum Verteilerland werden. Mit Nord Stream 2 – auch das gehört zur Wahrheit dazu – bliebe dies allerdings ein frommer Wunsch.“<sup>704</sup>

Lediglich Polen habe dem Regulierungs-Kompromiss nicht zugestimmt, die anderen 27 Länder aber schon, so Timon Gremmels (SPD) damals.<sup>705</sup> Es sei also Polen, das sich einer gemeinsamen europäischen Lösung verweigere und nicht Deutschland. Alexander Gauland (AfD) sah das Misstrauen der Polen, Ukrainer und Balten in den Folgen der Auflösung der Sowjetunion begründet. Das Verhältnis zu Polen sei sowieso schlecht wegen der Migrationspolitik und würde sich durch Nord Stream 2 auch nicht verbessern. Die Energieversorgung Deutschlands sei allerdings zu wichtig, als dass man sie politischen Stimmungen unterordnen könne.<sup>706</sup>

---

<sup>703</sup> Vgl. Anhang: PP/WP 08,09/Verbindung mit anderen Themen/Polen.

<sup>704</sup> De Ridder: Plenarprotokoll 19/104 vom 6. Juni 2019, S. 12679.

<sup>705</sup> Gremmels: Plenarprotokoll 19/098 vom 9. Mai 2019, S. 11740.

<sup>706</sup> Gauland: Plenarprotokoll 19/104 vom 6. Juni 2019, S. 12668.

Aus der CDU/CSU-Fraktion kam teilweise auch Selbstkritik, so meinte Jürgen Hardt 2019, dass man von Anfang an wesentlich offener und transparenter mit den Polen hätte umgehen sollen. Es hätte nie der Eindruck entstehen dürfen, es ginge bei Nord Stream 2 um persönliche wirtschaftliche Interessen eines ehemaligen Bundeskanzlers. Außerdem hätte man öffentlich die politische Komponente anerkennen müssen, die Polen immer angeführt hatte.<sup>707</sup> Einzig Vertreter der Fraktion der Grünen zeigten überwiegend Verständnis für die polnische Position. So bezeichnete Omid Nouripour Nord Stream als Spaltpilz zwischen Deutschland und Polen.<sup>708</sup>

### **Interviews**

In den geführten Interviews wurde die Frage gestellt, wieso man die Kritik und die Warnungen aus Polen in der deutschen Bundespolitik nicht ernster genommen hatte. In den Antworten kamen recht schnell die Äußerungen polnischer Offizieller zur Sprache. Diese wurden überwiegend als kontraproduktiv für das deutsch-polnische Verhältnis, aber auch für jegliche Verständigung bei beiden Ostseepipelines beschrieben. Eine Verständigung zwischen Deutschland und Polen sei vor allem durch die Äußerungen der Kaczyński-Regierung erschwert worden, so Friedbert Pflüger. Die reflexhaften antirussischen, antideutschen und antieuropäischen Positionierungen, die man täglich hören musste, hätten dazu geführt, dass man Äußerungen der polnischen Regierung zum Thema Nord Stream ausblendete und die berechtigten, historisch begründeten Sorgen kaum Gehör fanden.<sup>709</sup> Daniela De Ridder hielt in der Nachbetrachtung ebenfalls die Rhetorik der PiS-geführten Politik für das Haupthindernis einer offeneren Einbeziehung polnischer Sorgen. Die Wahrnehmung als nationalistisch durchfärbte Politik, habe zu einer weitgehenden Ausblendung polnischer Positionen geführt.<sup>710</sup> Für Timon Gremmels waren die polnischen Äußerungen zwar nicht hilfreich, aber als PiS-typisch einzupreisen. Zentraler für das Nicht-Einbeziehen polnischer Befürchtungen war eher, dass man in Deutschland den Eindruck hatte, dass Polen ganz eigene Gasinfrastrukturprojekte vorantreiben würde und die Sicherheitsargumente lediglich vorgeschoben seien.<sup>711</sup>

---

<sup>707</sup> Hardt: Plenarprotokoll 19/104 vom 6. Juni 2019, S. 12679.

<sup>708</sup> Nouripour: Plenarprotokoll 19/082 vom 20. Februar 2019, S. 9601.

<sup>709</sup> Pflüger: Interview vom 17. Oktober 2023, Abs. 47.

<sup>710</sup> De Ridder: Interview vom 9. September 2023, Abs. 21.

<sup>711</sup> Gremmels: Interview vom 13. September 2023, Abs. 25.

Wenngleich die konfrontativen Äußerungen, die vor allem auf die PiS-Kräfte zurückzuführen seien, der Sache geschadet haben, so waren sie im Kern doch richtig. Es sei Deutschlands herablassendes Verhalten gegenüber Polen gewesen, dass es den extremistischen Kräften leichtgemacht habe, ein äußeres Feindbild aufzubauen, so Kiesewetter. Deutschland hätte Polen in die Pipeline-Geschäfte miteinbinden müssen. Insbesondere die Regierung Schröder wäre verantwortlich für das vergiftete Verhältnis, weil Schröder sich eher mit den großen Staaten über den Kopf von Polen hinweg unterhalten habe.<sup>712</sup> Der ehemalige polnische Botschafter Janusz Reiter war der Meinung, die Äußerungen bspw. Sikorskis hätten der Sache weder geholfen noch geschadet. Wenngleich die PiS-Regierung das Thema stark emotionalisiert hatte, sei die Position in der Sache doch richtig gewesen.<sup>713</sup> Entschieden wies er die Vorwürfe zurück, Polen wollte nur eigene Erdgasprojekte durchsetzen, das sei eine klassische Ursache-Wirkungs-Umkehr. Die verfolgten Projekte zielten allein darauf, die Energiesicherheit Polens zu garantieren.<sup>714</sup>

#### **8.7.4 Ukraine: zwischen Objekt und Akteur**

Der Blick auf die Ukraine war in den Debatten um Nord Stream 2 geprägt von Misstrauen auf der einen Seite und vom Wunsch, sie zu unterstützen auf der anderen Seite. Die Meinungen, welchen Stellenwert die Ukraine in der Bewertung der Nord Stream-2-Pipeline einnehmen und was die Pipeline für deren Lage bedeuten würde, gingen stark auseinander. Wie im vorigen Kapitel liegt aus ähnlichen Gründen auch hier der Fokus im jüngeren Untersuchungszeitraum. Zwar verliefen die Pipelines aus den Erdgas-Röhren-Geschäften im Wesentlichen durch die Ukraine, doch hatte sie als Unionsrepublik kaum Akteursqualität oder Gestaltungsmacht bzgl. deren Zustandekommens. In den Plenar- und Ausschussdebatten der WP 08 und 09 spielt die Ukraine im Zusammenhang mit den Pipelineprojekten keine Rolle.

#### **Nord Stream**

Eines der häufigsten Themen in Bezug auf die Ukraine war in den untersuchten Bundestagsdebatten der WP 18 und 19 der Transit russischen Gases Richtung Westeuropa. Die Gegnerschaft des Landes gegen Nord Stream 2 war gemeinhin bekannt. Es wurde der Vorwurf geäußert, es gehe der Ukraine bei der Ablehnung von Nord

---

<sup>712</sup> Kiesewetter: Interview vom 2. Oktober 2023, Abs. 47.

<sup>713</sup> Vgl. Reiter: Interview vom 20. Juli 2023, Abs. 24.

<sup>714</sup> Vgl. ebd., Abs. 26.

Stream 2 jedoch lediglich um die eigenen Einnahmen aus dem Transitgeschäft und weniger um die Besorgnis um die eigene Sicherheit. So fragte Klaus Ernst (Die Linke) 2019:

„Geht es Polen und der Ukraine nicht schlichtweg um die Transitgebühren, die sie bekämen, wenn die Leitungen durch Polen und die Ukraine verließen?“<sup>715</sup>

Überwiegend wurde jedoch die Meinung vertreten, dass eine stabile Ukraine im Interesse Deutschlands und der EU sei und der Transit ein wichtiges Instrument, diese zu garantieren. Eine vollständige Umgehung der Ukraine durch Nord Stream 2 wurde überwiegend abgelehnt.<sup>716</sup> Vereinzelt wurde aber die Auffassung vertreten, dass Nord Stream 2 die Energiesicherheit der Ukraine stärken könnte, denn diese könnte auch mit Erdgas aus der Ostseepipeline versorgt werden, so z.B. Leif-Erik Holm (AfD).<sup>717</sup>

Ähnlich sah es in einer Sitzung des Wirtschaftsausschusses der Abgeordnete Andreas Lämmel (CDU/CSU), der meinte, man könne einen Bypass legen, damit die wirtschaftlich instabile Ukraine überleben würde.<sup>718</sup> Weitgehender Konsens war, dass die ukrainische Wirtschaft in erheblichem Maße vom Energietransit abhängig sei.<sup>719</sup> Daneben wurde der Fokus stark auf die grassierende Korruption gelegt. Die Energieexpertin Kirsten Westphal nannte die Korruption problematisch für eine stärkere Anbindung an die EU-Energiegemeinschaft. Im Land würden viele Eliten vom „Rent-Seeking“ aus dem Energietransit leben. Eine stabile Situation sei für die EU allerdings wichtig und das sei in erster Linie ein Energieproblem. Sollte der Transit durch die Ukraine ausfallen, hätten viele EU-Länder ein nicht so einfach zu bewältigendes Problem.<sup>720</sup>

## Interviews

In den Interviews wurde die Haltung gegenüber der Ukraine insbesondere von Wolfgang Niedermark aus Sicht der Industrie eingeordnet. Generell sei die Sicht auf die Ukraine damals geprägt gewesen von einer Wahrnehmung als korrupt und

---

<sup>715</sup> Ernst: Plenarprotokoll 19/079 vom 13. Februar 2019, S. 9249.

<sup>716</sup> Vgl. Anhang: PP/Codesystem/WP 18,19/Ukraine Transit.

<sup>717</sup> Vgl. Holm: Plenarprotokoll 19/079 vom 13. Februar 2019, S. 9245.

<sup>718</sup> Lämmel, Andreas: Protokoll Wirtschaftsausschuss 18/008 vom 2. April 2014, S. 22.

<sup>719</sup> Vgl. Anhang: AP/Codesystem/WP 18,19/Ukraine.

<sup>720</sup> Westphal: Protokoll Wirtschaftsausschuss 18/008 vom 2. April 2014, S. 22.

durchsetzt von einem System der Oligarchie. „Man hatte keine hohe Meinung von der Ukraine.“<sup>721</sup> Grund für diese Wahrnehmung seien vor allem schlechte Erfahrungen gewesen, die viele Unternehmen in der Ukraine gemacht hätten.<sup>722</sup> Daniela De Ridder äußerte, dass es durchaus eine der Ursprungsideen für die Ostseepipelines war, den Störfaktor Ukraine bei der Gasversorgung zu umgehen.<sup>723</sup> Auch Timon Gremmels nannte die damals angenommene unsichere Perspektive des Transits durch die Ukraine einen der Gründe für die Ostseepipelines.<sup>724</sup> Roderich Kiesewetter hingegen widersprach entschieden, für ihn sei das Argument einer korrupten Ukraine vorgeschoben gewesen und Ergebnis einer geschickten russischen Einflussoperation.<sup>725</sup>

### **8.8 Exkurs: Protokolle vergessen nicht**

Manch frühere Position zu Nord Stream 2 möchte der ein oder andere Politiker womöglich gerne vergessen machen, doch was in einer Sitzung des Bundestages oder einer seiner Ausschüsse einmal gesagt wurde, ist für die Ewigkeit dokumentiert. In den geführten Interviews war der Kontrast zwischen dem, was die Gesprächspartner nach dem russischen Einmarsch in die Ukraine sagten und dem, was diese teilweise zuvor zur Verteidigung der deutsch-russischen Erdgasbeziehungen vorgetragen hatten, höchst interessant. Diesem Analyseergebnis, das zwar kein geopolitisches Attribut im engeren Sinne darstellt und im Grunde außerhalb des Untersuchungszeitraums liegt, sei an dieser Stelle dennoch ein kurzer Exkurs gewidmet, denn dieser bietet doch spannende Einblicke, welchen Stellenwert auch im eigenen Selbstverständnis die Beziehungen zwischen Deutschland und Russland nicht nur im Erdgassektor hatten. Das gilt insbesondere für SPD-Politiker. Dem vorangestellt sei an dieser Stelle der klare Hinweis, dass das Folgende in keiner Weise normativ gewertet werden soll, es ist lediglich eine Darstellung der schlagartigen Veränderung in der Debatte, deren ganzes Ausmaß zum Zeitpunkt der Fertigstellung dieser Arbeit vermutlich noch gar nicht absehbar ist.

---

<sup>721</sup> Niedermark: Interview vom 3. August 2023, Abs. 37.

<sup>722</sup> Vgl. ebd.

<sup>723</sup> Vgl. De Ridder: Interview vom 9. September 2023, Abs. 33.

<sup>724</sup> Vgl. Gremmels: Interview vom 13. September 2023, Abs. 13.

<sup>725</sup> Vgl. Kiesewetter: Interview vom 2. Oktober 2023, Abs. 14.



### **Daniela De Ridder (SPD)**

In dem im September 2023 durchgeführten Interview äußerte die SPD-Bundestagsabgeordnete Daniela De Ridder Verständnis für die Ablehnung von Nord Stream 2 durch die Ukraine und betonte, dass sie das Pipelineprojekt schon vor der russischen Invasion als politisches Projekt bezeichnet hatte. Gleichwohl habe es damals drängendere Bedrohungslagen gegeben.<sup>726</sup> Sie bemängelte jedoch das völlige Fehlen einer außenpolitischen Strategie in Richtung Russland, nach der sie in vielen Runden aktiv gefragt hätte. Stattdessen sei die deutsche Außenpolitik herumgewarbt.<sup>727</sup> Grundsätzlich hätte man sich viel früher von fossilen Energieträgern lösen müssen, auch um sich von den bestehenden Abhängigkeiten zu lösen.<sup>728</sup> Sie stellte im Interview deutlich die wenigen Ausnahmen unter den SPD-Politikern heraus, die damals schon abwichen von der Parteilinie und -tradition. Zuvorderst sei es Heiko Maas gewesen, der politische Forderungen mit der Wirtschaftspolitik Richtung Russland verknüpfte.<sup>729</sup>

Vor dem russischen Einmarsch, während der untersuchten Debatten, war bei De Ridder noch eine deutliche Zustimmung zu Nord Stream 2 zu vernehmen. So verteidigte sie das Projekt in einer Plenardebatte gegen Kritik von Abgeordneten der Grünen. So nannte sie Nord Stream 2 einen wesentlichen Bestandteil der Energieversorgung. Der richtige Ausstieg aus den fossilen Energieträgern, insbesondere Kohle und Atomenergie, würden die Übergangstechnologie Erdgas vorübergehend notwendig machen. Eine Alternative zum russischen sei das amerikanische Flüssiggas jedoch nicht, weshalb Nord Stream 2 bei aller berechtigten Kritik an Russland dennoch richtig sei.<sup>730</sup> Weiterhin ließ sie das Argument einer Destabilisierung der Ukraine durch wegfallende Transiteinnahmen nicht gelten. Die Ukraine würde durch weitere Pipelines umgangen und hätte im Moment andere wichtigere Probleme als Nord Stream 2.<sup>731</sup> Nach der Vergiftung Nawalnys war De Ridder jedoch auch eine derjenigen, die sich entschieden gegen den russischen Umgang mit Oppositionellen aussprach und wirksame Sanktionen gegen beteiligte Personen

---

<sup>726</sup> Vgl. De Ridder: Interview vom 9. September 2023, Abs. 13.

<sup>727</sup> Vgl. ebd., Abs. 41.

<sup>728</sup> Vgl. ebd., Abs. 50.

<sup>729</sup> Vgl. De Ridder: Interview vom 9. September 2023, Abs. 41 f.

<sup>730</sup> Vgl. De Ridder: Plenarprotokoll 19/104 vom 6. Juni 2019, S. 12678.

<sup>731</sup> Vgl. ebd.

forderte. Gleichzeitig sprach sie sich gegen eine Ideologisierung von Nord Stream 2 aus.<sup>732</sup>

Im Grunde führte sie die SPD-Linie vom Wandel durch Handel fort, die aktuelle (geo-)politische Geschehnisse vom langfristigen Ziel einer engeren wirtschaftlichen deutsch-russischen Zusammenarbeit trennte. Im Nachhinein äußerte sie auch deutliche Selbstkritik an ihrer und der SPD-Position. Das Projekt Nord Stream 2 habe einfach wie ein Paradebeispiel zur außenwirtschaftspolitischen DNA der SPD gepasst und deshalb habe man Warnungen und Kritik ein Stück weit ausgeblendet. Das gilt insbesondere auch für die Kritik aus Polen, die man aber aufgrund des nationalistischen Tenors der PiS-Partei zurückgewiesen habe.<sup>733</sup> In früheren Aussagen war De Ridder in ihrer Sprachwahl sehr deutlich. So sagte sie 2019 im Plenum, dass die Ablehnung Polens ausschließlich auf eigene wirtschaftliche Interessen zurückzuführen sei.<sup>734</sup> De Ridder kritisierte die russischen Aggressionen deutlich, doch differenzierte sie im Ausblick auf die zukünftige Beziehung zu Russland: In Zukunft sei eine Wiedereinbeziehung Russlands unumgänglich, Sicherheitspolitik könne man nicht gegen sondern nur mit Russland machen. Auch sei die Zukunft der russischen Wirtschaft und der Zivilgesellschaft mitzudenken.<sup>735</sup>

### **Timon Gremmels (SPD)**

Nochmals wesentlich selbstkritischer gab sich Timon Gremmels im Interview, das ebenfalls im September 2023 geführt wurde. Er vollzog einen deutlichen Bruch mit der eigenen Position sowie der seiner Partei und ging sogar so weit, diese als Fehler zu bezeichnen. Er bezeichnete das komplette Wandel durch Handel-Konzept seiner Partei als gescheitert, das hätte man spätestens nach der Annexion der Krim erkennen müssen.<sup>736</sup> Im Nachhinein sei auch der russische Anteil von 55 Prozent an den Erdgasimporten ein großer strategischer Fehler gewesen, eine Schwelle von 25 Prozent hätte nie überschritten werden dürfen. So habe man sich einseitig abhängig gemacht – ein Bruch mit dem Interdependenzdenken der eigenen Partei.<sup>737</sup>

In den untersuchten Bundestagsdebatten klang das noch anders. 2019 wies Gremmels in einer Bundestagsrede die amerikanische Argumentation von der

---

<sup>732</sup> Vgl. De Ridder: Plenarprotokoll 19/174 vom 11. September 2020, S. 21919.

<sup>733</sup> Vgl. De Ridder: Interview vom 9. September 2023, Abs. 21.

<sup>734</sup> Vgl. De Ridder: Plenarprotokoll 19/104 vom 6. Juni 2019, S. 12678.

<sup>735</sup> Vgl. De Ridder: Interview vom 9. September 2023, Abs. 46.

<sup>736</sup> Vgl. Gremmels: Interview vom 13. September 2023, Abs. 5.

<sup>737</sup> Vgl. ebd., Abs. 61 & 65.

Abhängig-Werdung Deutschlands von russischem Gas zurück. Trump ginge es lediglich um den Absatz des eigenen Flüssiggases. Deutschland müsse seine Interessen selbstbewusst formulieren und zu diesen Interessen gehöre auch russisches Gas.<sup>738</sup> Ebenfalls 2019 bezeichnete Gremmels Nord Stream 2 aufgrund des parallelen Kohle- und Atomausstiegs als sinnvoll und richtig. Das Projekt sichere außerdem die Versorgung ganz Europas.<sup>739</sup> „Wir brauchen Nord Stream 2.“<sup>740</sup> Gremmels war einer der offensten Verfechter des Projekts und warb in mehreren Reden für die Pipeline. Wiederholt bediente er auch das Narrativ, es handle sich um ein europäisches Projekt, so nannte er Nord Stream 2 ein „europäisch-russisches Projekt“, da Unternehmen aus Russland, Frankreich, Deutschland und Holland beteiligt seien. Er war sogar der Meinung, dass die Pipeline Osteuropa und der Ukraine zugutekommen würde, indem diese Länder durch Schubumkehr versorgt werden würden.<sup>741</sup> Gremmels war auch einer der wenigen Abgeordneten, der Nord Stream 2 in direkter Tradition der Erdgas-Röhren-Geschäfte sah. Diese bewertete er als Positivbeispiel deutsch-russischer Kooperation, an welcher man sich orientieren sollte.<sup>742</sup>

Gremmels blieb auch in der Nachbetrachtung bei der Position, es hätte sich bei Nord Stream 2 um ein europäisches Gesamtkonzept zur Energieversorgung gehandelt, das mit den Partnern abgestimmt gewesen sei.<sup>743</sup> Genauso äußerte er auch weiterhin seine Verstimmlung über die Sanktionspolitik der USA. Diesen sei es nur um die eigene Wirtschaftspolitik gegangen, schließlich hätten sie weiterhin selbst russisches Öl importiert.<sup>744</sup> Auch die Beurteilung der polnischen Position behielt Gremmels im Wesentlichen bei. Neben der Rhetorik sei vor allem der Eindruck entscheidend gewesen, dass Polen die Sicherheitsargumente nur vorgeschoben habe.<sup>745</sup> Seine Einschätzung, dass die Ukraine damals ein Unsicherheitsfaktor gewesen sei, der letztlich zu den Ostseepipelines führte, behielt er im Interview ebenfalls bei.<sup>746</sup>

---

<sup>738</sup> Vgl. Gremmels: Plenarprotokoll 19/079 vom 13. Februar 2019, S. 9253.

<sup>739</sup> Vgl. Gremmels: Plenarprotokoll 19/098 vom 9. Mai 2019, S. 11739.

<sup>740</sup> Ebd., S. 11740.

<sup>741</sup> Gremmels: Plenarprotokoll 19/104 vom 6. Juni 2019, S. 12670.

<sup>742</sup> Vgl. Gremmels: Plenarprotokoll 19/124 vom 7. November 2019, S. 15432.

<sup>743</sup> Gremmels: Interview vom 13. September 2023, Abs. 13 & 17.

<sup>744</sup> Ebd., Abs. 29.

<sup>745</sup> Vgl. Gremmels: Interview vom 13. September 2023, Abs. 25.

<sup>746</sup> Vgl. ebd., Abs. 13.

## **Roderich Kiesewetter (CDU/CSU)**

Einer der wenigen den damaligen Regierungsparteien angehörigen Politiker, die sich von Anfang an vehement gegen Nord Stream 2 aussprachen, war Roderich Kiesewetter. Auch forderte er früh, z.B. nach der Vergiftung Nawalnys und der Diskussion, ob Nord Stream 2 gestoppt werden solle, dass man sich von den romantischen Vorstellungen der Russlandpolitik inkl. Wandel durch Handel verabschieden müsse.<sup>747</sup> Er blieb auch im Interview, das im Oktober 2023 geführt wurde, bei seinen früheren Aussagen, sah sich darüber hinaus in ihnen bestärkt und verdeutlichte diese insbesondere in Bezug auf die deutsch-russischen Beziehungen im Allgemeinen. Vehement griff er den deutschen Glauben an die Wirksamkeit von Wandel durch Handel an. Es sei die deutsche Hybris, dass man glauben würde, durch Handel mit Russland würde dieses sich schon in die richtige Richtung entwickeln. Das Narrativ, dass gerade Nord Stream 2 das Heilmittel für eine Annäherung an Russland sei, wurde laut Kiesewetter möglicherweise sogar aktiv von einer Gruppe russlandnaher Politiker verbreitet. Man hätte früher aus der Illusion der Nach-Wende-Zeit aufwachen müssen, man sei in Europa immer noch nur von Freunden umgeben.<sup>748</sup> Nach der Annexion der Krim hätte schon Nord Stream 1 gekappt werden müssen, er sei entsetzt gewesen, dass man stattdessen Nord Stream 2 umsetzte. Außer ihm und Norbert Röttgen hätte es außerdem lange Zeit kaum kritische Stimmen in der Fraktion gegeben.<sup>749</sup>

Gänzlich ablehnend stand Kiesewetter von Anfang an dem Framing von Nord Stream 2 als europäischem Projekt gegenüber. Es sei im Gegenteil nicht mit der EU abgestimmt gewesen und diese hätte versucht, es Deutschland auszureden.<sup>750</sup> Es sei von Beginn an klar ersichtlich gewesen, dass die Pipeline kein wirtschaftliches, sondern ein geopolitisches Projekt sei. Warum dieses Narrativ so lange aufrechterhalten wurde, müsste ein Untersuchungsausschuss klären.<sup>751</sup> Wie Daniela De Ridder war auch Kiesewetter der Überzeugung, dass man nie in diese Situation fossiler Abhängigkeit gekommen wäre, hätte man den Ausbau erneuerbarer Energien früher forciert. Nord Stream 2 wäre in diesem Fall nie geplant worden.<sup>752</sup> Außerdem

---

<sup>747</sup> Vgl. Kiesewetter: Plenarprotokoll 19/174 vom 11. September 2020, S. 21917.

<sup>748</sup> Vgl. Kiesewetter: Interview vom 2. Oktober 2023, Abs. 14.

<sup>749</sup> Vgl. ebd., Abs. 9.

<sup>750</sup> Ebd., Abs. 10 & 55.

<sup>751</sup> Vgl. Kiesewetter: Interview vom 2. Oktober 2023, Abs. 9 & 14.

<sup>752</sup> Vgl. ebd., Abs. 55.

sei der Atomausstieg zu früh gekommen, möglicherweise sei dieser nach Fukushima durch russlandnahe Netzwerke gezielt vorangetrieben worden, um die Relevanz von Erdgas zu erhöhen.<sup>753</sup>

Eine weitere rare Überschneidung zwischen eigentlich allen Interviewten war die strikte Ablehnung der amerikanischen Sanktionspolitik. Auch Kiese Wetter hielt diese für kontraproduktiv, denn sie hätte dem Vorwurf Vorschub geleistet, es ginge den USA nur um den Verkauf des eigenen Flüssiggases. Dieses Verhalten habe die Partner untereinander geschwächt.<sup>754</sup> Deutlich anders bewertete er das Verhalten Deutschlands gegenüber Polen, dieses sei herablassend gewesen und habe es den extremistischen Kräften leicht gemacht, das Feindbild Deutschland zu nähren. Polen hätte von Anfang an eingebunden werden müssen.<sup>755</sup> Das vergiftete Verhältnis führte Kiese Wetter vor allem auf die Regierung Schröder und ihr Übergehen Polens zurück.<sup>756</sup> Auch der schlechte Ruf der Ukraine und die Auffassung, dass diese durch und durch korrupt sei, sei möglicherweise das Ergebnis einer geschickten russischen Einflussoperation.<sup>757</sup>

### **Nachhaltiges Umdenken?**

Was auffällt, ist, dass unter den in diesem Exkurs aufgeführten Interviewpartnern, deren frühere und spätere Aussagen verglichen wurden, sich die beiden SPD-Politiker auf den ersten Blick ausdrücklich von ihren früheren Positionen zu Nord Stream 2 und den deutsch-russischen Beziehungen distanzieren und sich in Selbstkritik üben. Bei genauerer Betrachtung wird jedoch deutlich, dass viele der wesentlichen Standpunkte beibehalten wurden. So war das Verhalten der polnischen Regierung immer noch der Hauptgrund für die Ablehnung der Kritik. Das Agieren der USA gegen die Pipeline wurde auch im Nachgang nicht als berechtigtes Warnen vor einer Erpressbarkeit gewertet, sondern als unzulässige Einmischung in innere Angelegenheiten. Außerdem blieben die Abgeordneten überwiegend bei ihrer Einschätzung, dass es den USA in erster Linie um eigene nationale Interessen ging. Auch die Ukraine wurde, bei aller geäußerten Solidarität, weiterhin als Unsicherheitsfaktor für die eigene Energieversorgung betrachtet. Für die Zukunft wünscht

---

<sup>753</sup> Vgl. Anhang: EI/Codesystem/Kategorie EE Brückentechnologie; Vgl. Kiese Wetter: Interview vom 2. Oktober 2023, Abs. 55.

<sup>754</sup> Ebd., Abs. 51.

<sup>755</sup> Vgl. Kiese Wetter: Interview vom 2. Oktober 2023, Abs. 47.

<sup>756</sup> Ebd., Abs. 43.

<sup>757</sup> Vgl. Ebd., Abs. 14.

man sich wieder eine Einbeziehung Russlands und eine Verbesserung der Beziehungen, natürlich nach Beilegung des Konfliktes und ggf. einem Führungswechsel.

Konsistent in seinen Aussagen war lediglich Roderich Kiesewetter, der seine Position gegenüber Russland höchstens weiter verschärft hat. Allerdings hat er sich in den untersuchten Debatten auch wenig explizit zu Nord Stream geäußert. Eher stand das Verhältnis zu Russland, dessen Umgang mit Kritikern und dessen Bedrohungspotenzial im Vordergrund. Spannend ist auch, dass für ihn in der Nachbetrachtung ein Muster zu erkennen war, das ihn den Eindruck gewinnen ließ, ein einflussreiches russlandfreundliches Netzwerk sei aktiv gewesen, um entsprechende Narrative zu verbreiten. Eines dieser Narrative sei auch der Glaube an eine gegenseitige Abhängigkeit gewesen. Problematisch war laut Kiesewetter, dass dieses Netzwerk erheblichen Einfluss auf die Bundespolitik und Kanzlerin Merkel nahm. So seien Projekte wie Nord Stream 2 erst möglich geworden.<sup>758</sup>

---

<sup>758</sup> Vgl. Kiesewetter: Interview vom 2. Oktober 2023, Abs. 14.

## **9 Schlussbetrachtungen**

Zum Abschluss der vorliegenden Arbeit soll zunächst die erfolgte Analyse der Pipelinedebatten zusammengefasst werden, anschließend ein Rückgriff auf die klassische geopolitische Theorie erfolgen und letztlich Bilanz gezogen werden, wie es um geopolitisches Denken in den bundesdeutschen Pipelinedebatten stand. Der Ansatz dieser Arbeit war ein theorievorbereitender. Im letzten Teil dieses Kapitels erfolgt deshalb ein Ausblick, der künftige Anknüpfungspunkte reflektiert.

### **9.1 Zusammenfassung: die Analyseergebnisse**

Geopolitik war und ist ein ungeliebter Begriff in der bundesdeutschen politischen Sphäre. Die damit verbundenen Fragestellungen sind in Debatten jedoch vorhanden, wenn auch manches Mal verborgen hinter vorgeschobenen Motiven. Die Identifizierung geopolitischen Denkens in den Pipelinedebatten war das Analyseziel. Diesem wurde sich durch das Werkzeug des geopolitischen Dreiklangs nach Sloan angenähert. Mittels der drei Analyseebenen Historie, Geographie und Strategie wurden in den Pipelinedebatten geopolitische Attribute identifiziert, die eine Charakterisierung geopolitischen Denkens in den Debatten ermöglichte. Diese umfangreiche Kartierung wird nun im Folgenden zusammengefasst, bevor es zur Beantwortung der eingangs gestellten Forschungsfrage gehen wird.

#### **Privatgeschäfte**

Wenn man so will, ist die Schutzbehauptung, es handle sich bei den Pipelineprojekten um Privatgeschäfte, einer der kontinuierlichen roten Fäden, der sich von den Erdgas-Röhren-Geschäften bis zu Nord Stream 2 durchzieht. Es wurde versucht, jede Kritik an den Projekten mit dem Hinweis zu unterbinden, dass die Bundesregierung gar nicht in der Lage sei, in die Projekte einzugreifen, selbst wenn sie wolle, denn die beteiligten Firmen hätten alle Genehmigungsverfahren regulär durchlaufen. Diese Argumentation stand jedoch von Anfang an auf tönernen Füßen und ließ sich spätestens während der Debatten um Nord Stream 2 nicht mehr aufrechterhalten. Von Anfang an war durchschaubar, dass es ohne erhebliche staatliche Unterstützung und Begleitung zu keinem der untersuchten Projekte gekommen wäre. Ganz zu schweigen davon, dass es sich bei den beteiligten russischen Akteuren, weder zur Sowjetzeit noch danach, um privatwirtschaftliche Akteure handelte. Noch

widersprüchlicher scheint diese Argumentation, wenn man sich vor Augen führt, dass die gesamte Osthandelstradition von Beginn an mit politischen Zielsetzungen verbunden war. Sie wurde immer auch als Türöffner für andere Bereiche betrachtet. Und sei es nur als Wegbereiter einer Aussöhnung zwischen der UdSSR und der Bundesrepublik oder im jüngeren Untersuchungszeitraum als Brücke zu Russland. Im Rahmen der Erdgas-Röhren-Geschäfte wurden auch viele Austauschinitiativen auf kultureller und gesellschaftlicher Ebene initiiert.<sup>759</sup> Schon damals war außerhalb offizieller Verlautbarungen der Bundesregierungen weitgehend anerkannt, dass bilaterale Großprojekte immer auch andere (politische) Implikationen mit sich bringen.

„Nach deutscher Osthandelstradition sind Wirtschaftsbeziehungen nicht isoliert zu sehen, denn sie stehen in einem engen Zusammenhang mit allen Elementen internationaler Verflechtungen.“<sup>760</sup>

Diese Form der Darstellung war den langfristigen Zielen des Osthandels geschuldet, die nicht durch tagespolitische Geschehnisse gefährdet werden sollten. Dass dies nicht offen kommuniziert wurde, ist eines der charakteristischen Elemente deutscher Außenpolitik. Dass dies zur Zeit der Ostseepipelines nur noch eingeschränkt funktionierte, zeigte das immer stärker gewordene Einsickern von Themen wie Menschenrechtsverletzungen oder der russischen Expansionspolitik in die geopolitische Debatte. Immer offener wurde die bisherige Argumentation in den untersuchten Debatten kritisiert und als unehrlich bezeichnet.

### **Vertragstreue**

Ein weiteres elementar charakterbildendes Element war das Prinzip der Vertragstreue. Insbesondere zur Zeit des Kalten Krieges war es das bestimmende Element bundesdeutscher Außenpolitik, sicherlich unter dem Eindruck mangelnder außenpolitischer Gestaltungsmöglichkeiten, die jedoch beim letzten Erdgas-Röhren-Geschäft beinahe den heutigen entsprachen. Die junge Bundesrepublik konnte Gestaltungsmacht vor allem durch Wirtschaftspolitik projizieren. Tunlichst wollte man vermeiden, dass es zu einer wahrnehmbaren Vermischung von Politischem und Wirtschaftlichem komme, um die verfolgten Ziele nicht zu gefährden. Dennoch war

---

<sup>759</sup> Vgl. Pohl: *Geschäft und Politik*, S. 195.

<sup>760</sup> Ebd.



das unbedingte Erfüllen von einmal geschlossenen Verträgen das Fundament der bundesdeutschen Außenpolitik. Im Außenhandel, insbesondere im Osthandel, sollte die Bundesrepublik als verlässlicher Handelspartner wahrgenommen werden. Gleichzeitig war der Verweis auf die Erfüllung allgemeiner Rechtsgrundsätze wiederum ein Schutzargument, um die jeweiligen Pipelineprojekte gegen Angriffe von anderen Staaten wie den USA zu verteidigen. Eine Vermischung der als entpolitisiert dargestellten Wirtschaftsbeziehungen mit geopolitischen Konflikten sollte verhindert werden. Eine Tendenz, die bis heute zu beobachten ist. Es mag die Eigenart deutscher geopolitischer Außenpolitik sein, nicht auf den ersten Blick als solche erkennbar zu sein. In letzter Zeit ließ sich diese bisherige Erzählung jedoch immer schwerer aufrechterhalten. Spätestens nach der Annexion der Krim wurden Forderungen laut, eine entsprechende Rechtsgrundlage zu schaffen, um Genehmigungen widerrufen zu können. Auch hier wieder der Versuch, offensichtliche geopolitisch-außenpolitische Probleme dadurch auszuklammern, dass man Sachverhalte auf eine wirtschaftlich-rechtliche Ebene auslagert. In den Debatten wurde jedoch deutlich, dass die geopolitische Ebene der Energiebeziehungen allgegenwärtig war und sich nicht wegdefinieren ließ. Man kann hier schon von einer gewachsenen bundesrepublikanischen Tradition sprechen, die immer noch fortwirkte.

### **Wandel durch Handel**

Die vorangegangenen Attribute in den Pipelinedebatten sind Teil des Wandel durch Handel-Konzepts und widersprechen diesem gleichzeitig. Wobei die Widersprüchlichkeit inhärenter Teil des wohl bekanntesten bundesdeutschen außenpolitischen Konzeptes ist. Wirtschaftsbeziehungen sollten genutzt werden, um außenpolitische Ziele zu erreichen, gleichzeitig sollten (geo-)politische Konflikte keine große öffentliche Rolle spielen, um die Erreichung der langfristigen außenpolitischen Ziele nicht zu gefährden. Die Erdgas-Röhren-Geschäfte wurden im Nachhinein als exemplarischer Teil der Entspannungspolitik betrachtet und zeigten einmal mehr die Unzulänglichkeiten der Darstellung solcher Projekte als Privatgeschäft auf. Diese ebenfalls im Nachhinein als Energiediplomatie bezeichnete Politik wurde in der Rückbetrachtung in den Debatten überwiegend als Erfolg bezeichnet. Im jüngeren Untersuchungszeitraum war das Konzept eher durch Rückgriffe auf die Zeit des Kalten Kriegs weiterhin als positives Beispiel präsent, dem man auch im Falle von Nord Stream 2 folgen sollte. Wieder wurden Hoffnungen in positive

Veränderungen in Russland bzw. Russlands Verhalten gesetzt, wobei die Ostseepipelines als Brücke dienen sollten. Auffällig war, dass das Motiv vor allem in den Plenardebatten vorhanden war, jedoch nicht von Bundesregierungsseite genutzt wurde. Möglicherweise ein Indiz für das Nichtvorhandensein einer außenpolitischen Strategie der Bundesregierung in Richtung Russland, die über die Befriedigung des Bedürfnisses der Erdgasversorgung hinausging und als Indiz für das Fehlen eines Bewusstseins für geopolitische Problemstellungen.

### **Nationale Interessen**

Die Tabuisierung von Geopolitik führte auch dazu, dass nationale Interessen in der jungen Bundesrepublik kaum als solche artikuliert wurden. Auch nach dem Versuch einer Normalisierung des Umgangs mit nationalen Interessen u.a. durch Egon Bahr, währte die Vermeidung deren Formulierung bis zu den Ostseepipelines fort, insbesondere auf Regierungsseite. Dennoch ließ sich vor allem in den Plenardebatten eine zunehmende Enttabuisierung des Begriffs beobachten. Hier war zu beobachten, dass immer dann von deutschen nationalen Interessen gesprochen wurde, wenn diese vermeintlich durch Handlungen v.a. der USA als bedroht angesehen wurden. Besonders im Zusammenhang mit den US-Sanktionen wurde auf die Wahrung deutscher Interessen gepocht. Auch hier zeigte sich wieder, dass das Abschieben der Verantwortung für Energieinfrastrukturprojekte auf die Privatwirtschaft nicht mit der Realität in Einklang zu bringen war. Im jüngeren Untersuchungszeitraum wurden deutsche Interessen sprachlich zunehmend mit angeblich europäischen verbunden.

### **Energiesicherheit**

Einen umfangreichen Teil der Analyse nahm die Untersuchung der Debatten auf das Vorhandensein der geopolitischen Attribute der Energiesicherheit hin ein. Es war derjenige Teil der Analyse, der die detaillierteste konzeptionelle Vorarbeit benötigte. Das Analysematerial wurde daraufhin untersucht, inwieweit strategische Überlegungen, die auf das Erreichen der sicheren Versorgung mit Erdgas im Zusammenhang mit den jeweiligen Pipelineprojekten ausgerichtet waren, in den Debatten vorhanden waren. Zunächst ist festzuhalten, dass in den Debatten um die Erdgas-Röhren-Geschäfte kaum eine Reflexion konzeptioneller Überlegungen über die Energiesicherheit gab. Die Bestandteile der Energiesicherheit wie Verfügbarkeit, Importabhängigkeit, Notwendigkeit einer Diversifizierung und

Einschätzungen des Energiemarktes waren jedoch vorhanden. Dies deutet auf eine umfassende geopolitische Lageeinschätzung der Bundesrepublik in Fragen der Erdgasversorgung hin. Aus dieser Lagebeurteilung heraus wurden dann entsprechende Zielsetzungen formuliert. Während der Erdgas-Röhren-Geschäfte war dies v.a. eine Erhöhung der Erdgasbezüge aus der UdSSR. In den Debatten um Nord Stream 2 war eine umfassende Sensibilisierung bzgl. Fragestellungen der Energiesicherheit der Bundesrepublik zu verzeichnen. Hier wurde vor allem die Abhängigkeitsproblematik debattiert. Hielt man während der Erdgas-Röhren-Geschäfte einen Anteil von 30 Prozent sowjetischen Erdgases am deutschen Bedarf für die kritische Abhängigkeitsschwelle, war der russische Anteil während der Debatten um Nord Stream 2 bereits auf mehr als 50 Prozent angewachsen. In den Bundestagsdebatten nahm deshalb die von außen hereingetragene Befürchtung, Deutschland würde sich erpressbar machen, großen Raum ein. Jedoch herrschte überwiegend und fraktionsübergreifend die Auffassung vor, Russland würde sich im selben Maße auch von den Energieexporten abhängig machen. Dies kann wiederum als Bestandteil eines Glaubens an ein interdependentes System gegenseitiger Abhängigkeiten gesehen werden, das u.a. auch aus dem Wandel durch Handel-Narrativ entsprang. Dennoch wurde ebenso breit einer generellen Notwendigkeit der Diversifizierung der Erdgasbezüge zugestimmt. Vorgaben zur Diversifizierung und andere administrative Maßnahmen wurden im jüngeren Untersuchungszeitraum immer stärker auf europäischer Ebene vorgegeben. Diese Verlagerung der Gestaltungsmacht auf die EU-Ebene ließ sich stark in den analysierten Ausschussprotokollen wiederfinden, wo beinahe nur noch Richtlinien zur Kenntnis genommen wurden. Neu hinzu kam ein Fokus auf Klima- und Umweltschutz, der zu einem politikbestimmenden Faktor wurde. Im Mittelpunkt stand in Bezug auf Nord Stream 2 auch die Frage, inwieweit der Ausbau der Bezüge von Erdgas als Brückentechnologie überhaupt noch notwendig sei, wenn man schon bald komplett auf EE umsteigen würde.

## **Europa**

Immer, wenn der Gegenwind für das jeweilige Pipelineprojekt zu stark wurde, kam Europa ins Spiel. Bereits während der Debatten um das untersuchte Erdgas-Röhren-Geschäft wurde es immer dann als sowjetisch-europäisches dargestellt, wenn es um die US-Sanktionen gegen das Projekt ging. Dann wurde betont, dass es ein gesamt-europäisches Projekt sei und sich die Sanktionen gegen alle europäischen Partner

richten würde. Damals mochte dies stärker zutreffend gewesen sein als im jüngeren Untersuchungszeitraum. Während Nord Stream 2 war der Mechanismus, die Verantwortung auf die europäischen Partner zu verteilen erneut erkennbar. Gleichzeitig ließ sich die immer stärkere Umstrittenheit des Projektes innerhalb der EU nicht leugnen, was die Wirksamkeit dieser Argumentation abschwächte. Wie bereits angesprochen nahm die europäische administrative Ebene während der Debatten um Nord Stream 2 einen immer größeren Raum ein. Es wurde bereits absehbar, dass Energiegroßprojekte dieser Art, besonders wenn Drittstaaten involviert sind, zukünftig überwiegend auf europäischer Ebene initiiert und koordiniert werden.

## **Russland**

Geopolitische Reflexion kommt nicht ohne das Einbeziehen der Beziehungen zu anderen Staaten aus. Im Falle der untersuchten Debatten waren einige Länder die zentralen Bezugspunkte. An erster Stelle ist hier naturgemäß das Verhältnis zu Russland zu nennen, das sicherlich zu den kontroversten Meinungsverschiedenheiten geführt hat. Eine große bundesdeutsche Tradition war in den Debatten von den Erdgas-Röhren-Geschäften bis zu Nord Stream 2 erkennbar, und zwar das Bild von Russland als verlässlichem Energielieferanten. Die Erdgaslieferungen seien zu keinem Zeitpunkt, selbst während der kritischen Phasen des Kalte Krieges und der größten Auseinandersetzungen, jemals unterbrochen worden. Dennoch war das Verhältnis während der Erdgas-Röhren-Geschäfte nicht nur von volkswirtschaftlichen Interessen geprägt, sondern von bundesdeutscher Seite aus auch stark vom Wunsch nach einer Annäherung an die UdSSR. Während der Debatten um Nord Stream 2 war das Bild vom verlässlichen Lieferanten immer noch vorherrschend. Abgeordnete und Experten stellten wiederholt fest, dass Russland Gaslieferungen in die Bundesrepublik nie politisch missbraucht habe. Allerdings wurde dieses Bild immer stärker infrage gestellt, v.a. durch Bezüge auf Probleme mit russischen Gaslieferungen an mittel-osteuropäische Staaten. Nord Stream 2 wurde, wie die Pipelineprojekte zuvor, als Brücke nach Russland betrachtet, durch die Dialog und Einfluss trotz der schwierigen außenpolitischen Situation weiterhin möglich seien. Dennoch spielten das außenpolitische Verhalten, Menschenrechtsverletzungen und die innenpolitische Situation Russlands eine deutlich größere Rolle als zur Zeit der Erdgas-Röhren-Geschäfte.

## **USA**

Das zweite große Land, das als Bezugspunkt diente waren die USA, deren Sanktionen und ihre Auswirkungen eine wesentliche Rolle in den Debatten sowohl um das finale Erdgas-Röhren-Geschäft als auch um Nord Stream 2 spielten. Die breite Ablehnung der US-Sanktionspolitik über die Fraktionsgrenzen hinweg war das große einende Element in den Debatten. Unabhängig von der Position zum jeweiligen Pipelineprojekt wurden die extraterritorialen Sanktionen entschieden als Einmischung in die eigene Souveränität und sogar als völkerrechtswidrig zurückgewiesen. Insbesondere wurden die Beweggründe der US-Regierung bezweifelt, die sich offiziell v.a. um eine mögliche Erpressbarkeit Europas sorgten. Im Plenum, in den Ausschusssitzungen und Interviews wurden häufig jedoch eigene wirtschaftliche Interessen am Verkauf von LNG unterstellt. Dennoch empfand man sich, während der Erdgas-Röhren-Geschäfte, stärker als während Nord Stream 2, als Teil einer transatlantischen Familie mit den USA und die Auseinandersetzung wurde als Familienstreit empfunden. Gleichzeitig mag das die für das transatlantische Bündnis ungewöhnliche Schärfe der Verurteilung der US-Sanktionspolitik erklären. Man empfand sie als Hintergehen durch einen engen Partner.

## **Polen**

Im jüngeren Untersuchungszeitraum kamen zwei weitere Länder als wichtige Bezugspunkte hinzu, die während der Debatten um das letzte Erdgas-Röhren-Geschäft noch keine Akteursqualität hatten. Eines davon, Polen war neben den USA sicherlich der entschiedenste Gegner von Nord Stream 2. Die Motivation und Beweggründe Polens wurden in ähnlicher Weise kritisch hinterfragt und es war vor allem das Auftreten polnischer Offizieller, die auf starke Missbilligung in der Bundespolitik traf. Einhellig abgelehnt wurden bspw. Vergleiche der Ostseepipeline mit dem Hitler-Stalin-Pakt. Vielfach wurde Polen in den Debatten unterstellt, dass der Grund für die vehemente Ablehnung der Ostseepipelines weniger die Sorge um die eigene oder die Sicherheit der Ukraine sei, sondern vielmehr die Gefährdung der Wirtschaftlichkeit polnischer Erdgasinfrastrukturprojekte. Erst in der Retrospektive der geführten Interviews wurde teilweise anerkannt, dass man die polnische Perspektive stärker hätte einbinden können.

## **Ukraine**

Ein zweiter, nach dem Kalten Krieg neu-eigenständig gewordener Staat, ist die Ukraine, die einen zentralen Bezugspunkt der Pipelinedebatten um Nord Stream 2 darstellte. Die Bewertungen der Ukraine bewegten sich im Wesentlichen zwischen der Rolle als Gastransitland und dessen Auswirkungen auf die Versorgung Deutschlands und der Rolle als Opfer russischer Aggression und dem Wunsch, dem Land zu helfen. Der Transit von russischem Erdgas durch die Ukraine wurde als störanfällig betrachtet. Grund dafür waren nicht nur die Auseinandersetzungen mit Russland, sondern auch der marode Zustand des Leitungsnetzes, die grassierende Korruption sowie die starke Abhängigkeit des Staatshaushaltes von den Transitgebühren. Gleichzeitig wollte man die Ukraine gegen die Aggressionen des russischen Nachbarn unterstützen und sah in einer Sicherstellung zukünftigen Transits ein geeignetes Mittel. Grundsätzlich war der Blick auf die Ukraine in der Bundespolitik des Untersuchungszeitraums von Misstrauen geprägt.

### **9.2 Synthese: Gegenwart klassischer geopolitischer Theorie**

Wie viel Geodeterminismus steckte in den Pipelinedebatten? Hat die klassische geopolitische Theorie noch die Kraft, heutige Bewegungen auf dem weltpolitischen Schachbrett zu erklären? Über Sloans Adaption der Klassiker hinausgehend soll an dieser Stelle nochmals auf die geopolitische Ideengeschichte zurückgegriffen werden und eine Reflexion über die Anwendbarkeit der Klassiker auf das untersuchte Thema und darüber hinaus stattfinden.

Die Biologismen der Väter der Geopolitik lagen ihren Schlussfolgerungen zugrunde, dass die Staaten, gleich Lebewesen, wachsen müssten, um sich im Kampf den knappen Lebensraum behaupten zu können. Dieser Staatendarwinismus wurde Friedrich Ratzel und Rudolf Kjellén letztlich von einigen zum Vorwurf gemacht, denn dieser würde unweigerlich zu Kriegen führen. Dennoch sind die aus dieser Zeit stammenden Sprachbilder bis heute wirkmächtig. Handel und Verkehr eilen der Politik voraus – für Ratzel waren Wirtschaftsbeziehungen Vorboten eines Staatenwachstums und der Umfassung weiterer Gebiete auch durch friedliche Mittel und eben nicht in erster Linie durch kriegerische Auseinandersetzungen. Auf die Zeit nach dem Kalten Krieg übertragen, in der Gebietserweiterungen kaum noch möglich waren, waren wirtschaftliche Beziehungen ein essenzielles Werkzeug, um

politische Zielsetzungen zu erreichen. In der Bundesrepublik Deutschland mündete dies in die immer noch wirkmächtige Idee vom Wandel durch Handel. Nun lässt sich nicht ohne weiteres eine direkte Kausalität von Ratzels Ideen und bundesdeutscher Außenpolitik indizieren, aber ein gewisser Einfluss der alten Denkmuster erscheint schlüssig. Doch nicht nur das Erreichen politisch-humanistischer Erfolge, wie Ausreiseerleichterungen für Spätaussiedler o.ä., waren Ziele dieser Idee, sondern auch das Verfolgen klassischer nationaler Interessen, wie das der Energieversorgung.

Wie Ratzel schreibt, ist einer der Gründe für die Notwendigkeit einer Ausweitung staatlicher Macht der Drang, geographisch wertvolle Stellen zu besetzen. Auf die Energiepolitik der Bundesrepublik gemünzt kann subsumiert werden, dass zur Befriedigung des nationalen Interesses der Gasversorgung nur der Weg intensiver Beziehungen zu erdgasexportierenden Staaten gangbar war. Weder hat Deutschland entsprechende Vorkommen noch wäre ein gewaltsames Einverleiben ausländischer Erdgasvorkommen möglich oder denkbar gewesen. Das Einverleiben im klassischen Sinne war nicht möglich und so strebte man ein möglichst festes Einbinden ausländischer Vorkommen in ein interdependentes System gegenseitiger Abhängigkeiten an. Diese Vorstellung eines wirtschaftlichen Systems gegenseitiger Verflechtungen, das Kriege obsolet machen würde, ist alt. Auch Mackinder prognostizierte eine zukünftige Weltordnung, in der die durch den Handel geschaffenen Werte und Verflechtungen zu wertvoll sein würden, um diese durch Kriege zu riskieren. Zwei Weltkriege zeigten, dass diese Zeit damals noch nicht gekommen war. Das Denkmuster von der Interdependenz war und ist jedoch immer noch zentral in den Debatten um die Pipelineprojekte, wie Kapitel 8 zeigt.

Ein Reiz von Ratzels geopolitischer Theorie ist, dass sie von Anfang an anschluss- und technologieoffen formuliert war und so auf heutige Sachverhalte anwendbar ist, auch wenn sich die technologischen Möglichkeiten rasant weiterentwickelt haben. Wenn bei ihm vom Verkehr als Raumbewältiger die Sprache ist, bedeutet dies die Möglichkeit, dass die Staaten durch Technologie aus den Zwängen der Geographie ausbrechen und die Gesetzmäßigkeiten des Staatendarwinismus abschütteln können. Sowohl die Pipelines der Erdgas-Röhren-Geschäfte als auch der Nord Stream-Projekte sind gewissermaßen die Manifestation des Raumbewältiger-Motivs. Technologische Mammutprojekte, die weitentfernte Gasvorkommen für die Bundesrepublik verfügbar machten. Vorkommen, die

geographisch zur Zeit Ratzel und Co's weit außerhalb der Möglichkeiten lagen, wurden nun erreichbar gemacht. Der technologische Fortschritt also, der die Zwänge der Geographie überwunden hat.

Es war von Beginn an einer der Dreh- und Angelpunkte der geopolitischen Analyse, wie See- und Landmacht jeweils bewertet wurden. Insbesondere die Heartland-Motive fanden starken Anklang bei den US-Geopolitikern wie Kissinger und Brzezinski. Der Urheber der Heartland-Theorie, Mackinder, fürchtete die Bedrohung durch die Erschließung Eurasiens durch Eisenbahnlinien, die den Nachteil einer Landmacht in einen unschlagbaren Vorteil verwandeln würden. Er sah die Stellung des britischen Empire durch die Möglichkeit eines deutsch-russischen Bündnisses gefährdet. Dieses wäre in der Lage, unbehelligt von einer Seemacht wie Großbritannien den eurasischen Kontinent zu beherrschen und würde dadurch unbesiegbar werden. Das von Mackinder geschaffene Bild von Eurasien wirkte nachhaltig fort und bestimmte große Teile der britischen und US-amerikanischen Außenpolitik während und nach den Weltkriegen. Vor diesem Hintergrund und der Annahme, dass diese Denkmuster v.a. in der US-Politik noch immer präsent sind, ist es wenig verwunderlich, dass die USA stets in dieser Heftigkeit auf deutsch-russische Pipeline-Projekte reagierten. Insbesondere die Nord Stream-Pipelines könnten in den Augen der USA genau dieser Gefahr eines deutsch-russischen Bündnisses entsprechen. Ohne die Einbeziehung anderer europäischer Staaten, wurde über tausende Kilometer hinweg, aus dem Heartland heraus, eine handfeste physische Verbindung zwischen Russland und Deutschland geschaffen.

Es zeigt sich also, dass die ursprünglichen Kategorien geopolitischer Analyse immer noch geeignet sind, das Verhalten von Staaten zu untersuchen, denn die grundlegenden Mechanismen haben sich kaum verändert, auch wenn die Spielregeln andere geworden sein mögen. Es wurde in Kapitel 3 deutlich gemacht, dass diese einseitige Tabuisierung und Verantwortungszuschreibung den Großvätern der Geopolitik nicht gerecht werden. Insbesondere Ratzel wurde zu Unrecht auf seine Biologismen reduziert. Einen größeren Raum nahmen seine Überlegungen über die Überwindung dieser, seiner Ansicht nach, Gesetzmäßigkeiten der Staatenwelt ein. Er und andere haben zahlreiche Auswege aufgezeigt, von denen einer der technologische Fortschritt ist, der gewaltsame Gebietserweiterungen unnötig machen würde. Eine ebenfalls nicht ausreichend gewürdigte Möglichkeit stellt der friedliche Zusammenschluss mehrerer Staaten zu einem größeren Gebilde dar. Eine der



größten Parallelen der frühen geopolitischen Denker war der Wunsch nach bzw. die Prognose eines wie auch immer gearteten Zusammenschlusses der europäischen Staaten, um gegen die Großmächte weltweit bestehen zu können. Ratzel prognostizierte einen zumindest wirtschaftlichen europäischen Zusammenschluss, um gegen Russland und Nordamerika bestehen zu können. Nun scheint es, als hätten Ratzel und Co. mit vielen Prognosen Recht behalten, wenn auch erst nach Ende des Zweiten Weltkriegs.

Auch hier zeigt sich wieder eine Stärke der klassischen geopolitischen Theorie, die auch mehr als 100 Jahre später noch in der Lage ist, ein Analysewerkzeug bereitzustellen. Sie kann nämlich nicht nur zur Analyse von nationalstaatlichem Verhalten genutzt werden, sondern kann auch Staatengebilde wie die EU einbeziehen. Diese Eigenschaft wird beim vorliegenden Thema immer wichtiger, denn energiepolitische Entscheidungen werden zunehmend auf EU-Ebene getroffen. Die EU ist nicht nur ein wirtschaftlicher, sondern auch ein immer engerer politischer Zusammenschluss, wie ihn selbst Ratzel, Mackinder und Co. vermutlich kaum antizipiert hatten.

### **9.3 Fazit: geopolitisches Denken eigener Art**

Die Debatten um die Erdgas-Röhren-Geschäfte und die Nord Stream-Pipelines führten zu handfesten Krisen mit befreundeten Staaten wie den USA und wurden in einer, für die Außenpolitik der Bundesrepublik, ungewöhnlichen Schärfe geführt. Die Relevanz der untersuchten Erdgasinfrastrukturprojekte und der begleitenden Debatten ergibt sich aus der Notwendigkeit einer sicheren Energieversorgung für eine Industrienation wie Deutschland. Die Versorgung mit Energie ist ergo eines der grundlegenden nationalen Interessen der Bundesrepublik Deutschland. Wirft man allerdings einen Blick auf die Äußerungen von Regierungsmitgliedern und Parlamentariern, entsteht auf den ersten Blick der Eindruck, dass es sich bei Nord Stream 2 und dem untersuchten Erdgas-Röhren-Geschäft um rein privatwirtschaftliche Projekte handeln würde. Bei genauerer Betrachtung bricht dieses Narrativ schnell in sich zusammen und eine maßgebliche staatliche Rolle bei den Geschäften wird offenbar. Das zeigten auch die untersuchten Debatten in Bundestag und Ausschuss sowie den geführten Interviews. Im Umkehrschluss lag deshalb die Annahme nahe, dass geopolitische Überlegungen im Zusammenhang mit der

Erdgasversorgung eine erhebliche Rolle gespielt haben müssten, was zu folgender Forschungsfrage führte:

**Wie hat sich geopolitisches Denken in den bundesdeutschen Pipelinedebatten von den Erdgas-Röhren-Geschäften bis zu Nord Stream 2 verändert?**

Geopolitisches Denken wurde in dieser Arbeit definiert, als das analytische Herangehen an außenpolitische Fragestellungen, die in geographischen Faktoren begründet liegen und aus welchem strategische Zielsetzungen formuliert werden können. Dieses analytisch-deskriptive Herangehen, beinhaltet neben der Kenntnis der geographischen Situation auch das Bewusstmachen der historischen Linien. Um die Ebenen (Historie, Geographie, Strategie) der Definition in der Analyse herausarbeiten zu können, wurde auf Sloans geopolitischen Dreiklang zurückgegriffen, der operationalisiert die Grundlage der Bearbeitung des Analysematerials bildete.

**Annahmen**

Daneben wurden außerdem fünf Annahmen aufgestellt, die die Richtung der Untersuchung anleiteten. Aus der Forschungsfrage heraus ergab sich zunächst die erste übergeordnete und zu überprüfende Annahme (A1), dass in den bundespolitischen Pipelinedebatten von den Erdgas-Röhren-Geschäften bis zu Nord Stream 2 charakteristische geopolitische Merkmale erkennbar seien. Diese Annahme konnte verifiziert werden, wie weiter unten dargelegt wird. Die umfassende Analyse des vorliegenden Materials konnte geopolitisches Denken identifizieren sowohl jenes an der Oberfläche wie vor allem auch das verdeckte. Daraus ergab sich die zweite Annahme (A2), dass geopolitische Motive nicht offen geäußert wurden, sich aber dennoch in den Debatten identifizieren lassen. Das erste augenscheinliche Indiz aus der Analyse ist, dass in den Debatten der Begriff „Geopolitik“ kaum vorkam, jedenfalls nicht in Zusammenhang mit deutschem Handeln während beider Projekte. Als geopolitisch wurden v.a. Handlungen anderer Staaten bezeichnet. Auch die klassischen geopolitischen Sprachbilder, wie die Rede von Macht und Territorium oder das Bemühen von organischen Begriffen, konnten so gut wie gar nicht identifiziert werden. Dennoch waren geopolitische Motive in den Debatten erkennbar, diese mussten jedoch zunächst herausgearbeitet werden. Die Veränderungen im zeitlichen Verlauf, die vom ersten bis zum zweiten Untersuchungszeitraum vermutet

wurden, sollten anhand der dritten Annahme (A3) untersucht werden, die postulierte, dass je später die Debatten im Untersuchungszeitraum geführt wurden, desto offener geopolitische Motive genutzt wurden. Diese Annahme konnte nur zum Teil bestätigt werden.

Einerseits konnte zwar teilweise die direkt daran anknüpfende vierte Annahme (A4) bestätigt werden, wonach die Bundesrepublik Deutschland selbstbewusst nationale Interessen im Erdgasbereich formulierte und bereit war, diese auch gegen äußere Widerstände zu verteidigen. Z.B. wurde während der Debatten um Nord Stream 2 viel häufiger von „Interessen“ und „Nationalen Interessen“ gesprochen als während der Debatten um die Erdgas-Röhren-Geschäfte. Gleichzeitig war jedoch auch im jüngeren Untersuchungszeitraum kaum eine konkrete Ausformulierung dieser Interessen zu beobachten. Stattdessen wurden eben in beiden Debattenzeiträumen die herausgearbeiteten Schutzargumente wie das Prinzip der Vertragstreue, das Abschieben der Verantwortung auf die europäische Ebene oder die Erzählung vom Privatgeschäft verwendet. Weder in den Debatten um Nord Stream 2 noch in den Debatten um die Erdgas-Röhren-Geschäfte wurden klassische geopolitische Motive, wie z.B. das konkrete Formulieren von nationalen Interessen, vollständig offen artikuliert, stattdessen mussten diese durch die Analyse erst aufgedeckt werden. Diese Feststellung erschwerte nun die Überprüfung der fünften Annahme (A5), wonach während der Debatten um die Ostseepipelines ein vorherrschendes geopolitisch-außenpolitisches Konzept fehlte, während diese Funktion zu Zeiten der Erdgas-Röhren-Geschäfte das Konzept Wandel durch Handel einnahm. Wie kann es ein solches Konzept geben, wenn dessen Zielsetzungen kaum formuliert wurden? Wie oben bereits diskutiert wurde, bleibt bereits fraglich, ob Wandel durch Handel überhaupt als Konzept bezeichnet werden kann, dem geopolitische Überlegungen zugrunde liegen. Im Ergebnis kann die Ansicht, es habe sich um ein solches gehandelt, durchaus vertreten werden, zumindest in der Retrospektive. Das zeigt auch dessen Vorhandensein in Bezugnahme auf die Zeit des Kalten Krieges in den Debatten des jüngeren Untersuchungszeitraums. Es kann nun die Ansicht vertreten werden, dass ein solches Konzept während der Debatten um Nord Stream 2 nicht erkennbar war. Stattdessen waren lose Bezüge zum Glauben an interdependente Beziehungen zwischen Russland und Deutschland zu finden, die durch Projekte wie die Ostseepipelines entstehen und sich verfestigen würden.

## **Traditionslinien und Brüche**

Charakteristische Linien geopolitischen Denkens sind in der Bundesrepublik von den Erdgas-Röhren-Geschäften bis zu Nord Stream 2 klar erkennbar. Gleichzeitig hat die Zeit nach dem Kalten Krieg alte Gewissheiten umgeworfen und dafür Neues hervorgebracht – neue Akteure, neue Probleme und neue Prioritäten. So sind im jüngeren Untersuchungszeitraum neue geopolitische Attribute wie z.B. ein starker Bezug zu Klima- und Umweltschutz hinzugekommen. Ein Unterschied der möglicherweise als der gravierendste bezeichnet werden kann, ist jedoch, dass auf Regierungsseite scheinbar ein Konzept fehlte, das über das reine Sicherstellen der Energieversorgung hinausging oder auch nur in entsprechender Weise auf bedrohliche Konflikte hätte reagieren können. Das wurde insbesondere dann in den Debatten deutlich, wenn die jeweilige Bundesregierung mit den Widersprüchen ihres Festhaltens am Narrativ des Privatgeschäfts oder am Prinzip der Vertragstreue konfrontiert wurde. Während die Sicherung der Erdgasversorgung mittels Pipelineprojekten ein klassisches Element geopolitischen Denkens ist und dessen Notwendigkeit in den Debatten auch allgemein erkannt wurde, spiegelte sich dies nicht in den Äußerungen der Bundesregierungen wider. Statt das nationale Interesse offen zu formulieren, schob man die Verantwortung, zumindest kommunikativ, auf eine wirtschaftliche Ebene ab. Dies mag zur Zeit des Kalten Krieges noch strategische Gründe gehabt haben, um die langfristigen Ziele der Entspannungspolitik nicht zu gefährden. Zur Zeit von Nord Stream 2 wirkte es jedoch nur noch wie ein aus der Zeit gefallenes Festhalten an überholten Traditionen. Denn letztlich war diese Argumentationsstruktur nicht mehr wirksam, um auf die Herausforderungen des jüngeren Untersuchungszeitraums entsprechend zu reagieren.

Das sprachliche Verschieben von eigentlich klassisch geopolitischen oder außenpolitischen Themen in eine wirtschaftspolitische Sphäre funktionierte nicht mehr. Die Bundesregierung fand keine Antworten, um auf die immer stärkere Verbindung von außenpolitischen Konflikten und Menschenrechtsfragen mit dem Projekt in den bundesdeutschen Debatten und in Europa zu reagieren. Fast wirkt es so, als habe es auf Seiten der Bundesregierung nach Wandel durch Handel kein entsprechendes Nachfolgekonzept gegeben, kein Bewusstsein für die geopolitische Lage. Zwar kehrte mit dem Glauben an die Wirkungen von interdependenten Wirtschaftsbeziehungen ein ähnlicher Gedanke in neuem Gewand in die

bundespolitische Debatte zurück, doch war diese Idee nochmals weniger konzeptualisiert oder gar in eine Strategie überführt worden. Es blieb bei weitgehendem Wunschdenken und dennoch wurde die Interdependenz zur Leitlinie deutscher Außenpolitik erhoben, die das Verhältnis zu Russland im Wesentlichen prägte. Dass schöne Ideen keine geopolitischen Analysen und Strategien ersetzen, wurde ab 2014 immer deutlicher sichtbar. In den Debatten dagegen oder in den geführten Interviews, wurde deutlich, dass es hier im Gegensatz zur Regierungsebene ein stark gewachsenes geopolitisches Bewusstsein gab. Das wurde z.B. darin deutlich, dass klassisch-geopolitische Sprachbilder viel selbstverständlicher als noch zur Zeit der Erdgas-Röhren-Geschäfte genutzt wurden.

### **Geopolitisches Denken sui generis**

In der Analyse der Pipelinedebatten wurde deutlich, dass in der Bundespolitik eine Form von geopolitischem Denken existiert, die auf den ersten Blick nicht dem klassischen Verständnis von Geopolitik entspricht. Dieses geopolitische Denken eigener, originär bundesdeutscher Art unterscheidet sich maßgeblich von den klassischen außenpolitisch-geopolitischen Konzepten anderer Staaten. Der Hauptunterschied liegt im Umgang mit dem Kommunizieren nationaler Interessen und strategischer Ziele – die Formulierung dieser wurde in der Bundesrepublik sowohl während der Erdgas-Röhren-Geschäfte als auch während der Nord Stream-Pipelines tunlichst vermieden. Auf den ersten Blick mag es so wirken, als gäbe es schlicht kein bundesdeutsches Bewusstsein für die eigene geopolitische Lage und daraus folgend auch keine Politik, die auf die Erfüllung nationaler Interessen ausgerichtet ist. Da die Notwendigkeit einer sicheren Energieversorgung, in diesem Falle mit Erdgas, keinen anderen Schluss zulässt, als dass es ureigenste staatliche Aufgabe ist, diese sicherzustellen, folgt daraus, dass die Bundesrepublik politisch aktiv werden musste, um dieses Ziel zu erreichen. Bei näherer Betrachtung wurde das in der Analyse auch sichtbar. Sowohl während der Wahlperioden 08 und 09 als auch 18 und 19 war geopolitisches Denken im Zusammenhang mit den jeweiligen Pipelines identifizierbar.

Es ist eine charakteristische Eigenart deutscher Außenpolitik, dass nationale Interessen nicht so selbstbewusst formuliert werden, wie es bei anderen Staaten der Fall ist. Dementsprechend finden Reflektionen über die eigene geopolitische Lage auch oft nicht offen statt, sondern verklausuliert versteckt hinter anderen Motiven.

Zu heikel scheint das Denken im geographischen Raum immer noch zu sein. Dies führte gleichwohl zu einer Diskrepanz zwischen Darstellung und Wahrnehmung in der bundedeutschen Debatte sowie unter den europäischen Partnern. Während die Bundesregierungen lange an Argumenten wie dem des Privatgeschäfts festhielten, war dies zur Zeit der Ostseepipelines selbst in den eigenen Fraktionen kaum noch zu halten und wurde von vielen Seiten massiv kritisiert. Allerdings könnte man diese Art der Argumentation auch als den Versuch bezeichnen, die unappetitlichen politischen Realitäten vom Geschäftlichen zu trennen und v.a. diese zu ignorieren. Anstatt also öffentlich einzugestehen, dass nationale Interessen zuweilen über moralische Belange gestellt werden müssen, schafft man einen argumentativen Ausweg der Verantwortungsübertragung auf die Privatwirtschaft. Auch die Rede davon, dass Nord Stream 2 im gesamteuropäischen Interesse sei, wurde auf europäischer Ebene größtenteils zurückgewiesen, was sich spätestens nach dem Entzug der französischen Unterstützung auch für Westeuropa sagen ließ.

Trotz aller Windungen ist die klassische Geopolitik mit ihren Motiven auch in der deutschen politischen Debatte gegenwärtig. Natürlich bezieht sich dies nicht auf die expansiven und imperialistischen Motive, aber auch die Energieversorgung wird als lebensnotwendig bezeichnet, so als wäre der deutsche Staat ein Organismus. Wenn man so will, ist auch eine der ältesten (europäischen) geopolitischen Prognosen allgegenwärtig, nämlich der Wunsch nach einer europäischen Einigung, um gegen die globalen Großmächte im Wettstreit um knappe Ressourcen bestehen zu können. Bereits bei Ratzel, Kjellén und Mackinder war dies Wunsch und Prognose gleichermaßen, wenn auch mit Unterschieden bzgl. der Tiefe und Art der Integration. Mittlerweile scheint es so, als sei die Prognose mit einiger Verspätung eingetroffen. Vor allem Ratzel prognostizierte die Umfassung kleinerer politischer Gebilde durch die größeren, bis schließlich ein wie auch immer gearteter europäischer Zusammenschluss erfolgt wäre, der in Beziehung zu Großmächten wie Russland stehen würde.

Diese Bilder sind in der bundesdeutschen politischen Debatte weiterhin (ungewollt) präsent. So wurde Russland in den Debatten häufig als Nachbarland betrachtet, obwohl keine gemeinsame Grenze mehr existiert. Über die Köpfe der Ost-Mitteeuropäer hinweg, wurde eine enge Partnerschaft nicht nur im Energiebereich mit Russland favorisiert. Ihr wurde Stabilität, Verlässlichkeit und Langfristigkeit zugeschrieben. All das Eigenschaften, die man dem wichtigsten Transitland, der

Ukraine, nicht zubilligte. Die Ukraine wurde schlichtweg überwiegend als Störfaktor für die sichere Versorgung mit Erdgas betrachtet. In klassisch geopolitischer Denkweise sollte dieser Unsicherheitsfaktor umgangen werden, um Erdgaslieferungen ohne Umwege sicherzustellen. Erst danach kamen Initiativen zur Stabilisierung und Unterstützung der Ukraine gegen Russland. Selbst nach der Annexion der Krim stand in der deutschen Debatte das Interesse an einer sicheren Gasversorgung im Vordergrund. Das Verhalten der Bundesregierung, aber auch die begleitenden Debatten im Bundestag und in den Ausschüssen können als Paradebeispiel realistischer Außenpolitik betrachtet werden, auch wenn es nicht annähernd so kommuniziert oder konzeptualisiert wurde.

Auf der anderen Seite können die Pipelinedebatten allerdings auch als seltene Beispiele herangezogen werden, in denen in der Bundesrepublik ungewöhnlich stark außenpolitisch Position bezogen wurde. Besonders deutlich traten die wenigen selbstbewussten Elemente bundesdeutschen geopolitischen Denkens immer dann zu Tage, wenn Angriffe auf das jeweilige Pipelineprojekt von außen kamen. Mit der Zurückhaltung war es immer dann vorbei, wenn es um Sanktionsdrohungen und -erlasse aus den USA ging. Plötzlich war von Einmischung in innere Angelegenheiten und amerikanischen nationalen Interessen die Rede. Die US-Sanktionspolitik führte weder während der Erdgas-Röhren-Geschäfte noch während Nord Stream 2 zum Erfolg, sondern führte zu energischen Abwehrreaktionen:

„[...] und vor allem nahm in der Bundesrepublik die Bereitschaft zu, sich zur Wahrung vitaler politischer Interessen gegebenenfalls dem Druck aus Washington zu widersetzen.“<sup>761</sup>

#### **9.4 Ausblick: Anknüpfungspunkte**

Diese Arbeit war im weiteren Sinne von Beginn an als theorievorbereitend angelegt. Nun könnten im Nachgang weitere Felder der bundesdeutschen Außenpolitik betrachtet werden und schließlich eine Charakterisierung bundesdeutschen geopolitischen Denkens allgemein formuliert werden. Dies konnte in der Gesamtheit nicht allein durch die Analyse des Feldes der deutsch-russischen Erdgasbeziehungen getan werden, doch bietet die vorliegende Analyse erste Anhaltspunkte, die auf den Charakter deutscher Geopolitik insgesamt schließen lassen. Insbesondere

---

<sup>761</sup> Müller: Der Erdgas-Röhren-Konflikt, S. 506.

deshalb, weil, wie dargelegt, das Feld der Energiebeziehungen eines der wenigen ist, in welchem außenpolitisches Handeln der Bundesrepublik deutlicher hervortritt als in anderen Feldern. Es kann also exemplarisch durchaus zur Charakterisierung insgesamt herangezogen werden. Dennoch müssen für eine rundum umfassendere Darstellung weitere Politikfelder einbezogen werden.

Was die Darstellung der Debatten angeht, war das gewählte Quellenmaterial das geeignete, um das Vorhandensein eines bundesdeutschen geopolitischen Bewusstseins zu untersuchen. Kontroverse Debatten wurden vorrangig in Sitzungen des Bundestages geführt. Die untersuchten Ausschussdebatten waren zumindest während der Nord Stream-Pipelines weniger ertragreich. Würde man nun noch tiefer in das Thema einsteigen und bspw. stärker das aktive geopolitische Handeln der jeweiligen Bundesregierungen einbeziehen, wären sicherlich die Protokolle der Koalitionsausschüsse und später des Europaausschusses von erheblichem Interesse. Außerdem sollten zumindest die Archive von CDU, SPD und FDP einbezogen werden. Es zeigte sich, dass die identifizierte Forschungslücke groß genug ist, um noch zahlreiche Arbeiten zu diesem oder angrenzenden Themen zu verfassen.

Darüber hinaus wäre der nächste logische Schritt, zu untersuchen, inwieweit geopolitische Überlegungen aus der Politik eine Reflektion in den Medien fanden – dem ursprünglichen Zweck der Inhaltsanalyse entsprechend. Besonders interessant wäre bspw. eine Veränderung der Verwendung von geopolitischen Sprachmustern in der öffentlich-medialen Debatte von den Erdgas-Röhren-Geschäften bis zu den Nord Stream-Pipelines zu untersuchen. Unabhängig vom Fokus auf Energiethemata, wäre dies auch bei anderen Bereichen wie bspw. Auslandseinsätzen der Bundeswehr, Wirtschaftsbeziehungen oder Entwicklungszusammenarbeit denkbar, und ist teilweise so auch schon vorhanden.

Weiterhin bieten auch die Erdgas-Röhren-Geschäfte noch großes Potenzial zur weiteren zeitgeschichtlichen Erforschung. Diese Arbeit bezog hier aufgrund des Fokus auf die geführten Debatten nur einen begrenzten Teil des insgesamt verfügbaren Quellenmaterials ein. Wirklich spannend wäre bei einer expliziten Beschäftigung mit dem Zustandekommen der damaligen Pipelines die Archivarbeit bei beteiligten Firmen, Protokolle von Reisen in die UdSSR oder die Durchsicht persönlicher Nachlässe, z.B. von Schmidt, Kohl oder beteiligter Staatssekretäre. Bisher taten das in begrenztem Maße nur die hier verwendeten Autoren Pohl und Wörmann in den 1980er-Jahren. Es wäre also durchaus an der Zeit, dieses spannende



Kapitel der Ostpolitik nochmals intensiv aus heutiger Sicht zu beleuchten. Besonders deshalb, weil in der Nachbetrachtung erst erkennbar wurde, welche großen außenpolitischen Linien durch diese deutsch-sowjetischen Geschäfte begründet wurden und welche Auswirkungen diese bis heute im geopolitischen und historischen Bewusstsein haben. Vor allem im Vergleich mit der Zahl der Veröffentlichungen zu den Ostseepipelines, die um ein Vielfaches höher ist als die der Publikationen zu den Erdgas-Röhren-Geschäften, wird deutlich, dass hier noch erhebliches Potenzial liegt.

Auch das Potenzial für einen stärker politikberatenden Ansatz liegt klar auf der Hand. In den untersuchten Debatten um die Nord Stream-Pipelines waren zwar vereinzelte Rückgriffe auf die Erdgas-Röhren-Geschäfte zu finden und auch in einigen Expertenanhörungen kamen diese zur Sprache, aber eine systematische Befassung mit diesen war nicht erkennbar. Das ist insoweit erstaunlich, als dass sich diese beiden Gruppen von Energieinfrastrukturprojekten in so erheblicher Weise ähneln, dass eine intensive Aufarbeitung große Erkenntnisse für die Nord Stream-Pipelines geliefert hätte. Man kann die historischen Erdgas-Röhren-Geschäfte eingeschränkt als Blaupause für die weiteren deutsch-russischen Erdgasprojekte sehen. Nun war die Welt während der Ostseepipelines eine andere und nicht alle Mechanismen ließen sich auf die unübersichtlicher gewordene Akteurs-Gemengelage übertragen, dennoch sind Überlegungen zur Energiesicherheit, Abhängigkeiten und Energiequellen beinahe dieselben geblieben.

Daraus folgend ergibt sich die Relevanz und die Notwendigkeit der weiteren wissenschaftlichen Beschäftigung mit den Themen der Energiesicherheit auch auf geopolitischer Ebene. Das ist an dieser Stelle freilich keine neue Erkenntnis, sondern spiegelt die aktuell stattfindende wissenschaftliche Realität, was die immer größere werdende Zahl der Veröffentlichungen und Initiativen zu diesem Themengebiet zeigt. Wahrscheinlich ist in Zukunft, dass wissenschaftliche Arbeiten zu Energiegroßprojekten auf dem europäischen Kontinent vorwiegend auf EU-Ebene angesiedelt sein werden, ob geopolitischer Art oder anderer. Dies liegt in erster Linie am immer stärkeren Kompetenzzuwachs der europäischen Institutionen. Es scheint fast so, als würde nun letztendlich die Prognose der Väter der Geopolitik wahr, wonach Europa zu einer wirtschaftlichen und politischen Einheit werden müsse, um gegen die Großmächte zu bestehen:

„Angesichts der gewaltigen Herausforderungen der weltweiten Energieversorgungssicherheit und der Herausforderungen der globalen Klimapolitik ist die einzige politische Option für die EU-Staaten, ihre Energie- und Außenpolitik weiter zu vergemeinschaften und sich international mit einer Stimme entsprechend Gehör zu verschaffen.“<sup>762</sup>

Was bedeutet dies für die Debatten auf nationalstaatlicher Ebene? Möglicherweise verlagert sich der geopolitische Fokus vom Nationalen auf das Durchsetzen eigener Interessen zuerst auf europäischer Ebene. Zweifellos werden die Herausforderungen nicht kleiner, Chinas Energiehunger nimmt zu, Indien wird immer mehr zu einem Konkurrenten auf dem Energiemarkt und der Energiebedarf Afrikas wird in den kommenden Jahrzehnten höchstwahrscheinlich erheblich steigen.

Unabhängig von weiteren Forschungsinteressen ist eine spannende Frage, wie es in Zukunft mit den Nord Stream-Pipelines und den deutsch-russischen Erdgasbeziehungen weitergeht. Diese Frage lässt sich zum Zeitpunkt der Beendigung der Forschungsarbeit kaum konkret beantworten und die Antwort wäre reine Spekulation. Damit ist ein Problem jeglicher geopolitischen Analyse beschrieben, das der Disziplin bereits in die Wiege gelegt wurde, wie folgendes, bereits in der Einführung verwendete Zitat verbildlicht: „Dieser Einfluß des Unabwägbareren weist auf einen weiteren wesentlichen Grund für die Schwierigkeiten der Politischen Geographie hin.“<sup>763</sup> Prognosen lassen sich kaum erstellen, durch die Betrachtung vergangener Ereignisse lassen sich jedoch Lehren für die Zukunft ziehen. Zumindest könnte theoretisch die Wiederholung ähnlicher Fehler vermieden werden. Auf die Energieversorgung bezogen bedeutet dies, dass auch, wenn ein anderes Land das russische Erdgas ersetzt, oder Wasserstoff Erdgas ersetzt, Deutschland doch vom Import abhängig bleiben wird. Die Implikationen einer Importabhängigkeit bleiben, unabhängig vom importierten Energieträger und weitgehend unabhängig vom Importeur. Das bedeutet, dass die Erkenntnisse aus dieser Analyse auch darüber hinaus von Nutzen sein können.

Es ist gewissermaßen das Schicksal politischer Geschehnisse, erst in der historischen Nachbetrachtung systematisch eingeordnet werden zu können. Auch Traditionslinien, seien es nun geopolitische oder andere, werden erst im Nachhinein

---

<sup>762</sup> Umbach: Strategische Irrtümer, Fehler und Fehlannahmen, S. 378.

<sup>763</sup> Matznetter: Politische Geographie, S. 1.

sichtbar. Im konkreten Bezug auf das vorliegende Forschungsthema scheint jedoch sicher, dass sich die politischen Debatten nach dem Februar 2022 und dem Anschlag auf die Ostseepipelines dauerhaft verändert haben und in Zukunft so nicht mehr geführt werden. Das, was in dieser Arbeit als bisheriges charakteristisches geopolitisches Denken in den bundesdeutschen Debatten identifiziert wurde, könnte sich nach den Ereignissen grundlegend verändert haben. Möglicherweise werden diese Ereignisse zu einem späteren Zeitpunkt als die Zäsur deutscher Außenpolitik nach dem Zweiten Weltkrieg bezeichnet werden. Als das Ende der Wandel durch Handel- und Interdependenz-Ansätze, möglicherweise als das endgültige Brechen mit der Illusion, man könne nationale Interessen auf eine ökonomische Ebene abschieben, für die der Staat nicht die Verantwortung übernehmen müsse. Es scheint, als wären die Welt und besonders Europa in eine neue Epoche eingetreten, in der die klassische Geopolitik zurückgekehrt ist.

In den untersuchten Zeiträumen war von solchen Überlegungen kaum etwas zu spüren. Während die europäische Ordnung zur Zeit der Erdgas-Röhren-Geschäfte noch übersichtlicher war, galt das für die Zeit der Ostseepipelines nicht mehr. Beinahe wirkte die deutsche Politik überfordert mit der Vielfalt der divergierenden Interessen europäischer Staaten im Energiebereich. So fand man bspw. keine Antwort auf den Standpunkt und das Agieren Polens, das einerseits eigene Interessen im Energiebereich hatte und andererseits mit der Bedrohung für die eigene Sicherheit argumentierte. Den Kampf gegen die US-amerikanische Gegnerschaft konnte man noch einpreisen, insbesondere weil man während der Erdgas-Röhren-Geschäfte noch auf die Unterstützung Westeuropas bauen konnte. Doch plötzlich gab es diese Einheit nicht mehr und der Zuwachs an Regelungskompetenz auf europäischer Ebene verkomplizierte alles noch weiter. Aber das ist Geopolitik und geopolitische Analyse – die eigenen Interessen im historischen Kontext und der geographischen Situation zu reflektieren und das gleiche in Bezug auf Partner- und Nachbarländer zu tun.

Die Bundesrepublik sollte diese, schon seit 30 Jahren bestehende, Tatsache endlich annehmen und sich aus den Bequemlichkeiten der Nachkriegsweltordnung lösen. Denn die bisherige Position der Bundesregierung nehmen weder die Partner Deutschlands noch die eigenen Parlamentarier ernst. Ein Staat hat überlebenswichtige Interessen und er wird diese verfolgen, ob er dies offen kommuniziert oder, wie im Falle der Bundesrepublik, nicht. Das geopolitische Denken jedenfalls ist in einer

spezifisch eigenen Art vorhanden. Es könnte an der Zeit sein, auch im Bundestag offen und ehrlich über Geopolitik und nationale Interessen zu sprechen.

## 10 Quellenverzeichnis

### **Plenarprotokolle des Deutschen Bundestages:**

Plenarprotokoll 08/204 vom 5. März 1980.

Plenarprotokoll 08/217 vom 14. Mai 1980.

Plenarprotokoll 8/219 vom 23. Mai 1980.

Plenarprotokoll 08/229 vom 3. Juli 1980.

Plenarprotokoll 08/230 vom 4. Juli 1980.

Plenarprotokoll 08/090 vom 11. Mai 1978.

Plenarprotokoll 09/009 vom 10. Dezember 1980.

Plenarprotokoll 09/010 vom 11. Dezember 1980.

Plenarprotokoll 09/014 vom 22. Januar 1981.

Plenarprotokoll 09/018 vom 29. Januar 1981.

Plenarprotokoll 09/021 vom 12. Februar 1981.

Plenarprotokoll 09/024 vom 20. Februar 1981.

Plenarprotokoll 09/031 vom 9. April 1981.

Plenarprotokoll 09/038 vom 26. Mai 1981.

Plenarprotokoll 09/041 vom 3. Juni 1981.

Plenarprotokoll 09/070 vom 3. Dezember 1981.

Plenarprotokoll 09/076 vom 14. Januar 1982.

Plenarprotokoll 09/078 vom 19. Januar 1982.

Plenarprotokoll 09/088 vom 4. März 1982.

Plenarprotokoll 09/091 vom 11. März 1982.

Plenarprotokoll 09/097 vom 29. April 1982.

Plenarprotokoll 09/100 vom 13. Mai 1982.

Plenarprotokoll 09/107 vom 23. Juni 1982.

Plenarprotokoll 09/108 vom 24. Juni 1982.

Plenarprotokoll 09/110 vom 8. September 1982.

Plenarprotokoll 09/111 vom 9. September 1982.

Plenarprotokoll 09/113 vom 15. September 1982.

Plenarprotokoll 09/114 vom 16. September 1982.

Plenarprotokoll 09/118 vom 1. Oktober 1982.

Plenarprotokoll 09/121 vom 13. Oktober 1982.

Plenarprotokoll 09/122 vom 14. Oktober 1982.  
Plenarprotokoll 09/130 vom 25. November 1982.  
Plenarprotokoll 09/137 vom 10. Dezember 1982.  
Plenarprotokoll 09/138 vom 14. Dezember 1982.  
Plenarprotokoll 18/154 vom 17. Februar 2016.  
Plenarprotokoll 18/192 vom 28. September 2016.  
Plenarprotokoll 18/231 vom 27. April 2017.  
Plenarprotokoll 18/242 vom 28. Juni 2017.  
Plenarprotokoll 19/007 vom 18. Januar 2018.  
Plenarprotokoll 19/033 vom 17. Mai 2018.  
Plenarprotokoll 19/035 vom 6. Juni 2018.  
Plenarprotokoll 19/039 vom 14. Juni 2018.  
Plenarprotokoll 19/076 vom 30. Januar 2019.  
Plenarprotokoll 19/079 vom 13. Februar 2019.  
Plenarprotokoll 19/082 vom 20. Februar 2019.  
Plenarprotokoll 19/086 vom 14. April 2019.  
Plenarprotokoll 19/088 vom 20. März 2019.  
Plenarprotokoll 19/091 vom 3. April 2019.  
Plenarprotokoll 19/094 vom 10. April 2019.  
Plenarprotokoll 19/095 vom 11. April 2019.  
Plenarprotokoll 19/096 vom 12. April 2019.  
Plenarprotokoll 19/098 vom 9. Mai 2019.  
Plenarprotokoll 19/101 vom 16. Mai 2019.  
Plenarprotokoll 19/103 vom 5. Juni 2019.  
Plenarprotokoll 19/104 vom 6. Juni 2019.  
Plenarprotokoll 19/123 vom 6. November 2019.  
Plenarprotokoll 19/124 vom 7. November 2019.  
Plenarprotokoll 19/126 vom 13. November 2019.  
Plenarprotokoll 19/136 vom 18. Dezember 2019.  
Plenarprotokoll 19/143 vom 30. Januar 2020.  
Plenarprotokoll 19/159 vom 13. Mai 2020.  
Plenarprotokoll 19/166 vom 18. Juni 2020.  
Plenarprotokoll 19/169 vom 1. Juli 2020.  
Plenarprotokoll 19/172 vom 9. September 2020.

Plenarprotokoll 19/174 vom 11. September 2020.  
Plenarprotokoll 19/176 vom 17. September 2020.  
Plenarprotokoll 19/177 vom 18. September 2020.  
Plenarprotokoll 19/179 vom 30. September 2020.  
Plenarprotokoll 19/182 vom 7. Oktober 2020.  
Plenarprotokoll 19/191 vom 18. November 2020.  
Plenarprotokoll 19/192 vom 19. November 2020.  
Plenarprotokoll 19/198 vom 9. Dezember 2020.  
Plenarprotokoll 19/201 vom 16. Dezember 2020.  
Plenarprotokoll 19/203 vom 13. Januar 2021.  
Plenarprotokoll 19/208 vom 10. Februar 2021.  
Plenarprotokoll 19/224 vom 22. April 2021.  
Plenarprotokoll 19/228 vom 7. Mai 2021.  
Plenarprotokoll 19/229 vom 19. Mai 2021.  
Plenarprotokoll 19/232 vom 9. Juni 2021.

**Protokolle der Wirtschaftsausschüsse des Deutschen Bundestages:**

Protokoll des Ausschusses für Wirtschaft 08/017 vom 17. Oktober 1977.  
Protokoll des Ausschusses für Wirtschaft 08/018 vom 19. Oktober 1977.  
Protokoll des Ausschusses für Wirtschaft 08/019 vom 26. Oktober 1977.  
Protokoll des Ausschusses für Wirtschaft 08/021 vom 23. November 1977.  
Protokoll des Ausschusses für Wirtschaft 08/042 vom 8. Dezember 1978.  
Protokoll des Ausschusses für Wirtschaft 08/047 vom 14. Dezember 1978.  
Protokoll des Ausschusses für Wirtschaft 08/051 vom 14. Februar 1979.  
Protokoll des Ausschusses für Wirtschaft 08/061 vom 13. Juni 1979.  
Protokoll des Ausschusses für Wirtschaft 08/069 vom 14. November 1979.  
Protokoll des Ausschusses für Wirtschaft 08/077 vom 19. März 1980.  
Protokoll des Ausschusses für Wirtschaft 08/080 vom 13. Mai 1980.  
Protokoll des Ausschusses für Wirtschaft 08/081 vom 22. Mai 1980.  
Protokoll des Ausschusses für Wirtschaft 08/082 vom 12. Juni 1980.  
Protokoll des Ausschusses für Wirtschaft 08/085 vom 9. Oktober 1980.  
Protokoll des Ausschusses für Wirtschaft 09/003 vom 21. Januar 1981.  
Protokoll des Ausschusses für Wirtschaft 09/017 vom 30. September 1981.  
Protokoll des Ausschusses für Wirtschaft 09/023 vom 25. November 1981.

Protokoll des Ausschusses für Wirtschaft 09/030 vom 3. März 1982.

Protokoll des Ausschusses für Wirtschaft 09/036 vom 16. Juni 1982.

Protokoll des Ausschusses für Wirtschaft und Energie 18/005 vom 19. Februar 2014.

Protokoll des Ausschusses für Wirtschaft und Energie 18/008 vom 2. April 2014.

Protokoll des Ausschusses für Wirtschaft und Energie 18/018 vom 24. September 2014.

Protokoll des Ausschusses für Wirtschaft und Energie 18/021 vom 5. November 2014.

Protokoll des Ausschusses für Wirtschaft und Energie 18/023 vom 3. Dezember 2014.

Protokoll des Ausschusses für Wirtschaft und Energie 18/024 vom 3. Dezember 2014.

Protokoll des Ausschusses für Wirtschaft und Energie 18/026 vom 17. Dezember 2014.

Protokoll des Ausschusses für Wirtschaft und Energie 18/027 vom 14. Januar 2015.

Protokoll des Ausschusses für Wirtschaft und Energie 18/031 vom 24. Februar 2015.

Protokoll des Ausschusses für Wirtschaft und Energie 18/074 vom 13. April 2016.

Protokoll des Ausschusses für Wirtschaft und Energie 18/076 vom 27. April 2016.

Protokoll des Ausschusses für Wirtschaft und Energie 18/077 vom 11. Mai 2016.

Protokoll des Ausschusses für Wirtschaft und Energie 18/078 vom 1. Juni 2016.

Protokoll des Ausschusses für Wirtschaft und Energie 18/080 vom 8. Juni 2016.

Protokoll des Ausschusses für Wirtschaft und Energie 18/081 vom 22. Juni 2016.

Protokoll des Ausschusses für Wirtschaft und Energie 18/089 vom 28. September 2016.

Protokoll des Ausschusses für Wirtschaft und Energie 18/094 vom 9. November 2016.

Protokoll des Ausschusses für Wirtschaft und Energie 18/119 vom 28. Juni 2017.

Protokoll des Ausschusses für Wirtschaft und Energie 19/107 vom 24. Februar 2021.



**Experteninterviews:**

De Ridder, Daniela: Interview vom 9. September 2023.

Ehlers, Sebastian: Interview vom 29. September 2023.

Gremmels, Timon: Interview vom 13. September 2023.

Kiesewetter, Roderich: Interview vom 2. Oktober 2023.

Niedermark, Wolfgang: Interview vom 3. August 2023.

Pflüger, Friedbert: Interview vom 17. Oktober 2023.

Reiter, Janusz: Interview vom 20. Juli 2023.

**Sonstige Dokumente:**

Beschluss BNetzA Az. BK7-08-010 vom 25. Februar 2009, Bundesnetzagentur, Bonn.

Beschluss der Kommission vom 28.10.2016 zur Überprüfung der nach der Richtlinie 2003/55/EG gewährten Ausnahme der Ostseepipeline-Anbindungsleitung von den Anforderungen für den Netzzugang Dritter und die Entgeltregulierung, C(2016) 6950 final, Europäische Kommission, Brüssel.

Grünbuch, KOM(2000) 769 endgültig, Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Brüssel 2000.

Grundsatz der Energiesolidarität, EuG Rechtssache T-883/16, vom 10. September 2019.

Grundsatz der Energiesolidarität, EuGH Rechtssache C 848/19 P, vom 15. Juli 2021.

The European Green Deal, COM(2019) 640 final, Europäische Kommission, Brüssel 2019.

Vierter Bericht der Kommission zur Lage der Energiunion, COM(2019) 175, Europäische Kommission, Brüssel 2019.

## 11 Literaturverzeichnis

- Adolf, Jörg et al.: Verflüssigtes Erdgas - neue Energie für Schiff und LKW? Fakten, Trends und Perspektiven, Shell Deutschland Oil GmbH, Hamburg 2017.
- Amirova-Mammadova, Sevinj: Pipeline Politics and Natural Gas Supply from Azerbaijan to Europe. Challenges and Perspectives, Springer VS, Berlin 2017.
- Aponte, Alicia Altagracia et. al.: A Quest for Energy Security in the 21st Century. Resources and Constraints, Asia Pacific Energy Research Centre, Tokyo 2007.
- Averbeck-Lietz, Stefanie/Meyen, Michael (Hrsg.): Handbuch nicht standardisierte Methoden in der Kommunikationswissenschaft, Springer Fachmedien, Wiesbaden 2014.
- Bahr, Egon: Der deutsche Weg: selbstverständlich und normal, Karl Blessing Verlag, München 2003.
- . Deutsche Interessen. Streitschrift zu Macht, Sicherheit und Außenpolitik, Karl Blessing Verlag, München 1998.
- . Wandel durch Annäherung. Rede in der Evangelischen Akademie Tutzing 15. Juli 1963.
- Becker, Markus/Müller, Peter: Was hinter Macrons Kurswechsel steckt, 2019, <https://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/nord-stream-2-frankreich-rueckt-von-pipeline-ab-und-von-angela-merkel-a-1252185.html>, (Zugriff am 8. April 2021).
- Bellers, Jürgen/Porsche-Ludwig, Markus: Außenwirtschaftspolitik der Bundesrepublik Deutschland 1950-2011, LIT Verlag, Münster 2011.
- Berndt, Gero: Das sind die größten Öl- und Gaskonzerne der Welt, 2020, <https://www.handelsblatt.com/unternehmen/energie/shell-total-gazprom-das-sind-die-groessten-oel-und-gaskonzerne-der-welt/25342258.html?ticket=ST-1268985-3LpcvJM2BymeKZ0c6gQf-ap4>, (Zugriff am 9. April 2021).
- Bewarder, Manuel et. al.: Nord Stream-Anschläge, Was wir wissen - und was nicht, 26. September 2023, <https://www.tagesschau.de/investigativ/nordstream-anschlag-faq-100.html>, (Zugriff am 23. Januar 2024).
- Bings, Sophie/Strein, Rudolf: Art. 194, Rn. 1. In: Streinz, Rudolf (Hrsg.): Beck'sche Kurz-Kommentare. EUV/AEUV. Vertrag über die Europäische

- Union und Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union. 3. Auflage, C.H. Beck, München 2018.
- Bollinger-Kanne, Josephine: Gasnetz für Wasserstoff in Europa geplant. 20. Juli 2020. <https://www.top-energy-news.de/gasnetz-fuer-wasserstoff-in-europa-geplant/> (Zugriff am 7. März 2021).
- Bonn, Moritz/Reichert, Götz: Der EU-Strombinnenmarkt - Stand und Perspektiven nach der Reform. In: cepInput 04 , Juni 2019, S. 1-12.
- Bos, Chanan: Melting Permafrost Claims Its First Major Victim, Russia's Oil & Gas Network , 2020, <https://cleantechnica.com/2020/06/09/melting-permafrost-claims-its-first-major-victim-russias-oil-gas-network/>, (Zugriff am 7. März 2021).
- Brzezinski, Zbigniew: The Grand Chessboard. American Primacy and Its Geostategic Imperatives, Harper Collins Publishers, New York 1997.
- Calliess, Christian/Ruffert, Matthias (Hrsg.): EUV/AEUV – Das Verfassungsrecht der Europäischen Union mit Europäischer Grundrechtecharta - Kommentar, 5. Auflage, C.H. Beck, München 2016.
- Consolati, Isabella: Der Boden als soziales Band. Friedrich Ratzels Politische Geographie soziologisch betrachtet. In: Jureit, Ulrike/Patricia, Chiantera-Stutte (Hrsg.): Denken im Raum. Friedrich Ratzel als Schlüsselfigur geopolitischer Theoriebildung, Nomos, Baden-Baden 2021, S. 189-210.
- Creutziger, Christoph/Reuber, Paul: Diskurse von Geopolitik und ‚Neuem Kaltem Krieg‘ – Zur Veränderung medialer Repräsentationen von Russland und ‚dem Osten‘, 26. Januar 2021, <https://gh.copernicus.org/articles/76/1/2021/>, (Zugriff am 5. Februar 2024).
- Darwin, Charles: Die Entstehung der Arten durch natürliche Zuchtwahl oder Die Erhaltung der bevorzugten Rassen im Kampfe ums Dasein, Reclam Universal-Bibliothek 3071-3076, Leipzig (o.J.).
- Domagala-Pereira, Katarzyna: OPAL-Pipeline entzweit Polen und Deutschland. 14. April 2017, <https://www.dw.com/de/opal-pipeline-entzweit-polen-und-deutschland/a-38309045>, (Zugriff am 22. Oktober 2021).
- Ehrich, Issio: Erdoğan's kühne Träume, 4. Januar 2020, <https://www.zeit.de/politik/ausland/2020-01/turk-stream-tuerkei-gas-pipeline-russland-europa/komplettansicht>, (Zugriff am 26. Februar 2021).

- Elkind, Jonathan: Energy Security. Call for a Broader Agenda. In: Carlos Pascual/Elkind, Jonathan (Hrsg.): Energy Security, Brookings Institution Press, Washington 2010, S. 119-148.
- Engels, Markus/Schwartz, Petra: Alliierte Restriktionen für die Außenwirtschaftspolitik der Bundesrepublik Deutschland. Das Röhrenembargo von 1962/63 und das Erdgas-Röhren-Geschäft von 1982. In: Haftendorn, Helga/Riecke, Henning (Hrsg.): „... die volle Macht eines souveränen Staates ...“. Die Alliierten Vorbehaltsrechte als Rahmenbedingung westdeutscher Außenpolitik 1949-1990, Nomos, Baden-Baden 1996, S. 227-242.
- Fineren, Daniel: UPDATE 1-Dutch-UK BBL gas pipe to flow 19.2 bcm/yr by 2011, 19. August 2008, <https://www.reuters.com/article/dutch-uk-bbl-idUSLJ41175520080819>, (Zugriff am 12. April 2021).
- Fiorelli, Gaetano Iorio: Italy withdraws from Energy Charter Treaty, 6. Mai 2015, <https://globalarbitrationnews.com/italy-withdraws-from-energy-charter-treaty-20150507/>, (Zugriff am 6. März 2021).
- Fischer, Severin: Auf dem Weg zur gemeinsamen Energiepolitik. Strategien, Instrumente und Politikgestaltung in der Europäischen Union, Nomos, Baden-Baden 2011.
- . Die Energiewende und Europa – Europäisierungsprozesse in der deutschen Energie- und Klimapolitik, Springer, Wiesbaden 2017.
- Funke, Joachim: Denken. In: Wirtz, Markus A. (Hrsg.): Dorsch. Lexikon der Psychologie, 2022, <https://dorsch.hogrefe.com/stichwort/denken>, (Zugriff am 2. Januar 2024).
- Gardner, Timothy: Russia to Germany gas pipeline targeted in U.S. defense bill, 4. Dezember 2020, <https://www.reuters.com/article/us-usa-defense-congress-nord-stream/russia-to-germany-gas-pipeline-targeted-in-us-defense-bill-idINKBN28E31I?edition-redirect=in>, (Zugriff am 6. Mai 2021).
- Gebhardt, Hans et al.: Geographie, 3. Auflage, Springer Spektrum, Berlin & Heidelberg 2020.
- Goldemberg, José/Johansson, Thomas B.: World Energy Assessment Overview. 2004 Update, UNDP, New York 2004.
- Goldthau, Andreas: OJSC Gazprom. In: Schilling, Thorsten: Dossier Energiepolitik, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2018, S. 104-106.

- Götz, Roland: Prognosen der Gasförderung sowie des Gasexportpotentials Russlands. In: Diskussionspapier Forschungsgruppe Russland/GUS. FG 5 2007/06, April 2007, S. 1-18.
- . Analyse: Die Zukunft des ukrainischen Gastransmissionssystems. In: Ukraine-Analysen Nr. 190, 25. Oktober 2017, S. 2-5.
- Grabau, Martina: Gas Games. Der Wandel der europäischen Erdgasaußenpolitik infolge der Ukraine-Krise, Springer VS, Wiesbaden 2018.
- Grigas, Agnia: The New Geopolitics of Natural Gas, Harvard University Press, Cambridge & London 2017.
- Guldi, Jo: What is the Spatial Turn?, o.J., <https://spatial.scholarslab.org/spatial-turn/what-is-the-spatial-turn/>, (Zugriff am 1. August 2023).
- Gurkov, Andrey: Gazprom verliert Monopol – Gasmarkt in Südosteuropa in Bewegung, 2021, <https://www.dw.com/de/gazprom-verliert-monopol-gasmarkt-in-s%C3%BCdosteuropa-in-bewegung/a-56159742>, (Zugriff am 26. Februar 2021).
- Hacke, Christian: Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Von Konrad Adenauer bis Gerhard Schröder, 2. Auflage, Ullstein, Berlin 2004.
- Haferkamp, Lars: Maas an USA: Nord Stream 2 „wird keiner verhindern“, 18. Januar 2019, <https://www.vorwaerts.de/artikel/maas-usa-nord-stream-2-keiner-verhindern>, (Zugriff am 9. April 2021).
- Haghighi, Sanam S.: Energy Security and the Division of Competences between the European Community and its Member States. In: European Law Journal, Vol. 14, No. 4, 4. Juli 2008, S. 461-482.
- Hartmann, Christian/Beyer, Jürgen: Verteilung der nachgewiesenen Erdgas-Reserven, 13. Oktober 2016: <https://www.bpb.de/nachschlagen/zahlen-und-fakten/globalisierung/52767/erdgas-reserven>, (Zugriff am 28. Februar 2021).
- Haushofer, Karl: Politische Erdkunde und Geopolitik. In: Freie Wege vergleichender Erdkunde. Erich von Drygalski zum 60. Geburtstage am 9. Februar 1925 gewidmet von seinen Schülern, Oldenbourg Wissenschaftsverlag, München und Berlin 1925, S. 87-104.
- Hayes, Mark H.: Algerian Gas to Europe: The Transmed Pipeline And Early Spanish Gas Import Projects, Stanford University, Stanford 2004.

- Heinrich, Andreas: Analyse: Exportoptionen für russisches Erdgas nach dem Scheitern von South Stream. In: Russland-Analysen Nr. 303, 23. Oktober 2015, S. 2-5.
- Helmig, Jan: Metaphern in geopolitischen Diskursen. Raumrepräsentationen in der Debatte um die amerikanische Raketenabwehr, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2008.
- Herwig, Holger H.: The Demon of Geopolitics. How Karl Haushofer “Educated” Hitler and Hess, Rowman & Littlefield, Lanham 2016.
- Himmelreich, Jörg: Nord Stream 2: Ein politischer Wirtschaftskrimi und seine EU-rechtlichen Folgen. In: *sui generis*, 22. Juli 2020, S. 317-328.
- Hoffmann, Nils: Renaissance der Geopolitik? Die deutsche Sicherheitspolitik nach dem Kalten Krieg, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2012.
- Hohmann, Marius: Erdgasverbrauch in Deutschland in den Jahren von 1980 bis 2019. Juni 2020, <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/41033/umfrage/deutschland---erdgasverbrauch-in-milliarden-kubikmeter/>, (Zugriff am 28. März 2021).
- . Ranking der größten Erdgasexporteure weltweit im Jahr 2019, 2020, <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/511107/umfrage/die-groessten-erdgasexporteure-weltweit/>, (Zugriff am 28. März 2021).
- Huhta, Kaisa: The Scope of State Sovereignty Under Article 194(2) TFEU and the Evolution of EU Competences in the Energy Sector. In: *International & Comparative Law Quarterly (ICLQ)* vol. 70 Issue 4, Oktober 2021: S. 991-1010.
- Illing, Frank: Energiepolitik in Deutschland. Die energiepolitischen Maßnahmen der Bundesregierung 1949-2013, Nomos, Baden-Baden 2012.
- Johnston, Robert et. al.: The Russian Gas Sector: A Political Risk Case Study, James A. Baker III Institute for Public Policy of Rice University, Houston 2014.
- Jureit, Ulrike/Chiantera-Stutte, Patricia (Hrsg.): Denken im Raum. Friedrich Ratzel als Schlüsselfigur geopolitischer Theoriebildung, Nomos, Baden-Baden 2021.
- Jureit, Ulrike: Zur Unterscheidung biologischer, politischer und kultureller Gemeinschaften im Werk Friedrich Ratzels. In: Jureit, Ulrike/Chiantera-Stutte,

- Patricia (Hrsg.): Denken im Raum. Friedrich Ratzel als Schlüsselfigur geopolitischer Theorienbildung, Nomos, Baden-Baden 2021, S. 81-110.
- Kahl, Wolfgang: Die Kompetenzen der EU in der Energiepolitik nach Lissabon. In: Europarecht (EuR) 5. September 2009, S. 601-714.
- Kardas, Szymon: Analyse: Vorübergehende Stabilisierung: Der russisch-ukrainische Vertrag zum Gastransit. In: Russland-Analysen Nr. 380, 25. Januar 2020, S. 2-5.
- Kissinger, Henry: Diplomacy, Simon & Schuster, New York 1994.
- . White House Years, Little, Brown and Company, Boston und Toronto 1979.
- Kjellén, Rudolf: Der Staat als Lebensform, S. Hirzel Verlag, Leipzig 1917.
- Klinke, Ian/Bassin, Mark: Ratzel in Nordamerika: Umwelt, Raum und Rasse. In: Jureit, Ulrike/Chiantera-Stutte, Patricia (Hrsg.): Denken im Raum. Friedrich Ratzel als Schlüsselfigur geopolitischer Theoriebildung, Nomos, Baden-Baden 2021, S. 25-58.
- Kocak, Konur Alp/De Micco, Pasquale: Auf der Suche nach Gasfernleitungen. Energiepolitik der EU und der östlichen Partnerländer: Die Sicherheit im Vergleich zu den Vorteilen der Transitleitungen, Wissenschaftlicher Dienst des Europäischen Parlaments und Generaldirektion Externe Politikbereiche, Brüssel 2016.
- Krippendorf, Klaus: Content Analysis. An Introduction to Its Methodology, Sage Publications, Thousand Oaks 2004.
- Krüger, Stephanie: Risiko: Öl und Gas aus der Arktis, 31. Januar 2020, <https://www.daserste.de/information/wissen-kultur/w-wie-wissen/arktis-130.html>, (Zugriff am 28. März 2021).
- Kruyt, Bert et. al.: Indicators for energy security. In: Sovacool, Benjamin K. (Hrsg.): The Routledge Handbook of Energy Security, Routledge, Milton Park 2011, S. 291-312.
- Kurze, Kristina: Europas fragile Energiesicherheit. Versorgungskrisen und ihre Bedeutung für die europäische Energiepolitik. Forschungsberichte Internationale Politik 37, Lit Verlag, Berlin/ Münster 2009.
- Lang, Kai-Olaf/Westphal, Kirsten: Nord Stream 2 – Versuch einer politischen und wirtschaftlichen Einordnung, SWP, Berlin 2016.

- Laumanns, Ulrich: Determinanten der Energiepolitik. In: Reiche, Danyel (Hrsg.): Grundlagen der Energiepolitik, Peter Lang Europäischer Verlag der Wissenschaften, Frankfurt am Main 2005, S. 279-289.
- Lingenhöhl, Daniel: Wie lang reicht die Kohle?, 2010, <https://www.spektrum.de/news/wie-lang-reicht-die-kohle/1021075>, (Zugriff am 27. März 2021).
- Linss, Hans-Peter: Wirtschaftlich-technische Kooperation am Beispiel des Röhren-Erdgas-Geschäftes. In: Leptin, Gerd (Hrsg.): Handelspartner Osteuropa, Duncker & Humboldt, Berlin 1974. S. 79-105.
- Löffelholz, Julia: 36 LNG-Terminals, 30. Januar 2020. <https://www.bdew.de/presse/presseinformationen/zahl-der-woche-36-lng-terminals/>, (Zugriff am 9. März 2021).
- Logan, Carola: EU Energieunion. Antrieb, Fortschritte und Hindernisse für "das nächste große europäische Integrationsprojekt", Nomos, Baden-Baden 2020.
- Lohmann, Heiko: Ausnahme für Nord Stream – EU-Klage für Nord Stream 2 abgewiesen, 22. Mai 2020, <https://www.energate-messenger.de/news/202672/ausnahme-fuer-nord-stream---eu-klage-fuer-nord-stream-2-abgewiesen>, (Zugriff am 2. März 2021).
- Loosen, Wiebke: Das Leitfadeninterview – eine unterschätzte Methode. In: Averbek-Lietz, Stefanie/Meyen, Michael (Hrsg.): Handbuch nicht standardisierte Methoden in der Kommunikationswissenschaft, Springer Fachmedien, Wiesbaden 2014, S. 139-155.
- Loskot-Strachota, Agata/Bajczuk, Rafal/Kardas, Szymon: Nord Stream 2 divides the West. In: OSW Commentary Nr. 276, Juni 2018, S. 1-10.
- Luhmann, Hans-Jochen: Die ungebremst auf uns zukommende Gasversorgungskrise Anfang 2020. In: Wirtschaftsdienst #98, 2018, S. 216-218.
- Lütkehus, Rainer: EU-Kommission kann Nord Stream 2 nicht aufhalten, 25. Februar 2021, <https://www.energate-messenger.de/news/210003/eu-kommission-kann-nord-stream-2-nicht-aufhalten>, (Zugriff am 2. Dezember 2021).
- Mackinder, Halford J.: Democratic Ideals And Reality. A Study in The Politics of Reconstruction, Constable and Company LTD, London 1919.
- . The Geographical Pivot of History. In: The Geographical Journal, No. 4 Vol. XXIII., April 1904: S. 421-437.



- Mathioulakis, Michalis: Strategic Elements of the Energy Union and the Role of Regulation in Energy Security. In: Mathioulakis, Michalis (Hrsg.): Aspects of the Energy Union. Application and Effects of European Energy Policies in SE Europe and Eastern Mediterranean, Springer Link, Cham 2021, S. 73-98.
- Matznetter, Josef (Hrsg.): Politische Geographie, Wiss. Buchgesellschaft, Darmstadt 1977.
- Mayring, Philipp: Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken, 12. überarbeitete Auflage, Beltz Verlag, Weinheim & Basel 2010.
- McDougall, Katie/Reisinger, Stefan H./Greenwood, Sarah: Update on US sanctions in respect of Nord Stream 2 and TurkStream pipelines, 6. November 2020, <https://www.nortonrosefulbright.com/en/knowledge/publications/542bab55/us-house-approves-nord-stream-2-and-turkstream-sanctions-adoption-appears-likely>, (Zugriff am 9. Februar 2024).
- Musso, Marta: The Transmediterranean gas pipeline: a political history, Januar 2015, [https://www.researchgate.net/profile/Marta-Musso-3/publication/316122979\\_The\\_Transmediterranean\\_gas\\_pipeline\\_a\\_political\\_history/links/58f16165aca27289c2129043/The-Transmediterranean-gas-pipeline-a-political-history.pdf](https://www.researchgate.net/profile/Marta-Musso-3/publication/316122979_The_Transmediterranean_gas_pipeline_a_political_history/links/58f16165aca27289c2129043/The-Transmediterranean-gas-pipeline-a-political-history.pdf), (Zugriff am 10. Februar 2024).
- Nettesheim, Martin: AEUV Art. 194. In: Grabitz, Eberhard/Nettesheim, Meinhard/Hilf, Martin (Hrsg.): Das Recht der Europäischen Union Band 1 EUV/AEUV – Kommentar, C.H. Beck, München 2020.
- Neukirchen, Florian/Ries, Gunnar: Die Welt der Rohstoffe. Lagerstätten, Förderungen und wirtschaftliche Aspekte, 2. Auflage, Springer Spektrum, Berlin und Heidelberg 2016.
- Ó Tuathail, Gearóid: Critical Geopolitics. The Politics of Writing Global Space, Routledge, London 1996.
- o.V.: Drei Praxisbeispiele für den Einsatz von Gas in der Industrie, 30. August 2017, <https://www.bdew.de/energie/erdgas/gas-der-industriellen-nutzung-drei-praxisbeispiele/>, (Zugriff am 28. März 2021).
- . 18 Firmen ziehen sich aus Nord Stream 2 zurück., 23. Februar 2021, <https://www.zeit.de/politik/ausland/2021-02/gas-pipeline-nord-stream-2-usa-sanktionen-europa-russland>, (Zugriff am 7. April 2021).

- . Aktionärsausschuss, o.J., <https://www.nord-stream.com/de/wer-wir-sind/aktionarsausschuss/>, (Zugriff am 6. April 2021).
- . Anteilseigner und Finanzinvestoren, o.J., <https://www.nord-stream2.com/de/unternehmen/anteilseigner-und-finanzinvestoren/>, (Zugriff am 4. Oktober 2021).
- . Baltic Pipe, o.J., <https://www.gaz-system.pl/en/transmission-system/eu-support/investments-co-financed-with-eu-funds/baltic-pipe.html>, (Zugriff am 2. Oktober 2024).
- . Biden Administration's Additional Sanctions Over Nord Stream 2 Inadequate Republicans Say, 20. Februar 2021, <https://www.rferl.org/a/biden-nord-stream-2-sanctions-republican-criticism/31112654.html>, (Zugriff am 7. April 2021).
- . Bilanzen 1990 bis 2023. 29. November 2023, <https://ag-energiebilanzen.de/daten-und-fakten/bilanzen-1990-bis-2030/?wpv-jahresbereich-bilanz=2021-2030>, (Zugriff am 10. Dezember 2023).
- . Blue Stream. Russische Erdgaslieferungen in die Türkei, 2021, <http://www.gazprom.de/projects/blue-stream/>, (Zugriff am 26. Februar 2021).
- . Bruttostromerzeugung 2020, 2021, [https://www.destatis.de/DE/Themen/Branchen-Unternehmen/Energie/\\_Grafik/\\_Interaktiv/bruttostromerzeugung-erneuerbare-energien.html](https://www.destatis.de/DE/Themen/Branchen-Unternehmen/Energie/_Grafik/_Interaktiv/bruttostromerzeugung-erneuerbare-energien.html), (Zugriff am 28. März 2021).
- . Bundesnetzagentur verfügt sofortige Umsetzung des OPAL-Urteils des Europäischen Gerichts, 13. September 2019, [https://www.bundesnetzagentur.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2019/20190913\\_Opal.html](https://www.bundesnetzagentur.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2019/20190913_Opal.html), (Zugriff am 8. November 2021).
- . Clean energy for all Europeans, Europäische Kommission, Brüssel 2019.
- . Diversification of gas supply sources and routes, o.J., [https://energy.ec.europa.eu/topics/energy-security/diversification-gas-supply-sources-and-routes\\_en](https://energy.ec.europa.eu/topics/energy-security/diversification-gas-supply-sources-and-routes_en), (Zugriff am 11. Februar 2024).
- . Eastring Gone Wild, 17. Januar 2020, <https://energy-europe.eu/wirtschaft/eastring-gone-wild-2/>, (Zugriff am 6. März 2021).
- . Emergency response and energy security, 3. August 2023, <https://www.iea.org/about/emergency-response-and-energy-security>, (Zugriff am 10. Februar 2024).

- . Energie aus der Urzeit, o.J., <https://www.wingas.com/rohstoff-erdgas/was-ist-erdgas.html>, (Zugriff am 22. Februar 2021).
- . Erdgas aus unkonventionellen Lagerstätten, 2021, <https://www.bveg.de/Erdgas/Zukunftsenergie/Potenziale/Erdgas-aus-unkonventionellen-Lagerstaeten>, (Zugriff am 28. Februar 2021).
- . Erdgasstatistik, o.J., [https://www.bafa.de/DE/Energie/Rohstoffe/Erdgasstatistik/erdgas\\_node.html](https://www.bafa.de/DE/Energie/Rohstoffe/Erdgasstatistik/erdgas_node.html), (Zugriff am 28. März 2021), Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle.
- . Erdgasversorgung in Deutschland, o.J., <https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Artikel/Energie/gas-erdgasversorgung-in-deutschland.html>, (Zugriff am 28. März 2021), BMWi.
- . Gabriel verteidigt Russland-Pipeline, 19. Dezember 2015, <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftspolitik/nord-stream-2-gabriel-verteidigt-russland-pipeline-13975022.html>, (Zugriff am 7. April 2021).
- . Gas, o.J., <https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Textsammlungen/Energie/gas.html>, (Zugriff am 10. Februar 2024), BMWi.
- . Gazprom kündigt längeren Lieferstopp über Nord Stream an, 2. September 2022, <https://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/gazprom-kuendigt-erneuten-lieferstopp-ueber-nord-stream-an-a-acdec97-f43e-4286-9e5e-b96868ea7632>, (Zugriff am 20. Januar 2024).
- . Gazprom, BASF, E.ON, ENGIE, OMV und Shell unterzeichnen Gesellschaftervertrag, o.J., <https://www.nord-stream2.com/de/media-info/neuigkeiten/gazprom-basf-eon-engie-omv-und-shell-unterzeichnen-gesellschaftervertrag-fur-das-nord-stream-2-projekt-2/>, (Zugriff am 16. Mai 2021).
- . LNG Terminal in Świnoujście, o.J., <https://terminallng.gaz-system.pl/en/lng-terminal/lng-terminal-in-swinoujscie/>, (Zugriff am 18. November 2021).
- . long-standing experience in the gas transport sector, o.J., <https://www.opal-gas-transport.de/en/company/portrait>, (Zugriff am 4. Januar 2022).
- . Milliarden schweres EU-Pipeline-Projekt gescheitert, 26. Juni 2013, <https://www.welt.de/wirtschaft/energie/article117484919/Milliardenschweres-EU-Pipeline-Projekt-gescheitert.html>, (Zugriff am 26. Februar 2021).

- Nord Stream 2: Verlegeschiff verlässt Hafen Wismar, 2021, <https://www.ndr.de/nachrichten/mecklenburg-vorpommern/Nord-Stream-2-Verlegeschiff-verlaesst-Hafen-Wismar,nordstream566.html>, (Zugriff am 7. April 2021).
  - OPAL – north-west Europe's largest natural gas pipeline, o.J., <https://www.opal-gastransport.de/en/our-network/baltic-sea-pipeline-link>, (Zugriff am 1. November 2021).
  - Ostsee-Offshore-Pipeline, 2021, <https://www.baltic-pipe.eu/de/das-projekt/ost-see-offshore-pipeline/>, (Zugriff am 7. März 2021).
  - Serbien schließt sich an Pipeline Balkan Stream an, 1. Januar 2021, <https://www.handelsblatt.com/politik/international/erdgas-serbien-schliesst-sich-an-pipeline-balkan-stream-an/26762730.html?ticket=ST-6583019-Dbd4dPrvfUjMZlXzhZa-ap1>, (Zugriff am 26. Februar 2021).
  - Sonderbericht EU-Hilfe für die Ukraine Nr. 32, Europäischer Rechnungshof, Luxembourg 2016.
  - Statistical Review of World Energy 2020, 69. Edition, BP p.l.c., London 2020.
  - Struktur des Aktienkapitals der Gazprom, o.J., <http://www.gazprom.de/investors/stock/structure/>, (Zugriff am 9. April 2021).
  - The Oil and Gas Pipeline System. 22. September 2022, <https://www.norskpetroleum.no/en/production-and-exports/the-oil-and-gas-pipeline-system/>, (Zugriff am 20. November 2023).
  - Vor 50 Jahren: Bundestag stimmt für Ostverträge, 17. Mai 2022, <https://www.bpb.de/kurz-knapp/hintergrund-aktuell/508315/vor-50-jahren-bundestag-stimmt-fuer-ostvertraege/>, (Zugriff am 5. November 2023).
  - Weiterbau von Nord Stream 2 genehmigt, 2021, <https://www.tagesschau.de/inland/bundesamt-genehmigt-weiterbau-von-nord-stream-101.html>, (Zugriff am 7. April 2021).
  - WIGA., o.J., <http://www.wiga-transport.de/home.html>, (Zugriff am 4. Januar 2022).
  - Weissbuch 2016 zur Sicherheitspolitik und Zukunft der Bundeswehr, Bundesministerium der Verteidigung, Berlin 2016.
- Pascual, Carlos/Elkind, Jonathan (Hrsg.): Energy Security. Economics, Politics, Strategies, and Implications, Brookings Institution Press, Washington 2010.

- Pohl, Manfred: Geschäft und Politik. Deutsch-russisch/sowjetische Wirtschaftsbeziehungen 1850-1988, v.Hase & Koehler, Mainz 1988.
- Pollak, Johannes/Schubert, Samuel R./Slominski, Peter (Hrsg.): Die Energiepolitik der EU, UTB, Wien 2010.
- Ratzel, Friedrich: Die Gesetze des räumlichen Wachstums der Staaten. In: Dr. A. Petermanns Mitteilungen 42 Heft V, 1896, S. 97-107.
- . Politische Geographie: oder die Geographie der Staaten, des Verkehrs und des Krieges, 2. Auflage, Oldenbourg, München 1903.
- Reuter, Benjamin: Europa geht das Erdgas aus, 17. Februar 2015, <https://www.wiwo.de/technologie/forschung/versiegende-vorkommen-europa-geht-das-erdgas-aus/11362184-all.html>, (Zugriff am 26. Februar 2021).
- Riegert, Bernd: Westen oder Russland: Wo steht Belarus?, 2020, <https://www.dw.com/de/westen-oder-russland-wo-steht-belarus/a-54608175>, (Zugriff am 12. April 2021).
- Riva, Joseph P., et. al.: Location of major gas fields, o.J., <https://www.britanica.com/science/natural-gas/Location-of-major-gas-fields#ref1159586>, (Zugriff am 10. Februar 2024).
- Rode, Reinhard: Sanktion und Geschäft. Die Ostwirtschaftspolitik der USA unter Reagan, Haag + Herchen Verlag GmbH, Frankfurt am Main 1986.
- Rüsberg, Kai: Erdgas ist ein Klimaschädling genau wie Kohle, 6. Februar 2020, [https://www.deutschlandfunk.de/forscher-warnen-erdgas-ist-ein-klimaschaedling-genau-wie.697.de.html?dram:article\\_id=469672](https://www.deutschlandfunk.de/forscher-warnen-erdgas-ist-ein-klimaschaedling-genau-wie.697.de.html?dram:article_id=469672), (Zugriff am 6. April 2021).
- Said, Edward: Orientalism, Auflage 2003, Penguin Books, London 2019.
- Sander, Michael: Deutsch-russische Beziehungen im Gassektor. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen, Interorganisationsnetzwerke und die Verhandlungen zur Nord Stream Pipeline, Nomos, Baden-Baden 2012.
- Schöllgen, Gregor: Brandts Röhren, Putins Gas, 26. Januar 2017, <https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/deutsch-russische-beziehungen-brandts-roehren-putins-gas-1.3350717>, (Zugriff am 4. Februar 2024).
- Schreier, Margrit: Varianten qualitativer Inhaltsanalyse: Ein Wegweiser im Dickicht der Begrifflichkeiten. In: Forum: Qualitative Sozialforschung. Volume 15 Nr. 1, Art. 18, Januar 2014: S. 1-27.

- Schulte, Simon: Nord Stream 2 und ukrainisches Gastransportsystem: Beide wichtig für kosteneffiziente Gasversorgung, 11. Mai 2020, <https://www.energie.de/et/news-detailansicht/nsctrl/detail/News/nord-stream-2-und-ukrainisches-gastransportsystem-beide-wichtig-fuer-kosteneffiziente-gasversorgung>, (Zugriff am 12. April 2021).
- Schultz, Hans-Dietrich: "Friedrich Ratzel tot?! Du lügst, grausames Gerücht." Zum Fortleben Ratzel'scher Ideen in der Schulgeographie vor dem Ersten Weltkrieg. In: Ulrike Jureit/Chiantera-Stutte, Patricia (Hrsg.): Denken im Raum. Friedrich Ratzel als Schlüsselfigur geopolitischer Theoriebildung, Nomos, Baden-Baden 2021, S. 241-270.
- Schwager, Harald: Für eine sichere Erdgasversorgung. In: Creating Chemistry Magazin, vierte Ausgabe, 2014, S. 35-35.
- Seeliger, Andreas: Energiepolitik. Einführung in die volkswirtschaftlichen Grundlagen, Verlag Franz Vahlen, München 2018.
- Sloan, Geoffrey: Geopolitics, Geography and Strategic History, Routledge, Milton Park 2017.
- Sohre, Annika: Strategien in der Energie- und Klimapolitik. Bedingungen strategischer Steuerung der Energiewende in Deutschland und Großbritannien, Springer VS, Wiesbaden 2014.
- Sovacool, Benjamin K. (Hrsg.): The Routledge Handbook of Energy Security, Routledge, Milton Park 2011.
- .: Introduction. Defining, measuring and exploring energy security. In: K. Sovacool, Benjamin (Hrsg.): The Routledge Handbook of Energy Security, Routledge, Milton Park 2011, S. 1-43.
- Spang, Christian W.: Karl Haushofer und Japan. Die Rezeption seiner geopolitischen Theorie in der deutschen und japanischen Politik, Iudicium Verlag, München 2013.
- Spykman, Nicholas: Geography and Foreign Policy I. In: American Political Science Review, Vol. 32 Nr. 1, Februar 1938, S. 28-50.
- . Geography and Foreign Policy II. In: American Political Science Review, Vol. 32 Nr. 2, April 1938, S. 213-236.
- Steinmeier, Frank-Walter: Russland, Europa und die Welt – Perspektiven der Zusammenarbeit in globalen Sicherheitsfragen. Rede des Bundesministers des Auswärtigen auf der 42. Münchener Konferenz für Sicherheitspolitik, 2006,

<https://www.bundesregierung.de/breg-de/service/bulletin/rede-des-bundesministers-des-auswaertigen-dr-frank-walter-steinmeier--793874>, (Zugriff am 4. Februar 2024).

Stent, Angela: Wandel durch Handel? Die politisch-wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion, Verlag Wissenschaft und Politik Berend von Nottbeck, Köln 1983.

Stratmann, Klaus: Nord Stream 2 ist eine politische Pipeline, 2018, <https://www.handelsblatt.com/meinung/kommentare/kommentar-nord-stream-2-ist-eine-politische-pipeline/21160794.html>, (Zugriff am 7. April 2021).

Streinz, Rudolf (Hrsg.): EUV/AEUV – Kommentar Band 57, 3. Auflage, C.H. Beck, München 2018.

Sydoruk, Tetiana/Stepanets, Pavlo/Tymeichuk, Iryna: Nord Stream 2 as a Threat to National Interests of Poland and Ukraine. In: *Studia Politica: Romanian Political Science Review*, Vol. 19 Nr. 3-4, 2019, S. 467-490.

Syriopoulos, Christos: Has the Energy Union Strategy Delivered Concrete Solutions to Europe's Energy Security Question? In: Mathioulakis, Michalis (Hrsg.): *Aspects of the Energy Union. Application and Effects of European Energy Policies in SE Europe and Eastern Mediterranean*, Springer Link, Cham 2021 S. 17-46

Talus, Kim/McCulloch, James: The interpretation of the principle of energy solidarity – A critical comment on the Opinion of the Advocate General in OPAL. In: *Energy Insight*, Nr. 89, April 2021, S. 1-10.

Th. Müller, Christian: Der Erdgas-Röhren-Konflikt 1981/1982. In: Bernd/Th. Müller, Christian/Werber, Claudia Greiner (Hrsg.): *Ökonomie im Kalten Krieg*, Hamburger Edition HIS, Hamburg 2010. S. 501-520.

Tremaine, A. Cherie/Jeydel, Peter/Krauland, Edward: U.S. Tightens Sanctions on Nord Stream 2, TurkStream Pipeline Projects, 6. Januar 2021, <https://www.lexology.com/library/detail.aspx?g=ec44af93-223f-4fe1-a692-3d150bd919f2>, (Zugriff am 9. Januar 2024).

Umbach, Frank: *Europäische Energiesicherheit im Wandel. Globale Energiemegatrends und ihre Auswirkungen*, Hanns-Seidel-Stiftung e.V., München 2017.

- . Globale Energiesicherheit. Strategische Herausforderungen für die europäische und deutsche Außenpolitik, R. Oldenbourg Verlag, München 2003.
- . Strategische Irrtümer, Fehler und Fehlannahmen der deutschen Energiepolitik seit 2002. In: SIRIUS – Zeitschrift für Strategische Analysen, Band 6 Heft 4, 29. November 2022, S. 373-393.
- van Alst, Niklas: Geostrategische Kulturen und die Konstruktion des Cyberraumes, Berliner Wissenschaftsverlag, Berlin 2022.
- von Clausewitz, Carl: Vom Kriege. Hinterlassenes Werk des Generals Carl von Clausewitz, Bd. 1-3 (hrsg. von Marie von Clausewitz), Ferdinand Dümmler, Berlin 1832-1834.
- Wagner, Christopher: Made in Russia – die meist exportierten Güter Russlands. 14. Juni 2021, <https://www.weltexporte.de/exportprodukte-russland/>, (Zugriff am 6. März 2021).
- Wagner, Hermann-Josef: Was sind die Energien des 21. Jahrhunderts? Der Wettlauf um die Lagerstätten, 2. Auflage, Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt am Main 2007.
- Walsh, Edmund A.: Wahre anstatt falsche Geopolitik für Deutschland, G. Schulte-Bulmke, Frankfurt am Main 1946.
- Wenzler-Cremer, Hildegard/Niermann, Debora: Grounded-Theory Methodologie. 2007 & 2013, <https://www.ph-freiburg.de/quasus/was-muss-ich-wissen/daten-auswaehlen/grounded-theory-methodologie.html>, (Zugriff am 22. Januar 2024).
- Werber, Niels: Geopolitik zur Einführung, 2. Auflage, Junius, Hamburg 2022.
- . Politische Zoologie. Die Unterscheidung von Freund und Feind in Ratzels politischer Geographie. In: Jureit, Ulrike/Chiantera-Stutte, Patricia: Denken im Raum. Friedrich Ratzel als Schlüsselfigur geopolitischer Theoriebildung, Nomos, Baden-Baden 2021. S. 271-295.
- Westphal, Kirsten: Zwischen Green Deal und Nord Stream. Europäische Energiepolitik 2020. In: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ) Ausgabe 23-25, 2. Juni 2020, S. 18-24.
- . Nord Stream 2 im Kontext der EU-Binnenmarktregeln, Juli 2017, [https://www.ostinstitut.de/documents/Westphal\\_Nord\\_Stream\\_2\\_und\\_die\\_Regulierung\\_im\\_EU\\_Binnenmarkt\\_OL\\_2\\_2017.pdf](https://www.ostinstitut.de/documents/Westphal_Nord_Stream_2_und_die_Regulierung_im_EU_Binnenmarkt_OL_2_2017.pdf), (Zugriff am 5. Februar 2024).



- Wetzel, Daniel: Das Aus des LNG-Giganten erschüttert den US-Plan vom „Freedom-Gas“, 6. November 2020, <https://www.welt.de/wirtschaft/article219450238/LNG-Terminal-Projekt-fuer-Wilmhelmshaven-auf-Eis-gelegt.html>, (Zugriff am 10. April 2021).
- . Im Kalten Krieg ums Gas feiern die USA einen Erfolg über Russland, 30. Oktober 2019, <https://www.welt.de/wirtschaft/article202729328/Ostsee-Pipeline-Daenemark-gibt-gruenes-Licht-fuer-Nord-Stream-2.html>, (Zugriff am 1. November 2021).
- Wilson, David E.: Russia's Northern Rook: Nord Stream 2 on the European Energy Chessboard, 2017, [https://digitalcollections.sit.edu/cgi/viewcontent.cgi?article=3775&context=isp\\_collection](https://digitalcollections.sit.edu/cgi/viewcontent.cgi?article=3775&context=isp_collection), (Zugriff am 9. Januar 2024).
- Witsch, Kathrin: Mehr Angebot als Nachfrage – die LNG-Blase droht zu platzen, 11. Juli 2020, <https://www.handelsblatt.com/unternehmen/energie/gasmarkt-mehr-angebot-als-nachfrage-die-lng-blase-droht-zu-platzen/25994658.html?ticket=ST-11263115-AQyRuWx0zJ4MgsC24XAQ-ap5>, (Zugriff am 10. Februar 2023).
- Wörmann, Claudia: Osthandel als Problem der Atlantischen Allianz. Erfahrungen aus dem Erdgas-Röhren-Geschäft mit der UdSSR, Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V., Bonn 1986.

## 12 Abbildungs- und Tabellenverzeichnis

Abbildung 1: Der geopolitische Dreiklang. ....	50
Abbildung 2: Schematische Darstellung des Vorgehens. ....	55
Abbildung 3: Beispielhafte Darstellung des deduktiven Codierungs- und Kategorienbildungsprozesses.....	64
Abbildung 4: Zeitstrahl bundesdeutsch-sowjetischer/russischer Erdgasprojekte. ....	65
Abbildung 5: Vereinfachte Darstellung einer Auswahl des europäischen Erdgasimporttrouten mit theoretischer jährlicher Gesamtkapazität und den wichtigsten angeschlossenen Gasfeldern. ....	110
Abbildung 6 (Tabelle 1): Tabellarische beispielhafte Darstellung der Elemente von Energiesicherheit. ....	124
Abbildung 7: Beispielhafte Darstellung des induktiven Codierungs- und Kategorienbildungsprozesses.....	125
Abbildung 8: Verteilung eindeutiger Stellungnahmen zum 6. Erdgas-Röhren-Geschäft in den Bundestagswahlperioden 08 und 09 nach Parteizugehörigkeit. ....	128
Abbildung 9: Verteilung eindeutiger Stellungnahmen zu Nord Stream 2 in den Bundestagswahlperioden 18 und 19 nach Parteizugehörigkeit. ....	129

## **13 Anhang**

### **13.1 Hinweise zum veröffentlichten Anhang**

Aufgrund von Vertraulichkeitsvereinbarungen ist die Veröffentlichung der Protokolle der Ausschusssitzungen und der vollständigen Transkripte der Experteninterviews nicht möglich. Die genannten Dokumente lagen den Gutachtern vollständig vor, wurden eingesehen und bewertet. Statt der vollständigen Inhaltsanalyse dieser beiden Dokumentenkategorien inkl. der zugehörigen Dokumente, werden die Codesysteme veröffentlicht. Sie ermöglichen es, den wesentlichen Inhalt der Dokumente zu erfassen, ohne dass Rückschlüsse auf vertrauliche Elemente möglich sind. Die Inhaltsanalyse der unbeschränkt öffentlich zugänglichen Plenarprotokolle wird vollständig inkl. der untersuchten Dokumente veröffentlicht.

### **13.2 Inhalt des veröffentlichten Anhangs**

Auf der nachfolgenden Innenseite des Einbands der gedruckten Version befindet sich eine CD-ROM mit dem Anhang dieser Arbeit. Der Anhang besteht aus folgenden Dateien:

- „Anhang Dissertation Fabian Schlüter Inhaltsanalyse Bundestagsdebatten WP 8,9,18,19“ (MAXQDA-2022-Datei)
- „Anhang Dissertation Fabian Schlüter Inhaltsanalyse Protokolle Ausschuss Wirtschaft und Energie WP 8,9,18,19 - Codesystem“ (PDF-Datei)
- „Anhang Dissertation Fabian Schlüter Inhaltsanalyse Experteninterviews - Codesystem“ (PDF-Datei)

Um die MAXQDA-Datei einsehen zu können, muss zunächst eine Reader-Software installiert werden. Die kostenlose Software und weitere Informationen sind abzurufen unter: <https://www.maxqda.de/produkte/maxreader>.